



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll
der 96. Sitzung
- endgültige Fassung* -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 28. April 2016, 11.30 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt

<i>Zeugenvernehmung</i>	<i>Seite</i>
- Folker Berfuß, BfV (Beweisbeschluss Z-115)	4
- Dr. Klaus Rogner, BfV (Beweisbeschluss Z-118)	74

* Hinweis:

Die Korrekturen und Ergänzungen des Zeugen Dr. Klaus Rogner (Anlage 1) sind in das Protokoll eingearbeitet. Der Zeuge Folker Berfuß hat keine Korrekturwünsche übermittelt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Lindholz, Andrea Schipanski, Tankred Sensburg, Prof. Dr. Patrick Warken, Nina	Ostermann, Dr. Tim Marschall, Matern von Wendt, Marian
SPD	Flisek, Christian Mittag, Susanne	Zimmermann, Jens, Dr.
DIE LINKE.	Renner, Martina	Hahn, André, Dr.
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Notz, Dr. Konstantin von	Ströbele, Hans-Christian

Fraktionsmitarbeiter

CDU/CSU	Bredow, Lippold von Feser, Dr. Andreas Haun, Fabian Lochner, Martin Wodrich, Anja
SPD	Ahlefeldt, Johannes von Dähne, Dr. Harald Hanke, Christian Diego Heyer, Christian Schulze, Philipp
DIE LINKE.	Halbroth, Anneke Martin, Stephan Scheele, Dr. Jürgen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kant, Martina Leopold, Nils Pohl, Jörn.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Beauftragte von Mitgliedern der Bundesregierung

Bundeskanzleramt	Heinemann, Martin Jipp, Daniel Kämmerer, Marie Neist, Dennis Pabst, Daniel Wolff, Philipp
Auswärtiges Amt	Berkemeier, Gunnar Lehmann, Uta
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	Sommer, Nina Unterlöhner, Ulrike, Dr.
Bundesministerium des Innern	Akmann, Torsten Beyer-Pollok, Markus Blidschun, Jürgen Arthur Brandt, Dr. Karsten Darge, Dr. Tobias Gierth, Sonja Hofmann, Christian Meyer, Till Trautmann, Ivo Weiss, Jochen
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Krüger, Philipp-Lennart
Bundesministerium für Verteidigung	Rauch, Rüdiger Theis, Björn Voigt, Björn
Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Kremer, Dr. Bernd



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 11.45 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die 96. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode.

Ich stelle fest: Die Öffentlichkeit ist hergestellt. Die Vertreter der Öffentlichkeit, insbesondere der Presse, begrüße ich ganz herzlich und freue mich auch diesmal, dass Sie so ausgiebig von diesem Untersuchungsausschuss berichten. Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen, die diejenigen, die regelmäßig bei uns sind, sicherlich schon mindestens genauso gut kennen wie ich.

Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme grundsätzlich nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Deutschen Bundestages nicht nur zu einem dauerhaften Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe den **einzigen Punkt der Tagesordnung** der heutigen Sitzung auf:

Zeugenvernehmung

Folker Berfuß, BfV
(Beweisbeschluss Z-115)

Dr. Klaus Rogner, BfV
(Beweisbeschluss Z-118)

Die Beweisbeschlüsse Z-115 und Z-118 stammen vom 25.02.2016. Es wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag - Bundestagsdrucksache 18/843 - durch Vernehmung der Zeugen Folker Berfuß, Gruppenleiter BfV, und Dr. Klaus Rogner, Abteilungsleiter, auch BfV.

Zunächst werden die Zeugen hintereinander öffentlich vernommen. Im Anschluss findet dann gegebenenfalls eine nichtöffentliche, möglicherweise sogar eine eingestufte Vernehmung der Zeugen statt.

Vernehmung des Zeugen Folker Berfuß

Als Erstes darf ich ganz herzlich begrüßen Herrn Berfuß. Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Berfuß, Sie haben den Erhalt der Ladung am 19. April 2016 bestätigt. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Befragung zur Verfügung stehen. Seien Sie herzlich begrüßt.

Zeuge Folker Berfuß: Danke schön.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben dann, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen und uns dann das korrigierte Protokoll zurückzuschicken.

Sie sind von einem Zeugenbeistand begleitet, wenn ich das richtig sehe. Sehr geehrter Rechtsanwalt, wenn Sie sich ganz kurz vorstellen für den Ausschuss.

RA Dr. Daniel Krause: Herr Vorsitzender, mein Name ist Dr. Daniel Krause. Ich bin Rechtsanwalt hier in Berlin und begleite Herrn Berfuß heute in seiner Vernehmung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. Auch Sie seien herzlichst begrüßt.

Herr Berfuß, vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch gegebenenfalls Disziplinarverfahren, wenn das dann in Betracht kommen sollte.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann und die Sitzung dann eben in nichtöffentlicher oder eingestufte Sitzung fortführen kann und Ihnen dann die entsprechenden Fragen stellen kann. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Folker Berfuß: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie gemäß § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben. Danach werde ich Sie befragen, und anschließend erhalten die Mitglieder dieses Ausschusses die Möglichkeit, Ihre Fragen an Sie zu stellen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, immer eine Fraktion nach der anderen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Folker Berfuß: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Ich darf Sie dann nun bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen. In Ihrem Fall genügen die Angabe des Arbeitsnamens sowie die Anschrift Ihrer Dienststelle, über die wir Sie erreichen können.

Zeuge Folker Berfuß: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Mein Name ist Folker Berfuß, ich bin 42 Jahre alt. Ladungsfähige Anschrift ist das Bundesamt für Verfassungsschutz in Berlin-Treptow. Vielleicht von der Ausbildung her noch: Historiker.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Alles klar. Ganz herzlichen Dank. - Und wie ich es gerade gesagt habe, möchte ich Ihnen zunächst die Möglichkeit geben, ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben, also sich ohne Unterbrechung im Zusammenhang zum Gegenstand der Vernehmung zu äußern, wenn Sie das möchten.

Zeuge Folker Berfuß: Vielen Dank für die Gelegenheit. Da möchte ich gerne darauf verzichten und würde mich darauf beschränken, Ihre Fragen zu beantworten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. Dann geht es nämlich auch schon los. Ich würde mit einigen Fragen beginnen, die mich interessieren, wie denn Ihr fachlicher Background ist, weil das ist natürlich wichtig, um dann hinterher auch vertiefte Fragen, zum Beispiel zu technischen Dingen oder juristischen Sachverhalten, zu stellen. Also, welche Ausbildung haben Sie?

Zeuge Folker Berfuß: Ich bin Historiker.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mhm. Sie haben es ja gerade auch schon gesagt, also Geschichte studiert.

Zeuge Folker Berfuß: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Keine technische Zusatzausbildung oder analytisch oder - - Also Historiker.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Folker Berfuß: Weder juristisch noch technisch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Historiker sind ja auch Generalisten. Wunderbar. - Dann würde mich interessieren - Sie sagten BfV -, wie ist denn Ihr Werdegang im BfV gewesen? Historiker ist ja vielleicht etwas Besonderes im BfV. Ich vermute mal, der kleinere Teil sind Historiker.

Zeuge Folker Berfuß: So ist es. Der kleinere Teil sind Historiker; es gibt den einen oder anderen. Ich bin im August - - 15. August 2011 habe ich beim BfV angefangen, und zwar als Gruppenleiter für die Auswertung und Beschaffung Internet, zuständig im Bereich der Abteilung Islamismus/Terrorismus, und war das dann bis zum 31., bis Ende 2014.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich mal ganz kurz fragen - nur dass ich es akustisch nicht falsch verstanden habe -: Sie waren für den Bereich Beschaffung von was zuständig?

Zeuge Folker Berfuß: Auswertung und Beschaffung im Bereich Internet -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Folker Berfuß: - innerhalb der Abteilung Islamismus/Terrorismus.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auswertung und Beschaffung, da geht es um die Inhalte. Also Sie kaufen keine technischen Komponenten, damit man es auswerten kann.

Zeuge Folker Berfuß: Ja, genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Folker Berfuß: Entschuldigung. Beschaffung ist ein nachrichtendienstlicher Begriff. Es geht dabei nicht um die Beschaffung von irgendwelchen Dingen, sondern es geht um die nachrichtendienstliche Informationsbeschaffung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, alles klar.

Zeuge Folker Berfuß: Operativ.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und können Sie dann Ihre Aufgabe als Referats- - Referatsgruppenleiter, war das richtig?

Zeuge Folker Berfuß: Referatsgruppenleiter, genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auswertung und Beschaffung Internet, was waren dann Ihre Aufgaben? Was macht so ein Referatsgruppenleiter?

Zeuge Folker Berfuß: Ich leite sozusagen die gesamte Referatsgruppe inhaltlich und disziplinarisch an. Dieser Referatsgruppe gehören verschiedene Referate an, die sich mit unterschiedlichen Themen beschäftigen, die alle zum Ziel haben also entweder Auswertung, die Informationsauswertung, oder eben die nachrichtendienstliche Informationsbeschaffung über Dschihadisten, die vorrangig im Internet oder ausschließlich im Internet aktiv sind.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist ein Referatsgruppenleiter das Gleiche wie ein Gruppenleiter?

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, also über Referatsebene, Gruppenebene, Abteilungsebene.

Zeuge Folker Berfuß: Der offizielle Begriff ist Referatsgruppenleiter, wird aber natürlich öfter abgekürzt als Gruppenleiter.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und Ihre derzeitige Verwendung ist dann jetzt welche?

Zeuge Folker Berfuß: Zurzeit bin ich Referatsgruppenleiter 3A; das ist die technische Aufklärung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und das sind Sie seit wann?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Folker Berfuß: Seit dem 01.04.2014.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: 01.04.2014, okay. - Seit wann ist Ihnen das - - Seit wann kennen Sie XKeyscore?

Zeuge Folker Berfuß: Ich kenne die Software XKeyscore eigentlich - - Ich kann Ihnen jetzt kein genaues Datum nennen darüber, wann ich das allererste Mal davon gehört habe, aber als ich im August 2011 ins Bundesamt für Verfassungsschutz kam, gab es schon - - war das Angebot für diese Software bereits eingegangen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Von wem kam das?

Zeuge Folker Berfuß: Von der NSA.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also, da gab es irgendwie so einen Werbeflyer, oder wie muss ich mir das vorstellen?

Zeuge Folker Berfuß: Soweit wie ich das den Akten entnommen habe, wurde es im Rahmen eines Treffens mit dem NSA-Chef im Januar 2011 angeboten und - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der war dann - Entschuldigung, dass ich nachfrage; nur damit ich den Zusammenhang verstehe - im BfV und hat gesagt: Das könnte doch auch was für euch sein.

Zeuge Folker Berfuß: So habe ich es verstanden, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Waren Sie mit dabei? Noch nicht, nein?

Zeuge Folker Berfuß: Nein, das war vor meiner Zeit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wer war dabei? Wissen Sie das?

Zeuge Folker Berfuß: Nein, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mit irgendwem muss er sich ja getroffen haben.

Zeuge Folker Berfuß: - weiß ich nicht aktiv. Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Folker Berfuß: Aber wenn der NSA-Chef da war, dann nehme ich an, dass auch der Chef unserer Hauses dabei war.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wer war das zu der Zeit?

Zeuge Folker Berfuß: Herr Fromm.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und dann wurde dieses Angebot gemacht, und wie verdichtete sich das dann dazu, dass es irgendwann XKeyscore gab?

Zeuge Folker Berfuß: Dann gab es das Angebot, sich diese Software anzuschauen. Davon haben einige Kollegen in unserem Haus Gebrauch gemacht, und dann gab es umfangreiche Überlegungen im Haus, ob man diese Software benutzen sollte oder nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wo haben Sie sich die Software angeschaut? Wo war das?

Zeuge Folker Berfuß: Ich persönlich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, also die Kollegen.

Zeuge Folker Berfuß: Die Kollegen, das erste Mal in Bad Aibling, meines Wissens nach.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also nicht bei der NSA in Amerika?

Zeuge Folker Berfuß: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und in Bad Aibling gab es diese Software ganz genau so, wie die NSA sie Herrn Fromm angeboten hat? Weil, wenn man sie sich da anschaut, dann muss man ja auch über das Ding reden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Folker Berfuß: Genau. Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es exakt dieselbe war; aber dort wurde uns eben die Software präsentiert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Von der NSA in Bad Aibling? Oder vom BND in Bad Aibling?

Zeuge Folker Berfuß: Das kann ich Ihnen nicht genau sagen, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie waren nicht dabei.

Zeuge Folker Berfuß: - weil ich nicht dabei war. Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ihnen ist das Thema erst im August 2011 über den Weg gelaufen?

Zeuge Folker Berfuß: Also frühestens im August, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und wie war dann der Zustand, also wie weit war man da? Hat man da gesagt - - Also, hat sich das schon irgendwie verdichtet, oder - -

Zeuge Folker Berfuß: Nein, das war noch ganz am Anfang. Wie gesagt, im Oktober 2011 gab es dann meines Wissens nach die erste direkte Anschauung dieser Software durch Mitarbeiter des BfV - unter anderem auch Mitarbeiter aus meinem Bereich -, und das war sozusagen der erste Schritt, diesem Angebot näherzutreten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und da waren Sie auch dabei und haben sich das angeschaut?

Zeuge Folker Berfuß: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wann haben Sie es sich denn zum ersten Mal angeschaut?

Zeuge Folker Berfuß: Ich habe es mir erst angeschaut, konkret die Software, als ich dafür - - Das müsste Mitte 2014 gewesen sein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also, ich habe das doch richtig verstanden, dass Sie am 15.08. - -

Zeuge Folker Berfuß: Entschuldigung, 2013, Mitte 2013.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Jetzt muss ich noch mal in die Daten reingucken. Also, am 15.08. sind Sie ins BfV gekommen, richtig?

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hatten da aber noch gar nichts mit XKeyscore zu tun?

Zeuge Folker Berfuß: Nein, da, wie gesagt, war ich neu im BfV und neu in der Referatsgruppe und hatte natürlich erst mal damit zu tun, mich in die originären Aufgaben der Referatsgruppe einzuarbeiten, und das hat den Schwerpunkt gebildet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und da gab es nicht irgendwie Gruppenleiterbesprechungen beim AL oder so was, dass man gesagt hat, das ist ein Thema? Ist nicht gewesen?

Zeuge Folker Berfuß: Das kam erst dann später.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mich wundert es jetzt so ein bisschen. Im Januar 2011 guckt man sich das an, und dann geht ein Prozess los, und Sie sehen das zum ersten Mal 2013.

Zeuge Folker Berfuß: Im Januar 2011 wurde nicht die Software vorgeführt, sondern nur das Angebot gemacht: Wir haben da - so habe ich es verstanden - eine Software, und wenn ihr wollt, könnt ihr euch die gerne mal anschauen. Und das erste Mal angesehen war meines Wissens im Oktober 2011.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Zeuge Folker Berfuß: Ich war aber auch für diese Software nicht federführend zuständig, und als Nichttechniker ist die Software selber für mich auch nicht so von Interesse gewesen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich frage mich halt gerade, was zwischen Oktober 2011 und dann irgendwann in 2013 so passiert ist mit der Überlegung, XKeyscore im BfV einzuführen.

Zeuge Folker Berfuß: Da gab es umfangreiche Überlegungen, wie das - - was man da machen müsste, wie man einen solchen Test aufsetzen kann und wer sozusagen auch - es musste geklärt werden - die Federführung dafür hat, für diese Einführung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und wer ist der im BfV, der überlegt?

Zeuge Folker Berfuß: Es waren damals - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also alle, vermute ich; aber jetzt konkret bezogen auf die Einführung von XKeyscore: Wer hat diese Überlegungen knapp über ein Jahr lang geführt?

Zeuge Folker Berfuß: Im Prinzip waren drei Abteilungen beteiligt: die Abteilung IT, die Abteilung 3 und die Abteilung 6.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Und bei Abteilung 6 müssten Sie ja involviert gewesen sein -

Zeuge Folker Berfuß: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - als 6E. Aber waren Sie erst 2013?

Zeuge Folker Berfuß: Nein, über die Vorgänge selber war ich involviert, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ah, okay.

Zeuge Folker Berfuß: - oder in die Vorgänge war ich involviert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nur angeguckt haben Sie es sich erst 2013.

Zeuge Folker Berfuß: Genau, konkret die Software, wie Sie aussah, habe ich mir erst 2013 - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, jetzt verstehe ich es. - Bei den Überlegungen zur Einführung von XKeyscore, was waren da wesentliche Abwägungskriterien in diesem einem Jahr des Nachdenkens der Abteilungen T [sic!], 3, 6?

Zeuge Folker Berfuß: Es war zum einen die Frage, wofür man die Software benutzen könnte, wie man das technisch installiert, wie gesagt, wer da noch die Federführung hat. Und dann war es ja im Prinzip eine dreiseitige Kooperation mit BND und NSA und insofern auch die Frage, wie man BND hier einbinden kann. Da gab es ja das Angebot, einen Mitarbeiter vom BND zur Schulung für uns zu entsenden. Und das waren alles Fragen, die geklärt werden mussten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, mir scheint, wenn man sich das jetzt so von außen - ich habe es ja nicht miterlebt so wie Sie - vorstellt, da kommt der NSA-Chef zum BfV-Chef und sagt: „Wir haben da eine tolle Sache, die bieten wir euch an“, da kommt mir das jetzt so vor, als wenn der BfV-Chef nicht sagen hätte können: „Brauchen wir nicht, wollen wir nicht, wofür das Ganze“, sondern gesagt hat: „Na klar, super Angebot, machen wir“, so im Sinne von „Man will den Partner ja jetzt auch nicht vor den Kopf stoßen“. Und dann hat man sich überlegt: Wofür brauchen wir es eigentlich? Wie setzen wir es technisch um? Also irgendwie: Die oben treffen die Entscheidungen - möglicherweise aufgrund von Behörden, politischen Erwägungen -, und dann müssen die Mitarbeiter überlegen: Was machen wir jetzt mit dem Baby?

Zeuge Folker Berfuß: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist so nicht? So erscheint mir der Eindruck gerade so ein bisschen. Und dann, BfV ist ja etwas anderes als BND. Dieses Tool hat ja verschiedene Seiten - die Erfassungsseite, die Auswertungsseite -, und jetzt muss man so gucken: Was machen wir jetzt mit dem tollen Geschenk, was wir jetzt hier am Bein haben?

Zeuge Folker Berfuß: Ich bitte um Nachsicht, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Folker Berfuß: - wenn ich das nicht ordentlich rübergebracht habe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - ich probiere es nur zuzuspitzen.

Zeuge Folker Berfuß: Genau. - Man muss sich das so vorstellen: Auf Präsidentenebene ist es natürlich relativ abstrakt, so ein Angebot für so eine Software. Da muss man sich diese Software erst mal anschauen, und dann muss man sich einfach überlegen, wofür kann man sie gebrauchen und kann man sie überhaupt gebrauchen. Die Möglichkeit, sie abzulehnen, hätte es natürlich jederzeit auch gegeben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann haben Sie sich die Software angeschaut, haben abgewogen, und wann kam es dann zu einer Verdichtung der Entscheidung, dass man XKeyscore nutzt?

Zeuge Folker Berfuß: In der zweiten Jahreshälfte 2012, würde ich sagen, wurde es schon relativ konkret, weil man sich da dann überlegt hatte: Wie könnte so ein Test aussehen, und wer hat die Federführung dafür? Und wie könnte sozusagen der technische Rahmen aussehen, und wie könnte der inhaltliche Rahmen für so ein Test aussehen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und hat man sich da schon Gedanken gemacht, welche Teile von XKeyscore man gebrauchen kann, in der Zeit?

Zeuge Folker Berfuß: Diese Frage stellte sich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Warum nicht?

Zeuge Folker Berfuß: Weil die Diskussion, so wie ich sie mitbekommen habe, über XKeyscore, ob es da verschiedene Versionen oder Teile gibt, meiner Meinung nach ein bisschen irreführend ist. Wir haben eben eine Variante oder - - Nein. Wir haben XKeyscore vorgeführt bekommen, und für uns war klar, dass wir sie für die Analyse von

Daten einsetzen würden, und eine andere Möglichkeit gab es rein rechtlich gar nicht. Insofern war das klar, dass wir sie für die Analyse hier vorliegender Daten einsetzen würden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Folker Berfuß: Da gab es insofern - - Ich nehme an, Sie spielen auf Erfassung von Daten an. Die Alternative gab es nicht.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was war das Letzte?
Faktisch oder rechtlich?)

- Die Alternative gab es nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zur Erfassung, also auch Erfassung zu nutzen. Okay. - Und als Sie sich das angeschaut haben dann 2013, wie war das da mit diesen beiden Seiten Erfassung, Auswertung? Nutzt man die Erfassungsseite nicht, weil Sie keinen Stecker drin haben, wo Daten reinkommen, und Sie da nichts erfassen können, oder ist das ausgeblendet, fehlen da ein paar Pull-down-Menüs? Wie muss ich mir das vorstellen? Also, jetzt nicht in technische Details reingehen; ich will die Oberfläche von XKeyscore nicht hier dargestellt bekommen. Ich will nur wissen: Haben Sie eine Vollversion und können den einen Teil nicht nutzen, weil kein Kabel reingeht, bildlich gesprochen, oder ist das XKeyscore light für BfV?

Zeuge Folker Berfuß: Wenn Sie erlauben, ich glaube, die Frage zielt ja auf die Frage ab: Gibt es verschiedene Varianten? Soweit wie ich es verstanden habe, ist es so, dass wir die eine Version XKeyscore, die es gibt, haben. Wir haben allerdings weder rechtlich noch technisch die Möglichkeiten, Daten zu erfassen, sondern wir haben nur die Möglichkeit, Daten zu analysieren. Insofern hat man die Software eben darauf angepasst, lediglich vorliegende Daten auszuwerten, und da haben einige Umkonfigurationen wohl stattgefunden, um sie für unseren Einsatzzweck machen. Insofern würde ich nicht von verschiedenen Varianten reden, sondern einfach nur von einer



Nur zur dienstlichen Verwendung

Version; aber wir nutzen sie eben nur für die Auswertung von Daten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kommt bei Ihnen, in Ihrer Referatsgruppe, XKeyscore noch zum Einsatz?

Zeuge Folker Berfuß: Da müsste ich mal ganz kurz mit dem BMI Rücksprache halten.

(Der Zeuge wendet sich an
MR Torsten Akmann
(BMI))

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zumindest rückblickend. Also ich will nicht heute, am heutigen Tag wissen.

Zeuge Folker Berfuß: Also, ich habe in meiner Referatsgruppe - - Sagen wir so: Meine Referatsgruppe hat damals das Thema übernommen, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also nicht nur der G-10-Bereich? Das will ich damit fragen.

Zeuge Folker Berfuß: Meine jetzige Referatsgruppe ist im Bereich der Abteilung 3; das ist der Bereich, die Abteilung, die sich mit G 10 beschäftigt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Warum - - Oder mal so gefragt: Wie sichern Sie technisch ab, dass dieses hoch komplexe Tool XKeyscore nicht Dinge macht, die man gar nicht kennt, wenn man es nicht selber programmiert hat?

Zeuge Folker Berfuß: Wir haben es so abgesichert damals, dass wir ein sogenanntes Stand-alone-System eingerichtet haben, das heißt, es gibt keinerlei Schnittstellen nach außen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Warum haben sie das so gemacht?

Zeuge Folker Berfuß: Das sind Vorgaben der IT-Sicherheit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Warum haben die das so gemacht? Wollten die die Auswerter ärgern? Ich meine, da muss man ja ständig hin- und herlaufen, Luftschnittstelle nutzen etc., das ist so mühselig. Warum machen die Ihnen so eine Arbeit?

Zeuge Folker Berfuß: Es ist tatsächlich mühselig, aber das sind die Vorgaben, die ein eigener Bereich bei uns im Haus macht anhand seiner Zuständigkeit. Da geht es immer um die Frage der Vertraulichkeit und Integrität von Daten. Wir haben es ja hier im Bereich von G 10 mit sehr, sehr sensiblen Daten zu tun, und da muss man einfach schauen, dass man diese Daten bestmöglich dagegen absichert, dass auf gar keinen Fall irgendwie Daten abfließen können, und das kann man definitiv dann absichern, wenn man keinerlei - wie Sie es sagten - Stecker nach draußen hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil man eben in so ein Tool, so ein Programm nie hundertprozentig reingucken kann, ob das nicht noch Sachen macht, die man eben nicht bestellt hat.

Zeuge Folker Berfuß: Im Prinzip, so ist es, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und die IT-Sicherheit hat gesagt, das wäre sonst - - ja, zu riskant ist eine Bewertung - - Das wollen wir nicht.

Zeuge Folker Berfuß: Genau. So lange wie es da keine Freigabe gibt, darf man es eben nicht anders einsetzen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Freigabe heißt Testbetrieb? Und nach dem Test- - also die Freigabe, und dann geht man aus dem Testbetrieb raus.

Zeuge Folker Berfuß: Genau. Freigabe heißt, danach könnte man -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wirkbetrieb.

Zeuge Folker Berfuß: - es einsetzen im Wirkbetrieb, ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und ist dann geplant, eine Schnittstelle nach draußen zu öffnen?

Zeuge Folker Berfuß: Wir haben damals diese Software bekommen, und es war - - Es stand nie zur Debatte, dass es da in irgendeiner anderen Netzwerke - - erst recht keine Schnittstellen nach draußen geben sollte. Es war schon sozusagen schwierig genug, diesen Test so aufzusetzen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt gucken wir mal nur auf die Komponente, die Sie haben beim BfV. Würden Sie sagen, dass XKeyscore im Bereich der Auswertung einen Mehrwert für Sie hat?

Zeuge Folker Berfuß: Ich glaube, das ist sozusagen nicht für die öffentliche Sitzung bestimmt, aber Sie können, glaube ich, davon ausgehen - - oder es ist ja vielleicht im Rahmen eines logischen Schlusses möglich, zu sagen, wir würden ja nicht so lange testen, wenn wir es fachlich schon nicht für sinnvoll halten würden.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Letzte Frage: Bei den Dingen, die Sie darüber laufen lassen - ich drücke mich jetzt etwas schwammig aus, um da nicht zu konkret zu werden -, kommen Sie da mit den Speicherkapazitäten hin, die Sie im BfV haben?

Zeuge Folker Berfuß: Der Test damals war ja aufgesetzt nur für einen relativ kleinen Umfang, und für diesen Umfang wurde auch entsprechend das Testsystem ausgelegt, und ich war damals, wie gesagt, nicht Teil der AG; aber was ich gehört habe, ist, dass das damals ausreichte, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mit AG meinen Sie AG „Poseidon“?

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber jetzt könnte ich doch mal fragen: Jetzt läuft dieser

Testbetrieb immer noch und immer noch und immer noch. Irgendwann müssen doch die Server mal voll sein. Oder wie verstehe ich das?

Zeuge Folker Berfuß: Ja. Es ist aber so, dass sozusagen die eigentliche Datenhaltung in der eigentlichen G-10-Anlage läuft und wir lediglich Daten exportieren in dieses System, analysieren und dann auch wieder aus dem System rausnehmen, also löschen. Sozusagen die eigentliche Datenhaltung selber, die findet in der eigentlichen G-10-Anlage statt, das heißt, es ist lediglich ein zusätzliches Tool, in dem temporär die Daten einspielt werden, um sie zusätzlich zu analysieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Letzte Frage: Was für Daten stecken Sie da rein, die dann diese Software XKeyscore analysieren soll? Von was für Daten reden wir da eigentlich?

Zeuge Folker Berfuß: Es war immer klar, dass es - - Also, es war relativ schnell klar, dass der einzige sinnvolle Einsatz bei uns im Bereich der G-10-Daten sein kann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, klar. Aber jetzt, wie stelle ich mir diese Daten vor? Was ist das? Ist das ein Telefonat? Ist das ein E-Mail-Verkehr von einem Tag? Ich kann mir das gar nicht vorstellen, wie das aussieht. Von was für Daten reden wir da?

Zeuge Folker Berfuß: Ich würde jetzt ungern ins Detail gehen, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich schon.

Zeuge Folker Berfuß: - jedenfalls nicht öffentlich, aber vielleicht - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sonst ist es ja doof, wenn wir hier nicht ins Detail gehen; sonst lohnt es sich hier ja nicht.

Zeuge Folker Berfuß: Sehr gerne, aber - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich sage noch mal, grob sich - - Was heißt Daten? Daten ist so ein unpackbarer Begriff.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Folker Berfuß: Vielleicht kann ich den G-10-Prozess einfach mal allgemein schildern. Es ist ja so, dass wir Individualmaßnahmen nach dem Artikel 10-Gesetz durchführen. Das heißt, wir bekommen die Daten, die über -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es kann eine TKÜ sein.

Zeuge Folker Berfuß: - TKÜ, genau - den jeweiligen Anschluss laufen dieser überwachten Person, nach Zustimmung des Parlaments. Und diese Daten werden eben dann zum Teil, wenn es in XKeyscore analysiert werden soll, exportiert. Und zwar genau so, wie sie uns übermittelt werden, werden sie dann in das XKeyscore-System eingespielt und dann analysiert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, das ist nicht das klassische Telefonat, wo ich dann doch akustische Töne habe; das sind mehr die digitalen Inhalte, die SMS, der Webverkehr von meinem Mobiltelefon oder vom Computer. Reden wir über so was, oder reden wir über ein Telefonat, so eine klassische polizeiliche TKÜ mit Kopfhörern auf?

Zeuge Folker Berfuß: Ich denke - ich bin jetzt ein bisschen unsicher -, es sind alle Daten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn es zu sehr ins Detail geht, können wir das wirklich gerne nichtöffentlich verhandeln.

Zeuge Folker Berfuß: Die Telefoniedaten sind aber in dem Zusammenhang vielleicht nicht so spannend, weil die mit der klassischen Auswertung auch noch funktionieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich sage es jetzt mal ganz laienhaft: Es geht um ein digitales Gewusel, was mir XKeyscore wieder sichtbar macht, wenn ich da Begriffe reingebe, die ich verstehe, und dann macht XKeyscore das in dem digitalen Gewusel, sucht da was.

Zeuge Folker Berfuß: Genau, nur dass die Begriffe, die da reingegeben werden von unseren Analysten - - also ich verstehe sie zum Teil. Es

sind zum Teil technische Begriffe, nach denen da analysiert wird, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Das lasse ich mal sacken und setzen und würde dann die Fraktion Die Linke bitten, ihre Fragen zu stellen. - Wenn Sie irgendwas trinken wollen oder sonst was - ich hoffe, Sie haben genug vor sich stehen -, -

Zeuge Folker Berfuß: Danke schön.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - wenn Sie eine Pause oder Unterbrechung mal brauchen, geben Sie ein Zeichen. Also, das soll für Sie auch so gut ablaufen, dass Sie immer fit sind und willens, uns Auskünfte zu geben.

Zeuge Folker Berfuß: Ich gebe ein Zeichen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Super. - Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Berfuß, vorweg, Herr Berfuß ist Ihr richtiger Name oder Ihr Tarnname?

Zeuge Folker Berfuß: Tarnname.

Martina Renner (DIE LINKE): Finden wir Sie noch unter einem anderen Namen in den Akten?

Zeuge Folker Berfuß: In den Akten ist mein - - wenn, mein richtiger Name.

Martina Renner (DIE LINKE): Das wäre gut gewesen, dann zur Vorbereitung den zu kennen. Dann hätten wir sicherlich mehr Fundstellen eruieren können, zu denen wir dann heute einen Vorhalt vorbereiten hätten können.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu meldet sich die Bundesregierung.

Martina Renner (DIE LINKE): Können wir kurz unterbrechen für solche - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Habe schon -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - angehalten. - Herr Akmann.

MR Torsten Akmann (BMI): Das stimmt so nicht. Die Namen sind in den Unterlagen geschwärzt, aber die Funktionsbezeichnungen sind ja erkennbar.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Aber Sie haben den Tarnnamen auch nicht gewechselt in den letzten Jahren?

Zeuge Folker Berfuß: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Hatten Sie vor August 2011 Kontakt mit Geheimdiensten?

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Könnten Sie uns sagen, in welcher Funktion?

Zeuge Folker Berfuß: Ja. Ich war mehrere Jahre in einem Landesamt für Verfassungsschutz.

(Unruhe)

Martina Renner (DIE LINKE): Entschuldigung, ich verstehe kein Wort. - Bitte.

Zeuge Folker Berfuß: Entschuldigung.

Martina Renner (DIE LINKE): Es war mein Problem, also nicht Ihres.

Zeuge Folker Berfuß: Ich war seit - - Also, nach dem Studium bis eben zum 15. August 2011 war ich in einem Landesamt für Verfassungsschutz aktiv.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch dort im Bereich Auswertung?

Zeuge Folker Berfuß: Nein. Auswertung ja, aber Rechtsextremismus, und dann im Bereich einer Stabstelle.

Martina Renner (DIE LINKE): Könnten Sie uns noch das Bundesland sagen?

Zeuge Folker Berfuß: Berlin.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe ein paar Fragen zum Einsatz von XKeyscore und kann da anschließen an die Fragen des Herrn Vorsitzenden, die er zuletzt gestellt hat. Die G-10-Maßnahmen, die im Testbetrieb verarbeitet wurden, wer hat die ausgesucht?

Zeuge Folker Berfuß: Das wurde im Rahmen der AG ausgesucht. Da gab es Abfragen bei den betroffenen Fachbereichen, und man hat sich dann, ich glaube, anfangs für drei Maßnahmen entschieden.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es dort Hinweise der amerikanischen Seite, welche Kriterien zur Auswahl genutzt werden sollen?

Zeuge Folker Berfuß: Nicht dass ich wüsste.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es überhaupt einen Austausch mit der amerikanischen Seite, was die Auswahl der G-10-Maßnahmen angeht?

Zeuge Folker Berfuß: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein?

Zeuge Folker Berfuß: Nicht dass ich wüsste.

Martina Renner (DIE LINKE): Nicht dass Sie wüssten.

Zeuge Folker Berfuß: Ist mir nicht bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Nach was für Fragestellungen wurden die G-10-Maßnahmen ausgewählt?

Zeuge Folker Berfuß: Das waren G-10-Maßnahmen, die entweder besonders wertig waren oder wo wir der Meinung waren, hier ist besonders viel Internetverkehr, oder Dinge, die vielleicht von der aktuellen G-10-Anlage - - wo besonders wenig bei rum kam. Das waren so Kriterien für die Auswahl.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Waren das G-10-Maßnahmen, die ansonsten auch eine hohe operative Bedeutung hatten? Oder waren das eher so Rand-G-10-Maßnahme, die, ich nenne das jetzt mal so, Beifang waren?

Zeuge Folker Berfuß: Nein. Beifang oder Rand-G-10-Maßnahmen gibt es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja.

Zeuge Folker Berfuß: Die Hürde, um überhaupt G 10 machen zu dürfen, ist ja schon sehr hoch. Das ist ein tiefer Eingriff, insofern ist auch die Hürde sehr hoch, und da brauchen Sie schon einiges, um überhaupt eine G-10-Maßnahme schalten zu können. Insofern gibt es eigentlich nicht unwichtige.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay, dann formuliere ich es mal anders. Waren das G-10-Maßnahmen, zu denen ansonsten auch operative Maßnahmen, wie Observation oder Ähnliches, stattgefunden haben? Ich will die Wertigkeit der G-10-Maßnahme ergründen.

Zeuge Folker Berfuß: Ja, davon gehe ich aus. Ich kann es ja nur generell beantworten, dass bei allen G-10-Maßnahmen ist, dass man versucht - - Es ist ja immer das letzte Mittel. Insofern: Allzu viele anderen Alternativen dürften Sie dann auch nicht haben, aber, dass man selbstverständlich versucht, ob auch noch andere Maßnahmen möglich sind. In jedem Fall aber das - - Da, wo G-10-Maßnahmen laufen, das sind schon operative Schwerpunkte.

Martina Renner (DIE LINKE): Operative Schwerpunkte. - Wie ist es mit den Ergebnissen, die durch die Datenverarbeitung mit Hilfe der Software XKeyscore erzielt wurden, wurden diese weitergegeben? Ich sage jetzt mal allgemein, ich habe noch nicht gefragt, an wen.

Zeuge Folker Berfuß: Also, ich in meiner Funktion war damals im Fachbereich und habe - - Im Rahmen dieser Arbeit wurden auch G-10-Maßnahmen in meinem Bereich gestellt, und insofern kamen auch Informationen aus dem G-10-Bereich

zurück. Wir konnten allerdings anhand der Informationen, die wir zurückbekommen haben, nicht erkennen, ob die jetzt separat mit XKeyscore ausgewertete worden waren oder ob das ganz normale - in Anführungszeichen - G-10-Erkenntnisse waren.

Martina Renner (DIE LINKE): Und diese G-10-Erkenntnisse sind auch an die NSA weitergereicht worden?

Zeuge Folker Berfuß: Da findet ein regelmäßiger Austausch statt, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie, ob zu den durch XKeyscore verarbeiteten G-10-Maßnahmen - die fünf bis sechs, von denen Herr Treuenfels sprach - die Ergebnisse an die NSA weitergegangen sind?

Zeuge Folker Berfuß: Soweit mir bekannt ist, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Sind sie an andere Dienste der USA, CIA, DIA, an einen Kontakt in Deutschland - es gibt ja auch eine hier zuständige Person, an die solche Dinge gehen - weitergegangen?

Zeuge Folker Berfuß: Soweit wie mir das bekannt ist, gingen keinerlei Informationen, die durch XKeyscore gewonnen wurden, an ausländische Nachrichtendienste.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist sie an eine andere Bundesbehörde weitergereicht worden oder an einen - -

Zeuge Folker Berfuß: Das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Das wissen Sie nicht.

Zeuge Folker Berfuß: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Für den Zeitraum ab August 2011, hatten Sie selbst auch Kontakt mit der NSA?

Zeuge Folker Berfuß: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie uns sagen, wann und mit wem und zu welchen Fragen?

Zeuge Folker Berfuß: Ja. Also, wir arbeiten selbstverständlich im Rahmen der operativen Arbeit - das hatte ich ja beschrieben -, das war damals im Bereich meiner Arbeitsgruppe, das sind alles operative Fälle, und in diesem Zusammenhang haben wir regelmäßig Kontakt auch zu ausländischen Nachrichtendiensten und auch zu den Amerikanern und auch zur NSA, ja. Das waren dann aber immer Treffen sozusagen, wenn es sich nicht gerade um XKeyscore handelte, wo man möglicherweise die Einrichtung von XKeyscore, dieses Tests, Fragen in dem Zusammenhang geklärt hat - - waren es eigentlich immer Treffen zu operativen Fragen.

Martina Renner (DIE LINKE): Diese Treffen finden in einer Liegenschaft des BfV statt?

Zeuge Folker Berfuß: Auch.

Martina Renner (DIE LINKE): Gibt es so etwas wie einen ständigen Verbindungsbeamten, der auch residiert im BfV?

Zeuge Folker Berfuß: Es gab einen Verbindungsbeamten auch von der NSA, der regelmäßig nach Treptow kam, um eben - - dass man bestimmte Sachverhalte mit ihm schon mal besprechen konnte, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Inwieweit hat dieser Verbindungsbeamte Zugang zu den Bereichen, in denen XKeyscore eingesetzt wurde?

Zeuge Folker Berfuß: Gar nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Gar nicht. Das ist alles räumlich getrennt?

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Dieser Verbindungsbeamte bewegt sich auch innerhalb des BfVs unter dem Ticket NSA, nicht unter einer Legende.

Zeuge Folker Berfuß: Ja. Das war bekannt, dass das ein NSA-Verbindungsbeamter ist.

Martina Renner (DIE LINKE): An den Tests - jetzt nicht an der Frage Weitergabe von Daten - - War in irgendeiner Form die NSA an den Tests beteiligt? Ich frage das jetzt mal ganz weit.

Zeuge Folker Berfuß: Das macht die Antwort schwierig.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Folker Berfuß: Also, die NSA war selbstverständlich in dem Sinne beteiligt, dass wir - - Also, wir haben ja sozusagen die Software vom BND bekommen und der BND von NSA. Alles, was sozusagen um die Einrichtung dieses Tests, Fragestellungen dazu ging - - da war durchaus mal, gab es mal Fragen - aber eher technischer Natur - an die NSA. Was den Test selber dann angeht, der findet im Sondersicherheitsbereich statt, im G-10-Bereich, und da gibt es keinerlei Zugang für ausländische Nachrichtendienste.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat die NSA zu irgendeinem Zeitpunkt Updates oder Ähnliches übersandt?

Zeuge Folker Berfuß: Der BND, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Der BND?

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Diese technische Weiterentwicklung lief immer über den Bundesnachrichtendienst?

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir wechseln.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut, dann machen wir nachher weiter.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir kommen in der ersten Runde zu den Fragen der Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Ja, danke Herr Vorsitzender. - Herr Berfuß, auch von unserer Seite hallo!

Zeuge Folker Berfuß: Guten Tag!

Christian Flisek (SPD): Zunächst einmal eine allgemeine Frage. Ähnlich, wie die Kooperation vermittelt über den BND läuft bei dem Tool XKeyscore, sind Ihnen aus Ihrer Arbeit weitere vergleichbare Tools bekannt, die von anderen Diensten der Five-Eyes-Staaten stammen könnten?

Zeuge Folker Berfuß: Nein. Dieses Tool war damals sozusagen, das war völlig Neuland für uns.

Christian Flisek (SPD): Dieses Jahr aber - - Das heißt also, nein, es gibt sonst nach Ihrer Kenntnis innerhalb des Bundesamtes keine Software, Hardwarekomponenten, Ähnliches von anderen Diensten der Five-Eyes-Staaten, die in ähnlicher Weise genutzt werden.

Zeuge Folker Berfuß: Nein.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Sie haben gesagt, im August 2011, als Sie in den Dienst des Bundesamtes eintraten, da gab es das Angebot bereits - das habe ich richtig verstanden? -, und dann im Oktober gab es so die ersten Schritte, Anschauung, und dann kam es ja dann quasi zur Übergabe, sage ich mal, 2013, richtig - das war ja noch vor den Snowden-Veröffentlichungen -, und dann begann man mit der Testphase.

Zeuge Folker Berfuß: Mhm.

Christian Flisek (SPD): Die läuft noch?

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Christian Flisek (SPD): Können Sie mir mal schildern, wie so ein Alltag in dieser Testphase aussieht? Wie soll ich mir das vorstellen?

Zeuge Folker Berfuß: Also damals - - Wir haben ja einen bestimmten Untersuchungszeitraum, und innerhalb dieses Untersuchungszeitraums war die AG „Poseidon“ eben dafür zuständig, deren Mitglied ich nicht war. Insofern sind meine

Kenntnisse da über diese Abläufe, sagen wir mal, aus zweiter Hand. Es war so, dass wir - - ein Mitarbeiter vom BND war abgeordnet zu uns und hatte dann versucht mit Hilfe von BfV-Mitarbeitern, die Maßnahmen zu analysieren. Zunächst musste das System aber erst mal installiert werden und der ganze Testbetrieb aufrecht - - aufgebaut werden. Und dann hat man eben Maßnahmen ausgewählt - wie wir es eben schon besprochen hatten - und mit Hilfe von XKeyscore versucht, zu analysieren, indem Mitarbeiter aus dem Fachbereich, aus meinem Bereich, versucht haben, sich mit dem BND-Kollegen dann vor den Rechner zu setzen und entsprechende Fragestellungen einzusteuern.

Christian Flisek (SPD): Wie soll ich mir das vorstellen? Ist da Rushhour, oder jeden Tag wird getestet, bis die Kabel glühen, oder ist das so - - kann ich mir stand-alone auch so vorstellen, dass das irgendwo in der Ecke steht und alle drei Monate kommt man da mal her und gibt was ein und dann guckt man, was rauskommt? Wie stelle ich mir das vor? Da ist irgendwo scheinbar ein Rechner, stand-alone, Luftschnittstelle, haben wir ja jetzt alle hier rausgearbeitet. Wie findet dieser Testbetrieb statt? Wie intensiv ist der? Wird da unablässig was reingegeben?

Zeuge Folker Berfuß: Ich kann nicht sagen, wie oft damals Daten dann eingespielt wurden; aber wenn die Daten eben eingespielt waren, dann hat diese AG „Poseidon“ eben versucht, diese Daten zu analysieren. Aus meinem damaligen Erleben war es so, dass - - Wir waren ja als Referatsgruppe innerhalb der Abteilung 6 auch an dem Test beteiligt, also Mitarbeiter von mir. Da muss ich allerdings sagen, dass die Mitarbeiter meistens - es waren normale Verwaltungsbeamte und eben keine Informatiker -, mir rückgemeldet hatten, dass sie eben als Nichtinformatiker sich sehr schwer tun in der Bedienung dieses Tools.

Christian Flisek (SPD): Warum hat man da keine Informatiker rangesetzt?

Zeuge Folker Berfuß: Weil zu dem Zeitpunkt keine da waren -

Christian Flisek (SPD): Wo?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Folker Berfuß: - aus unserem Bereich.

Christian Flisek (SPD): Erklären Sie mir mal, warum das so lange dauert mit diesem Test. Ich meine, wir reden jetzt ja hier nicht über drei Monate, wir reden jetzt hier über drei Jahre bald.

Zeuge Folker Berfuß: Das hat im Wesentlichen eben diese schon genannten IT-Sicherheitsfragen als Hintergrund. Das ist einfach ein komplexes System, ein komplexer Testaufbau. Wir müssen ein Sicherheitskonzept erstellen, das dann von unserem IT-Sicherheitsmanagement erstellt wird, und dieser Prozess, der dauert einfach.

Christian Flisek (SPD): Drei Jahre?

Zeuge Folker Berfuß: Der sogenannte Proof of Concept begann ja im September 2013 bis, ich glaube, ungefähr April 2014 - da geht es dann erst mal um eine fachliche Auswertung -, und seitdem, ja, sind es vorrangig IT-Sicherheitsfragen, die da zu klären sind, ja.

Christian Flisek (SPD): Das ist jetzt nicht persönlich gemeint; das frage ich alle Zeugen. Ich finde das - das sage ich ganz offen - - Ich kann es nicht nachvollziehen. Ich kann selber nicht nachvollziehen, wie man ein Tool, das in der internen Bewertung als immerhin von der NSA - die haben einen enormen technischen Fortschritt, also die sind voraus - - Das soll eingesetzt werden in der Analyse, und dann gehen da drei Jahre ins Land, bis man dann mal irgendwann außerhalb des Testbetriebes - - Oder kann man, ich sage mal jetzt - - Ich frage es auch mal so: Das, was da Testbetrieb ist, ist das nicht vielleicht ein Etikett für den tatsächlichen Wirkbetrieb?

Zeuge Folker Berfuß: Nein, definitiv nicht. Für einen Wirkbetrieb bräuchten wir eben, wie gesagt, diese Freigabe, damit wir - -

Christian Flisek (SPD): Von wem?

Zeuge Folker Berfuß: Die Freigabe erfolgt dann letztlich durch die Amtsleitung bei uns.

Christian Flisek (SPD): Und die steht aus? Würden Sie denn sagen, dass der Test so weit jetzt mal ist, dass man eigentlich freigeben könnte?

Zeuge Folker Berfuß: Ich hatte ja vorhin schon einen Hinweis gegeben, wie wir das sozusagen fachlich bewerten würden, oder eine Himmelsrichtung da angegeben. Und insofern, fachlicherseits besteht da mit Sicherheit Interesse, dass diese Testphase bald beendet wird, ja. Ich muss aber akzeptieren, dass es eben diese IT-Sicherheitsfragen gibt, die dann eine große Rolle spielen, und für die - - wo ich aber sozusagen eben auch abhängiger bin.

Christian Flisek (SPD): Nur mal eine These: Man hat das Ganze begonnen vor den Snowden-Veröffentlichungen. Kann das nicht sein, dass man jetzt plötzlich dieses Ding an der Backe hatte? Dann kam plötzlich Snowden mit XKeyscore in der Öffentlichkeit auf. Und irgendwie war das jetzt blöd, weil natürlich hätte man das Ding lieber genutzt, ohne dass die Welt weiß, was XKeyscore eigentlich ist, und jetzt hat man - - Jeder weiß auf einmal, der sich da irgendwie für interessiert, dass XKeyscore was von der NSA ist. Das BfV hat das an der Backe; zurückgeben kann man es auch nicht mehr, weil dann werden die irgendwie böse bei der NSA und würden sagen: „Was macht ihr denn da? Ihr seid gar nicht kooperationsfähig“, also irgendwie die politische Vorgabe: Testphase bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag. - Was halten Sie denn von der These?

Zeuge Folker Berfuß: Mit Verlaub, nicht allzu viel.

(Heiterkeit - Martina Renner (DIE LINKE): Legitim!)

Christian Flisek (SPD): Ich fühle mich nicht beleidigt.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Zeuge Folker Berfuß: Das war auch nicht meine Absicht. - Nein. Diese Testphase - Sie müssen es auch vielleicht einfach mal aus meiner Perspektive, fachlicherseits, sehen -, ich würde die natürlich gerne beenden, bindet ja auch einfach



Nur zur dienstlichen Verwendung

schlicht Ressourcen, bis diese - - Das IT-Sicherheitsmanagement kommt natürlich auch auf meine Mitarbeiter zu, fragt nach, um eben ihre Sicherheitsfragen entsprechend beantworten zu können; das bindet einfach Ressourcen. Schon allein aus diesen praktischen Gründen können Sie sich vielleicht vorstellen, dass ich ein hohes Interesse daran habe, dass wir mit der Testphase irgendwann mal möglichst zügig beendet sind. Also, insofern - - Das alleine schon ... (akustisch unverständlich)

Christian Flisek (SPD): Darf ich gleich einhaken? Aus Ihrer Sicht, Herr Berfuß, kann ich das nachvollziehen, dass Sie vielleicht sagen, aus fachlicher Sicht, als jemand, der analysieren muss, der da was vorlegen muss, haben Sie ein Interesse. Aber vielleicht sieht das der Präsident anders. Vielleicht sagt der - -

Zeuge Folker Berfuß: Sie fragen ja jetzt aber auch mich. Insofern antworte ich Ihnen. Und ich habe keinerlei Kenntnis davon, habe auch nicht den Eindruck, dass der Präsident das anders sieht.

Christian Flisek (SPD): Und Sie würden mir jetzt auch sagen: Jeder einzelne Tag in dieser Testphase war bisher notwendig.

Zeuge Folker Berfuß: Wie gesagt: Ich hätte nichts dagegen gehabt, wenn er ein bisschen kürzer wäre.

Christian Flisek (SPD): Ein bisschen kürzer?

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN): Der Tag? - Dr.
André Hahn (DIE LINKE):
Der Tag oder die ganze
Phase?)

Also, ich finde es halt komisch - ich sage es ganz offen -, dass man bei einem Tool, das eine gewisse Mächtigkeit hat und wo man ja immerhin jetzt offensichtlich zum ersten Mal - Sie haben ja gerade gesagt, andere Kooperationen, wo es so einen Austausch gab, sind zumindest Ihnen jetzt mal nicht bekannt - - dass man sich so lange Zeit lässt damit.

Zeuge Folker Berfuß: Na ja, wir reden ja über einen bestimmten Zeitraum, und in diesem Zeitraum haben wir versucht, eben einen Test aufzusetzen, der so - - haben durch das IT-Sicherheitsmanagement bestätigt bekommen, dass man so einen Test so machen kann, so lange bis man eben die Freigabe bekommt. Und schon daher - - Das ging ja dann relativ zügig, bis die Software bei uns war, und dann mussten eben umfangreiche Konfigurationen an dem System vorgenommen werden, Härten etc.

Christian Flisek (SPD): Ich versuche es mal mit einer zweiten These. Der übliche Deal ist ja irgendwie: „Wir kriegen Technik und geben irgendwelche Daten oder Meldungen“, in der Kooperation.

Zeuge Folker Berfuß: Ich würde schon widersprechen, dass das der übliche Deal wäre.

Christian Flisek (SPD): Ich kenne das bisher hier nur so; andere Deals kenne ich nicht. Also, es sind ja auch mal in der *Zeit Online* die angeblich zugrunde liegenden vertraglichen Regelungen veröffentlicht worden, die Terms of Reference. Kennen Sie die?

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und da gibt es ja eben diese berühmte Formulierung in der Präambel, wo drinsteht, dass das Bundesamt verpflichtet sei, die mit Hilfe von XKeyscore gewonnenen Informationen so weit wie irgendwie möglich mit der NSA zu teilen. Also:

To the maximum extent possible
share

- nicht „transfer“: „share“ -

all data relevant to NSA's mission.

Also, ich sage mal, ob das jetzt üblich ist, darüber reden wir jetzt mal gar nicht. Hier ist der Deal: Technik gegen Daten.

Zeuge Folker Berfuß: Ich bitte um Verständnis, aber die ToR, also die Terms of Reference, sind



Nur zur dienstlichen Verwendung

immer noch eingestuft. Insofern kann ich dazu öffentlich nicht Stellung nehmen.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Unterstelle ich trotzdem mal, dass das so ist, und arbeite jetzt mal mit einer zweiten These, dass - - Wie gesagt, die Frage, die immer noch im Hintergrund schwelt, ist die: Warum dauert das so ewig lange mit dem Test? - Vielleicht will man ja gegenüber der NSA gar nicht in den Wirkbetrieb kommen, weil solange man der NSA sagt: „Wir sind im Testbetrieb“, brauchen wir gar keine Daten teilen. Vielleicht sozusagen - - Verstehen Sie?

Und alles noch mal vor dem Hintergrund Snowden-Zäsur: Also man hat irgendwie, als plötzlich XKeyscore so in der Öffentlichkeit war, kalte Füße bekommen und hat gesagt: „Um Gottes Willen, zurückgeben können wir das jetzt nicht, wollen wir vielleicht aber auch nicht, und jetzt müssen wir irgendwie so lange, wie es irgendwie geht, diese Testphase strecken, damit wir da nicht zu dem eigentlichen Deal“ - nämlich Daten gegen Software - „verpflichtet sind.“ Wie gesagt: eine These.

Zeuge Folker Berfuß: Also, dafür habe ich überhaupt keine Anhaltspunkte und kann diese These insofern auch nicht teilen.

Christian Flisek (SPD): Das habe ich - - Sie können - -

Zeuge Folker Berfuß: Ich kann diese These deswegen auch nicht teilen.

Christian Flisek (SPD): Weil Sie keine Anhaltspunkte -

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Christian Flisek (SPD): - für so etwas haben. - Haben Sie denn jemals irgendwelche Vorgaben von der Leitungsebene gehabt zu der Frage, wie lange dieser Test jetzt noch dauern soll?

Zeuge Folker Berfuß: Wie gesagt: In dem fraglichen Zeitraum war ich nicht Leiter der AG „Poseidon“.

Christian Flisek (SPD): Aber haben Sie da was mitbekommen mal?

Zeuge Folker Berfuß: Nein.

Christian Flisek (SPD): Aber ist ja eigentlich üblich, nicht? Also, ich kenne das, wenn man - - Ich habe Verständnis dafür, dass man so ein Ding jetzt nicht gleich in den Wirkbetrieb nimmt, dass man Testphasen macht. Aber normalerweise bei so einem IT-Projekt, ich nenne das jetzt mal, definiert man ja auch auf der Zeitachse irgendwelche Meilensteine: „Dann und dann wollen wir da sein, da sein, da sein“, und dann irgendwann steht da mal der Meilenstein: Übergang in den Wirkbetrieb.

Zeuge Folker Berfuß: Wie gesagt, ich präzisiere vielleicht meine Aussage von eben noch mal: Es gab diesen sogenannten Proof of Concept, über den wir, glaube ich, auch schon gesprochen hatten; der war auf ein halbes Jahr angesetzt und endete ja dann im zweiten Quartal 2014. Das war allerdings vorrangig eine fachliche Fragestellung, die dahintersteckt, und danach kamen sämtliche IT-Sicherheitsfragen. Und für diesen Proof of Concept, da gab es eine klar umrissene Zeit, wie lange der dauern soll. Ansonsten ist man ja von relativ vielen Faktoren abhängig, und was die IT-Sicherheit angeht, sind verschiedene Parteien im Haus beschäftigt, damit befasst. Insofern gab es solche Vorgaben nicht, nein.

Christian Flisek (SPD): Und das finden Sie auch normal? Also ich kenne es anders, sage ich Ihnen ganz offen: In der Privatwirtschaft und auch in der öffentlichen Verwaltung, wo immer ein IT-Projekt von vielen Faktoren und Parametern abhängt - das macht dieses Thema IT so schwierig; das gestehe ich ja zu; das ist nicht einfach mal irgendwie Plug-and-play -, aber da macht man wirklich ein Projektmanagement; da macht man Pflichtenhefte; da macht man Meilensteine; da definiert man sehr klar, wann man wo irgendwie sein will. Und ich kann das nicht nachvollziehen, sage ich ganz offen, dass angeblich bei dem Thema innerhalb des BfV man einfach da so ins Blaue hinein vorgeht und sagt: Schauen wir mal, was noch irgendwie passiert, und so lange wird getestet.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Folker Berfuß: Na ja, wir versuchen, es einfach so schnell, wie es geht, zu erledigen.

Christian Flisek (SPD): Und da habe ich ja genau die Zweifel dran, weil wenn das die Vorgabe wäre: „So schnell wie möglich - -

Zeuge Folker Berfuß: Ich habe keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass es an irgendeiner Stelle - wie Sie, glaube ich, in Ihrer Frage ja insinuiert - da absichtlich nicht schnell genug vorangetrieben werden würde.

Christian Flisek (SPD): Aber Sie würden jetzt - ich habe den Zeithinweis - sagen: Eigentlich sind wir fertig mit der Testphase; eigentlich fehlt jetzt nur noch die Freigabe durch den Präsidenten.

Zeuge Folker Berfuß: Davor müssen aber noch bestimmte IT-Sicherheitsmanagement-Fragen geklärt werden.

Christian Flisek (SPD): Welche?

Zeuge Folker Berfuß: Das sind technische Fragen. Da würde ich, wenn überhaupt, nur nichtöffentlich dazu Stellung nehmen. Ist aber auch nicht vorrangig mein Bereich.

Christian Flisek (SPD): Ist das schon veranlasst?

Zeuge Folker Berfuß: Da sind die dran, ja.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Die sind dran!)

Christian Flisek (SPD): Na schön, danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Punktlandung auf die Sekunde. Das hat es selten gegeben bei Kollege Flisek. Danke schön. - Wir kommen zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz beginnt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Berfuß, darf ich Sie bitten, etwas näher noch an das Mikrofon ranzugehen, weil wir manchmal ein bisschen Probleme haben, Sie zu verstehen. - Vielen Dank für Ihr Kommen. Ich wollte ganz

kurz einleitend fragen, wie das eigentlich vor XKeyscore oder vor der Testphase - - oder wie es eigentlich normal ist, der Austausch von Informationen zwischen dem Bundesamt für Verfassungsschutz und der NSA.

Zeuge Folker Berfuß: Der Informationsaustausch ist mit der NSA - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Würden Sie noch ein Stück näher ran - -

Zeuge Folker Berfuß: Entschuldigung, ja. Näher ran ist schwierig. Ich versuche, lauter zu reden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist super, perfekt.

Zeuge Folker Berfuß: Der Informationsaustausch mit der NSA ist nicht speziell, sondern so wie mit allen anderen Nachrichtendiensten auch; er ist im Gesetz geregelt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In welchem Gesetz ist das geregelt?

Zeuge Folker Berfuß: Im Bundesverfassungsschutzgesetz, § 19 Absatz 3. Und bezieht sich jeweils immer auf operative Einzelfälle, das heißt, jede einzelne Datenübermittlung, so sie denn stattfindet, muss fachlich geprüft werden, ob sie zwingend erforderlich ist, ob sie diesen Rechtsgrundsätzen, wie sie in § 19 Absatz 3 festgeschrieben sind, entspricht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, automatisiert passiert da nichts.

Zeuge Folker Berfuß: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die NSA darf auch mit Ihnen direkt Daten austauschen.

Zeuge Folker Berfuß: Nein, die NSA - - Das läuft immer über einen Umweg. Und das war eben auch in den Jahren 2012 [sic!], dass dieser Weg modifiziert wurde. Es lief ursprünglich immer so, dass es über die Station hier - - Da gibt es eine



Nur zur dienstlichen Verwendung

Station JIS hier in - - die mehrere amerikanische Dienste zusammenfasst, und an die haben wir geschrieben. Und die haben das dann sozusagen inneramerikanisch verteilt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben sozusagen direkt an die JIS kommuniziert. Das ging nicht über den Bundesnachrichtendienst oder so, sondern Sie haben das direkt - -

Zeuge Folker Berfuß: So war das ursprünglich, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie ist das jetzt -

Zeuge Folker Berfuß: Jetzt - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - oder im Untersuchungszeitraum?

Zeuge Folker Berfuß: Im Untersuchungszeitraum hat sich das eben geändert, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nämlich?

Zeuge Folker Berfuß: - dass wir sozusagen den Postweg geändert haben, dass der BND das weiterleitet an die NSA.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum nur?

Zeuge Folker Berfuß: Aus Zeitgründen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aus Zeitgründen. Das andere hat zu lange gedauert irgendwie, bei der JIS hing das Ewigkeiten, und der Bundesnachrichtendienst hatte irgendwie einen direkteren Draht.

Zeuge Folker Berfuß: Ich möchte keine Schuldzuweisungen oder Ähnliches vornehmen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Selbstverständlich nicht.

Zeuge Folker Berfuß: Woran es auch immer lag, aber der Postweg war zu lang, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und ist das eigentlich für Sie irgendwie rechtlich eine Sache, die man prüft und sich anguckt, dass man jetzt dem Auslandsnachrichtendienst diese Daten immer auch gibt als BfV? Oder ist das sozusagen eine Familie und „Sharing is Caring“? Oder - -

Zeuge Folker Berfuß: Dieser Kommunikationsweg wurde so eingerichtet und auch im Haus, gehe ich von aus, rechtlich geprüft, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie hat das in der Praxis funktioniert?

Zeuge Folker Berfuß: In der Praxis funktioniert das so - -

(Der Zeuge blickt zu
MR Torsten Akmann
(BMI))

Muss ich aber auch vielleicht einmal kurz zum BMI gucken, ob ich das öffentlich oder nichtöffentlich erklären soll.

MR Torsten Akmann (BMI): Details und Einzelheiten bitte in nichtöffentlicher Sitzung.

Zeuge Folker Berfuß: Okay.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber eben war vom Postweg die Rede. Das soll so stehen bleiben in der Öffentlichkeit, Herr Akmann? Der Postweg.

MR Torsten Akmann (BMI): Da haben Sie Glück gehabt, dass er das gesagt hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

MR Torsten Akmann (BMI): Da haben Sie Glück gehabt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Also der Postweg, aha. Sie verschicken Festplatten auf dem Postweg.

Zeuge Folker Berfuß: Da sind wir jetzt genau wieder bei den Details; aber es geht nicht um Festplatten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja. - Tauschen Sie mit dem BND irgendwelche Festplatten aus eigentlich?

(MR Torsten Akmann
(BMD): Nichtöffentlich!)

Zeuge Folker Berfuß: Würde ich auch nichtöffentlich beantworten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, und worin bei dieser geübten Praxis, die ja irgendwie funktioniert, die man dann geändert hat mit dem Umweg Bundesnachrichtendienst, weil das schneller geht, als das direkt den Amerikanern zu geben - das sagen Sie -, liegt jetzt der Mehrwert des Einsatzes von XKeyscore?

Zeuge Folker Berfuß: Der Mehrwert des Einsatzes von XKeyscore ist eben, dass XKeyscore in der Lage zu sein verspricht - das sage ich mit dieser Vorsicht -, dass wir mehr Informationen aus den Daten, die wir rechtlich gesichert bekommen, herausholen können.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe. Also es hat den Ruf, ein gutes Analysetool zu sein.

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - So, jetzt haben Sie ja auch die Snowden-Veröffentlichungen bestimmt im BfV verfolgt, und das ist doch interessant gewesen. Und ich nehme jetzt mal Bezug auf einen *Spiegel*-Artikel „Der fleißige Partner“ vom 22. Juli 2013, und da steht dann auf Seite 18 über die Wirkmächtigkeit von XKeyscore - - und was das für ein krasses Überwachungstool ist, um global sozusagen Infos zu sammeln. Da frage ich mich,

wie dann das in der Projektgruppe beim BfV diskutiert wurde. Wurde das diskutiert, dieser Artikel und sozusagen diese Infos von Snowden?

Zeuge Folker Berfuß: In welche Richtung?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In die Richtung, dass man vielleicht es mit einer Software zu tun hat, die problematisch sein könnte.

Zeuge Folker Berfuß: Das ist ja die Aufgabe des IT-Sicherheitsmanagements, schon vorher, schon vor Einführung von Software, alles dafür zu tun sozusagen - - Die Unschuldsvermutung gilt in dem Fall nicht, sondern - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Skepsisvermutung gilt.

Zeuge Folker Berfuß: Die Skepsisvermutung, die das Gegenteil ist. Ja, genau. Das heißt, egal welche Software es ist, solange wir sie nicht kennen und nicht analysiert haben, alles dafür zu tun, dass auf gar keinen Fall irgendwelche Daten abfließen können, oder eben auch die Integrität oder Verfügbarkeit von Daten geschädigt wird.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und war man nach Snowden problembewusster als vorher? Oder lief das einfach so durch? Hat man gesagt da: „Habe ich gelesen, aber wir prüfen hier ganz normal weiter“, oder - -

Zeuge Folker Berfuß: Da es jetzt auch wieder nicht mein Bereich ist, der Bereich der IT-Sicherheit - - Soweit wie ich es aber beurteilen kann, hat die IT-Sicherheit auch vorher schon alles dafür getan, um das sicherzustellen, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja - -

Zeuge Folker Berfuß: - dass da nichts passieren kann. Aber ich gehe davon aus, dass auch dieser Bereich die Veröffentlichungen zur Kenntnis genommen hat, ja. Wenn Sie das meinen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, die interessante Frage ist ja,



Nur zur dienstlichen Verwendung

Herr Berfuß: Nach meinem Kenntnisstand ist das BfV eben auch für Spionageabwehr zuständig.

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und da liest man diese Artikel auf dem Höhepunkt des Snowden-Skandals und sagt: Ach, krass, guck mal, das haben wir doch hier im Haus. - Und deswegen die interessante Frage, ob vielleicht irgendjemand mal auf den Gedanken gekommen ist: Da kommt jetzt mal die Spionageabwehrabteilung und wirft vielleicht auch mal einen Blick auf Ihr Testprogramm, einfach um mal zu schauen, was da los ist, weil man ja weiß: Mist, der BND setzt das ja in Deutschland schon ein. - Ich meine, der Gedanke könnte einem ja kommen.

Zeuge Folker Berfuß: Da müssten Sie - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deswegen frage ich Sie mal ganz direkt: Könnte es sein, dass Ihre lange Testphase und der Umstand, dass Sie das in so einem Stand-alone-System da unter der Glasglocke sozusagen jetzt schon über Jahre prüfen - - Ist das vielleicht auch, also nicht nur im Hinblick auf verschiedene Funktionalitäten, sondern im Hinblick auf eine Bewertung der Spionageabwehr: „Und ist das eigentlich okay, dass der BND das in Bad Aibling einsetzt, und haben wir da ein Problem im Hinblick auf die Sicherheit, die Integrität unserer eigenen Systeme - - Ist das vielleicht auch ein Aspekt Ihrer Prüfung?

Zeuge Folker Berfuß: Das ist ein Aspekt unserer Prüfung: die Sicherheit und die Integrität unserer Systeme. Deswegen gibt es ja diese Stand-alone-Version. Das ist weiterhin der springende Punkt: die Sicherheitsaspekte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist die Abteilung Spionageabwehr beteiligt an diesen Tests?

Zeuge Folker Berfuß: An den Tests ist sie insoweit, wie sie - - Also, im Untersuchungszeitraum waren, soweit ich weiß, keine Maßnahmen der

Abteilung 4 Analysegegenstand. 4 ist Spionageabwehr. Und ansonsten, wie gesagt, war ich damals nicht - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Werden die informiert regelmäßig?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danach müssten wir dann wechseln.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Folker Berfuß: Worüber informiert?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Über die Erkenntnisse Ihres Testprogramms. Und sind die da eingebunden in diese Informationswege? Stellen die vielleicht auch mal eine Frage?

Zeuge Folker Berfuß: Nur fachlich-inhaltlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wie denn sonst?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Ist ja beantwortet, glaube ich, habe ich gehört, nicht? - Gut, ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Herr Berfuß, grüß Gott -

Zeuge Folker Berfuß: Guten Tag!

Nina Warken (CDU/CSU): - und vielen Dank für Ihr Kommen auch für unsere Fraktion. - Die Kollegen haben ja schon einiges angesprochen. An der einen oder anderen Stelle möchte ich da noch mal nachhaken und zunächst bei dem, was der Herr von Notz mit Ihnen besprochen hat, anknüpfen. Es wurden ja die *Spiegel*-Berichte erwähnt. Und man kann ja schon sagen, dass eben immer behauptet wurde, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz Teil eines weltweiten, von den USA aus gesteuerten XKeyscore-Netzwerks



Nur zur dienstlichen Verwendung

zur Erfassung und zum Austausch von Daten wäre; aber das, was wir bisher hier erfahren haben in der Zeugenvernehmung, hat das eben gerade nicht bestätigt. Also, dass das BfV eben nicht Teil dieses Netzwerkes ist, weil es ja bei dem testweisen Einsatz nur um die bereits zulässig erhobenen Daten aus den G-10-Maßnahmen gegangen ist. Können Sie das so bestätigen?

Zeuge Folker Berfuß: Das kann ich so bestätigen.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir haben auch schon viel hier darüber gesprochen, was denn die Motivation sein könnte, weshalb die NSA dem BfV die Software XKeyscore zur Nutzung überlassen hat. Die Zeugen Treuenfels und Berzen zum Beispiel meinten, dass ja so eine technische Ertüchtigung von Verbündeten dann schließlich auch nicht zuletzt den US-amerikanischen Sicherheitsinteressen zugutekäme. Ist das Ihrer Auffassung nach auch der Grund für die Überlassung? Oder dient es Ihrer Meinung nach schon auch den Sicherheitsinteressen der USA, wenn das BfV die Daten, die es erhoben hat bei G-10-Maßnahmen, besser oder schneller analysieren kann?

Zeuge Folker Berfuß: Meiner Meinung nach war das der springende Punkt für die Überlassung der Software, dass die Amerikaner einfach ein vitales eigenes Interesse daran haben, dass das BfV seinen Job gut macht, wenn ich das mal so flapsig sagen darf. Ich erinnere vielleicht in dem Zusammenhang auch einfach nur daran: Wir reden ja über das Jahr 2011, und im Mai [sic!] 2011 war der Anschlag von Arid Uka, der einzige verübte, tatsächlich durchgezogene Anschlag hier in Deutschland, islamistischer Natur, und der traf Amerikaner. Also, das zeigt einfach nur ganz sinnbildhaft das Interesse, was die Amerikaner haben, dass sie uns ertüchtigen.

Nina Warken (CDU/CSU): Wissen Sie von weiteren Motiven, die die NSA vielleicht hatte?

Zeuge Folker Berfuß: Das, denke ich, ist das Motiv, dass es einfach darum ging, dort - -

Nina Warken (CDU/CSU): Okay, keine weiteren Motive sind Ihnen - - nicht bekannt.

Zeuge Folker Berfuß: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Könnte auch der BND ein eigenes Interesse daran haben, dass das BfV XKeyscore nutzt?

Zeuge Folker Berfuß: Wäre mir nicht bekannt. Ich glaube, in dem Fall - -

Nina Warken (CDU/CSU): Synergieeffekte oder - -

Zeuge Folker Berfuß: Nein. Das - -

Nina Warken (CDU/CSU): Der Zeuge Treuenfels wurde in der letzten Woche nach einem Informationskanal vom BfV zur NSA gefragt, auf dessen Einrichtung die NSA im Gegenzug zur Überlassung von XKeyscore gedrängt habe - das wurde vorhin ja schon kurz thematisiert -, und der Zeuge erwiderte, dass nach seiner Einschätzung nur gefordert worden sei - ich zitiere -: „Beteiligung an den Erkenntnissen, die durch die XKeyscore-Analysen erzielt werden würden“. Und die deutsche Seite habe stets deutlich gemacht, dass eine Weitergabe von Erkenntnissen selbstverständlich nur im Rahmen der deutschen Gesetze erfolgen könnte, wie es ja dann auch in den Terms of Reference schriftlich fixiert worden sei. - Decken sich die Aussagen mit Ihren Kenntnissen?

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Was könnte denn Ihrer Auffassung nach mit dem Informationskanal zwischen BfV und NSA gemeint sein? Also, es wird wohl nicht um eine Datenleitung gegangen sein, sondern vielleicht eher um einen institutionalisierten Austausch, einen regelmäßigeren Austausch, vielleicht Treffen, vielleicht künftig ohne Umwege über andere Dienste, andere amerikanische Dienste. Könnte das vielleicht damit gemeint sein? Und gab es da in der Vergangenheit vielleicht, sage ich mal, Probleme, Verzögerungen beim Erkenntnisaustausch, weswegen man dann seitens der NSA eben Interesse hatte, das künftig vielleicht schneller und besser zu machen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Folker Berfuß: Ja. Ich gehe davon aus, dass es sich bei diesem von Ihnen angesprochenen Informationskanal um genau das handelt, was wir eben hatten, nämlich den veränderten - ich habe es jetzt Postweg genannt - und - - genau, dass es darum ging. Allerdings, wenn ich vielleicht die Einschränkung noch machen darf: Sie haben so einen Zusammenhang hergestellt - - sondern ich glaube, dass es einfach parallele Maßnahmen waren, dass es nicht im Sinne: „Nur wenn ihr den macht, dann gibt es auch die Software“, -

Nina Warken (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Folker Berfuß: - gelaufen ist, sondern dass es einfach parallele Maßnahmen sind.

Nina Warken (CDU/CSU): Vorhin wurden die Terms of Reference ja auch schon kurz angesprochen. Sie meinten dann, Sie könnten dann gegebenenfalls in der eingestuften Sitzung näher dazu Stellung nehmen. Aber habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie da auch an Verhandlungen beteiligt waren oder an Besprechungen dazu? Also da - -

Zeuge Folker Berfuß: Im weitesten Sinne ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Wenn ich es richtig verstanden habe aus den bisherigen Zeugenvernehmungen, erhält ja die Abteilung 6 keine Rohdaten aus den G-10-Maßnahmen, sondern Verschriftungen aus der Abteilung 3 in Form von G-10-Vermerken. Ist auf diesen Verschriftungen auch vermerkt, ob die darin enthaltenen Daten mit XKeyscore analysiert wurden?

Zeuge Folker Berfuß: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, Ihnen ist es dann nicht möglich, zu erkennen, ob eine Zulieferung aus der Abteilung 3 durch die Analyse mit XKeyscore gewonnen wurde?

Zeuge Folker Berfuß: Nein, das war nicht erkennbar.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Also können Sie auch nichts zum Anteil sagen mit XKeyscore

gewonnener Erkenntnisse oder nicht? Das ist Ihnen nicht möglich.

Zeuge Folker Berfuß: Wir haben es im Nachgang dann mal versucht, nachzuvollziehen, oder wir haben es nachvollzogen, und der Anteil war im Untersuchungszeitraum nicht so groß.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Die Kollegin Renner hatte Sie da, glaube ich, auch schon danach gefragt; aber ich möchte gern noch mal nachhaken. Der Testbetrieb von XKeyscore wurde ja mit ausgewählten G-10-Maßnahmen aus dem von der Abteilung 6 zu bearbeitenden Gefahrenbereich durchgeführt. Anfangs seien es wohl drei Maßnahmen gewesen und dann Ende - - ja sieben Maßnahmen. Wurden die für den Test von XKeyscore zu nutzenden G-10-Maßnahmen von der Abteilung 6 ausgewählt? Und waren das sämtlich Daten aus G-10-Beschränkungsmaßnahmen aus dem Bereich islamistischer Terrorismus?

Zeuge Folker Berfuß: Also, ich gehe davon aus, dass es - ich zögere ein bisschen, weil ich denke, dass es da einen Abstimmungsprozess gegeben hat innerhalb dieser AG „Poseidon“ - - aber dass die Auswahl schon der Abteilung 6 oblag, aber da bin ich jetzt nicht hundertprozentig - - habe ich jetzt keine positive Kenntnis sozusagen darüber, sondern erschließe mir das nur.

Nina Warken (CDU/CSU): Und aus welchem Bereich die Daten ausschließlich stammten?

Zeuge Folker Berfuß: Das würde ich nicht gerne in der öffentlichen Sitzung sagen.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Können Sie was dazu sagen, nach welchen Kriterien die Maßnahmen ausgewählt wurden, zum Beispiel, ob dann die Erkenntnisse interessant für die NSA hätten sein können?

Zeuge Folker Berfuß: Die Auswahlkriterien - hatte ich vorhin, glaube ich, schon kurz angedeutet - waren eher anderer Natur, nämlich entweder besonders wertige Maßnahmen oder welche, die sehr internetlastig waren.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Was muss ich mir unter „wertigen Maßnahmen“ vorstellen?

Zeuge Folker Berfuß: Dass es Fallkomplexe sind im Bereich Terrorismus, die schon relativ weit gediehen sind.

Nina Warken (CDU/CSU): Wo ich dann - -

Zeuge Folker Berfuß: Wie bitte?

Nina Warken (CDU/CSU): Wo dann die Ergebnisse besser oder konkreter waren.

Zeuge Folker Berfuß: Wo sich gegebenenfalls Anschläge oder Ähnliches schon konkretisieren.

Nina Warken (CDU/CSU): Ach, wo schon kritischer, zeitkritischer waren.

Zeuge Folker Berfuß: Genau.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Die Zeugen Treuenfels und Berzen haben uns schon einiges gesagt, wie eine Übermittlung von Erkenntnissen des BfV zu einzelnen islamistischen Gefährdern oder auch anderen Personen an US-Dienste praktisch abläuft. Das hatten wir hier vorhin ja auch schon kurz angesprochen. Danach entscheiden wohl die Fachabteilungen darüber zunächst, ob eine Übermittlung angezeigt erscheint, und prüfen die Voraussetzungen nach § 19 Absatz 3 Bundesverfassungsschutzgesetz. Und wenn es sich dann um Daten handelt, die aus G-10-Beschränkungsmaßnahmen stammen, müssen dann zusätzlich die G-10-Juristen der Abteilung 3 prüfen, ob auch die Voraussetzungen nach § 4 Artikel 10-Gesetz vorliegen, und dann nach Freizeichnung durch die Abteilung 3 erfolgt dann die Übermittlung der Daten an den ausländischen Partnerdienst auch wieder durch die jeweilige Fachabteilung. - Habe ich das so richtig verstanden?

Zeuge Folker Berfuß: Ja, so ist es.

Nina Warken (CDU/CSU): Auch also in Ihrer Abteilung ist das dann auch gängige Praxis, weil die Kollegen waren ja aus einer anderen Abteilung. Aber in Ihrer Abteilung ist das - -

Zeuge Folker Berfuß: Genau. Wir waren eben einer dieser Fachbereiche.

Nina Warken (CDU/CSU): Können Sie sagen, was in der Regel den Anstoß für eine Übermittlung bildet? Ist es eher eine Erkenntnisanfrage des Partnerdienstes, oder übermittelt das BfV regelmäßig auch eigeninitiativ?

Zeuge Folker Berfuß: Das ist ja in § 19 Absatz 3 im Prinzip geregelt: Das geht entweder um die Wahrnehmung unserer eigenen Aufgaben, oder wenn erhebliche Sicherheitsbelange des Partners betroffen sind - - Also in dem Moment, wo wir sozusagen einen relativ konkreten Hinweis auf Anschlagplanungen in den USA hätten, wären halt die Sicherheitsbelange der USA betroffen, um jetzt mal bei dem Beispiel zu bleiben. Das sind so die beiden maßgeblichen Punkte.

Nina Warken (CDU/CSU): Und geht dann gegebenenfalls zuvor eine Anfrage voraus, oder ist das nur so, dass Sie eben sehen: „Es sind Belange der USA betroffen; deswegen müssen wir übermitteln“, oder gibt es dann auch schon von der anderen Seite die Anfragen?

Zeuge Folker Berfuß: Das kann im Prinzip beides sein; aber wenn wir so einen Hinweis haben, haben ja selten die Amerikaner schon den Hinweis, dass da irgendwas ist.

Nina Warken (CDU/CSU): Und welche Voraussetzungen müssen denn dann im Einzelnen erfüllt sein für eine Übermittlung an ausländische Dienste? Können Sie noch mal bitte vielleicht ausführen, in welcher Form die Daten übermittelt werden? Sind es Datensätze, Rohdaten, Vermerke, Übersendungsschreiben? Wie sieht das ganz praktisch aus? Können Sie das vielleicht noch mal vom Ablauf schildern? Gibt es ein Fax? Gibt es eine E-Mail, oder gibt es vielleicht auch Fälle, in denen das dann von Hand zu Hand übergeben wird, vielleicht bei Treffen regelmäßiger Natur mit Kollegen ausländischer Dienste? Gibt es so was? Werden da auch Daten ausgetauscht?

Zeuge Folker Berfuß: Kann ich ganz grob machen. Die Details - Sie haben jetzt relativ viele



Nur zur dienstlichen Verwendung

Details auch gefragt - würde ich dann ganz gerne in der nichtöffentlichen Sitzung sagen. Grundsätzlich - Sie hatten auch den Begriff Rohdaten verwandt -: Rohdaten werden nicht ausgetauscht, sondern es sind sozusagen Schreiben, die aufgesetzt werden. Und wenn da personenbezogene Daten drin sind, dann wird eben in jedem Einzelfall von dem Sachbearbeiter geprüft und von der Hierarchie noch mal überprüft, ob die Voraussetzungen nach § 19 Absatz 3 eben vorliegen, und dann geht dieses Schreiben raus.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Und den, sage ich mal, -

Zeuge Folker Berfuß: Auf dem Weg, den Sie - -

Nina Warken (CDU/CSU): - Hand-zu-Hand-Austausch: Gibt es so was auch? Bei Treffen - - Ich weiß es nicht; ich kann mir ja schon vorstellen, dass es auch regelmäßige Treffen von Mitarbeitern Ihrer Abteilung auch mit NSA-Kollegen gibt. Würde da so was auch dann stattfinden vielleicht, dass man austauscht?

Zeuge Folker Berfuß: Davon - - Nein, das glaube ich nicht. Sondern - -

Nina Warken (CDU/CSU): Glauben Sie nicht? Wissen Sie nicht?

Zeuge Folker Berfuß: Der normale Weg ist elektronisch.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay, gut. - Ich weiß jetzt nicht, wie die Zeit ist mit der namentlichen Abstimmung. Ich kann noch machen?

(Der Vorsitzende nickt)

- Okay. - Wir beschäftigen uns ja auch mit der Frage, wie die deutschen Dienste sicherstellen, dass Daten, die an US-Dienste übermittelt werden, nicht zum Zweck sogenannter Targeted Killings verwendet werden. Ist Ihnen die Problematik bekannt aus Ihrer dienstlichen Tätigkeit?

Zeuge Folker Berfuß: Nicht unbedingt aus der dienstlichen Tätigkeit. Also, wir hatten - - Nein, nicht aus der dienstlichen Tätigkeit. Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, Sie waren mit der Frage noch nicht befasst?

Zeuge Folker Berfuß: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Wissen Sie, wie sichergestellt wird, dass Daten nicht für gezielte Tötungen verwendet werden? Gibt es da vielleicht eine Weisungslage, die Sie auch kennen, ohne dass Sie vielleicht selbst damit befasst waren? Können Sie dazu was sagen? Gibt es Weisungslagen im BfV zur Übermittlung von Daten, die für eine zielgenaue Lokalisierung vielleicht genutzt und verwendet werden könnten?

Zeuge Folker Berfuß: Würde ich ganz gerne kurz mit dem BMI Rücksprache halten, was die Öffentlichkeit dieser Information angeht.

(Der Zeuge und sein
Rechtsbeistand beraten sich
mit MR Torsten Akmann
(BMI))

Ich bitte um Nachsicht. Ich wollte einfach nur klären, ob das in der öffentlichen Sitzung gesagt werden kann.

Nina Warken (CDU/CSU): Selbstverständlich.

Zeuge Folker Berfuß: Die Schreiben, die wir übermitteln, haben einen sogenannten Disclaimer unten dran, dass die Informationen, die wir übermitteln, nur für nachrichtendienstliche Zwecke genutzt werden dürfen.

Nina Warken (CDU/CSU): Ist das - - Also, mir ist bzw. aus den Akten bekannt eine Dienstvorschrift über die Beziehung des Bundesamtes für Verfassungsschutz zu ausländischen öffentlichen sowie zu über- und zwischenstaatlichen Stellen, die DV „Ausland“, die Sperrvermerke enthält, die offenbar in der Textverarbeitung, die bei Ihnen genutzt wird, technisch hinterlegt sind und dann für Datenübermittlungen an ausländische Stellen verwendet werden müssen. Ist es das, was Sie -

Zeuge Folker Berfuß: Genau.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): - meinen, also dieser Text?

Zeuge Folker Berfuß: Mhm.

Nina Warken (CDU/CSU): Und können Sie da vielleicht noch mal die wichtigsten getroffenen Regelungen in eigenen Worten darstellen? Also, jetzt haben Sie uns gesagt, Sie dürfen nur zu nachrichtendienstlichen Zwecken verwendet werden. - Gibt es da weitergehende Regelungen?

Zeuge Folker Berfuß: Da wird auf die Rechtsgrundlagen verwiesen. Aber weitergehende Regelungen würde ich nicht gern in der öffentlichen Sitzung darlegen.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, die Dienstvorschrift ist ja jetzt nicht eingestuft.

MR Torsten Akmann (BMI): Doch, die ist eingestuft, die Dienstvorschrift.

Nina Warken (CDU/CSU): NfD.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): NfD können wir doch! - Martina Renner (DIE LINKE): Die können wir doch hier sehen! - Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dienstvorschriften eingestuft!)

Dann belasse ich es erst mal dabei.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder gibt es noch eine andere eingestufte als die NfD?)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich würde vorschlagen, weil die Kollegin Warken jetzt am Ende ist mit der Redezeit und wir zur namentlichen Abstimmung müssen, würden wir jetzt die Sitzung unterbrechen, das bedeutet, weil es zwei namentliche Abstimmungen sind, für circa eine halbe Stunde - je nachdem, manchmal dauert es auch länger; manchmal geht es auch

schneller. Insoweit ist die Sitzung unterbrochen, und Sie, Herr Zeuge, haben auch erst mal eine kurze Pause haben. Danke schön. - Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von
13.06 bis 14.11 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses wird fortgeführt. In der ersten Runde hatte die Fraktion der CDU/CSU ihre Fragen gestellt und war, wenn ich das richtige verstanden habe, durch. Dann kommen wir jetzt zur zweiten Runde, und es beginnt in der zweiten Runde Frau Kollegin Renner von der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Ich würde gerne noch mal zur Frage, welche G-10-Maßnahmen ausgewählt wurden für den Testbetrieb, eine kleine Nachfrage stellen, und zwar: Waren Sie selbst bei der Auswahl der G-10-Maßnahmen beteiligt, die dann in diesen Testbetrieb gelangt sind?

Zeuge Folker Berfuß: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Die Daten, die verarbeitet werden im BfV, stammen die auch zum Beispiel vom Bundesnachrichtendienst?

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Was sind das für Daten? SIGINT-Daten?

Zeuge Folker Berfuß: Ich habe Ihre Frage jetzt so verstanden, dass Sie ganz generell, -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Folker Berfuß: - also nicht auf den Testbetrieb bezogen, sondern ganz generell - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ganz generell.

Zeuge Folker Berfuß: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Generell. - Also SIGINT-Aufkommen aus dem Bundesnachrichtendienst.

Zeuge Folker Berfuß: Das weiß ich nicht, wo sie die Daten herhaben; aber es sind auch Daten des Bundesnachrichtendienstes.

Martina Renner (DIE LINKE): Und die Kontakte laufen zwischen der TA auch seitens des Bundesnachrichtendienstes und den Fachabteilungen im BfV.

Zeuge Folker Berfuß: Normalerweise ist das ein anderer Bereich im BND: TE.

Martina Renner (DIE LINKE): TE.

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Kontakte laufen - -

Zeuge Folker Berfuß: Für Terrorismus. Das ist der Partner gewesen für die Abteilung 6 im Regelfall, wenn es um die Fachlichkeit geht.

Martina Renner (DIE LINKE): Und welche Daten bekommt das BfV?

Zeuge Folker Berfuß: Das kann ich in dieser Allgemeinheit jetzt - - Das sind Daten mit Terrorismusbezug zum Inland, von denen der BND der Meinung ist, dass wir sie haben sollten. Also, es tut mir leid, wesentlich präziser -

Martina Renner (DIE LINKE): Also dann frage ich mal so: -

Zeuge Folker Berfuß: - kann ich jetzt gerade nicht beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): - Sind das Rohdaten, Metadaten, Meldungen?

Zeuge Folker Berfuß: Nein, das sind auch immer Vermerke, Schreiben, so was.

Martina Renner (DIE LINKE): Keine Rohdaten, keine Metadaten.

Zeuge Folker Berfuß: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein.

Zeuge Folker Berfuß: Also, Metadaten sind ja in dem Sinne Verkehrsdaten; -

Martina Renner (DIE LINKE): Kommunikationsverkehrsdaten, ja.

Zeuge Folker Berfuß: - schon allein die Frage: „Wem gehört welche Handynummer?“, wäre ja ein Metadatum, -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Folker Berfuß: - und natürlich sind solche Sachen auch dabei, aber im Rahmen dieses Schreibens. Also, wenn Sie eine Person nennen und sagen: „Das ist ein Handy“, dann haben Sie ja de facto schon ein Metadatum.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, es gibt keinen Dateienaustausch, dass man Dateien auf einem Datenträger bekommt, dass es eine Leitung gibt, über die Daten einlaufen oder Ähnliches.

Zeuge Folker Berfuß: Nein, nicht - - nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Daten, die verarbeitet werden jetzt bei Ihnen, das sind nicht nur G-10-Daten.

Zeuge Folker Berfuß: Genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Und die Nicht-G-10-Daten, die bei Ihnen verarbeitet werden, stammen die ausschließlich vom BND oder auch von Ihnen selbst oder von wem noch?

Zeuge Folker Berfuß: Also, ganz generell sagt der Verfassungsschutz immer: 80 Prozent aller Daten, die wir erheben, sind aus offen zugänglichen Quellen - gerade in Zeiten des Internets ist das vielleicht plausibel -; die erheben wir selber. - Und auch bei den nachrichtendienstlich erworbenen Informationen - - auch die erheben wir - ich würde sagen: zum Großteil - selber, ohne dass ich die jetzt quantifizieren möchte oder könnte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Der Zeuge Berzen - kennen Sie ja - hat hier gesagt:

Also, grundsätzlich entscheiden Fachabteilungen in eigener Zuständigkeit über die Informationsweiterleitung an auswärtige Dienste. Wir sind aber in diesem Verfahren dann beteiligt, wenn es um G-10-Informationen geht.

Daraus könnte man ja jetzt schlussfolgern: Es gibt auch eine Informationsweitergabe außerhalb von G-10-Informationen. Und da sagen Sie: Das ist alles aus öffentlichen Quellen. - Oder ist das aus SIGINT-Aufkommen?

Zeuge Folker Berfuß: Wir haben kein SIGINT, sondern wir haben nur die üblichen Maßnahmen, und, wie gesagt, ein Großteil ist offen. Dann haben wir noch - ist jetzt, glaube ich, auch kein Geheimnis - Quellen, VPs und Ähnliches. Ob - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe immer gedacht, die heißen VPs bei der Polizei und Vertrauensleute beim Verfassungsschutz.

Zeuge Folker Berfuß: Nein, das hat sich - - Ich glaube, -

Martina Renner (DIE LINKE): Geändert. Okay.

Zeuge Folker Berfuß: - die Begrifflichkeit hat sich angepasst; aber nageln Sie mich da jetzt bitte nicht drauf fest.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, okay.

Zeuge Folker Berfuß: Wir können uns auf „Quellen“ vielleicht einigen.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Folker Berfuß: Und - - Genau. Solche Informationen sind das.

Martina Renner (DIE LINKE): Also kein eigenes SIGINT-Aufkommen beim BfV.

Zeuge Folker Berfuß: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Und die Verarbeitung von SIGINT-Aufkommen vom BND - - Wenn das stattfindet - was Sie ja jetzt eingeräumt haben -, gehen diese Meldungen, die daraus entstehen, auch an einen ausländischen Nachrichtendienst?

Zeuge Folker Berfuß: Ich muss da einfach nachfragen, ob ich Ihre Frage richtig verstehe. Sie meinen, dass der BND SIGNIT-Aufkommen hat, das dann an uns -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Folker Berfuß: - in dieser Form weitergibt. Ich hatte ja Ihnen schon gesagt: Ich kann nicht erkennen, wo die einzelne Information herkommt beim BND, -

Martina Renner (DIE LINKE): Ach so.

Zeuge Folker Berfuß: - also insofern - -

Martina Renner (DIE LINKE): Kann es sein.

Zeuge Folker Berfuß: Ja. Punkt.

Martina Renner (DIE LINKE): Sagt Ihnen das Programm Skynet etwas?

Zeuge Folker Berfuß: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Sagt Ihnen der Begriff „Data Mining“ etwas?

Zeuge Folker Berfuß: Data Mining?

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm.

Zeuge Folker Berfuß: Sehr schwammig, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Was verstehen Sie denn darunter?

Zeuge Folker Berfuß: Dass es insgesamt um die möglichst systematische Auswertung von größeren Datenmengen geht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Spielte Data Mining bei der Zusammenarbeit NSA und BfV eine Rolle?

Zeuge Folker Berfuß: Nach meinem Kenntnisstand nein. Für mich ist dieser Begriff „Data Mining“ ein bisschen schwammig, insofern - - aber ich kenne keinen Zusammenhang mit der NSA.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben ein Schreiben von AL 6, in Vertretung Dr. Rogner, an BMI ÖS III vom 22.06.09. Betreff: „Technische Zusammenarbeit NSA und BfV“. Und da heißt es:

Themen für eine Zusammenarbeit mit NSA ergeben sich - nach ggf. erforderlichen Rechtsänderungen - z. B. in den Bereichen Data-Mining bzw. Massendatenanalyse.

Zeuge Folker Berfuß: Ohne dass ich das Stück jetzt gesehen hätte, ist es vor der Zeit, wo ich da war; insofern kann ich dazu keine Auskunft geben.

Martina Renner (DIE LINKE): In welchen Runden oder in welchem Zusammenhang haben Sie denn den Begriff „Data Mining“ gehört?

Zeuge Folker Berfuß: Wenn es generell um die Frage geht: „Wie gehen wir um mit größeren Datenmengen, die gerade in Zeiten des digitalen Zeitalters auflaufen?“, wie wir damit umgehen BfV-intern.

Martina Renner (DIE LINKE): In der Kooperation mit dem US-amerikanischen Partner spielte das keine Rolle.

Zeuge Folker Berfuß: Nicht dass ich wüsste.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Problematik, dass man Daten auch benutzen kann zur Zielerfassung für bewaffnete Drohneneinsätze, war Ihnen bekannt?

Zeuge Folker Berfuß: Ich habe keine Hinweise darauf, dass Daten, die wir übermitteln, irgendwie dafür benutzt werden.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, das würde ich jetzt mal andersrum fragen wollen: Also, war das mal Thema, was man machen muss, dass diese Daten nicht dazu genutzt werden können?

Zeuge Folker Berfuß: Sie haben, glaube ich, vorhin schon mal so ähnlich gefragt. Es war nicht - - Im Rahmen irgendwelcher dienstlichen Besprechungen war das kein Thema, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Es gab auch keine Weisungslage, dass Daten zum Beispiel verfälscht werden müssen, dass Daten mit einem Hinweis nur versehen weitergegeben werden können, dass sie nicht zur Zielerfassung genutzt werden können und Ähnliches?

Zeuge Folker Berfuß: Bezüglich Geodaten, meinen Sie?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, geolokalisierbarer Daten, ja.

Zeuge Folker Berfuß: Nicht dass ich wüsste, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Diese G-10-Maßnahmen, die Sie durchgeführt haben im Rahmen des Testbetriebes, die waren so wertig oder so prominent, dass Sie sich sicherlich noch gut daran erinnern können. Spielte dort der Name Samir H. oder Samir Hattour eine Rolle?

Zeuge Folker Berfuß: Möchte ich öffentlich nicht dazu Stellung nehmen bitte, zu einzelnen Personen; bitte ich um Verständnis.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie sich an den Vorgang Samir Hattour erinnern?

Zeuge Folker Berfuß: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Und Qari Yusuf?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

Auch nicht?

Zeuge Folker Berfuß: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Und Bünyamin Erdogan?

Zeuge Folker Berfuß: Nur der Name, weil - -

Martina Renner (DIE LINKE): In welchem Zusammenhang haben Sie den gehört?

Zeuge Folker Berfuß: Möchte ich auch bitte nur nichtöffentlich zu Einzelheiten Stellung nehmen.

Martina Renner (DIE LINKE): Könnten Sie jetzt sagen, warum? Also, der Name war ja Gegenstand vieler parlamentarischer Vorgänge hier, Kleiner Anfragen und Presseberichterstattung. Das Geheime kann ich gerade nicht so richtig erkennen.

Zeuge Folker Berfuß: Vielleicht erhellt es den Hintergrund, wenn ich sage: Ich war auf jeden Fall nicht für diesen Vorgang zuständig.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, der liegt nämlich vor Ihrer Zeit, also die Tötung.

Zeuge Folker Berfuß: Okay.

Martina Renner (DIE LINKE): Deswegen ist die Frage bei den G-10-Maßnahmen, die dann in diesem Testbetrieb liefen: Spielte dort die Frage „Datenweitergabe zur Nutzung für Geolokalisation“ eine Rolle?

Zeuge Folker Berfuß: Wie ich eben gesagt habe: Zu dieser Frage der Geolokalisation gab es keine dienstlichen Besprechungen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die müssten wir dann auch im Detail in der nächsten Runde klären.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt zur nächsten Fraktion: die Fraktion der CDU/CSU. Herr Kollege Schipanski.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja, da die Bundesregierung daran festhält, dass wir die Dienstvorschrift über die Beziehung des Bundesamtes

für Verfassungsschutz zu ausländischen öffentlichen sowie zu über- und zwischenstaatlichen Stellen hier nicht einführen dürfen, haben wir im öffentlichen Teil keine Fragen mehr, sondern würden dann in eingestufte Sitzung weitermachen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann kommen wir zur nächsten Fraktion: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele hat das Wort.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Herr Berfuß, ich möchte zunächst da weitermachen, wo der Kollege von Notz aufgehört hat. Er hatte Sie ja gefragt, ob Sie die Snowden-Veröffentlichungen damals zur Kenntnis genommen haben, ob die Gegenstand von Gesprächen gewesen sind und Ähnliches. Da gab es ja mehrere oder eine ganze Reihe von Snowden-Veröffentlichungen. Mich interessiert jetzt nicht so sehr, dass aus den Snowden-Dokumenten ja der Schluss zu ziehen war, dass in Deutschland Daten abgeschöpft werden, allgemein, Massendaten möglicherweise über die Gesamtbevölkerung, was auch immer, sondern mich interessiert jetzt: Es ist ja dann - im Oktober war das - voll eingeschlagen hier im Kanzleramt, als ein Dokument veröffentlicht wurde, wonach das Handy der Kanzlerin abgehört worden ist. Und das fiel ja nun direkt in den Kompetenzbereich des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Wissen Sie, ob darauf reagiert worden ist und wie?

Zeuge Folker Berfuß: Wenn, dann betrifft das den Bereich Spionageabwehr, und dafür bin ich nicht zuständig, habe da auch keine Kenntnisse über interne Vorgänge dieses Bereichs.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass Sie jetzt Ihre Arbeit an XKey-score - - auch da einbezogen: „Haben wir da irgendwelche Möglichkeiten der Aufklärung?“, -

Zeuge Folker Berfuß: Wie gesagt, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - oder spielte das keine Rolle?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Folker Berfuß: - ich war damals nicht für XKeyscore zuständig, zu dem Zeitpunkt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was waren Sie?

Zeuge Folker Berfuß: Ich war nicht für XKeyscore zuständig. Da war die AG „Poseidon“. Insofern kann ich Ihnen zu dem Zeitpunkt da auch keine Auskunft drüber geben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Nun hatten Sie ja - das haben Sie ja erzählt - einen NSA-Verbindungsmann bei sich irgendwo. Hatte der da ein Büro oder so?

Zeuge Folker Berfuß: Es gab ein Büro, das er für -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Treptow.

Zeuge Folker Berfuß: - die Treffen nutzen konnte, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Treptow.

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und war der da immer da?

Zeuge Folker Berfuß: Der kam regelm -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also in der normalen Dienstzeit, meine ich.

Zeuge Folker Berfuß: Ja, der kam zur normalen Dienstzeit, vorangekündigt, und dann konnte man eben dienstliche Gespräche mit ihm führen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Haben Sie mit ihm auch Gespräche geführt?

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie auch an Gesprächen teilgenommen mit anderen, etwa Konferenzen oder so was, mit der NSA?

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie viele ungefähr?

Zeuge Folker Berfuß: So, ich würde mal - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fünf, zehn, zwanzig?

Zeuge Folker Berfuß: Ja, es bewegt sich eher im Bereich der fünf.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fünf. - Sagen Sie, haben Sie da mal oder jemand anderes von der jeweils deutschen Delegation oder gegenüber diesem NSA-Verbindungsmann das angesprochen, dass Sie gesagt haben: „Handy der Kanzlerin abhören, das geht gar nicht“?

Zeuge Folker Berfuß: Da möchte ich noch mal drauf hinweisen: Ich war damals zuständig für die Internetbearbeitung -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

Zeuge Folker Berfuß: - im Bereich Islamismus.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Folker Berfuß: Insofern betrifft dieser gesamte Themenkomplex überhaupt nicht die Zuständigkeit, also insofern gab es - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber trotzdem stellt sich mir die Frage: Da haben Sie jemanden von einer Behörde, die möglicherweise die Kanzlerin - sagen wir mal, das Objekt, das Sie am meisten schützen sollen vielleicht in Deutschland - abhört,



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Christian Flisek (SPD): Objekt!)

also mit Spionage dagegen vorgeht, und da redet man nicht drüber: „Macht ihr so was, oder lasst ihr so was?“, oder irgend so was? Kann ich mir gar nicht vorstellen, -

Zeuge Folker Berfuß: Wie gesagt - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dass man darüber nicht redet, auch wenn das jetzt nicht konkret zu Ihrem Arbeitsbereich gehört.

Zeuge Folker Berfuß: Wie gesagt, da gab es ja einen Bereich, der dafür zuständig ist, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Folker Berfuß: - und ich gehe davon aus, dass dann in diesem Zusammenhang auch die entsprechenden Maßnahmen getroffen wurden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben nie mit dem darüber geredet und gefragt, ob das stimmt und warum sie so was machen, -

Zeuge Folker Berfuß: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - ob sie Misstrauen haben gegenüber dem Verfassungsschutz oder der Kanzlerin?

Zeuge Folker Berfuß: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht.

Zeuge Folker Berfuß: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zu keinem Zeitpunkt. - Haben Sie - - Sie haben ja vorhin mal gesagt auch auf die Frage, was eigentlich der Mehrwert dieser ganzen Aktion sein sollte mit XKeyscore: „Das testen wir noch, ob da genügend bei rauskommt“; so habe

ich das verstanden. Ist richtig, nicht? Also deshalb testen Sie immer noch.

Zeuge Folker Berfuß: Zwei Aspekte gibt es: Der eine ist der fachliche, und das andere ist sozusagen der technische, IT-sicherheitstechnische, also vielleicht sogar drei Aspekte. Und meine Zuständigkeit damals im Bereich Abteilung 6 ist natürlich im Bereich des fachlichen Mehrwerts, und da hatten wir natürlich ein hohes Interesse daran, dass, wenn wir schon eine G-10-Maßnahme schalten, dann auch alles unternommen wird, um die Daten, die wir da bekommen - - dass die ordentlich ausgewertet werden und dass wir daraus so viel wie möglich ziehen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, und da haben Sie noch Hoffnung auf mehr, wenn ich das jetzt mal mit meinen Worten zusammenfasse.

Zeuge Folker Berfuß: So war es.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So war das. - Und ist Ihnen denn mal gesagt worden - - Sie haben ja selber gesagt, Sie haben auch Informationen, also Ergebnisse, geliefert dann weiter an die NSA und an den BND; mit der Post, glaube ich, haben Sie gesagt. Wurden da immer zwei Pakete gepackt, zu Weihnachten und zu Ostern, oder regelmäßig, jeden Tag?

Zeuge Folker Berfuß: Ich habe schon gemerkt, dass Sie vorhin über den Begriff des Postaustausches gestolpert sind. Es ist keineswegs Papierform gemeint, sondern das erfolgt durchaus digital. Das heißt, wir setzen Schreiben auf und versenden die digital.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Zeuge Folker Berfuß: Aber nur auch das noch mal zur Klarstellung: Ich habe nicht gesagt, dass wir Erkenntnisse aus XKeyscore, die wir mittels XKeyscore gewonnen haben, an die Amerikaner weitergeleitet haben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie? Das haben Sie nicht weitergeleitet?

Zeuge Folker Berfuß: Das habe ich nicht gesagt, dass wir das weitergeleitet haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber ist es so? Was haben Sie denn da weitergeleitet?

Zeuge Folker Berfuß: Wir haben - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, was ist in den Paketen? Sie haben ja vorhin mal von Paketen gesprochen.

Zeuge Folker Berfuß: Genau.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kann man so oder so verstehen.

Zeuge Folker Berfuß: Das bezog sich - - Wie gesagt, wir hatten unter anderem eine Auswertungseinheit für Dschihadisten im Internet. Und insofern bezog sich der Austausch immer auf einzelne operative Fälle.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einzelne operative Fälle.

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist Ihnen denn eigentlich von der NSA gesagt worden, was der Mehrwert ist, um mal Ihre Worte zu benutzen, also das Interesse - wenn man so will - der NSA, dass sie Ihnen so was zur Verfügung stellen? Sie haben da vorhin gesagt: Damit wir einen guten Job machen. - So, also, die sind dran interessiert, dass das hier alles gut funktioniert. Haben die auch was gesagt, welche Erkenntnisse sie erwarten?

Zeuge Folker Berfuß: Konkret nein, haben sie nicht gesagt. Und Sie hatten mich nach meiner Einschätzung gefragt, warum die NSA uns dieses Werkzeug eben möglicherweise zur Verfügung gestellt haben könnte, und das ist meine Einschätzung: Ich glaube, sie hatten ein Interesse,

enger mit dem BfV zusammenzuarbeiten und das BfV zu ertüchtigen in dem Sinne - - einfach weil sie selber ein vitales Interesse daran haben müssen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber welches? Das ist ja das Entscheidende: -

Zeuge Folker Berfuß: Ein Sicherheitsin- -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Wollten sie Informationen, also irgendwelche Daten, von Ihnen bekommen? Oder wollten sie einfach, dass Sie einen guten Job machen - so wie Sie gesagt haben -, dass das ein ganz tolles Bundesamt für Verfassungsschutz ist, was vorbildlich ist, mindestens so gut wie die NSA?

Zeuge Folker Berfuß: Ich glaube, die Amerikaner - aber das ist jetzt meine persönliche Meinung - wären sehr zufrieden, wenn wir das alleine, in unserer eigenen Zuständigkeit hier in Deutschland hinkriegen würden. Insofern geht es denen gar - - Wenn wir die Fälle selber lösen und amerikanische Sicherheitsinteressen dadurch gewahrt sind, hier in Deutschland, dann, glaube ich, ist das Mehrwert genug für die Amerikaner.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber das ist ja jetzt - - Sie sagen: Ich glaube.

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Glaube ist jetzt nicht so interessant für mich, sondern: Was haben die gesagt? - Also, da kommt jemand und macht ein Angebot.

Zeuge Folker Berfuß: Mhm.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn zu mir jemand kommt und ein Angebot macht, dann sagt der: „So und so“, und dann frage ich: „Was ist Ihr Interesse daran?“; der will dann entweder Geld verdienen damit - - oder andere Interessen haben. Und das werden Sie



Nur zur dienstlichen Verwendung

doch auch besprochen haben, jetzt nicht nur geglaubt, sondern: Was haben die gesagt, „Wir erwarten dafür die und die Daten“?

Zeuge Folker Berfuß: Nein, ein solcher Link ist mir nicht bekannt. Was sie gesagt haben, ist: Das Werkzeug wird euch helfen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte? Das - -

Zeuge Folker Berfuß: „Das Werkzeug“ - also diese Software - „wird euch helfen“, oder: „Wir hoffen, dass wir euch damit helfen können“; so, und das war das, was die Amerikaner gesagt haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die haben nicht gesagt: „Und ein bisschen was könnt ihr uns dann auch liefern“, oder so? „Wir hoffen - -

Zeuge Folker Berfuß: Da gab es keine - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): USA, Aufkommen oder so.

Zeuge Folker Berfuß: Da gab es keinerlei Link oder Zusammenhang oder Ähnliches, nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben sie so gemacht. - Ist denn dieser Verbindungsbeamte oder Mitarbeiter der NSA extra zum Zwecke der Datenübermittlung oder der besseren Datengewinnung mit XKeyscore da gewesen? War der im Rahmen dieses Projektes da? Oder war das ein allgemein Zuständiger für das BfV?

Zeuge Folker Berfuß: Das ist sozusagen der allgemein zuständige Kontaktmann, deswegen: Verbindungsbeamter. Und natürlich kann man mit ihm auch organisatorische Fragen klären; aber in erster Linie war er eben auch für die operative Zusammenarbeit da.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt wäre die Zeit gleich um.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, letzte Frage. - Auch XKeyscore, also auch Zusammenarbeit in dem Bereich, -

Zeuge Folker Berfuß: In dem Sinne, dass - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dass er mal gesagt hat: „Kommt zu wenig raus; müsst ihr das und das besser machen“?

Zeuge Folker Berfuß: Nein, so eine inhaltliche, technische Beratung hat er nicht gemacht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Danke. - Herr Berfuß, ich habe noch mal Fragen zu diesem Testbetrieb. Welche Probleme sind denn in diesem Betrieb bisher aufgetaucht?

Zeuge Folker Berfuß: Wie gesagt, das sind eher IT-Sicherheitsfragen, die da abgehandelt werden müssen, erstellt werden müssen, Vorgaben, die umgesetzt werden müssen.

Christian Flisek (SPD): Das ist mir zu abstrakt.

Zeuge Folker Berfuß: Ich kann auch in dieser Abstraktheit nur in der öffentlichen Sitzung mich dazu äußern.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, Sie werden mir in der nichtöffentlichen Sitzung mal einen Überblick geben können über konkrete Probleme in den letzten drei Jahren.

Zeuge Folker Berfuß: Ich würde mich natürlich lieber auf den Untersuchungszeitraum beschränken und kann es da versuchen, ja.

Christian Flisek (SPD): Also bleiben wir dann mal auf dem Niveau, hier in der öffentlichen Sitzung: Es gibt einen ganzen Problemerkatalog aus diesem Testbetrieb, nicht nur abstrakte Fragen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

die man regeln muss, sondern aus der Anwendung, aus dem Test heraus sich ergebende Probleme.

Zeuge Folker Berfuß: Da muss ich grad noch mal gucken.

(Der Zeuge blickt zu
MR Torsten Akmann
(BMI))

Es gibt sozusagen einen Anforderungskatalog, der jetzt aber auch nicht spezifisch ist, ein IT-Sicherheitsanforderungskatalog, der jetzt nicht spezifisch auf nur diese eine Software ist, sondern ganz generell.

Christian Flisek (SPD): Der ist von wem? Sagen Sie mir das noch mal.

Zeuge Folker Berfuß: Von uns von ITSiMa - IT-Sicherheitsmanagement; Entschuldigung -; ist die Abkürzung. Ich glaube, die Kollegin war auch schon hier.

Christian Flisek (SPD): Genau.

Zeuge Folker Berfuß: Genau. Und die machen eben bestimmte Vorgaben, die dann umgesetzt werden müssen. Und, genau, das ist so der Katalog, der abgearbeitet werden muss.

Christian Flisek (SPD): Und das ist ein Katalog, der gilt generell allgemein für alles, was an IT bei Ihnen eingesetzt wird. Oder ist das ein spezifischer Anforderungskatalog für dieses Tool?

Zeuge Folker Berfuß: Soweit ich das verstanden habe - da es ja, wie gesagt, nicht mein Bereich ist -, denke ich, ist es ein Katalog, der ganz allgemein für alle, jede IT, die zumindest Geheime Daten verarbeitet, so vorgesehen ist.

Christian Flisek (SPD): Wo ist der denn schon mal eingesetzt worden, außerhalb jetzt von XKeyscore?

Zeuge Folker Berfuß: Bei allen Systemen, die geheime Daten bei uns verarbeiten.

Christian Flisek (SPD): Zum Beispiel bei der G-10-Erfassung.

Zeuge Folker Berfuß: Davon gehe ich aus, ohne dass - -

Christian Flisek (SPD): Pegasus.

(Der Zeuge blickt zu
MR Torsten Akmann
(BMI))

Bei Perseus.

(MR Torsten Akmann
(BMI): Nicht untersuchungsgegenständlich!)

Zeuge Folker Berfuß: Ich höre gerade vom BMI, das sei nicht Untersuchungsgegenstand.

Christian Flisek (SPD): Aha. Vom Herrn Akmann haben Sie das gehört, oder?

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Christian Flisek (SPD): Jetzt versuche ich es dann mal andersrum: Wenn dieser Anforderungskatalog generell gilt für alle IT-relevanten Systeme, ist der Zeitraum, wie wir ihn jetzt bei XKeyscore kennen, auch bei denen so üblich? Also umgekehrt gefragt: Dauert es immer mehr als drei Jahre, mindestens, bis ein IT-System beim BfV zum Einsatz kommt?

Zeuge Folker Berfuß: Na, das kommt auf die Komplexität natürlich drauf an, die Komplexität der entsprechenden Software, der Einrichtung der Hardware, die dahintersteckt, des Einsatzes; aber es gibt mit Sicherheit IT-Systeme, die auch länger gedauert haben, ja.

Christian Flisek (SPD): Die noch länger - - als über den Zeitraum, über den wir jetzt reden - -

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Christian Flisek (SPD): Halten Sie persönlich das für sinnvoll, dass das so lange dauert?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Folker Berfuß: Ich hatte vorhin schon gesagt: Da ich ja eher von der fachlichen Seite komme - - natürlich wünsche ich mir einen Einsatz, der schneller geht. Ich hatte auch schon vorhin gesagt: Meine Mitarbeiter arbeiten da ja mit den Kollegen von der IT-Sicherheit zusammen, um eben diese Fragen zu beantworten. - Natürlich wäre mir das lieber, sie könnten ihre Ressourcen wieder für die eigentliche Arbeit einsetzen und müssten sich weniger dann - - dieses Thema wäre abgeschlossen, und zwar befriedigend abgeschlossen. Können Sie sicher sein: Die Ressourcen würde ich liebend gerne anders einsetzen.

Christian Flisek (SPD): Welche Ressourcen sind denn beim Testbetrieb eingesetzt? Wie muss ich mir das vorstellen?

Zeuge Folker Berfuß: Ich sprach jetzt gerade über die Ressourcen, also die Mitarbeiter, die eingesetzt sind, um diese Fragen zu beantworten, und das sind diejenigen aus - - Es gibt eben diese Vorgaben, und dann werden Fragen gestellt, und der Bereich, der eben ein bestimmtes IT-System gerade hat, versucht, diese Fragen zu beantworten, weil er kennt ja dieses IT-System dann, was im Testbetrieb ist. So muss man sich das vielleicht vorstellen, wie so ein Frage-Antwort- -

Christian Flisek (SPD): Kommen wir mal zu einem anderen Bereich: Datenübermittlung. Können Sie mir darstellen, nach welchen Regeln eine Datenübermittlung oder eine Übermittlung von Daten deutscher Staatsbürger an andere Dienste stattfinden kann aus dem Bereich des BfV?

Zeuge Folker Berfuß: Das ist jeweils immer einzelfallabhängig. Es geht ja immer um operative Einzelfälle. Insofern findet - - Bei jedem Einzelfall muss geprüft werden, ob die Übermittlungsvoraussetzungen vorliegen, also ob es entweder für die Sicherheitsbelange des jeweiligen Landes von Relevanz ist oder ob die Übermittlung notwendig ist, um unsere Aufgaben ordnungsgemäß wahrzunehmen. Das muss in jedem einzelnen operativen Einzelfall geklärt werden und wird auch wirklich fallindividuell bei jedem einzelnen Schreiben geprüft.

Christian Flisek (SPD): Wer macht das?

Zeuge Folker Berfuß: Die erste - - Die Prüfung selber macht der Sachbearbeiter, und das geht dann die Hierarchie hoch und wird dann entsprechend vom Referatsleiter und dann dem Gruppenleiter geprüft.

Christian Flisek (SPD): Gibt es auch Fälle, die bis zum Präsidenten gehen?

Zeuge Folker Berfuß: Im operativen Einzelfall - - also, wo es wirklich um personenbezogene Daten geht, die an einen ausländischen Nachrichten- - Also, kenne ich keinen Fall. Möchte ich jetzt nicht generell ausschließen, aber kenne ich keinen Fall.

Christian Flisek (SPD): Wie lange dauert manchmal so was, so eine Prüfung?

Zeuge Folker Berfuß: Ich kann Ihnen nicht genau sagen, wie lange ein einzelner Sachbearbeiter an dieser Prüfung sitzt, aber dann geht es relativ zügig die Hierarchieebenen eben hoch.

Christian Flisek (SPD): Bei solchen Datenübermittlungen innerhalb des BND haben wir gelernt, dass es da am Ende immer so einen Disclaimer gibt, also, ich sage jetzt mal, drinsteht, dass die übermittelten Daten nicht für allerlei unangehörige Maßnahmen hergenommen werden dürfen. Gibt es so was im BfV auch?

Zeuge Folker Berfuß: Ich hatte vorhin schon auf die Zweckbindung hingewiesen. Diesen Disclaimer gibt es auch, und da steht eben drin, dass es nur zu nachrichtendienstlichen Zwecken benutzt werden darf.

Christian Flisek (SPD): War das schon immer so? Oder ist das erst nachträglich eingeführt worden?

Zeuge Folker Berfuß: Also zu meiner Zeit war das meines Wissens nach immer so.

Christian Flisek (SPD): Wie bewerten Sie denn so einen Disclaimer von seiner Wirkung her?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Folker Berfuß: Ich habe keine Hinweise, dass sich daran nicht gehalten wird.

Christian Flisek (SPD): Also, Sie haben nie irgendwie innerhalb Ihrer Arbeit mal den Eindruck gehabt, dass das nur so Dekoration ist.

Zeuge Folker Berfuß: Nein, den Eindruck hatte ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Was, würden Sie denn sagen, ist das Interesse der Gegenseite, das einzuhalten?

Zeuge Folker Berfuß: Das Interesse der - - Also, ich kann jetzt in dem Fall auch nur wieder von uns natürlich das entsprechend beantworten. Das Interesse daran, so was einzuhalten, ist, dass - - Wenn Sie es nicht einhalten, ist sehr, sehr viel Vertrauen weg, und fehlendes Vertrauen auf die - - dass das Gegenüber die Daten - - auch entsprechend den Zusagen und den Gepflogenheit mit den Daten umgeht - - Wenn das Vertrauen weg ist, dann leidet jegliche künftige Zusammenarbeit. Und gerade - - Ich kann jetzt eigentlich fast nur über den Nachrichtendienst reden, aber gerade im nachrichtendienstlichen Geschäft ist es natürlich von eminenter Bedeutung, dieses Vertrauen.

Christian Flisek (SPD): Würden Sie das denn überhaupt mitkriegen? Also nicht Sie, Sie als Person, -

Zeuge Folker Berfuß: Als Amt.

Christian Flisek (SPD): - jetzt als Amt, ja.

Zeuge Folker Berfuß: Das ist jetzt Spekulation, nicht? Ich kann nur sagen, was wäre, wenn wir es mitkriegen. Und dann wäre eben, wie gesagt, dieser Vertrauensverlust - - der wäre schon enorm, weil man sich dann bei jeder künftigen Zusammenarbeit fragen müsste, ob man dem Partner überhaupt noch vertrauen kann und ob man mit dem vernünftig zusammenarbeiten kann.

Christian Flisek (SPD): Na ja, wenn ich jetzt mal unterstelle, dass vielleicht die anderen Dienste in

der Lage sind, die Daten, wenn sie das abweichend von Vereinbarungen verwenden wollten, dann auch so verwenden, dass Sie es nicht mitkriegen, dann stellt sich halt die Frage: Was wären die Sanktionen?

(Der Zeuge blickt zu
MR Torsten Akmann
(BMI))

Zeuge Folker Berfuß: Das ist jetzt sehr, sehr spekulativ.

Christian Flisek (SPD): Oder anders gefragt: -

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Christian Flisek (SPD): - Es gibt in den Vereinbarungen manchmal den Hinweis oder man regelt das ausdrücklich, dass in Bezug auf die Zweckbindung der Datenverwendung eine Nachprüfung stattfindet. Kennen Sie das aus Kooperationsprojekten, bei denen Sie beteiligt waren?

Zeuge Folker Berfuß: In diesem Disclaimer ist - - Darf ich, glaube ich, schon sagen, nicht?

(Der Zeuge blickt zu
MR Torsten Akmann
(BMI))

In dem Disclaimer ist auch ein Hinweis darauf, dass wir gegebenenfalls mal dann da nachfragen würden, was mit den Daten - - ob die noch vorliegen. Aber ich habe Ihre Spekulation ja eher so verstanden, dass dann bei dem empfangenden Partnerdienst mit diesen Informationen irgendwas gemacht wird, was nicht dem Zweck entspricht, was aber dann so unter der Decke bleibt, dass wir es auch nicht mitkriegen. Da kann ich mir jetzt, ehrlich gesagt, auch nicht so richtig einen Reim drauf machen, was das dann sein soll.

Christian Flisek (SPD): Ja, ich sage es mal so: Der empfangende Dienst arbeitet ja seinerseits noch mal mit allerlei anderen Diensten zusammen. Zum Beispiel stelle ich mir die Frage: Wie läuft das dann? - Der kriegt ein interessantes Datum von Ihnen, eine interessante Information mit diesem Disclaimer beispielsweise, sagt: „Gut, wir halten uns dran“, gibt es aber weiter. Also ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

sehe das Gefahrenpotenzial; ich sage es mal so. Ich meine, im Sicherheitsbereich ist man ja gewohnt, von Gefährdungslagen und Gefahrenlagen zu reden, und das Gefährdungspotenzial, jetzt mal aus datenschutzrechtlicher Sicht, mit so einer Datenweitergabe, das erachte ich jetzt nicht als sonderlich klein angesichts auch der Möglichkeiten, dass man eventuell eben keinerlei Möglichkeiten hat, das in irgendeiner Weise zu verfolgen, vielleicht eben dann noch gar nicht - - Sie haben ja gerade angesprochen: Man fragt nach.

Zeuge Folker Berfuß: Das ist jetzt schon sehr sp- - Ich verstehe jetzt nicht genau, worauf Sie rauswollen. Vielleicht könnten Sie Ihre Frage noch mal präzisieren.

Christian Flisek (SPD): Die Frage ist: Sehen Sie - - Oder ist das Vertrauen im BfV so groß, dass, wenn man sozusagen diese Daten übermittelt, damit auch an allen Stellen entsprechend der vom BfV vorgegebenen Zweckbindung umgegangen wird?

Zeuge Folker Berfuß: So ist die bisherige Arbeitsweise im BfV, ja.

Christian Flisek (SPD): Also es basiert auf Vertrauen, nicht auf objektiver Nachprüfung, Stichproben.

Zeuge Folker Berfuß: Im Prinzip ja. Ja.

Christian Flisek (SPD): Ich meine, man könnte ja auch auf die Idee kommen, so wie es eine Kontaktperson der NSA hier gibt, mal eine Kontaktperson der deutschen Dienste rüberzuschicken, mal einen da irgendwo hinzusetzen, der mal genauso guckt, dass Daten, die übermittelt werden, da ordentlich - - Also, ich finde das nicht so fernliegend.

Zeuge Folker Berfuß: Aber - wenn ich das jetzt als Frage verstehen darf - wie sollte denn so eine Kontrolle aussehen? Dass der in dem Dienst die Kontrolle ausübt, wie mit den Daten umgegangen wird?

Christian Flisek (SPD): Na ja, man kann so was vereinbaren, dass es eine Kontaktperson der deutschen Dienste dort gibt beispielsweise, die in Kooperationen schaut, dass die übermittelten Daten entsprechend der Zweckbindung auch eingesetzt werden, nicht an andere noch mal weitergegeben werden.

Zeuge Folker Berfuß: Da bitte ich jetzt um Verständnis, aber das ist jetzt alles sehr spekulativ und hat jetzt nur noch wenig mit meiner Arbeit zu tun. Würde ich jetzt auch nur ungern mit Ihnen weiterspekulieren.

Christian Flisek (SPD): Ja, ich finde es halt deswegen jetzt nicht - - Natürlich ist es spekulativ, weil es das nicht gibt. Die Frage ist halt nur - und das ist die Frage, die dann wieder sehr tatsächlich wird -: Reicht das jetzige Verfahren aus, um sicherzustellen, dass tatsächlich Daten, die übermittelt werden, entsprechend den deutschen datenschutzrechtlichen Vorgaben auch bei den anderen Diensten gehandhabt werden? So. Und da haben wir dann eigentlich ja nur die Aussage bisher: Das basiert darauf, dass man vertraut darauf, dass die Gegenseite sich daran hält.

Zeuge Folker Berfuß: Da haben Sie die Aussage eines Gruppenleiters im Bereich Islamismus, Internetbearbeitung dazu, nicht die des Zuständigen oder wer auch immer das dann sein würde. Also, da kann ich Sie nur bitten, diese Frage an entsprechender Stelle noch mal zu stellen.

Christian Flisek (SPD): Ich frage das natürlich auch deswegen, weil, wie gesagt, mein Lieblingssatz aus den angeblich ja so formulierten Terms of Reference eben lautet, dass man alle Daten „relevant to NSA's mission“ teilt.

Zeuge Folker Berfuß: Sie zitieren jetzt wieder aus einer Veröffentlichung dieser angeblichen Terms of Reference, auf die ich nur - -

Christian Flisek (SPD): Ja, ich will Ihnen nur den Hintergrund erläutern, warum ich frage.

Zeuge Folker Berfuß: Okay.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Wir wollen da ein bisschen Licht reinbringen: Was heißt das eigentlich? Wir waren schon mal - - Ich erörtere das jetzt nicht mit Ihnen, weil Sie ja zum Eingang gesagt haben, dass Sie Historiker sind. Wenn Sie jetzt Jurist wären, würde ich mit Ihnen die Frage erörtern, ob Sie als Jurist, der sozusagen die deutsche Seite vertritt, den Wortlaut genauso gefasst hätten, wie er dann hier in der Veröffentlichung scheinbar gefasst ist. Das würde ich mit Ihnen erörtern.

RA Dr. Daniel Krause: Verzeihen Sie, Herr Vorsitzender, wenn ich mich jetzt mal einschalte. Seit zehn Minuten werden hier Bewertungen meines Mandanten abgefragt, er wird zu hypothetischen Szenarien gefragt, von denen er mehrmals gesagt hat, dass er von solchen keine Kenntnis hat. Und es ist nicht die Aufgabe eines Zeugen, auch vor Ihrem hohen Ausschuss nicht, Spekulationen anzustellen und Bewertungen abzugeben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. Deswegen haben Sie auch die Möglichkeit, diesbezüglich Ihren Zeugen immer zu beraten. Und er darf das auch, wenn er der Ansicht ist, zum wiederholten Male dann dementsprechend als Antwort geben. Geht er also nicht in die Bewertung rein, sondern, wenn er sagt, er muss spekulieren, weiß es nicht mehr aus eigenem Erfahren oder kann es auch nicht bewerten aus eigener Erkenntnis, dann kann er sagen: Ich kann das nicht.

Christian Flisek (SPD): Ich darf nur kurz ergänzen, Herr Kollege Dr. Krause: Wir arbeiten gerade das Verfahren der Datenübermittlung aus. Ich glaube, wir haben schon sehr tatsächlich gerade festgestellt und nicht nur spekulativ, dass es außer diesem Disclaimer und dem Faktor Vertrauen keinerlei Handhabung gibt, wie deutsche Dienste sicherstellen, dass bei der Übermittlung von Daten auch deutscher Staatsbürger an andere Dienste entsprechend dem deutschen Datenschutzgesetz umgegangen wird. Und das möchte ich auch mal gerne festhalten gerade, wenn Sie erlauben. - Ich glaube, Sie haben jetzt nicht das Wort. Sie müssen das beim Vorsitzenden - -

(RA Dr. Daniel Krause: Sie haben mich aber angesprochen, Herr Abgeordneter!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich muss da auch leider sagen, dass wir jetzt keinen Dialog aufbauen. Der Rechtsbeistand hat kein originäres Rederecht hier, sondern berät seinen Zeugen. Und beide Sichtweisen sind, glaube ich, jetzt im Protokoll aufgenommen. Dafür haben wir einen ganz tollen Stenografischen Dienst. Und ich glaube, wir sollten die Zeit nutzen - zumindest ist noch eine Minute da -, um die noch mit klugen Fragen auch dann dementsprechend an den Zeugen zu versehen. - Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Ich würde Sie noch mal gerne fragen: Welche Vorgaben haben Sie auf operativer Ebene für die Frage: Welche Vorkommnisse sind im Sinne von besonderen Vorkommnissen in der Hierarchie nach oben zu melden, sprich bis hin dann eben über das Bundesinnenministerium, eventuell Kanzleramt, hin ins Parlamentarische Kontrollgremium? Wie schaut das bei Ihnen aus? Welche Vorgaben haben Sie da?

Zeuge Folker Berfuß: Wir binden selbstverständlich unsere jeweiligen Vorgesetzten über alle relevanten Vorgänge ein und melden entsprechende Vorgänge relativ kleinteilig auch nach oben, und dann wird entschieden, ob das vorgelesen werden soll oder nicht. Aber auch nicht - - Diese Entscheidung selber fällt nicht auf meiner Ebene und nicht in meinem Bereich.

Christian Flisek (SPD): Auf welcher Ebene innerhalb des BfV wird das entschieden, ob ein Vorkommnis besonders ist in diesem Sinne?

Zeuge Folker Berfuß: Letztlich natürlich auf Amtsleitungsebene.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Christian Flisek (SPD): War es einmal - - Vielleicht letzte Frage?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): War es einmal im Untersuchungszeitraum nötig, die Leitung wegen eines solchen besonderen Vorkommnisses mit Bezug zu Five-Eyes-Staaten zu alarmieren?

Zeuge Folker Berfuß: Sie meinen, proaktiv zu sagen: „Das muss jetzt in das und das Gremium getragen werden“?

Christian Flisek (SPD): Na, ist irgendetwas in Bezug - -

Zeuge Folker Berfuß: Ist mir nicht erinnerlich, nein.

Christian Flisek (SPD): Gar nichts.

Zeuge Folker Berfuß: Nein, aus meinem Bereich nicht. Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Herzlichen Dank. - Dann sind wir am Ende der zweiten Runde und kommen wir jetzt in die dritte Frageunde. Und es beginnt wieder die Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich bleibe noch mal bei dem Thema geolokalisierbare Daten. Welche wären das? Welche kann ich dazu nutzen?

Zeuge Folker Berfuß: Nach meiner Kenntnis vor allem insbesondere GPS-Koordinaten.

Martina Renner (DIE LINKE): Kann ich eine Handynummer nutzen?

Zeuge Folker Berfuß: Für die exakte Ortung meiner Kenntnis nach nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Für die Zielerfassung einer Drohne?

Zeuge Folker Berfuß: Nach meiner Kenntnis - aber das ist auch jetzt überhaupt nicht mein Fachgebiet - nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Kennen Sie den Erlass des BMI vom 24. November 2010?

Zeuge Folker Berfuß: Nein. Wenn ich den mal sehen dürfte?

Martina Renner (DIE LINKE): Ich kann nur aus einer Kleinen Anfrage zitieren. Da wird ein Erlass des BMI zitiert, dass übermittelte Listen

... keine Daten enthalten sollen, die unmittelbar für eine geographische Ortung in der in Rede stehenden Region verwendet werden können ...

So einen Erlass kennen Sie, wo es um die Ortung geht und die Frage, dass solche Daten nicht übermittelt werden dürfen?

Zeuge Folker Berfuß: Nein, ist mir nicht bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Da geht es ja nicht um einen Disclaimer „Bitte nicht töten“, sondern da geht es ja darum, dass bestimmte Daten gar nicht übermittelt werden dürfen. Was hätte das denn für Konsequenzen, wenn es diesen Erlass gibt seit 2010?

Zeuge Folker Berfuß: Ich sagte ja eben gerade: GPS-Daten sind meiner Meinung nach die einzigen sehr exakten Daten, die wir da hätten. Und das hätte - und ich glaube, da - - Jetzt muss ich ganz - - Darf ich ganz kurz, Herr Vorsitzender, mich mit BMI beraten?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, gerne.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na, klar.

(Der Zeuge und sein Rechtsbeistand beraten sich mit Vertretern der Bundesregierung)

Zeuge Folker Berfuß: Ich bitte um Verzeihung. Ich wollte nur klären, ob ich das so sagen darf. Aber wenn wir keinerlei geolokalisierbare Daten, also, sprich keine GPS-Daten mehr übermitteln hätten dürfen, das hätte zum damaligen Zeitpunkt meiner Arbeit sehr wenig bis gar keine Relevanz gehabt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Wir hatten ja hier auch einen Drohnenpiloten schon als Zeugen im Untersuchungsausschuss. Der hat berichtet, dass ein bestimmter bewaffneter Drohrentyp so konfiguriert ist, dass er eine Funkzelle generiert, in die sich ein Handy einloggt, ähnlich einem IMSI-Catcher, und dann diese Verbindung benutzt werden kann, um die Person dann zu töten. Da reicht eine einfache Handynummer zur Geolokalisation. So eine technische Möglichkeit, war das im BfV bekannt?

Zeuge Folker Berfuß: Mir zumindest zum damaligen Zeitpunkt nicht, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sagen: GPS-Daten. Würden Sie noch andere Daten geeignet halten für Geolokalisation?

Zeuge Folker Berfuß: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Sagt Ihnen der Begriff Triangulation etwas?

Zeuge Folker Berfuß: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie kannten diesen Erlass nicht aus dem BMI. BMI ist ja, soweit ich informiert bin, die Ihnen vorgesetzte Regierungsstelle, oder?

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Ist aber interessant, oder?

Zeuge Folker Berfuß: Wie gesagt, dafür müsste ich bitte diesen Erlass mal sehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Hatten Sie denn Diskussionen darüber, dass es andere Wege gibt, jenseits von GPS Geolokalisationen durchzuführen, also hat man sich mal irgendwann technisch schlaugemacht bei Ihnen, wie das funktioniert, vielleicht auch mit Metadaten?

Zeuge Folker Berfuß: Diese Metadaten würden sich ja unter anderem auf Handynummern wahrscheinlich beziehen.

Martina Renner (DIE LINKE): IMEI?

Zeuge Folker Berfuß: Haben wir damals - - War damals überhaupt kein Thema, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie denn Handynummern weitergegeben?

Zeuge Folker Berfuß: Ganz - - Würde ich jetzt in der öffentlichen Sitzung auch gerne nur ganz allgemein sagen: Ja, das kommt vor.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie auch Handynummern aus G-10-Maßnahmen weitergegeben?

Zeuge Folker Berfuß: Das müsste ich - - Bin ich unsicher in meiner Erinnerung; aber könnte sein, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie sich daran erinnern, dass Ihre Abteilung im Rahmen von Verfahren vor deutschen Gerichten, in denen Angehörige von Drohnenopfern geklagt haben, beteiligt waren, dahin gehend, dass man Auskunft geben sollte zu weitergegebenen Daten?

Zeuge Folker Berfuß: Ist nicht in meinem Bereich gewesen und ist mir nicht erinnerlich, so ein Vorgang.

Martina Renner (DIE LINKE): War nicht in Ihrem Bereich?

Zeuge Folker Berfuß: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): In welchem Verhältnis steht die Abteilung 6 zu den Bereichen ÖS II und ÖS III im BMI?

Zeuge Folker Berfuß: ÖS II und - - Ich denke, insbesondere ÖS II ist für die fachliche Aufsicht der Abteilung 6 zuständig.

Martina Renner (DIE LINKE): Über den Verfassungsschutz?

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und ÖS III?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Folker Berfuß: Zumindest zum heutigen Zeitpunkt ist ÖS III - -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, damals, ÖS III, damals, zu Ihrem - -

Zeuge Folker Berfuß: Meiner Erinnerung nach war die G-10-Aufsicht bei ÖS III dabei, aber - -

Martina Renner (DIE LINKE): Die Abteilung heißt Terrorismusbekämpfung, oder wie heißt die?

MR Torsten Akmann (BMI): Ich denke, das kann ich klären. Also, ÖS III damals - ich glaube, darauf stellen Sie ab - war sozusagen die Aufsichts-

Martina Renner (DIE LINKE): -schiene.

MR Torsten Akmann (BMI): -gruppe über das BfV, über Verfassungsschutzangelegenheiten, und ÖS II, da gab es eben ein Referat Terrorismusbekämpfung.

Martina Renner (DIE LINKE): Und die ganze Abteilung heißt wie, ÖS II?

MR Torsten Akmann (BMI): Wie hieß die damals?

(MR Torsten Akmann (BMI) wendet sich an andere Vertreter der Bundesregierung)

- Das können wir noch klären, reiche ich gleich nach.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich glaube, Terrorismusbekämpfung.

MR Torsten Akmann (BMI): Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau, kann sein. - Also, Sie hatten mit ÖS II und ÖS III zu tun als Abteilung 6?

Zeuge Folker Berfuß: Wir hatten insbesondere mit ÖS II 3 zu tun, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Mit ÖS II 3. Wer war denn für ÖS II 3 damals zuständig?

Zeuge Folker Berfuß: Das wechselte. Ich denke, am Anfang war es Herr Romann.

Martina Renner (DIE LINKE): Der heute Präsident - -

Zeuge Folker Berfuß: Präsident der Bundespolizei.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Folker Berfuß: Und später war es dann Herr Selen.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wer war da Abteilungsleiter von ÖS II zu Ihrer Zeit?

Zeuge Folker Berfuß: ÖS II ist eine Unterabteilung.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ach so, eine Unterabteilung. Entschuldigung.

Zeuge Folker Berfuß: Ja. Das war ganz am Anfang, als ich angefangen habe, Herr Dr. Maaßen.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Dr. Maaßen. Und als Sie ausschieden, wer war es da? Eigentlich war er das bis zu seinem Ausscheiden, nicht?

Zeuge Folker Berfuß: Genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Bis zu seinem Wechsel, wenn man so will.

Zeuge Folker Berfuß: Bis zu seinem Wechsel, genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Und zu diesem Testbetrieb XKeyscore gab es auch Runden, Besprechungen, Vermerke mit ÖS II 3?

Zeuge Folker Berfuß: Ist mir im Untersuchungszeitraum nicht erinnerlich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es überhaupt eine Beteiligung des Innenministeriums?

Zeuge Folker Berfuß: Soweit ich weiß, ja. Aber auch hier wieder: Die damals zuständige war die Abteilung 3, AG „Poseidon“. Die Fachaufsicht da ist nicht ÖS II 3 gewesen, und insofern war das nicht in meiner Zuständigkeit damals. Soweit ich weiß aus dem Aktenstudium, gab es aber eine Unterrichtung des BMI zu einem relativ frühen Zeitpunkt.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren Sie beteiligt, wenn parlamentarische Anfragen beantwortet werden sollten aus Ihrem Haus?

Zeuge Folker Berfuß: Wenn sie in meinen Bereich fielen, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie sich an Anfragen erinnern, die auch die Problematik Drohneneinsatz beinhaltet haben?

Zeuge Folker Berfuß: Ich denke, dass es da welche gibt, bin aber unsicher, weil, wie gesagt, fiel nicht in meine Zuständigkeit.

Martina Renner (DIE LINKE): Eher nicht. Das waren Anfragen, die sich - -

Zeuge Folker Berfuß: Wie bitte?

Martina Renner (DIE LINKE): Das waren eher Anfragen, die sich -

Zeuge Folker Berfuß: - an den anderen Bereich in unserer Abteilung - wenn, dann - gerichtet haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Mir ist immer noch nicht - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir wären jetzt auch mit der Zeit eigentlich durch.

Martina Renner (DIE LINKE): Ach so. Ja, okay, dann ist es noch mal ein neuer Fragenkomplex.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Weil jetzt wäre da eine gute Zäsur. - Gut, wir kommen

jetzt zu den Fragen der CDU/CSU. Herr Kollege Schipanski.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Herr Zeuge, ich wollte jetzt nur noch mal fragen, weil das so besonders herausgearbeitet wurde, ob Sie Handydaten weitergeben. Dafür gibt es ja eine Rechtsgrundlage: § 4 G-10-Gesetz und § 19 III Bundesverfassungsschutzgesetz. Ist das so?

Zeuge Folker Berfuß: Das sind die beiden einschlägigen Paragraphen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Genau. Und auf deren Grundlage kann man natürlich auch Handynummern weitergeben. Also, es ist jetzt nun kein ganz besonderer Vorgang, der in irgendeinem Rahmen stattfinden sollte. Also da haben wir eine klare Grundlage, und das dürfen Sie machen?

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja. - Dann noch mal eine Frage zu diesen Disclaimern, ebenfalls dieser Datenaustausch: Gab es denn Gründe, dass Sie misstrauisch waren, dass da sich an irgendwas nicht gehalten wurde? Weil es jetzt so dargestellt wurde: Keine Kontrolle, alles ganz schwierig. - Gab es da konkrete Anlässe, wo Sie merkten, also, da läuft irgendwas nicht im Sinne des Disclaimers, dieser Erklärung, die da abgegeben wurde?

Zeuge Folker Berfuß: Ich gehe davon aus, Ihre Frage zielt auf Untersuchungszeitraum und -gegenstand, und da gab es keine Hinweise.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Wenn es da keine Hinweise gab, muss man ja auch sagen, dann gab es auch keinen Anlass von Ihnen, zu sagen, dass sich der andere Partner nicht an die vereinbarten Vorgaben hält.

Zeuge Folker Berfuß: So ist es.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): So ist es. Also von daher ist ja der Disclaimer da ein ausreichendes Mittel gewesen, um abzusichern, dass sich



Nur zur dienstlichen Verwendung

hier an diese entsprechenden Vorgaben gehalten wird.

(Heiterkeit)

- Ja, man muss es schon mal fragen. Es wurde hypothetisch das und jenes aufgezeigt. Nur wenn es gar keinen Anlass gibt, das zu hinterfragen - -

Zeuge Folker Berfuß: Das ist jetzt wieder die Frage der Bewertung, und da würde ich mich ganz gerne zurückhalten.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Bei Bewertungen will man sich zurückhalten. Gut. - Herr Vorsitzender, das waren die Nachfragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion: die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Noch mal ganz kurz zu dem Gedanken des Kollegen Schipanski über das Weitergeben von Handynummern: Das machen Sie bis heute praktisch so, Sie geben einfach Mobilfunknummern weiter?

Zeuge Folker Berfuß: Ich bin nicht mehr in dem Bereich aktiv. Deswegen mache ich es nicht mehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah. Bis Sie den Bereich verlassen haben, haben Sie einfach Handynummern weitergegeben.

Zeuge Folker Berfuß: Innerhalb des Untersuchungszeitraums ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, danach vielleicht nicht, oder?

Zeuge Folker Berfuß: Habe ich keine Kenntnis darüber, dass sich das irgendwie geändert hätte oder ob es gleich geblieben ist. Weiß ich nicht. Ich bin einfach in einer anderen Abteilung. Bitte um Verständnis.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, kein Problem. Aber sozusagen diesen Vorgang der Triangulationsortung und was ein IMSI-Catcher unter dem Flügel von einer Drohne ist, davon haben Sie noch nie was gehört?

Zeuge Folker Berfuß: Zu dem damaligen Zeitpunkt, Untersuchungszeitraum, hatte ich dazu keine Kenntnis, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt haben Sie es auf netzpolitik.org gelesen, oder?

Zeuge Folker Berfuß: Frau Renner hat es ja auch vorgetragen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah, ja. Na gut. - Ich wollte im Grunde noch mal anknüpfen an den Gedanken des Kollegen Flisek und was Sie vorhin am Eingang sagten im Hinblick auf die Funktionen von XKeyscore. Da haben Sie den bemerkenswerten Satz gesagt, also: Alternativen gab es nicht. - Im Hinblick auf die Frage des Vorsitzenden: „Wie sah das mit den Funktionen von XKeyscore aus, wurde da diskutiert, welche Funktionen man einsetzt?“, haben Sie gesagt: „Die Alternative gab es nicht.“ - Und deswegen frage ich Sie jetzt noch mal im Hinblick auf die Terms of Reference, über die wir hier nicht oder Sie nicht öffentlich reden wollen: Hat es Diskussionen um Funktionen gegeben, um das, was das BfV in dieser Kooperation machen darf?

Zeuge Folker Berfuß: Wir haben uns auf ein bestimmtes Testszenario geeinigt innerhalb des BfV, das eben vorsah, dass wir G-10-Daten damit analysieren wollen, und zwar nur analysieren wollen. Genau, das war - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, Sie haben sich darauf geeinigt mit wem oder - -

Zeuge Folker Berfuß: Ganz zu Beginn waren eben drei Abteilungen betroffen: Abteilung TE, Abteilung 3 - G-10-Bereich - und die Abteilung 6. Und wir drei sozusagen haben zusammengesessen, und da wurde das als Testszenario festgelegt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und gab es denn Alternativen zu dem, was Sie dann festgelegt haben?

Zeuge Folker Berfuß: Nie konkret, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wollten die Amerikaner mehr? Wollte der Bundesnachrichtendienst mehr?

Zeuge Folker Berfuß: Ist mir nicht bekannt, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da würde ich Ihnen gerne mal einen stillen Aktenvorhalt machen. Es gibt einen Sachstandsbericht im Dezember 2012, den Sie mit gezeichnet haben, glaube ich. Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Folker Berfuß: Wenn ich mal sehen dürfte?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der ist nicht eingestuft, also jetzt Ihre Mail dazu. Da sagen Sie: Ich zeichne gern mit. - Und der Bericht, leider, ist eingestuft. Den halte ich Ihnen jetzt mal vor. Das ist MAT A BfV-9/2, Tagbuchnummer 39/14, und da ist es Anlage 1, Blatt 61 und 62. Haben wir das noch mal, dass ich das - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn es uns angezeigt wurde, dann auf jeden Fall.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht können wir kurz die Zeit anhalten. -

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er, sein Rechtsbeistand sowie Vertreter der Bundesregierung nehmen Einblick)

Ich sage das nur im Hinblick darauf oder halte Ihnen das vor, auch weil Ihr Rechtsbeistand eben so empört Herrn Flisek darauf hingewiesen hat, dass man seit zehn Minuten irgendwie Dinge erörtern würde, die hoch hypothetisch sind. Jetzt

frage ich mich, ob das überhaupt stimmt, dass die hypothetisch sind, oder ob das nicht - -

Zeuge Folker Berfuß: Geben Sie mir eine Minute?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, ja. - Herr Berfuß, Sie waren offenbar eingebunden und sollten Stellung nehmen zu sehr wohl Fragen, was die Amerikaner wollten und was nach deutschem Recht geht und was nicht. So abstrahiert darf ich es wohl sagen. Und in diesen Diskussionen waren Sie dabei und haben da Sachstandsberichte mitgezeichnet. Deswegen habe ich jetzt hoffentlich Ihrem Erinnerungsvermögen auf die Spur geholfen, und Sie können mir doch noch mal abstrahiert sagen, was es mit dieser Kooperation im Grunde nach auf sich hatte. Was wollte der Bundesnachrichtendienst, was wollten die Amerikaner, und was war das BfV nicht bereit zu liefern?

Zeuge Folker Berfuß: Auch nach dem Aktenvorhalt bleibe ich bei meiner Aussage, dass es keinerlei Konditionen oder Bedingungen gab, die an die Überlassung dieser Software geknüpft waren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte? Das letzte habe ich akustisch nicht - -

Zeuge Folker Berfuß: - die an die Überlassung dieser Software geknüpft gewesen wären oder waren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das habe ich auch nicht gesagt, sondern: Was wollten die Amerikaner, und was haben Sie nicht geliefert?

Zeuge Folker Berfuß: Die Amerikaner wollten, dass wir unsere Daten, die wir haben, gut auswerten, dass wir - ich habe vorhin die Formulierung benutzt - unseren Job gut machen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Folker Berfuß: Ich hoffe, Sie können damit leben. Und - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wo gibt es da Probleme mit dem deutschen Recht, dass Sie Ihren Job nicht gut machen können?

Zeuge Folker Berfuß: Wir haben nur immer darauf hingewiesen - das haben die Juristen unseres Hauses so verhandelt, was aber auch nie strittig war, möchte ich noch mal betonen -, dass wir uns selbstverständlich an deutsches Recht halten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Folker Berfuß: Das war den Amerikanern auch klar.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das war ein Thema, Herr Berfuß, das war offensichtlich ein Thema. Ich kann Ihnen das jetzt hier nicht öffentlich vorlesen, aber ich sage Ihnen: So, wie Sie es darstellen, war es nicht. Das steht hier schwarz auf weiß drin. Da steht sogar drin, dass man sozusagen - - wie man reaktiv auf die Forderung der Amerikaner reagieren soll. Und es ist doch irgendwie - - Hier geht doch völlig klar draus hervor, dass es da eine Diskussion drum gibt. Und ich frage mich ehrlich gesagt wirklich, nachdem wir wissen, was in diesen Terms of Reference drinsteht und was die Amerikaner wollen, nämlich viele Daten, was bei Ihnen das rechtliche Problem war und welche Funktion Sie nicht einsetzen konnten, und ich frage mich, warum das so ein Staatsgeheimnis ist, wenn sich das BfV - - Ist das Problem, dass der BND das gemacht hat oder - - Ich verstehe das nicht.

Also, vielleicht können Sie mir einfach die Frage beantworten: Was wollten die, und was waren Sie nicht bereit zu tun? Weil Sie vorhin gesagt haben, Alternativen gab es nicht. Sie haben gesagt, es gab im Grunde auch keine Diskussion darüber. Ich habe, ehrlich gesagt, das Gefühl, hier nicht die Wahrheit gesagt zu bekommen, und das würde ich gerne.

Zeuge Folker Berfuß: Ich bin ja aufgeklärt worden hier über meine Rechte und Pflichten und auch die Konsequenzen. Insofern bemühe ich mich, nach bestem Wissen und Gewissen hier

Ihnen die Wahrheit zu sagen. Das ist mit Sicherheit so. Zu den Details der Verhandlungen über Terms of Reference, soweit ich daran beteiligt war, gebe ich Ihnen gerne in der nichtöffentlichen Sitzung noch Auskunft.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Also, das läuft nicht. Sie können hier nicht in der öffentlichen Sitzung sagen: Da gab es keine Diskussionen drüber. - Die Nummer haben wir hier wirklich schon hundertmal gehabt. Wenn da oben Journalistinnen und Journalisten sitzen, die hierüber berichten, dann sagen Sie nicht die Wahrheit - ja? -, und nachher sagen Sie: Na gut, das war halt geheim, ich erzähle es im nichtöffentlichen Teil.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, ich gehe mal davon aus, dass der Zeuge bisher die Wahrheit gesagt hat. Und er hat ja sogar darauf hingewiesen, dass er belehrt worden ist. Also von daher kann man ihm nicht unterstellen, dass er nicht die Wahrheit gesagt hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, genau, genau. Empfängerhorizonte sind unterschiedlich, und ich darf meine Wahrnehmung schon noch zum Ausdruck bringen. Wenn Sie das anders für sich wahrnehmen, ist das gut, aber -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich nehme das erst mal gar nicht wahr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - ich habe gefragt - und vor allen Dingen hat der Kollege Flisek vorhin sehr eindeutig gefragt -, ob es da Diskussionen gab über die Terms of Reference. Und Ihr Anwalt empört sich und sagt, hier werden hypothetische Vorhaltungen gemacht. Und hier gibt es einen Sachstandsbericht, wo genau diese Probleme erörtert werden, den Sie sehr gerne mitgezeichnet haben. Da darf ich wohl auf den Gedanken kommen, dass Ihre Darstellungen nicht ganz richtig sind. Und deswegen bitte ich Sie, das jetzt zu verifizieren in öffentlicher Sitzung - so, wie Sie sagen, dass es diese Diskussionen nicht gegeben hat -, dass es diese Diskussionen gegeben hat. Und mich würde



Nur zur dienstlichen Verwendung

brennend interessieren, um welchen Knackpunkt es ging.

Zeuge Folker Berfuß: Sie können auch noch mal nachfragen, Herr von Notz. Ich kenne keinerlei Forderungen der Amerikaner, die über irgendetwas hinausgingen als das, was wir sowieso zusagen konnten, nämlich dass wir uns an deutsches Recht halten an der Datenübermittlung. Und bei dieser Aussage - bitte ich einfach um Verständnis -, dabei bleibe ich, sowohl in der öffentlichen als auch in der geheimen Sitzung. Nur weil Sie sagten, dass ich möglicherweise in der geheimen was anderes sagen würde: Nein, das würde ich nicht tun.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sonst können wir da ja gleich in der nächsten Runde wieder ansetzen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bitte um Freigabe, diesen Aktenvermerk hier komplett vorzulesen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Akmann.

MR Torsten Akmann (BMI): Die Freigabe kann nicht erteilt werden, weil das Dokument aus guten Gründen eingestuft ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau. Im Grunde kann ich mir jetzt auch zusammenreimen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Bevor wir in die individuelle Bewertung gehen - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann wüsste ich gerne noch, was geschwärzt ist hier, wo es genau um diese rechtlichen Fragen offenbar geht. Das würde mich brennend interessieren. Und ich finde es einen ziemlich unmöglichen Vorgang.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wäre aber Teil einer Beratungssitzung dann.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, bitte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Gut, wir kommen jetzt zur nächsten Fraktion. Die nächste Fraktion ist die Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Wir haben in der öffentlichen Sitzung keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur nächsten Runde. Und in der nächsten Runde beginnt auch wieder die Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Kennen Sie eine PG NAM?

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Projekt- - Können Sie uns erklären, was das ist?

Zeuge Folker Berfuß: Das ist nicht vom Untersuchungsgegenstand umfasst.

Martina Renner (DIE LINKE): Die hat gar nichts mit XKeyscore zu tun?

Zeuge Folker Berfuß: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Die hat auch nichts mit Datenweitergabe an ANDs der Five Eyes zu tun?

Zeuge Folker Berfuß: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Die hat auch nichts - - Jetzt muss ich mal gucken.

Zeuge Folker Berfuß: Vielleicht kann ich einen ganz - -

Martina Renner (DIE LINKE): Also, die wird hier erwähnt, soweit ich das sehe, in einem Zusammenhang „Technische Zusammenarbeit NSA und BfV“.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Folker Berfuß: Nein, diese Zusammenarbeit - nach meiner Kenntnis gab es diese Zusammenarbeit im Rahmen der PG NAM nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Die war nur avisiert?

Zeuge Folker Berfuß: Wie bitte?

Martina Renner (DIE LINKE): Die war nur geplant?

Zeuge Folker Berfuß: Nein. Nicht nach meiner Kenntnis. Ich weiß nicht, aus was Sie da momentan zitieren.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, es geht hier um eine Mail von Dr. Michael Vogel, BMI, an ÖS II 3. Das war vor Ihrer Zeit.

Betreff: ... Technische Zusammenarbeit NSA und BfV ...

Ich habe ich in der letzten Woche Kontakt mit BfV (L PG NAM) aufgenommen und folgendes Vorgehen vereinbart ...

Und so weiter. Es geht um Treffen, Rohdatenauswertung, Internetaufklärung, Treffen mit BND. Klang mir alles so danach, als hätte das was mit Internetauswertung, Zusammenarbeit, Datenweitergabe zu tun, PG NAM.

Zeuge Folker Berfuß: PG NAM ist nicht untersuchungsgegenständlich, nein.

(Dr. André Hahn: (DIE LINKE): Warum haben Sie es uns denn geschickt?

Martina Renner (DIE LINKE): Dann hätte man es schwärzen müssen. Na ja. - Sie sind sich da ganz sicher, dass es keinen Berührungspunkt hat zu Kooperation mit der NSA.

Zeuge Folker Berfuß: Nach meiner Kenntnis zu meiner Zeit nein. Also ja, bin ich sicher.

Martina Renner (DIE LINKE): Zu Ihrer Zeit nicht.

Zeuge Folker Berfuß: Nach meiner Kenntnis zu keiner Zeit. Und in meiner Zeit war die PG NAM auch in meinem Bereich. Insofern - -

Martina Renner (DIE LINKE): Für was steht denn diese Abkürzung „NAM“?

(Der Zeuge wendet sich an MR Torsten Akmann (BMI) - Dieser berät sich mit weiteren Vertretern der Bundesregierung - Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, Sie müssen es doch wenigstens wissen! Sie haben uns das geschickt! Also!)

MR Torsten Akmann (BMI): Wir sagen das gerne in eingestufter Sitzung; aber es hat in der Tat nichts mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun.

Martina Renner (DIE LINKE): Ihr Bereich, Abteilung 6, kooperiert der auch mit der CIA?

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Werden dort auch Daten weitergegeben?

Zeuge Folker Berfuß: Unter denselben Kautelen, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Direkt und über JIS.

Zeuge Folker Berfuß: Genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Und weitere Partner in den USA sind wer noch?

Zeuge Folker Berfuß: In erster Linie FBI. Weitere sind mir jetzt aus meiner Zeit und meiner - - nicht erinnerlich. Das waren so im Prinzip die drei.

Martina Renner (DIE LINKE): Jetzt ist ja eigentlich der, ich sage mal, natürliche Partner - blöder Begriff - des BfVs die CIA. Oder sehe ich das falsch?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Folker Berfuß: Dem würde ich so nicht unbedingt zustimmen. Nein. CIA ist der Auslandsnachrichtendienst, ist nicht zwingend unser natürlicher Partner. Wir haben früher immer an JIS geschrieben, und die haben dann entsprechend das unter sich ausgemacht, wen es betrifft.

Martina Renner (DIE LINKE): Aus Ihrer Erinnerung: Die Kooperation in der Form wie bei diesem Projekt XKeyscore mit der NSA, war die neu, oder gab es vorher schon andere Projekte in der Form: „Die NSA liefert Technik ans BfV“?

Zeuge Folker Berfuß: Nach meiner Erinnerung, soweit wie Untersuchungszeitraum und -gegenstand betroffen sind, war das neu.

Martina Renner (DIE LINKE): War es deswegen auch wichtig, weil es neu war, den direkten Draht zur NSA - -

Zeuge Folker Berfuß: Das würde ich so aus meiner damaligen Bewertung - - und auch heute würde ich sagen: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat man sich auch versprochen, dass man nicht mehr über den BND in jedem Fall gehen muss, sondern auch Dinge dann direkt abwickeln kann?

Zeuge Folker Berfuß: Nein. Nach meiner Kenntnis darf NSA nicht direkt mit uns in Kontakt treten, sondern muss über BND gehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber das glaube ich ja mittlerweile sowieso nicht mehr so wirklich. Wenn es einen Verbindungsbeamten gibt, der in Treptow irgendwie sitzt, der wird ja nicht jeden Morgen irgendwie beim BND um Erlaubnis gefragt haben, was er mit dem BfV bespricht.

Zeuge Folker Berfuß: Da war sogar jedes Mal ein BND-Mitarbeiter dabei.

Martina Renner (DIE LINKE): Ah. Der hat einen Aufpasser vom BND.

Zeuge Folker Berfuß: Wie auch immer Sie ihn nennen wollen; aber da war ein Mitarbeiter vom BND dabei.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist ja cool. Also, manchmal hat man schon den Eindruck, dass diese beiden Behörden in so einem Über-/Unterordnungsverhältnis stehen, Bundesnachrichtendienst und BfV.

Zeuge Folker Berfuß: Wollen Sie meine Einschätzung dazu, oder - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, das wäre super.

Zeuge Folker Berfuß: Das halte ich - - Nein, das sind zwei normale Behörden. Aber die NSA darf einfach nicht mit uns direkt in Kontakt treten, muss insofern den „Umweg“ - in Anführungszeichen - gehen über BND.

Martina Renner (DIE LINKE): Gibt es denn ANDs, die nur über den Umweg BfV mit dem BND sprechen dürfen?

Zeuge Folker Berfuß: Ist mir nicht bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, mir auch nicht.

Zeuge Folker Berfuß: Meines Wissens nach ist das eine amerikanische Regelung, insofern brauche - -

Martina Renner (DIE LINKE): Diese Person, die diesen NSA-Verbindungsbeamten begleitet, also euphemistisch gesprochen, das war aber nicht die Person, die auch mit dem XKeyscore-Projekt was zu tun hatte?

Zeuge Folker Berfuß: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist wiederum jemand anderes.

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und diese Person, die für das XKeyscore-Projekt verantwortlich war, vom Bundesnachrichtendienst - - Wir hatten ja vorhin davon gesprochen, dass dieses System stand alone war, dass man nur Daten aus Sicherheitsgründen aufspielen, aber nicht sozusagen herauslesen oder speichern konnte. Hatte diese



Nur zur dienstlichen Verwendung

Person andere Kompetenzen als die Mitarbeiter des BfV, in technischer Hinsicht?

Zeuge Folker Berfuß: Nicht grundsätzlich, nein. Ich müsste, um Ihre Frage komplett zu beantworten, ein bisschen tiefer in die Testaufstellung gehen und würde das auch gerne nur in der Nicht-öffentlichen machen.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie Kenntnis davon, wie die Daten aus der G-10-Erfassung dann von Köln nach Berlin gelangt sind, also wie das technisch vollzogen wurde?

Zeuge Folker Berfuß: Ja. In der fraglichen Zeit - wie gesagt, nicht aus eigener Anschauung, weil ich damals eben nicht dafür zuständig war; aus dem Aktenstudium entnommen - - dass das am Anfang eben sozusagen über einen Export in Köln stattgefunden hat, auf eine Festplatte und dann die Festplatte hier nach Berlin transportiert wurde. So war das am Anfang.

Martina Renner (DIE LINKE): Das wissen Sie aber nicht aus eigener Anschauung, nur aus dem Aktenstudium.

Zeuge Folker Berfuß: So ist es.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben von Zeugen gehört, dass für diesen Transport der Bundesnachrichtendienst zuständig war. Ist das üblich? Also, wenn Sie jetzt etwas aus Ihrer Abteilung schicken wollen nach - weiß ich jetzt nicht; also, Sie sitzen hier in Berlin? -

Zeuge Folker Berfuß: Mhm.

Martina Renner (DIE LINKE): - Köln, rufen Sie da auch beim Bundesnachrichtendienst an, dass er Ihre Tasche holt?

Zeuge Folker Berfuß: Nein, ich gebe das auch ganz normal in den Postausgang. Und wie der dann organisiert ist, das macht - -

Martina Renner (DIE LINKE): Hat das BfV einen eigenen Botendienst, nenne ich es jetzt mal, um eingestuftes Material in Sicherheitsbehältnissen zu transportieren?

Zeuge Folker Berfuß: Das weiß ich im Detail nicht, wie das organisiert ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es Überlegungen dahin gehend, irgendwann die Software XKeyscore auf dem Datenverarbeitungssystem der G-10-Maßnahme Perseus laufen zu lassen?

Zeuge Folker Berfuß: Sie meinen direkt in Perseus?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, direkt.

Zeuge Folker Berfuß: Kann ich mir nicht vorstellen, dass es dazu ernsthafte Überlegungen gegeben hat, eben aus IT-Sicherheitsgründen.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, es hätte immer weiter als abgeschlossene kleine Einheit danebenstehen sollen.

Zeuge Folker Berfuß: Wie gesagt, mir sind keine anderen Überlegungen von damals bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sagten vorhin, Sie waren selbst nicht an der Auswahl der fünf oder sechs G-10-Maßnahmen beteiligt, die dann getestet wurden mit XKeyscore. Stimmt überhaupt die Aussage von Herrn Treuenfels, dass es nur fünf oder sechs waren?

Zeuge Folker Berfuß: Nach meiner Kenntnis - - Ich glaube, es waren sieben. Hat auch, glaube ich, der Herr Vorsitzende eben schon die Zahl genannt. Weiß ich aber auch nur jetzt aus der Vorbereitung auf die Sitzung heute.

Martina Renner (DIE LINKE): Und den ganzen Zeitraum blieben das die sieben gleichen oder sieben wechselnde Maßnahmen?

Zeuge Folker Berfuß: Also, ich glaube, sieben ist die Anzahl der Maßnahmen, die jemals mit dem System in Kontakt gekommen sind.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir wieder wechseln.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich schaue mal in die Runde. - Die Fraktion der CDU/CSU hat in öffentlicher Sitzung keine Fragen mehr. - Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat noch Fragen. Okay. Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Berfuß, noch mal zu dem Gang, wie die Informationen an die NSA gelangt sind. Vorhin habe ich Sie so verstanden, als ich Sie danach gefragt habe, dass das elektronisch geschieht. Also, Sie haben irgendwelche Informationen in Vermerken - ist ja mehrfach von Ihnen gesagt worden -, und das schicken Sie dann an die NSA, eine Adresse von der NSA.

Zeuge Folker Berfuß: Nein. Das war eben das Neue, dass wir es eben an BND geschickt haben und der BND die Weitergabe organisiert an die NSA.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha, Sie haben das an den BND geschickt. Nach Pullach -

Zeuge Folker Berfuß: Wo genau das - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - oder Bad Aibling?

Zeuge Folker Berfuß: Das kann ich Ihnen nicht sagen, wo das sozusagen rauskommt; weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wussten Sie denn, dass die NSA in Bad Aibling sitzt?

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In der eigenen Dienststelle?

Zeuge Folker Berfuß: Auch das weiß ich nicht genau.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder, „Dienststelle“ ist vielleicht der falsche Ausdruck: Niederlassung, wo Personal war und so.

Zeuge Folker Berfuß: Ich wusste, dass dort NSA-Personal sitzt, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, Sie haben das elektronisch an den Bundesnachrichtendienst, also entweder Pullach oder direkt nach Bad Aibling, geschickt, und die haben das dann weitergeleitet. Sie haben vorhin aber auch mal gesagt, Sie haben ja auch Daten nicht nur an die NSA geliefert, sondern auch an den BND, also für den BND. Wurde das irgendwie sortiert: „Jetzt schicken wir euch was nur für eure Benutzung, und jetzt schicken wir was - - Konnten die das dann auch zur Kenntnis nehmen und verwerten, was sie dann weiterleiten sollten an die NSA?“

Zeuge Folker Berfuß: Im Prinzip - - Über die BND-internen Abläufe kann ich Ihnen natürlich keine Auskunft geben; aber der normale Kooperationspartner für die Abteilung 6 ist die Abteilung TE beim BND.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie heißt der?

Zeuge Folker Berfuß: TE.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): CE?

Zeuge Folker Berfuß: Theodor, Engel.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „T“, ja, okay.

Zeuge Folker Berfuß: Das war für den normalen fachlichen Austausch. Und was an BND - - an NSA gehen sollte - Entschuldigung -, ging an BND TA.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah, das ging an unterschiedliche Stellen dann dort.

Zeuge Folker Berfuß: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wenn Sie vorhin mal von zwei Paketen, unterschiedlichen oder verschiedenen Paketen - - sind das Datenpakete.

Zeuge Folker Berfuß: Es ist, jetzt mal ein bisschen untechnisch gesprochen, im Prinzip einfach eine andere E-Mail-Adresse, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Andere E-Mail-Adresse. Das eine schicken Sie dahin und das andere da. - Und jetzt kommt es mir auf den Inhalt an. Unterschied sich das denn grundsätzlich von den - - also der Art der Meldung, die Sie dahin - - Oder waren Sie beim BND freizügiger oder freier? Haben die mehr gekriegt? Haben die das Gleiche gekriegt, so ungefähr?

Zeuge Folker Berfuß: Na, das kommt immer halt, wie gesagt, auf jeden Einzelfall drauf an -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Folker Berfuß: - im Rahmen der operativen Zusammenarbeit, je nachdem. Wenn bei dem Fall eben eine Kooperation mit BND war oder es Hinweise gab, dass der BND in diesem Fall helfen kann, dann ging das eben an den BND und ansonsten andersherum: Wenn es ein Amerikaner war, dann ging es halt an die Amerikaner. Nur, vom Inhalt der Schreiben sozusagen - - Es war in jedem Fall, in beiden Fällen Schreiben, und unterschied sich sozusagen qualitativ nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und da hatten aber diese Verbindungsleute nichts mit zu tun. Oder ging das erst in Treptow dann an die Verbindungsleute, und die haben das dann weitergeschickt, oder wie muss man - -

Zeuge Folker Berfuß: Nein, der elektronische Weg sah vor, dass es an BND geht, und BND gibt das weiter an NSA.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die haben nichts gekriegt hier in Berlin, NSA- und BND-Mitarbeiter, die da bei Ihnen

manchmal gemeinsam auftauchten? Oder haben die da ein CC gekriegt?

Zeuge Folker Berfuß: Nein, das haben sie nicht bekommen. Aber der Verbindungsbeamte der NSA war ja dann eben dafür da, dass, wenn es Nachfragen gibt oder Ähnliches, man das mit ihm besprechen konnte, organisatorischer Art oder Ähnliches. Insofern war der NSA-intern, denke ich, sehr gut in die Übermittlungen eingebunden, die vom BfV kamen. Er war ja für das BfV zuständig bei der NSA.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. So, jetzt verstehe ich das so: Der NSAMann, der bei Ihnen saß, der war über das informiert, was Sie jetzt an den BND zur Weiterleitung an die NSA geschickt haben. Also, der eine saß da, und dann haben Sie es noch mal irgendwo hingeleitet, an irgendeine Mail-Adresse. Weil Sie sagen: Wenn da Unklarheiten waren oder Nachfragen oder so. Da musste der ja diesen Mail-Verkehr kennen.

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der kannte den.

Zeuge Folker Berfuß: Im Regelfall.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Also, haben Sie doch irgendwie CC. Oder wurde der jetzt wieder von der NSA per Mail unterrichtet?

Zeuge Folker Berfuß: Das war ja der Verbindungsbeamte der NSA für das BfV.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Folker Berfuß: Insofern ist er selbstverständlich - oder: davon gehe ich aus - über die Vorgänge des BfV, die das BfV an die NSA schickt, im Groben informiert. Aber innerhalb der NSA läuft dieser Informationsfluss, also nicht von uns noch mal separat, sondern das ist eben Aufgabe, denke ich, eines Verbindungsbeamten,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass sie den Kontakt hin zum BfV in dem Fall halten, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

Zeuge Folker Berfuß: - und dafür müssen sie ja ungefähr im Film sein, welche Vorgänge da - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Folker Berfuß: Aber dieser Informationsfluss sozusagen, der muss innerhalb der NSA oder der Amerikaner sichergestellt sein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, deshalb sage ich ja: Die haben das dann, was Sie jetzt irgendwo an eine Mail-Adresse geschickt haben, an den BND für die NSA - - muss dann irgendwie auch wieder rückgemeldet, in irgendeiner Weise zur Kenntnis hier nach Berlin geschickt worden sein, in Treptow. Eigentlich ein komisches Verfahren. Ist fast irgendwie so eine Ringgeschichte. Kommt ja dann wieder zurück, irgendwie. Drei Zimmer weiter, als Sie sitzen, sitzt der. Und das geht jetzt erst mal durch die Welt, vielleicht nach Washington oder weiß ich wohin, in die USA. Und dann kommt das wieder zurück und geht zu dem. Oder war das nicht doch so, dass der da informiert wurde oder von Ihnen vielleicht direkte Informationen kriegt?

Zeuge Folker Berfuß: Nein, das war nicht so.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Folker Berfuß: Das war nicht so, nein. Das war der Weg.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Jetzt, in diesem Zusammenhang zu den Daten, die da weitergegeben worden sind, zu den Terms of Reference: Sie haben gesagt, Sie wissen, was da drinsteht, oder wussten damals, was da drinsteht, -

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - haben es nicht selber ausgehandelt, aber wussten, was da drinsteht. Können Sie denn sagen - - Diese ganzen Angaben, die Sie da bisher gemacht haben - - Für die NSA war eigentlich das Wichtigste, dass Sie einen guten Job machen; oder, wie Sie es dann nachher noch mal ausgedrückt haben: dass die Amerikaner wollten, dass wir alles gut machen. - Das ist ja sehr fürsorglich, also rührende Partner, wollen Ihnen helfen. Stand das denn nur in den Terms of Trade [sic!] drin? Also, stand da drin: „Wir vereinbaren jetzt folgende Zusammenarbeit, damit der deutsche Nachrichtendienst, Verfassungsschutz einen guten Job macht“? Jetzt vielleicht nicht in den Worten, aber sinngemäß.

Zeuge Folker Berfuß: Wie gesagt, zu den Inhalten der Terms of Reference darf ich in der öffentlichen Sitzung nichts sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber was nicht drinsteht, dürfen Sie vielleicht sagen.

(Heiterkeit)

Auch nicht?

Zeuge Folker Berfuß: Nach meinem Verständnis, nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dürfen Sie nicht sagen?

Zeuge Folker Berfuß: Nach meinem Verständnis, nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein? Ganz geheim.

Zeuge Folker Berfuß: Also zumindest nicht, wenn das den Inhalt - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was nicht war, ist geheim.

Zeuge Folker Berfuß: Nicht so, wenn das den Inhalt einigermaßen abgrenzen lässt. Ja. Bitte ich um Verständnis.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, also ich will Ihnen vorhalten, was da drinstehen soll nach einer *Zeit-Online*-Veröffentlichung. Da soll drinstehen, in diesen Terms soll drinstehen: alle Daten, die relevant sind für die NSA-Mission, alle Daten. - Da ist eigentlich gar nicht so die Fürsorge für den Verfassungsschutz rauszulesen.

Zeuge Folker Berfuß: Da sind wir wieder bei den Inhalten oder den angeblichen Inhalten, und da würde ich nur in der nichtöffentlichen Sitzung - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Also, da können Sie sagen: „Steht drin“, oder: „Steht nicht drin“.

Zeuge Folker Berfuß: Das könnte ich dann tun, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Das wird ja spannend. - Gab es eigentlich eine Dateianordnung?

Zeuge Folker Berfuß: Auch dafür war ich nicht zuständig in dem Zusammenhang. Soweit ich das aus dem - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie wissen doch nicht nur von Sachen, für die Sie zuständig waren.

Zeuge Folker Berfuß: Wollte ich gerade ausführen. - Soweit ich das aus dem Aktenstudium entnommen habe, gab es die nicht, sondern es gab eine Erweiterung der bestehenden Dateianordnung für die G-10-Anlage.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Muss das nicht sein? Haben Sie das mal prüfen lassen, ob das notwendig ist? Datenschutzgründe.

Zeuge Folker Berfuß: Das kann ich nicht prüfen lassen, ich bin ja überhaupt nicht zuständig dafür.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Folker Berfuß: Ich war da nicht zuständig für; da kann ich das auch nicht überprüfen lassen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da haben Sie sich dann nicht drum gekümmert.

Zeuge Folker Berfuß: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie waren doch da der Leiter, oder nicht?

Zeuge Folker Berfuß: Ich war nicht der Leiter, nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gruppenleiter habe ich vorhin aufgeschrieben.

Zeuge Folker Berfuß: Ja, ich war der Gruppenleiter für die Internetbearbeitung im Bereich Islamismus; aber ich war nicht der Zuständige für die AG „Poseidon“. Die AG „Poseidon“, die sich mit der Einführung des - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so. Das ist jetzt wieder AG „Poseidon“, weil Sie die Auswertung machen.

Zeuge Folker Berfuß: Genau.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah, okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und jetzt müssten wir wieder wechseln und kommen zur nächsten Fraktion. Ich gucke gerade mal, ob - - Die Fraktion der SPD hat keine Fragen mehr. - Dann sind wir schon wieder bei der Fraktion Die Linke. - Frau Kollegin Renner hat auch keine Fragen mehr. - Die Union auch nicht. - Herr Kollege Ströbele, Sie können direkt weitermachen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich hatte Ihnen ja die Frage gestellt. Sie sagen, es gab keine Dateianordnung. Aber warum nicht? Und ob das problematisiert worden ist, vielleicht mit Datenschutz innen und außen



Nur zur dienstlichen Verwendung

oder mit der Leitung, da können Sie nichts zu sagen.

Zeuge Folker Berfuß: Ich weiß, dass intern darüber diskutiert wurde und dass man zu dem Schluss kam, dass eine Erweiterung der Bestehenden reicht. Aber mehr kann ich Ihnen nicht sagen. Da war ich in keine Verhandlungen und nichts eingebunden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie denn da sagen, wer da diskutiert hat?

Zeuge Folker Berfuß: Das waren die dafür Zuständigen in der Abteilung 3.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und ging das auch bis zur Leitung?

Zeuge Folker Berfuß: Hausleitung?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Folker Berfuß: Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ist der Präsident damit befasst worden, -

Zeuge Folker Berfuß: Das kann ich Ihnen nicht sagen, weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und hat gesagt, braucht er nicht, oder er hat es prüfen lassen, oder so. Wissen Sie gar nicht.

Zeuge Folker Berfuß: Das weiß ich nicht, nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wann ist das diskutiert worden? Als Sie da waren oder vorher oder nachher?

Zeuge Folker Berfuß: Ich habe eben mal in ein paar Notizen geguckt. Soweit ich weiß, ist das im Laufe des Jahres 13 diskutiert worden. Das war vor meiner Zeit. Also, da war ich - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Zeuge Folker Berfuß: Genau.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat sich eigentlich der Bundesnachrichtendienst in solche Diskussionen eingemischt? Ich meine, der Bundesnachrichtendienst war ja so eine Art Vermittler dieser Zusammenarbeit - wenn ich das richtig bezeichne -, also ein bisschen mehr als Vermittler, aber so Vermittler. Hat der eigentlich dazu gesagt, braucht man gar keine Dateianordnung und aus welchen Gründen?

Zeuge Folker Berfuß: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich war in diese ganze Diskussion „Dateianordnung ja oder nein?“ nicht eingebunden. Und so detailliert habe ich das auch den Akten nicht entnehmen können. Also, das kann ich Ihnen beim besten Willen nicht sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat denn der Mitarbeiter vom Bundesnachrichtendienst - Da gab es ja mindestens zwei: der eine, diese Kontaktperson, und der andere, der so für technische Hilfen oder Unterstützung da war. Hat dieser Verbindungsmann, nenne ich mal den Ersteren, auch andere Aufgaben gehabt, oder hat der sich um XKeyscore und dass das läuft und dass die Amerikaner zufrieden sind und so was alles gekümmert?

Zeuge Folker Berfuß: Sie meinen denjenigen, der -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der auch hier in Treptow war.

Zeuge Folker Berfuß: - den NSA-Kollegen begleitet hat, ob der auch mit XKeyscore zu tun hatte?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Folker Berfuß: Soweit ich weiß, nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Folker Berfuß: Meiner Kenntnis nach ist er mir nur begegnet im Zusammenhang mit der Begleitung des - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber der NSA-Mann war doch für XKeyscore zuständig, oder?

Zeuge Folker Berfuß: Nein, der war auch nicht federführend für XKeyscore zuständig, sondern das war einfach der Verbindungsbeamte, der für alle Fragen, die das BfV hat Richtung NSA zuständig war, an den man noch direkte Nachfragen oder organisatorische Fragen oder Ähnliches richten konnte. Es war aber, soweit wie ich weiß, kein - - Also, im BfV zumindest hatte der technisch keinerlei Zugang oder Funktion in Richtung XKeyscore.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber ich habe Sie vorhin verstanden: Der war doch durchaus dafür zuständig, für die Ergebnisse, wenn die nicht ausreichten oder Nachfragen waren oder so. Also, der war doch voll im Geschäft. So habe ich Sie jedenfalls verstanden. Der war nicht nur irgendwie so ein Überflieger, der, wenn es vielleicht mal einen Streit gab oder so, sondern - -

Zeuge Folker Berfuß: Dann muss ich mich missverständlich ausgedrückt haben. Er war insgesamt einfach für die - - der Ansprechpartner für uns in der fachlichen Zusammenarbeit für alle Kooperations- - oder fachlichen, operativen Fälle mit der NSA. Dafür war er zuständig und auch für organisatorische Fragen und Ähnliches. Aber er hat nicht nachkontrolliert: Habt ihr jetzt auch Ergebnisse mit XKeyscore erzielt? - In dieser Richtung hat er keine Funktion gehabt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber ich habe jetzt nach dem NSA-Mann gefragt.

Zeuge Folker Berfuß: Den meine ich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der NSA-Mann war doch voll im Geschäft.

Zeuge Folker Berfuß: Den meine ich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von dem haben Sie ja vorhin gesagt, der war Verbindungsmann und der kam dann manchmal. Deshalb habe ich ja gefragt, ob der da auch einfach immer mitbedient worden ist, wenn Sie Daten weitergeleitet haben für die NSA, weil der kam und hat Zusatzwünsche gehabt oder Klärungsaufgaben gehabt, wenn es da irgendwelche Probleme gab, Missverständnisse. So habe ich Sie vorhin verstanden.

Zeuge Folker Berfuß: Ja, aber nicht bei XKeyscore, sondern in den operativen Fällen der Zusammenarbeit. Da hatte er - - Dafür war er zuständig. Also, er war nicht irgendwie für technische Fragen im Rahmen von XKeyscore zuständig.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Technik habe ich ja nicht gefragt. Inhalte habe ich gefragt.

Zeuge Folker Berfuß: Ach so, nein. Vereinfacht: Er war zuständig, wenn wir in operativen Fällen mit NSA zusammengearbeitet haben und Anfragen gestellt oder Ähnliches.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder Informationen geliefert.

Zeuge Folker Berfuß: Bitte?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder Informationen geliefert.

Zeuge Folker Berfuß: Genau. Je nachdem, worum es dann ging. Wenn dann noch innerhalb dieser Schreiben möglicherweise Klärungsbedarf war, dann konnte man das mit ihm direkt besprechen. Er hat dann innerhalb der NSA für den entsprechenden Informationsfluss dann gesorgt. Aber das ist die fachlich-operative Zusammenarbeit gewesen, operative Fälle und nicht XKeyscore-Ergebnisse.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meiner Ansicht nach ist da jetzt ein Widerspruch im selben Satz. Also, er ist zur Klärung von Fragen auch über Ergebnisse von XKeyscore - - Und dann sagen Sie, mit XKeyscore hatte nichts zu tun gehabt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Folker Berfuß: Nein. Entschuldigung, ich muss das noch mal versuchen, zu verdeutlichen. Die Zusammenarbeit mit NSA spielte sich im normalen Rahmen der operativen Fallbearbeitung völlig unabhängig von XKeyscore - - Ich hatte vorhin, ganz am Anfang der Befragung, mal gesagt: Für uns als Fachbereich war ja auch - - wäre gar nicht erkennbar gewesen, ob einzelne Daten, die wir aus dem G-10-Bereich bekommen, mit XKeyscore analysiert wurden oder nicht. Sondern wir bekommen G-10-Daten - unter anderem; wir haben noch andere Erkenntnismöglichkeiten, wie ich dargestellt habe -, und daraus ergibt sich dann ein Fall - sagen wir mal: da sind amerikanische Interessen betroffen oder Ähnliches -, jedenfalls ergibt sich die Notwendigkeit, diese Informationen zu teilen mit den Amerikanern. Dann hat das erst mal nichts mit XKeyscore zu tun, sondern einfach nur ganz normal mit der normalen operativen Arbeit, völlig unabhängig von XKeyscore.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber die können von XKeyscore kommen, die Informationen.

Zeuge Folker Berfuß: Sie hätten kommen können.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hätten kommen, ja, gut, ja. Die waren auch dabei, die Sachen, die von XKeyscore an die Amerikaner dann weitergingen.

Zeuge Folker Berfuß: Da unterstellen Sie, dass es die gab.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, gab es nicht? Oder dürfen Sie auch wieder nicht sagen, ob das - -

Zeuge Folker Berfuß: Da bin ich gerade ein bisschen unsicher, ob ich das sagen darf, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja sehr mysteriös.

Zeuge Folker Berfuß: - ob ich das öffentlich sagen darf oder nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wenn es keine gab, brauchen wir nicht mehr darüber lange zu diskutieren.

Zeuge Folker Berfuß: Wir haben es versucht, noch mal nachzurecherchieren; und soweit mir bekannt ist, gab es keine Fälle der Datenübermittlung, die aus XKeyscore kamen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): An die NSA.

Zeuge Folker Berfuß: An die NS- - an die Amerikaner.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das war doch der Sinn für die Amerikaner nach den Terms. - Oder nicht? Also, es gab keine Ergebnisse aus dem Einsatz von XKeyscore, die Sie an die Amerikaner weitergeleitet haben.

Zeuge Folker Berfuß: Im Untersuchungszeitraum, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Das ist ja nun ganz neu. Und dass das jetzt nicht in den offiziellen, in den Wirkbetrieb übernommen wurde, hatte dann was damit zu tun: „Solange wir keine Ergebnisse haben, die wir an die Amerikaner weiterliefern, macht das keinen Sinn“, oder wie?

Zeuge Folker Berfuß: Nein. Ich kann Ihnen nur sagen, es war im Untersuchungszeitraum im Rahmen des Proof of Concept - - Wir hatten ja schon gesagt, es waren sieben Maßnahmen insgesamt, die da jemals irgendwann prozessiert wurden oder analysiert wurden. Soweit mir bekannt ist, gab es, wie gesagt, aus XKeyscore da keine Ergebnisse, die dann weitergeflossen wären an die Amerikaner.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also das, was wir die ganze Zeit vorhin besprochen haben - wie gingen Ihre Informationen oder Ihre Daten an die NSA weiter, über den BND und an eine andere Adresse als die Daten für den BND? - , das bezieht sich alles - - hat mit XKeyscore nichts zu tun?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Folker Berfuß: So ist es.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Das ist eine andere Zusammenarbeit, oder da geht es um andere Daten, die Sie ganz woandersher, von Ihrer V-Person oder sonst jemand, hatten.

Zeuge Folker Berfuß: Zum Beispiel.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aha. Also, XKeyscore ist nur für die eigene Arbeit. Für den Bundesnachrichtendienst auch? War da auch nichts dabei, was aus XKeyscore rausgekommen ist?

Zeuge Folker Berfuß: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich hatte eben schon gesagt, wir haben diese Recherche im Nachgang gemacht und explizit auf NSA. Aber zu BND, ob da Informationen aus XKeyscore im fraglichen Zeitraum geflossen sind - - kann ich Ihnen nicht sagen, weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber ich habe das immer bisher so verstanden, dass diese Herren bei Ihnen waren. Das waren Herren, oder Damen auch oder Frauen? Weil man immer selbstverständlich von Herren - - Im Geheimdienst kann man das immer sich nur so vorstellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, es will zwar kein anderer mehr fragen; aber wir haben ja noch einen zweiten Zeugen heute.

Zeuge Folker Berfuß: Irgendwo waren mit Sicherheit auch Frauen dabei. Also, wenn es der Wahrheitsfindung dient.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Nein, ich frage jetzt: Ich habe das die ganze Zeit so verstanden, dass diese Verbindungsmänner sowohl vom BND als auch von der NSA im Zusammenhang mit XKeyscore da tätig waren. Aber wenn das gar nichts mit XKeyscore dort zu tun hatte, sondern die bei Ihnen überhaupt nur auftauchten, wenn es um Daten ging, die aus einem ganz anderen Aufkommen waren, dann ist das ja irgendwie für mich neu, jedenfalls

irgendwie schräg. Die haben gar nichts mit dieser ganzen Geschichte zu tun?

Zeuge Folker Berfuß: Nein. Die haben nichts damit zu tun, was man auch daran sieht vielleicht, dass die Einrichtung dieses Verbindungsbeamten direkt im BfV - - die hat ja schon meiner Kenntnis nach im Januar 2012 begonnen, das heißt noch vor der Installation von XKeyscore. Das hat tatsächlich nicht - - Es war das, was ich vorhin auch schon versucht habe zu verdeutlichen. Diesen Link gibt es nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Also, jetzt muss ich ja - - Und der zusätzliche NSA-Mensch, der da noch war, um da jetzt nicht immer „Mann“ zu sagen - -

Zeuge Folker Berfuß: Es war ein Mann.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dieser Mensch, der war aber jetzt für XKeyscore da.

Zeuge Folker Berfuß: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder war der auch wieder für was anderes da? Sie sagten doch, für technische Unterstützung oder Probleme oder so.

Zeuge Folker Berfuß: Nein, nein, nein. Der Verbindungsbeamte der NSA war nicht für XKeyscore da.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber ein zweiter. Oder nicht? NSA-Mensch?

Zeuge Folker Berfuß: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein BND-Mensch war da noch.

Zeuge Folker Berfuß: Es gab zwei BND und einen NSA.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Folker Berfuß: Und von dem BND war der eine ein Techniker, abgeordnet zum BfV, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der war jetzt aber endlich für XKeyscore - -

Zeuge Folker Berfuß: - und der war jetzt für XKeyscore. Genau.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann gab es diese beiden Verbindungsleute. Die haben da aber nichts mit zu tun gehabt.

Zeuge Folker Berfuß: So ist es.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das muss ich erst mal sacken lassen. Warum reden wir dann die ganze Zeit über die? Warum haben Sie von Anfang an nicht gesagt - -

Zeuge Folker Berfuß: Ich habe versucht, es deutlich zu machen ganz von Anfang an, aber - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Folker Berfuß: Ich habe versucht, es von Anfang an deutlich zu machen, dass er für die operative Zusammenarbeit zuständig war; ist mir offensichtlich nicht so gelungen, da bei allen durchzudringen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und diese Verbindung jetzt zum Bundesnachrichtendienst, Weiterleitung an NSA, die war unabhängig eingerichtet davon, von XKeyscore. Oder war die für XKeyscore eingerichtet worden?

Zeuge Folker Berfuß: Die war auch unabhängig davon.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die war unabhängig davon.

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, die hat man dann, nachdem XKeyscore da war, -

Zeuge Folker Berfuß: Vor XKeyscore.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - noch zusätzlich dafür genutzt.

Zeuge Folker Berfuß: Dieser neue Postweg - habe ich es vorhin genannt -, der war - - Die Einrichtung dieses Postweges war zeitlich vor der Installation von XKeyscore.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War vorher und war auch während der Zeit dann von XKeyscore - - war dieser Postweg oder Mail-Weg auch für andere Sachen zuständig.

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, da ist dann was drübergelaufen, was vorher schon gelaufen ist, und während XKeyscore hatte der dann zusätzliche Aufgaben. Ich meine, vielleicht erklärt das, dass dann in den Terms of Reference diese, sagen wir mal, Fürsorge, Pflege - „Wir wollen das Beste für diesen ausländischen Dienst“ -, also von den Amerikanern aus gesehen, da gar nicht aufgenommen wurde; sondern die erhofften sich dann dadurch weitere Informationen, weitere Daten und wollten mit - - und haben das in die allgemeine Organisation da einbauen wollen.

Zeuge Folker Berfuß: Ich verstehe die Frage jetzt nicht hundertprozentig.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir können ja auch mal andersrum anfangen.

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie waren für die Auswertung zuständig.

Zeuge Folker Berfuß: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Insgesamt.

Zeuge Folker Berfuß: Für einen Teil.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für einen Teil, also Terrorismus oder so.

Zeuge Folker Berfuß: Die Dschihadisten, die vorrangig im Internet aktiv sind.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, da waren Sie zuständig.

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und nachdem dann XKeyscore eingerichtet worden war von dieser Arbeitsgruppe „Poseidon“, da haben Sie dann auch von denen - - wurden Sie da mit eingebunden. So ist das richtig?

Zeuge Folker Berfuß: Da haben wir dann auch Erkenntnisse eben aus Poseidon versucht zu bekommen, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Und dann flossen diese Daten, also die Sie da generiert haben jetzt aus dem XKeyscore - - Das waren nur welche, die für den BND nützlich waren, für die NSA überhaupt nicht - während der ganzen Zeit, über die wir hier reden.

Zeuge Folker Berfuß: Beim BND, habe ich gesagt, kann ich Ihnen nicht sagen, ob da Erkenntnisse an den BND gegangen sind. Das nur zur Klarstellung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was? Das haben Sie doch die ganze Zeit gesagt, dass - - Jetzt hat der BND auch nichts aus XKeyscore bekommen.

Zeuge Folker Berfuß: Ich hatte gerade eben - bitte ich sonst noch mal im Protokoll nachzugucken - - Aber ich hatte gerade gesagt: Ich weiß es nicht, ob Erkenntnisse aus XKeyscore gewonnen wurden, die an den BND gegangen sind. Das ist

mir - - habe ich keine Kenntnis drüber; weiß ich einfach nicht; kann ich Ihnen nicht beantworten. Bei NSA haben wir es versucht nachzuvollziehen, und nach meiner Kenntnis sind sie nicht geflossen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Aber es sollte sein. Also, das war das Ziel dieser Operation „XKeyscore“ mindestens auch.

Zeuge Folker Berfuß: Das Ziel war es, dass wir unsere G-10-Daten, die wir haben, besser, vollständiger auswerten können und dass von dieser vollständigeren Auswertung eben der Bereich Terrorismusabwehr gestärkt wird insgesamt und dass von einem gestärkten Bereich Terrorismusabwehr eben auch vielleicht eine bessere Zusammenarbeit mit der NSA möglich ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber in der Zeit, in der Sie da waren, ist da nichts gelaufen.

Zeuge Folker Berfuß: So ist es.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Jetzt müssen wir wirklich noch mal auch die alten Zeugenaussagen nachgucken, die vor Ihnen dran waren. Ich habe die alle so verstanden, dass für die NSA gearbeitet wurde, dass das Interesse nach der Vereinbarung, die Sie mit der NSA getroffen haben, Daten zu bekommen - - und dass die ganze Zeit das auch lief mit realen Zahlen und mit realen Daten, die Sie da eingegeben haben, und dass davon auch die NSA und der BND profitiert haben, also Meldungen bekommen. Jetzt hören wir: Nichts war. BND - wissen Sie nicht genau, ob die was gekriegt haben, aber NSA jedenfalls gar nichts. Schon sehr komisch.

Zeuge Folker Berfuß: Ich kann Ihnen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vielleicht dazu Herr Akmann, der sicherlich noch mal den Unterschied zwischen Beschaffung und Auswertung erklären will. - Nein? Hätte sein können.



Nur zur dienstlichen Verwendung

MR Torsten Akmann (BMI): Herr Abgeordneter Ströbele, Sie haben eben anderen Zeugen was in den Mund gelegt, was diese Zeugen nicht gesagt haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, zumal sie es auch nicht konnten, weil wir noch gar nicht den Auswertungsteil gehört haben bis jetzt, sondern den Beschaffungsteil. Und die können das gar nicht wissen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber die haben uns doch auch gesagt, die beschafft haben, sie haben das an die Auswertung weitergegeben, und die haben das an die NSA weitergegeben. Aber - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe gerade noch mal geguckt: Die haben immer gesagt, die wissen das nicht, weil sie die Auswertung nicht machen, sondern die Beschaffung. Aber können wir noch mal in den Protokollen nachgucken.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nichtsdestotrotz habe ich den Eindruck, dass wir noch Fragen haben von Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sind ja jetzt mit Beschaffung Internet betraut. Und der Zeuge Treuenfels hat ja auch gesagt, dass Sie heute auch Leiter Aufbaustab Internetauswertung seien. Und vor diesem Hintergrund - ich habe Sie ja zum Beispiel vorhin gefragt, ob Sie die Software Skynet kennen, und Sie haben das verneint - finde ich das schon interessant. Also, ist man in dem Bereich, wo es um Analysefähigkeit, Analyse-tools, Metadatenanalyse usw. geht, nicht informiert über gängige Software im Bereich der Geheimdienste zur Datenanalyse? Oder gibt es da noch jemand anderes in Ihrer Abteilung, der kennt sich damit aus?

Zeuge Folker Berfuß: Mit Skynet?

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, mit den technischen Fragen.

Zeuge Folker Berfuß: Ich kann zu dieser Frage wenig sagen. Ich kenne das Thema nicht, was Sie da ansprechen. Und insofern kann ich Ihnen auch nicht sagen, wer da gegebenenfalls der richtige Ansprechpartner wäre.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann machen wir es mal anders: Internetauswertung mit XKeyscore, was bringt das denn für einen Mehrwert für Sie in der Abteilung 6?

Zeuge Folker Berfuß: Ich stolpere gerade ein bisschen über die Formulierung „Internetauswertung mit XKeyscore“, weil wir G-10-Daten auswerten mit XKeyscore, nicht?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber das sind ja Internetdaten. Also, ich meine, wir sind ja nicht naiv.

Zeuge Folker Berfuß: Ja, okay, gut. Wenn wir die Abkürzung machen, gut. Ich lege nur deswegen darauf Wert, weil die Internetauswertung, normale Auswertung sozusagen, offene, fand bei mir statt und eben die G-10-Auswertung nicht. Deswegen war mir diese Klarstellung noch mal wichtig.

Der Mehrwert von XKeyscore ganz allgemein liegt meiner Meinung nach eben darin, dass man die Daten, die wir da bekommen, besser auswerten kann, dass man mehr lesbar machen kann und gegebenenfalls auch strukturierter suchen kann, als es bis jetzt der Fall war.

Martina Renner (DIE LINKE): Und diese Bereiche Auswertung, Internet und Analyse G-10-Maßnahmen, die haben auch keinen Berührungspunkt. Ich will gleich ein Stück da weiterfragen. Auswertung Internet meint ja nicht nur, dass man da Onlinenachrichten liest, sondern dass man sich vor allen Dingen in sozialen Netzwerken bewegt.

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Möglicherweise ja auch zu Personen in sozialen Netzwerken oder unter Alias in sozialen Netzwerken?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Folker Berfuß: Da sind wir ein bisschen - - In der allgemeinen Form kann ich das, glaube ich, hier auch noch beantworten: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Und es kann ja sein, dass ich dann auch zu Personen dort Kommunikationsdaten erhebe zum Beispiel aus Gruppen oder aus Chats.

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Richtig. Wir sind immer noch im Bereich Auswertung Internet, was Sie eigentlich machen. Und jetzt könnte es ja sein, dass ich diese Daten aus diesen Gruppen und Chats durch Überwachung sozialer Netzwerke verknüpfe mit den Analysen, die ich zu G-10-Maßnahmen durchführe.

Zeuge Folker Berfuß: Ganz allgemein: Das ist die Aufgabe der Auswertungsreferate, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Die kann ich verknüpfen.

Zeuge Folker Berfuß: Dass ich alle Daten, die ich haben darf, bei uns eben in der Auswertung versuche miteinander in Beziehung zu setzen bzw. daraus meine Schlüsse zu ziehen. Genau, das ist - -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Und dann sind wir nämlich genau an dem Punkt, dass wir darüber gesprochen haben: Also, wir haben nur diese sieben Maßnahmen, weniger als ein Terabyte in der Gesamtsumme; das ist nicht zu viel. Aber wenn ich diese Daten verknüpfe mit den Daten, die ich durch die Internetauswertung zum Beispiel in sozialen Netzwerken, auch in Chats oder in Foren erhebe, dann wird die Datenmenge, die dort verarbeitet wird, natürlich sehr viel größer.

Zeuge Folker Berfuß: Nein. Wenn Sie erlauben, versuche ich, noch mal deutlich zu machen, wie da der Datenverarbeitungspro-

(MR Torsten Akmann
(BMI): Das ist nicht Untersuchungsgegenstand!)

- Herr Akmann sagt, das sei nicht Untersuchungsgegenstand.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber wissen Sie, Sie sind Auswertung Internet, und die anderen machen G 10. Und das hängt zusammen. Und wir wollen ergründen, wie das zusammenhängt, und ob die Ergebnisse, Herr Akmann, die aus diesem Zusammenwirken dieser beiden Bereiche Internetauswertung und G-10-Analyse an die Amerikaner weitergegeben - - und welche Art von Daten das waren - Data-Mining, Stichwort -, die zum Beispiel auch im Zusammenhang des Drohnenkrieges eine Rolle spielen. Und deswegen, glaube ich, ist es schon untersuchungsgegenständlich, wenn ich Ihnen jetzt noch mal die Verknüpfung mit dem Drohnenkrieg kurz aufmache - da gibt es auch entsprechende Artikel: „Data Mining für den Drohnenkrieg“ und Ähnliches -, wo ich glaube, dass diese Auswertung in der Breite im Internet durchaus eine Rolle spielen könnte bezüglich unserer Fragestellung. Ich kann Ihnen jetzt nicht die Ziffer im Untersuchungsauftrag sagen.

(MR Torsten Akmann
(BMI): Ich unterhalte mich mal eben kurz mit ihm!)

- Bitte?

(MR Torsten Akmann
(BMI): Ich unterhalte mich mal eben kurz mit ihm!)

- Ja, danke.

(MR Torsten Akmann
(BMI) berät sich mit dem Zeugen)

Zeuge Folker Berfuß: Okay. Vielleicht zur Erläuterung: In XKeyscore werden ausschließlich Daten aus G 10 prozessiert. Daraus werden Vermerke gefertigt. Wenn da relevantes Aufkommen kommt - das haben Ihnen höchstwahrscheinlich die Kollegen aus der Abteilung 3 entsprechend geschildert -, wenn das dann freigezeichnet wurde von einem G-10-Juristen, dann geht dieser Vermerk - und das ist ein eingescanntes Stück Papier - an den Fachbereich, also in dem Fall an



Nur zur dienstlichen Verwendung

meinen Bereich. Da stehen dann bestimmte Dinge, Erkenntnisse zu einer Person, eben drin. Das ist aber - - Das sind keine Rohdaten, sondern das ist sozusagen ein „Fließtext“ - in Anführungszeichen -, nicht?

Gleichzeitig kriegen wir eben aus allen anderen Erkenntnisquellen - offen, nachrichtendienstlich etc. pp. - auch Erkenntnisse und möglicherweise eben auch zu derselben Person Erkenntnisse. Das ist unser Job. Das ist unser Job, Erkenntnisse über die Dschihadisten zu bekommen, auszuwerten und uns dann ein gesamtes - - ein Bild über diese Person zu machen: „Was sind die Absichten?“ etc. Und selbstverständlich: Das ist genau unser Ziel, dass wir diese Daten bekommen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber jetzt ist ja genau der Witz: In diesem Vermerk können ja jetzt auch wieder Dinge stehen wie IMEI-Nummern, E-Mail-Adressen, Telefonnummern - keine Ahnung -, also Protokollwerte oder Sonstiges, die ich wieder nutzen kann. Und da ist ja auch das besondere Potenzial von bestimmter Software, dass ich dann mit diesen Referenzwerten in sozialen Netzwerken wiederum arbeiten kann. Also, es ist ja nicht so, dass der Vermerk abgeheftet wird, gelocht wird, in einen Ordner gelegt wird, sondern in diesem Vermerk stehen ja Daten drin, die wiederum zur Internetanalyse geeignet sind, oder?

Zeuge Folker Berfuß: Ja, insgesamt zur Analyse geeignet sind, genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Und auch zur Internetanalyse. Genau. Und gibt es quasi eine Schnittstelle zwischen dem, was nach der Bearbeitung mit XKeyscore aus den G-10-Maßnahmen an im Vermerk notierten Daten passiert und der Internetanalyse, wie Sie sie betreiben, zum Beispiel in sozialen Netzwerken?

Zeuge Folker Berfuß: Die Daten, die wir da bekommen aus G 10, gehen in das „ganz normale“ - in Anführungszeichen -, große -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Folker Berfuß: - Datenverarbeitungssystem des BfV. Zu der Person werden die eben aufgenommen. Sie haben jetzt IMEI und Ähnliches genannt. Fällt mir jetzt relativ schwer, zu sehen, wie das in einer normalen Internetbearbeitung, wenn ich einen Kontakt aufnehmen will - Sie hatten das Beispiel gebracht - in sozialen Netzwerken mit jemandem - - wie mir dann die IMEI-Adresse irgendwas hilft. Aber im Prinzip ist das genau die Aufgabe der Analysten, also der Auswerter, dass sie dann aus den vorliegenden Daten ihre Schlüsse ziehen und überlegen: Wie kann ich hier operativ weiterkommen? Das ist der Job.

Martina Renner (DIE LINKE): Und das, was dort als Ergebnis steht, geht möglicherweise auch an die NSA.

Zeuge Folker Berfuß: Wenn das so ist, also wenn sich da die Übermittlungsvoraussetzungen ergeben, ja, kann das sein.

Martina Renner (DIE LINKE): Und ich will noch eine rechtliche Frage anschließen. Dass Sie sich bewegen in Gruppen oder Chats im Internet als BfV, ist das Datenverarbeitung?

Zeuge Folker Berfuß: Das ist Datenerhebung, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Datenverarbeitung umfasst ja die Begriffe der Datenerhebung, der Speicherung, der Verarbeitung und der Weitergabe.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Also, Sie sagen, es ist nur Datenerhebung, keine Verarbeitung?

Zeuge Folker Berfuß: Na, das ist erst mal die Erhebung, ja? Und dann müssen Sie eben - - Die findet unter klaren rechtlichen Voraussetzungen statt. Und auch da ist es wieder so, dass in bestimmten Bereichen die Daten eben erhoben werden, an die Auswertung gegeben werden - genau - und dann weiterverarbeitet werden.

Martina Renner (DIE LINKE): Und die Daten, die ich - - Also, meine personenbeziehbaren Daten,



Nur zur dienstlichen Verwendung

die ich in solchen Chats oder in Foren oder in Gruppen lasse, die sind nicht geschützt. Da kann ich einfach so ohne G-10-Anordnung reinspazieren als BfV.

(MR Torsten Akmann
(BMI): Das ist kein Untersuchungsgegenstand!)

Zeuge Folker Berfuß: Herr Akmann weist darauf hin, dass das auch nicht Untersuchungsgegenstand sei.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Das müssen wir dann vielleicht in einem anderen Gremium in diesem Haus mal rechtlich bewerten lassen. Na ja, ich sage mal so: Eine Berührung, Herr Akmann, zu unserem Untersuchungsgegenstand wäre dann, wenn das in einem Umfang passiert, diese Überwachung des Internets, wo wir von anlassloser Massenüberwachung sprechen würden, und wenn diese Daten an die USA gingen. Dann wären wir drin im Geschäft, oder? - Okay. Und dann klären wir mal, in welchem Umfang das passiert. In welchem Umfang wird denn das Internet überwacht?

Zeuge Folker Berfuß: Das erfolgt - -

Martina Renner (DIE LINKE): Wurde. Natürlich im Untersuchungszeitraum.

Zeuge Folker Berfuß: Das erfolgt alles individuell. Wir bearbeiten einzelne Fälle. Und im Rahmen dieser Fälle gehen wir den erkannten Dschihadisten eben nach, ob sie jetzt im Internet aktiv sind oder sich irgendwo treffen. Ich kann jetzt Ihnen die Frage, was für ein Umfang das ist, kann ich Ihnen natürlich nicht beantworten, weil ich jetzt Ihren Referenzrahmen nicht kenne. Aber es geht jedenfalls immer - - Es ist nicht anlasslos, sondern es hat immer einen Anlass. Es hat einen konkreten Anlass, es hat einen konkreten Fall; es ist immer fallindividuell.

Martina Renner (DIE LINKE): Und immer nur zu einer speziellen Person.

Zeuge Folker Berfuß: Oder Personengruppe, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Oder Personen-
gruppe.

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Ich habe erst mal keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Jetzt gucke ich noch mal in die Runde, bevor ich noch mal ansetze. - Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Eine habe ich noch. - Einmal bezüglich des Disclaimers, was ich in diesem Zusammenhang übrigens ein bisschen zynische Formulierung finde. Da wird gesagt, dass die Daten nur für einen nachrichtendienstlichen Zweck verwendet werden können. Ist das korrekt?

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Verhältnis zu was für einem anderen Zweck eigentlich?

Zeuge Folker Berfuß: Für uns in erster Linie polizeiliche Zwecke.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und militärische?

Zeuge Folker Berfuß: Auch. Also, jede Datenweitergabe außerhalb des Nachrichtendienstes, an den wir übermittelt haben, darf eben nicht ohne unsere Zustimmung erfolgen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, vor allen Dingen an Polizei. Aber wenn es jetzt an die CIA ginge? Ich meine, gelesen zu haben, dass die CIA auch Drohnenoperationen durchführt.

Zeuge Folker Berfuß: Kann ich nichts zu sagen, weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie, da können Sie nichts zu sagen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Folker Berfuß: Weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, wäre das dann erfasst von Ihrem Disclaimer oder nicht? CIA ist ja ein Nachrichtendienst.

Zeuge Folker Berfuß: Das weiß ich nicht, kann ich Ihnen nicht beantworten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah, ja. Herr Berfuß, kann es sein, dass Sie einfach mit dieser Formulierung in dem Disclaimer einen falschen Eindruck erwecken, nämlich dass diese Daten, die weitergegeben werden, nicht vielleicht doch zu Drohnentötungen genutzt werden können im Zusammenhang mit CIA-Operationen?

Zeuge Folker Berfuß: Hatte ich ganz am Anfang auch schon mal gesagt: Ich habe da überhaupt keine Kenntnis drüber, dass das passiert. Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das frage ich Sie nicht. Wenn Sie positive Kenntnis darüber hätten, dann hätten Sie jetzt ein paar Mal die Unwahrheit gesagt. Aber ich frage mich jetzt: Hilft der Disclaimer, dass diese Daten nicht die CIA erreichen, ja oder nein?

Zeuge Folker Berfuß: Wir übermitteln auch an die CIA Daten, also insofern - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nur: Wenn die dann eingesetzt werden bei einer Drohnenoperation der CIA, würde Ihr Disclaimer dagegen helfen?

Zeuge Folker Berfuß: Das kann ich Ihnen nicht beantworten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wieso können Sie das denn nicht beantworten? Sie haben doch eben sich auf den Disclaimer berufen. Also, da sagen Sie jetzt mal, wie es ist: Hilft das? Erfasst der Disclaimer die CIA, ja oder nein?

Zeuge Folker Berfuß: Wenn wir an die CIA die Daten übermitteln, dann bekommt die CIA die Daten. Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Und wenn die eine Operation damit durchführen, ist das eine nachrichtendienstliche Operation.

Zeuge Folker Berfuß: Das kann ich im Einzelnen nicht beantworten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, es geht nicht ums Einzelne, es geht ums Allgemeine. Ist das dann eine nachrichtendienstliche Operation, wenn die CIA eine Operation durchzieht?

Zeuge Folker Berfuß: Das - -

(MR Torsten Akmann
meldet sich zu Wort)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da hat Herr Akmann eine Meinung zu.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu Herr Akmann.

MR Torsten Akmann (BMI): Danke, Herr Vorsitzender. - Der Zeuge muss sich doch hier nur zu Tatsachen äußern. Und die Frage, die Sie beantwortet haben wollen, die müssen Sie die CIA fragen. Die wissen das, aber nicht der Zeuge.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Akmann, das Bundesinnenministerium sagt mir also: Wir geben Daten weiter an die CIA, von der wir wissen, dass sie Drohnentötungen vornehmen, und wir hängen, weil wir mit diesen - - Nein, jetzt halten Sie es auch mal aus, Herr Akmann! Ich habe Ihnen auch zugehört.

MR Torsten Akmann (BMI): Das wissen wir nicht. Nein, das weise ich zurück.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was?



Nur zur dienstlichen Verwendung

MR Torsten Akmann (BMI): Das wissen wir natürlich nicht, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was wissen Sie nicht?

MR Torsten Akmann (BMI): - dass irgendjemand Drohnenentötungen durchführt; das wissen wir nicht positiv.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass die CIA Drohnenentötungen durchführt, wissen Sie nicht?

MR Torsten Akmann (BMI): Für mich ist das aus den Medien ersichtlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich empfehle ein Zeitungsabo, ja?

MR Torsten Akmann (BMI): Bitte?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich empfehle ein Zeitungsabo.

MR Torsten Akmann (BMI): Ja, ein Zeitungsabo; sage ich ja. Für mich ist das - -

(Zurufe)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, jetzt müssen wir uns alle erst mal wieder beruhigen. Da war eine Frage im Raum, die ist beantwortet worden. Und jetzt, glaube ich, ist der Kollege von Notz dran und stellt weitere Fragen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht um die Frage, ob das Bundesamt für Verfassungsschutz Daten weitergibt, die zur Tötung von Menschen durch Drohnenangriffe verwendet werden können. Der Zeuge hat ausgesagt: Nein, kann nicht sein, weil wir hängen da immer so einen Disclaimer dran, da steht unten drin: Darf nur zu nachrichtendienstlichen Zwecken verwendet werden.

Jetzt denkt man: Okay, es gibt militärische, es gibt polizeiliche Zwecke. Aber die CIA ist ja ein Nachrichtendienst. Und ist eine Drohnenoperation der CIA nicht ein nachrichtendienstlicher

Einsatz? Und damit: Erfüllt dieses Datum in diesem Zusammenhang nicht einen nachrichtendienstlichen Zweck? Also heißt das, der Disclaimer hilft mir überhaupt nichts, dass dieses Datum nicht beim völkerrechtswidrigen Drohnenkrieg, den auch die CIA durchführt, eingesetzt wird. Der Eindruck entsteht hier, Herr Akmann. Und dass Sie jetzt sagen, Sie wüssten nicht, was die CIA tut und lässt, lässt mich vermuten, dass es genau so ist, weil das ist eine absurde Behauptung. Das Innenministerium weiß, was die CIA in diesem Bereich tut.

MR Torsten Akmann (BMI): Also, ob der Drohneneinsatz eine ND-Maßnahme ist, das kann der Zeuge nicht beantworten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Weil die CIA dann was wird, wenn sie eine Drohne - - Oder was ist die CIA dann? Haben Sie das mal rechtlich prüfen lassen? Ich meine, das scheint ja bis heute so weiterzugehen. Das würde mich jetzt tierisch beunruhigen, dass man eben da vielleicht doch Teil eines völkerrechtswidrigen Vorgehens der CIA ist und dass einem der Disclaimer gar nichts hilft, Herr Berfuß.

RA Dr. Daniel Krause: Also, Herr Vorsitzender, Verzeihung, wenn ich mich noch mal einschalte, und verehrter Herr Abgeordneter. Es wird jetzt von ihm eine juristische Subsumtion abgefragt, inwiefern eine bestimmte Vorgehensweise eines ausländischen Nachrichtendienstes rechtlich als nachrichtendienstlich zu qualifizieren ist. Der Zeuge hat die Aufgabe, Ihnen eigene Wahrnehmungen zu Tatsachen wiederzugeben, soweit sie sich in seiner Erinnerung befinden. Dazu gehört eine juristische Subsumtion, noch dazu von einem Historiker, nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So habe ich den Zeugen auch verstanden bis jetzt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Berfuß, ich habe Sie gefragt oder Sie wurden gefragt hier vor dem Ausschuss, was Sie dagegen tun, tatsächlich, dass diese Daten zu Drohnenangriffen verwendet werden. Und darauf



Nur zur dienstlichen Verwendung

haben Sie sich als Historiker auf diese Freizeichnungsklausel, auf diesen Disclaimer, berufen. Ich habe das Argument nicht ins Spiel gebracht; das waren Sie. Und ich hinterfrage das Argument. Das muss möglich sein; sonst ist das hier alles total sinnlos, was wir machen, ja?

Also, deswegen: Dazu muss sich der Zeuge schon verhalten. Er hat das Argument ja gebracht. Ich wusste gar nicht, dass es diesen Disclaimer gibt. Er hat dieses rechtliche Argument ins Feld geführt: Ich bin auf der sicheren Seite, weil an unseren Daten klebt dieser Disclaimer „Nur für NDEinsatz möglich“. - Und jetzt frage ich mich: Ist das eine Antwort auf meine Frage? Und der Zeuge kann ja sagen: Nein. Wenn eine Drohne von der CIA geflogen wird, ist doch völlig klar, dann ist das eine militärische Maßnahme, da zieht unser Disclaimer. - Nur dann funktioniert Ihre Antwort. Deswegen wüsste ich es gerne.

Zeuge Folker Berfuß: Aber Sie verlangen jetzt tatsächlich von mir eine Antwort oder eine rechtliche Bewertung unserer Verfahrensweisen, für die ich tatsächlich nicht zuständig bin. Ich habe Ihnen versucht zu erklären, wie wir arbeiten in meinem Bereich. Und da halten wir uns eben an die Regelungen, die im BfV getroffen sind dafür. Und da bin ich mit Sicherheit auch qua Amt - nicht nur qua Ausbildung, auch qua Amt - nicht der Richtige, um Ihnen diese Fragen zu beantworten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie können mir diese Frage nicht beantworten.

Zeuge Folker Berfuß: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Das ist aber anders, als sich auf den Disclaimer zu berufen. Da können Sie nur sagen: „Wir hängen da so was dran; aber ob das eine Bedeutung hat, keine Ahnung“ - oder so. Das kann man ja sagen. Aber man kann nicht so tun, als wäre man fein raus, wenn Sie sagen: Rechtlich traue ich mir da eine Beurteilung nicht zu und tatsächlich schon gar nicht. - Das ist ja eine andere Antwort, ja?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Akmann dazu.

MR Torsten Akmann (BMI): Ja, vielleicht doch noch mal als Ergänzung mit Blick auf den Disclaimer. Aus Sicht des BfV ist natürlich eine nachrichtendienstliche Maßnahme immer eine Maßnahme der Informationsgewinnung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

MR Torsten Akmann (BMI): Verstehen Sie, ja? Ja, weil Sie eben sagten, rechtlich. Das ist jetzt eine rechtliche Einschätzung von mir, oder - - Das ist einfach so. Und das ist eigentlich das, denke ich, was der Zeuge auch meinte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, das ist ja eine interessante Aussage, wenn Sie jetzt sagen, der Zeuge meinte, wenn die CIA als Nachrichtendienst eine Drohne fliegt und damit einen Terroristen tötet, ist das keine nachrichtendienstliche Operation nach Definitionslage des Bundesinnenministeriums. Das würden Sie so sagen. Okay.

Gut, noch mal eine Frage zu dieser Aufstellung BfV und BND bei XKeyscore: Dieses sozusagen Kooperieren zwischen Bundesamt für Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst, war das irgendwie eine neue Idee? Oder ist man so gemeinsam schon früher aufgetreten?

Zeuge Folker Berfuß: Das war neu. Dass wir in der Abteilung 6 so engen Kontakt haben mit dem Bereich TA, war meines Wissens nach neu.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Neu.

Zeuge Folker Berfuß: Neu.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es dafür eine Bezeichnung?

Zeuge Folker Berfuß: Nein, das lief im Rahmen dieser Kooperation.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War man vielleicht irgendein Team oder so? Team - -

Zeuge Folker Berfuß: Sie spielen auf Team Germany an? Oder so was?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Folker Berfuß: Das wurde manchmal benutzt als Begriff, wenn man sich mit NSA, BND, BfV getroffen hat. Da gab es manchmal Vorbesprechungen zwischen BND und BfV, und dann war das so ein Schlagwort. Aber, das ist - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Team Germany.

Zeuge Folker Berfuß: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und ist das eigentlich rechtlich irgendwie kompliziert, wenn der Inlandsgeheimdienst und der Auslandsgeheimdienst da so ein Team Germany bilden? Also, hat es da irgendwie eine rechtliche Bewertung für gegeben? Weil es gibt ja einen Grund dafür, dass man einen Auslandsnachrichtendienst hat und einen Inlandsnachrichtendienst.

Zeuge Folker Berfuß: Da es hier ja erst mal nur um eine technische Kooperation ging, ist mir nicht bekannt, dass es dafür - - dass das rechtlich irgendwie problematisiert worden wäre.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, und ich würde jetzt gern noch einmal zum Schluss der PG NAM auf die Spur kommen. Ich habe das mal gegoogelt, was Sie hier geheim irgendwie nennen. Und da gibt es eine schöne Anfrage des Kollegen Hunko vom 26.10.2012, wo es darum geht, was die PG NAM macht - das ist nämlich die Projektgruppe „Neue Analysemethoden“ beim BfV - und mit welchen Gremien sie zusammenarbeitet. Das fragt der Kollege Hunko ab. Unter Frage 24 wird geantwortet - grundsätzlich -:

Die Projektgruppe „Neue Analysemethoden“ (PG NAM) ist seit ihrer Gründung im Dezember 2007 eine BfV-interne Projektgruppe, die nicht regelmäßig oder strukturiert mit anderen Gremien zusammenarbeitet.

„Nicht regelmäßig oder strukturiert“ - also das heißt, glaube ich, unregelmäßig und unstrukturiert mit anderen Gruppen zusammenarbeitet.

Auf die Frage

Welche weiteren Arbeitsgruppen bestehen innerhalb der „PG NAM“?

wird geantwortet:

Innerhalb der PG NAM bestehen keine weiteren Arbeitsgruppen ...

So. Und:

b) Worin besteht die Arbeit der „PG NAM“, und wer bereitet entsprechende Sitzungen vor?

Und da steht hier:

Die PG NAM befasst sich mit der Einführung IT-gestützter Methoden zur Verbesserung der Analyse von Telekommunikationsverkehrsdaten (Metadaten), die gemäß § 8a Absatz 2 Nummer 4 BVerfSchG bzw. nach G10-G erhoben werden. Die Arbeitstreffen der PG NAM werden von dem BfV-internen Projektleiter vorbereitet.

So. Und da frage ich mich jetzt, da es da ja irgendwie doch krasse Überschneidungen gibt zwischen dem Einsatz von XKeyscore und den Fragen, was man mit diesem tollen Tool der Amerikaner macht, und dem Aufgabenbereich der PG NAM, ob es nicht vielleicht doch so Berührungspunkte und Absprachen und vielleicht unregelmäßige und unstrukturierte Treffen und so gab oder vielleicht sogar persönliche Identitäten in



Nur zur dienstlichen Verwendung

diesen Arbeitsbereichen; denn die Arbeitsbereiche scheinen mir deckungsgleich, wenn ich das so lese.

Vielleicht - das will ich den Interessierten auch nicht vorenthalten - - Unter c) wird gefragt:

Inwieweit nehmen auch private Firmen an der Arbeit der „PG NAM“ teil?

Da steht hier noch:

Die PG NAM beauftragt im Rahmen der Software-Fortentwicklung und des Fehlermanagements die Firma rola Security Solutions. Vertreter der Fa. rola nehmen vereinzelt und anlassbezogen an ... Arbeitstreffen teil.*

Also, deswegen die Frage im Hinblick auf XKeyscore: Hat tatsächlich die PG NAM in all den Jahren und Testreihen usw. mit diesem Projekt nie etwas zu tun gehabt?

Zeuge Folker Berfuß: Nein, die PG NAM war in der Tat wesentlich früher aufgesetzt, befasst sich im weitesten Sinne natürlich - - hatte ja auch mit der - Sie sagten es ja gerade - mit der Metadatenanalyse zu tun, allerdings nicht von Metadaten, die aus XKeyscore gewonnen wurden oder Ähnliches. Insofern war diese Projektgruppe von Anfang an völlig unabhängig von XKeyscore geplant.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt sagen Sie nicht: von Metadaten, die mit XKeyscore gewonnen werden. Also, das ist ja nur zur Analyse von XKeyscore da. Oder meinen Sie das jetzt auf den BND bezogen?

Zeuge Folker Berfuß: Nein, aus der Analyse mit XKeyscore ziehen wir keine Metadaten für die PG NAM oder zogen wir zu dem Zeitpunkt keine Metadaten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, klar, aber vielleicht wollten die sich das mal angucken. Ich meine, die sind ja genau in dem Bereich tätig. Und da ist dieses Wundertool aus den USA, das, mit dem man nicht nur analysieren kann, sondern mit dem man auch ganz toll erfassen kann. Und das ist doch für Leute, die so im Business der Metadatenanalyse drin sind, einfach superinteressant. Deswegen: Ich kann das gar nicht glauben, dass es da keine Kontakte und keine Kooperation gab. Vielleicht wollen Sie das noch mal so ein bisschen korrigieren. Vielleicht sind sogar ganz ähnliche Personen in der einen und der anderen Gruppe. Sind Sie vielleicht auch Mitglied der PG NAM zum Beispiel?

Zeuge Folker Berfuß: Nein. Ich kann es gerne präzisieren. Inhaltlich, von dem, was die eine Arbeitsgruppe tat und die andere tat, da gab es in der Tat keine Überschneidungen. Jetzt ist das aber gerade in meinem Bereich damals nicht so gewesen, dass diejenigen, die sich mit solchen Fragestellungen auseinandersetzen, Hunderte waren. Insofern ja, Personenidentität. Leute, die sich zum Beispiel mit den ToR mal befasst haben, haben auch PG-NAM-Erfahrung. Aber es ist nicht so, dass es irgendeine inhaltliche Verknüpfung zwischen diesen beiden Themen gab.

Ich hatte Ihnen ja auch gesagt: PG NAM lief in meinem Bereich in den zwei Jahren, wo ich - - drei Jahren, glaube ich, die ich da war. Und das XKeyscore wurde auch in meinem Bereich begleitet. Insofern: Spätestens bei mir laufen auch beide Themen irgendwo zusammen. Aber, wie gesagt, eine inhaltliche Verquickung zwischen diesen beiden Themen gab es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Inhaltliche Verquickung. Sagen Sie es noch mal konkret: Es gab keinen Austausch, man hat nicht mal eine gemeinsame Sitzung so ganz unstrukturiert und unregelmäßig miteinander gemacht, -

* Der Originalwortlaut ist: „... nahmen vereinzelt anlassbezogen an den Arbeitstreffen teil“.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Folker Berfuß: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - nie mal Sachen abgefragt, -

Zeuge Folker Berfuß: Nach meiner Kenntnis, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - einen Sachstandsbericht rübergefaxt?

Zeuge Folker Berfuß: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mhm. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit sind wir am Ende des öffentlichen Teils der Sitzung. Und da in der Sitzung sich schon mehrere Fragen ergeben haben, auf die Sie, Herr Zeuge, nur im nichtöffentlichen bzw. eingestuften Teil haben antworten können, würde ich folgenden Beschluss vorschlagen:

Für die weitere Vernehmung des Zeugen Berfuß am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.

Wer dem so zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Bevor wir zur nichtöffentlichen Vernehmung des Zeugen Berfuß kommen, vernehmen wir Herrn Dr. Rogner in öffentlicher Sitzung. - Herr Berfuß, Sie haben dann jetzt erst mal Pause.

Zeuge Folker Berfuß: Danke schön.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich danke Ihnen für die Bereitschaft, so lange für viele Fragen, auch mehrmalig um einen Themenkomplex kreisend, will ich es mal beschreiben, zur Verfügung zu stehen. Und wir freuen uns, Sie dann

später in nichtöffentlicher Sitzung noch einmal wiederzusehen.

Zeuge Folker Berfuß: Danke schön.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich bitte, nun den Zeugen Herrn Dr. Rogner in den Saal zu geleiten. Und wir machen, würde ich sagen, knappe zehn Minuten Pause. Dann kann auch noch jeder sich mal hinten mit Getränken und Lebensmitteln versorgen. In zehn Minuten geht es weiter. Die Sitzung ist soweit unterbrochen.

(Unterbrechung von 16.24
bis 16.36 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung des Zeugen Dr. Klaus Rogner

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses fort. Und ich darf ganz herzlich begrüßen unseren nächsten Zeugen, Herrn Dr. Rogner. Ich freue mich, dass Sie zu uns gekommen sind.

Ich stelle fest, der Zeuge ist ordnungsgemäß geladen. Herr Dr. Rogner, Sie haben den Erhalt der Ladung am 19. April 2016 bestätigt. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für Fragen zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundstagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben dann, falls dies gewünscht ist, 14 Tage Zeit, das Protokoll auf Richtigkeit Ihrer Aussagen zu kontrollieren und gegebenenfalls Ergänzungen vorzunehmen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Nein, keine Fragen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Herr Dr. Rogner, vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die strafrechtlichen Konsequenzen eines Verstoßes gegen diese Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafen von drei

Monaten bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Ordnungswidrigkeit oder Straftat auch zum Beispiel Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann, also die Sitzung in nichtöffentlicher oder eingestufte Weise fortsetzen kann und Ihnen dann die entsprechenden Fragen stellen kann. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Nein, keine Fragen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben. Danach werde ich Ihnen einige Fragen stellen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses die Möglichkeit, ihre Fragen zu stellen. Und dies geht dann nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, eine Fraktion nach der anderen, immer reihum.

Ich darf Sie dann nun bitten, wenn es keine Fragen Ihrerseits mehr gibt, was ich jetzt vermute, sich dem Ausschuss kurz mit Name, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ja, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, Dr. Klaus Michael



Nur zur dienstlichen Verwendung

Rogner, Alter: 50, ladungsfähige Anschrift: BfV, Berlin-Treptow.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Zu Anfang möchte ich Ihnen, wie ich es gerade gesagt habe, Gelegenheit geben für ein sogenanntes Eingangsstatement, also im Zusammenhang vorzutragen, ohne durch die Fragen der Ausschussmitglieder unterbrochen zu werden. Wünschen Sie dies?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ja, gerne.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann haben Sie jetzt das Wort.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich danke für diese Gelegenheit, vorweg Stellung nehmen zu dürfen. Einführend darf ich Ihnen noch mal kurz die Gefährdungslage für die Bundesrepublik Deutschland in der jüngeren Vergangenheit in Erinnerung rufen und bestimmte Aspekte dabei hervorheben. Ich werde dabei auch auf die Notwendigkeit eingehen, dass dem Phänomen des internationalen Terrorismus nur durch einen internationalen Datenaustausch auf Ebene der Nachrichtendienste zu begegnen ist. Diese Notwendigkeit will ich Ihnen dann auch im Rahmen dieses Statements vielleicht schon beginnend aufzeigen am Beispiel der im Beweisbeschluss BfV-17 aufgeführten Personen.

Eingangs erlauben Sie mir einige Anmerkungen zum Thema XKeyscore. Im Oktober 2011 bot die NSA erstmals an, dem BfV die Software XKeyscore zur Nutzung zu überlassen. Nach ersten Prüfungen und weiteren Gesprächen hat dann die Leitung des BfV die NSA im Mai 12 um Überlassung der Software über den BND gebeten. Anfang November 12 hat NSA die erste Version der Terms of Reference übersandt, welche den Rahmen für die Überlassung gebildet haben oder bilden sollten. Es war wohlgermerkt die erste Version. Ende April 13 wurde dann die finale Version der Terms of Reference schließlich durch mich unterzeichnet, sodass im Januar 13 die Software mit Unterstützung eines BND-Technikers installiert und im September 13 der Proof of Concept gestartet werden konnte.

Bisherige Tests von XKeyscore haben aus Sicht des BfV gezeigt, dass die Software die bereits vorhandenen Fähigkeiten des BfV im Bereich der Analyse - wohlgermerkt Analyse - internetgestützter Kommunikation sinnvoll ergänzen kann. Dabei nimmt XKeyscore im BfV keine Sonderrolle ein, wie es gelegentlich aufgrund medialer Berichterstattung vermutet werden könnte. Insbesondere findet mit XKeyscore keine Erfassung statt. Vielmehr ist es ein Analyseinstrument, mit dem das BfV Erkenntnisse gewinnt, die für unsere gesetzliche Aufgabenerfüllung erforderlich sind.

Wenn personenbezogene Daten an ausländische Nachrichtendienste übermittelt werden, geschieht dies ohne Ausnahme im Einzelfall, also Case by Case, nach Maßgabe deutschen Rechts, insbesondere gemäß § 19 Absatz 3 in Verbindung mit § 3 Absatz 1 Bundesverfassungsschutzgesetz.

Nochmals darf ich in Erinnerung rufen, dass Deutschland bereits seit Jahren ein unmittelbares und konkretes Ziel internationaler islamistischer terroristischer Netzwerke ist. So hatten al-Qaida und andere Gruppierungen schon zu Beginn des ISAF-Mandats den Abzug der internationalen Streitkräfte aus Afghanistan gefordert und drohten immer wieder mit Anschlagsvorhaben gegen deutsche Interessen im In- und Ausland. Der Ausbau der militärischen Verantwortung der Bundeswehr in Afghanistan wurde von al-Qaida und anderen, dem globalen Dschihad verpflichteten Organisationen instrumentalisiert, um ihren Kampf gegen Deutschland zu verstärken. Durch Verlautbarungen deutscher Dschihadisten wurde die Fokussierung von al-Qaida und ihr nahestehender terroristischer Gruppierungen auf Deutschland in einem bis dahin nicht da gewesenen Maße deutlich.

Sie erinnern sich an die Situation vor der Bundestagswahl am 27. September 2009. Diese Bundestagswahl stellte mit ihrer herausgehobenen Bedeutung einen besonderen Ansatz sowohl für propagandistische als auch operative Ziele von al-Qaida dar. Der Versuch, durch den Aufbau von Drohkulissen Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen, ist seit jeher fester Bestandteil



Nur zur dienstlichen Verwendung

teil operativer und psychologischer Kriegsführung von al-Qaida und anderer islamistisch-terroristischer Gruppierungen.

Am 18. September 2009, also unmittelbar vor der damaligen Bundestagswahl, meldete sich das deutsche Al-Qaida-Mitglied Bekkay Harrach in einer Videobotschaft zu Wort und versuchte, die deutsche Bevölkerung und die deutsche Regierung einzuschüchtern. Er rechtfertigte in dieser Videobotschaft eine Bestrafung der deutschen Bevölkerung mit den Handlungen der deutschen Regierung und rief die Bevölkerung auf, eine Regierung zu wählen, die einen Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan realisiere. Er appellierte an die Muslime in Deutschland, für die zwei Wochen nach der Wahl - Zitat -, „von allem, was nicht lebensnotwendig ist, fernzubleiben“ - Zitat Ende -, falls keine derartige Regierung von den Deutschen gewählt werde.

Ähnliche Auftritte von Bekkay Harrach hatte es bereits im Januar und Februar 2009 gegeben. Das Bemerkenswerte an diesen Videobotschaften war die Deutlichkeit, mit der Harrach Deutschland mit terroristischen Konsequenzen im eigenen Land drohte. Für die damalige Wahrnehmung - und ich denke, das gilt in der Rückschau und Bewertung auch heute immer noch - hat diese Medienpropaganda der al-Qaida eine neue Qualität in der Propagandaoffensive gegen deutsche Interessen und Deutschland und deutsches Territorium bedeutet.

Parallel waren internationalen Partnerdiensten bereits seit Anfang 09 diverse Hinweise bekannt geworden und an das BfV durch diese übermittelt worden, wonach al-Qaida im Begriff sei, Attentäter nach Europa zu entsenden. Ab etwa Juli 10 nahmen Quantität und auch die Konkretisierung dieser Meldungen drastisch zu. Im BfV wurden daraufhin die korrespondierenden Hinweise auf Anschlagplanungen von al-Qaida in Europa seit Anfang September 2010 im Rahmen einer zentralisierten Sonderauswertung intensiv bearbeitet. Die übermittelten Informationen deuteten damals auf mindestens zwei Gefährdungsstränge hin.

Erstens. Erster Gefährdungsstrang war, dass Partnerdiensten zufolge al-Qaida plante, von Afghanistan aus Kämpfer nach Europa einzuschleusen, die Anschläge im Stil der sogenannten Mumbai-Attentate von 2008 begehen sollten. Sie erinnern sich: die Anschläge in Mumbai, damals Erstürmung von Hotels mit Schusswaffen und insgesamt 175 Tote. Die Meldungen lauteten weiter in diesem Handlungsstrang, dass die Ziele in Deutschland bereits ausgespäht worden seien. Deutschland ist auch explizit als Zielland aufgeführt gewesen in diesem Meldeaufkommen. Zudem sollten sich auch Deutsche unter den eventuell bereits eingeschleusten Attentätern befinden.

Der zweite Hinweisstrang beruhte auf Zeugenaussagen von in Afghanistan bzw. Pakistan festgenommenen deutschen Dschihadisten. Demzufolge plane ein hochrangiges Al-Qaida-Mitglied - offensichtlich Scheich Younis al-Mauretani - ein komplexes Anschlagsszenario. Auch in diesem Fall wurden Deutschland als Anschlagziel und Deutsche als potenzielle Attentäter benannt.

Dies als Hintergrund zu den Personen, die hier Gegenstand des Beweisbeschlusses BfV-17 sind. Diese standen demnach in einem unmittelbaren zeitlichen und inhaltlichen Zusammenhang mit dieser Gefährdungslage. Die im BfV-17 genannten Personen - mit Ausnahme des Qari Yusuf - waren von Deutschland in Richtung Afghanistan ausgerüstet, um sich dort nachweislich islamistisch-terroristischen Organisationen anzuschließen. Dem BfV lagen konkrete Informationen vor, dass sich die genannten Personen auch an Kampfhandlungen beteiligen. So verkündete zum Beispiel der im Beweisbeschluss BfV-17 genannte Samir Hattour in einem Propagandavideo der Islamischen Bewegung Usbekistan, IBU, dass er am 10. April 2010 an einer Operation in Südwestafghanistan teilgenommen habe, in deren Verlauf 20 pakistanische Soldaten getötet worden seien. Die IBU war nachweislich auch an Anschlägen gegen die in Afghanistan stationierten ISAF-Truppen beteiligt.

Darüber hinaus lagen ferner dem BfV die eben geschilderten Erkenntnisse, der sogenannte zweite Hinweisstrang, vor, die auf eine Rekrutierung



Nur zur dienstlichen Verwendung

von in Afghanistan/Pakistan aufhaltigen deutschen Staatsangehörigen für die Begehung von Anschlägen in Deutschland und Europa hinweisen.

Die sich daraus ergebende Gefährdungslage, die auch von deutschen Staatsangehörigen ausging und sich konkret gegen deutsche Interessen richtete, war eine herausfordernde Fragestellung für das BfV, auf die sich das BfV einzustellen hatte und demgemäß entsprechende Sicherheitsmaßnahmen intensiver Art ergriff, um islamistisch-terroristische Aktivitäten von nach Afghanistan/Pakistan ausgereisten Personen aufzudecken. Dazu zählte auch ein enger Datenaustausch mit internationalen Partnerdiensten, insbesondere mit den US-amerikanischen Nachrichtendiensten, die diese Gefährdungslage ebenso wie wir intensiv verfolgten. Dieser enge Datenaustausch war unverzichtbar.

Spätestens seit der Enttarnung der sogenannten Sauerland-Gruppe war überdeutlich geworden, dass ohne die von den Nachrichtendiensten der USA übermittelten Informationen die deutschen Sicherheitsbehörden nicht in der Lage gewesen wären, die Mitglieder von in Afghanistan ausgebildeten deutschen Terrorzellen zu identifizieren und damit einhergehend die Anschlagplanungen aufzuklären bzw. zu verhindern.

Die in diesem Zusammenhang erforderliche Datenübermittlung des BfV an die Nachrichtendienste der USA und andere Partnerdienste erfolgte zum Zweck der Identifizierung von in Deutschland aufhaltigen Unterstützern und Kontaktpersonen der genannten terroristischen Vereinigungen al-Qaida und IBU, die wohlgermerkt durch Rekrutierung von Kämpfern und die Bereitstellung von Finanzmitteln diese Gruppen unterstützten. Durch die Rekrutierung und Ausreise von ehemals in Deutschland ansässigen Personen aus dem islamistisch-terroristischen Personenspektrum konkretisierte sich eine Gefahr für Leib und Leben Dritter, etwa auch deutscher Staatsangehöriger im Ausland oder bei Rückkehr deutscher Staatsangehöriger im Inland. Die Übermittlung erfolgte zudem zur Aufdeckung der erwähnten Anschlagpläne. Eine Gewinnung von tragfähigen Erkenntnissen zu den in dem Beweis-

beschluss 17 genannten Personen wäre ohne den Informationsaustausch mit den US-amerikanischen Nachrichtendiensten zumindest erheblich erschwert, höchstwahrscheinlich aber unmöglich gewesen.

Die Datenübermittlung durch das BfV an die Nachrichtendienste der USA und an andere Partner erfolgt stets auf der Grundlage des § 19 III in Verbindung mit § 3 Absatz 1 Bundesverfassungsschutzgesetz. Im vorliegenden Fall war sie aus den oben genannten Gründen sowohl für die Aufgabenerfüllung des BfV als auch zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen der Empfänger erforderlich.

Vor dem Hintergrund der im Einsetzungsbeschluss dieses Untersuchungsausschusses aufgeworfenen Frage, ob deutsche Stellen an der Vorbereitung von Kampfdrohneinsätzen in irgendeiner Form beteiligt waren oder vielleicht sogar mitgewirkt haben könnten, möchte ich an dieser Stelle Folgendes festhalten:

Erstens. Wie auch immer geartete Behauptungen, dass vom BfV übermittelte personenbezogene Daten ursächlich für gezielte Tötungen der im BfV-17 genannten Personen gewesen sein könnten, weise ich ausdrücklich zurück. Allein die Weitergabe von Informationen zu aus Deutschland ausgereisten Dschihad-Freiwilligen besagt nichts über den tatsächlichen späteren Aufenthaltsort dieser Personen im Kampfgebiet.

Soweit das BfV im Rahmen seiner Aufgabewahrnehmung entsprechend den gesetzlichen Übermittlungsvorschriften Informationen an ausländische Partnerdienste weitergibt, werden diese stets - den datenschutzrechtlichen Vorgaben Rechnung tragend - mit dem Hinweis versehen, dass diese Informationen ausschließlich zu nachrichtendienstlichen Zwecken übermittelt werden.

Dem BfV liegen - drittens - keinerlei Erkenntnisse vor, wonach die im Beweisbeschluss BfV-17 genannten Personen Ziele US-amerikanischer Drohnen- bzw. Raketenangriffe waren. Hier kann



Nur zur dienstlichen Verwendung

lediglich spekuliert werden, da¹ sich US-amerikanische Nachrichtendienste nicht zu von US-Streitkräften durchgeführten Drohnenangriffen gegenüber dem BfV äußern bzw. diese bestätigen.

Viertens. Ungeachtet dessen war und ist das BfV in enger Zusammenarbeit mit den anderen Sicherheitsbehörden Deutschlands stets bestrebt, Ausreisen von sogenannten Gefährdern, deren terroristische Ausbildung und ihre verbrecherische Teilnahme am bewaffneten Dschihad im Ausland zu verhindern, zumal das erhebliche Risiko besteht, dem dortigen Konflikt zum Opfer zu fallen.

Zugleich möchte ich darauf hinweisen, dass Deutschland unverändert im Fokus internationaler islamistisch-terroristischer Bestrebungen steht. Die dschihadistische Szene besteht aus Strukturen, die international stark miteinander vernetzt sind. Dieses Spektrum reicht von Netzwerken gewaltbereiter Islamisten, die in enger Beziehung zu ausländischen dschihadistischen Organisationen wie dem sogenannten „Islamischen Staat“ im Irak und in Syrien stehen und jederzeit mit Anschlagplanungen beauftragt werden können, über weitgehend autonom operierende Kleinstgruppen bis hin zu Einzeltätern, die sich zum Teil in rasanter Geschwindigkeit über das Internet selbst radikalieren und Anschläge selbstständig planen. Diesbezügliche Beispiele kennen wir aus der jüngsten Vergangenheit, in Essen und beim Angriff auf den Bundespolizisten.

Die jüngsten Terroranschläge von Anhängern des „Islamischen Staats“ in Paris und Brüssel haben wieder einmal gezeigt, wie islamistische Terrornetzwerke grenzüberschreitend operieren und organisiert sind. Ein schneller - ich betone: schneller - Datenaustausch des BfV mit internationalen Partnerdiensten ist absolut unerlässlich, um den hieraus resultierenden Gefahren für die innere Sicherheit zu begegnen, die jederzeit in Form von Anschlägen unterschiedlicher Dimension und Intensität real werden können. Eine Datenübermittlung durch das BfV erfolgt hierbei stets anlassbe-

zogen und aufgrund konkreter Verdachtsmomente. Das BfV prüft verantwortungsvoll in jedem Einzelfall - Case by Case -, ob bzw. welche Daten an welchen Partnerdienst übermittelt werden müssen bzw. übermittelt werden dürfen, und wägt hierbei die Persönlichkeitsinteressen der Betroffenen mit den Sicherheitsinteressen Deutschlands und des Empfängers ab. Ein automatisiertes Verfahren zum Datenaustausch existiert nicht.

Für die Bekämpfung des sogenannten „Islamischen Staats“ ist die intensive Zusammenarbeit mit den Nachrichtendiensten der USA ein wesentlicher Stützpfiler, wenn es um die Gewinnung relevanter Erstinformationen geht. Die Bereitschaft der US-amerikanischen Behörden, Telekommunikationsdaten von international agierenden Dschihadisten mit Deutschland-Bezug zu übermitteln, war und ist von grundlegender Bedeutung für Ermittlungserfolge deutscher Sicherheitsbehörden. Diese Hinweise ermöglichen es, weitere in Deutschland befindliche Unterstützerstrukturen und mutmaßliche Führungspersonen zu identifizieren und Tendenzen und mögliche Gefährdungen frühzeitig zu erkennen.

Eine Aufklärung wäre ohne Rückgriff auf die SIGINT-Kapazitäten der USA erheblich erschwert. Insbesondere die NSA verfügt über ein Maß an technischer Kompetenz, wie sie im Bereich der deutschen Sicherheitsbehörden in dieser Art nicht vorhanden ist. Ich habe keinen Grund, daran zu zweifeln, dass sich die US-Partnerdienste an die bereits erwähnten standardmäßig vom BfV übermittelten datenschutzrechtlichen Hinweise auf die ausschließlich nachrichtendienstliche Zweckbeschränkung halten. Folglich wird das BfV bei der Bekämpfung des internationalen islamistischen Terrorismus auch in Zukunft seine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den US-Partnerdiensten fortsetzen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und stehe für Fragen zur Verfügung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Das war ja schon sehr viel, was uns

1) vgl. Anmerkung des Zeugen, Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

die Möglichkeit gibt für Nachfragen und Anknüpfungspunkte. Ich würde aber gern einmal kurz zurückgehen und ein bisschen was zu Ihrer Ausbildung fragen und der Zeit, bevor Sie die Tätigkeit im BfV begonnen haben. Sie sind von Haus aus?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ich habe zwei juristische Staatsexamen, also umgangssprachlich Volljurist, und bin Magister Artium in Politikwissenschaften.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist wunderbar, weil das ist immer interessant für uns, wenn wir juristische Fragen überlegen zu stellen. Wenn dann kein Jurist da ist, dann ist das immer schwierig. Dafür ist es dann bei Juristen mit den technischen Fragen immer etwas schwieriger; aber deswegen ist das immer ganz gut, das zu wissen. - Wann sind Sie ins BfV gekommen?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: 1994.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: 1994. - Und das nach schon einer vorherigen Verwendung oder nach dem Wehrdienst?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Nach dem Studium.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, direkt nach dem Studium zum BfV. - Und da dann in welcher Verwendung zuerst?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Zuerst als Referent und später als Referatsleiter.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Und immer in den Bereichen Abteilung 4 oder - -

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Anfänglich in den Bereichen der Abteilung 4 in unterschiedlichsten Verwendungsformen; Details dazu nur nichtöffentlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Klar, das ist auch - - Wie gesagt, nur so im Kern, gar nicht - - Und dann seit, wenn ich das richtig sehe, 2008 im Bereich Auswertung, Beschaffung, Internet, richtig?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Richtig, seit 1. November 2008 Referatsgruppenleiter 6E; damals hieß es „Aufbaustab 6E“. Ja, da war ich im Bereich der Abteilung 6 tätig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und dann seit 2011 AL 6.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wenn ich mal schaue auf XKeyscore: Wie waren Sie beteiligt im Bereich Einführung XKeyscore? Welche Dinge hatten Sie da zu verantworten?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ich hatte ja bereits in der Eingangsstellungnahme ausgeführt, dass XKeyscore zu meiner Zeit als Abteilungsleiter von der NSA auf Arbeitsebene in einer Besprechung, an der ich nicht teilgenommen hatte - - Softwarevorstellungen - - unseren Mitarbeitern ermöglicht wurde, hier Einsicht zu nehmen. Diese Mitarbeiter haben dann in der Referatsgruppe 6E mit ihrem damaligen Gruppenleiter Herrn Berfuß, nehme ich an, Rücksprache gehalten und über die Möglichkeiten dieses Tools, wie die Amerikaner das ja üblicherweise nennen, gesprochen. Und das weiß ich vom Hörensagen, im Rahmen von Rücksprachen mit Herrn Berfuß.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Berfuß war ja auch eben hier. Was ich nicht so ganz verstanden hatte - und das konnte Herr Berfuß nicht wissen -, ist, wie es denn so zu der Idee kam, XKeyscore beim BfV einzuführen. Es gab wohl ein Treffen des Präsidenten BND mit dem Chef NSA, wo der Gedanke geboren wurde - so hatte ich es verstanden -, XKeyscore auch dem BfV zugänglich zu machen, und dann hat man geschaut, wie das möglicherweise gehen sollte. Habe ich das so richtig verstanden?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Wenn ich es vielleicht erklären darf.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gerne.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Im Januar 11 gab es meiner Erinnerung nach einen Besuch von General



Nur zur dienstlichen Verwendung

Alexander, seinerzeit Leiter NSA, beim damaligen Präsidenten des BfV, im Rahmen dessen, wie es üblich ist bei solchen Leitungsbesuchen, auch Gefährdungslagen in unterschiedlichen Bereichen, darunter auch Bereich Islamismus, vorgestellt wurden. Wir hatten, wie immer nach diesen einzelnen Vorstellungen, Möglichkeiten zu Fragen und Anmerkungen. Hier wurde insbesondere im Bereich der Abteilung 6 der Bereich, den ich im Eingangsstatement erwähnt hatte, nämlich ursprünglich eben Propagandavideos und überwiegende Nutzung dschihadistischer Web-Foren hin zu verstärkter Nutzung sozialer Medien, diskutiert. Und hier wurde bedeutet, dass das BfV in diesem Bereich wenige Tools und wenige Möglichkeiten hat, was die Bearbeitung sozialer Medien angeht. Also, wir sind ja hier zu einem Zeitpunkt, um 11, bei dem Facebook und andere mehr Bedeutung gewonnen haben, als sie vielleicht früher hatten; das wurde angemerkt. Eine Reaktion darauf vonseiten General Alexanders, soweit mir erinnerlich, ist damals nicht erfolgt.

Alles andere - - Wie es dann weiterging, denke ich, ist dann eben dieses Angebot gewesen der NSA auf Sachbearbeiterebene bei Vorführungen entsprechende Software - - Also, es war eine Pause. Wir haben eigentlich erwartet, dass mehr kommt, und es kam dann eben mit einem halben Jahr Verzögerung oder fast - - mehr als einem halben Jahr Verzögerung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und wie hat man dann mit der NSA kommuniziert als BfV?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die Kommunikation mit der NSA, soweit ich das in öffentlicher Sitzung sagen kann, ist nicht anders als mit allen anderen ausländischen Nachrichtendiensten. Es gibt hier die Vorschriftenlage im Rahmen der Dienstvorschriften; aber es ist eben die übliche Kommunikation bei Datenübermittlungen nach dem § 19 III. Die allgemeine Kommunikation ist eben Austausch von Analysen, Austausch von Bewertungen, Lageentwicklungen; das ist in der Regel in Besprechungen passiert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber man hat schon unmittelbar mit der NSA kommuniziert.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die Kommunikation mit der NSA ist immer begleitet gewesen von der Abteilung TA des BND. Die NSA war nie alleine bei uns, sondern als SIGINT-Dienst kann die NSA ja nicht direkt mit Nicht-SIGINT-Diensten arbeiten. Das BfV ist kein SIGINT-Dienst, und daher war der Partner der NSA stets der Bereich des BND, der den SIGINT-Auftrag hat, und das ist die Abteilung TA - wie auch immer die früher geheißen haben mag im Ziffernsystem; daran kann ich mich nicht mehr erinnern -, sodass dadurch bei solchen Kontakten die TA den BND vertreten hat. Das ist durchgängig so.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wer war denn in dem Gespräch Januar 2011 vom BND dabei? Der VP, oder war der Präsident dabei?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Das weiß ich nicht mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Kann man das rauskriegen? Da muss es doch auch Vorbereitungen gegeben haben, Sprechzettel.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Das mag sein; das wird aber nicht von meiner Abteilung gefertigt. Die internationale Zusammenarbeit ist nicht Gegenstand - - zumindest dann, wenn die Präsidialebene einbezogen ist, nicht Aufgabenbereich der Abteilung 6.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber das wäre auch bei, ich sage mal, so einem Spitzentreffen Voraussetzung gewesen, dass der BND daran teilnimmt? Also, Herr Alexander hätte sich nicht mit dem Präsidenten BfV allein getroffen.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Soweit ich mich erinnern kann, ist bei allen Terminen, die die Präsidenschaft - sei es P, Vizepräsident - mit NSA durchgeführt hat, immer die Abteilung TA BND oder, wenn es in den USA war, zumindest der Resident des BND in Washington dabei gewesen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und dann hat man gesagt: „Dieses Tool können wir nutzen. Wir machen das im Bereich der Auswertung. Erfassung machen wir nicht, machen wir auch grundsätzlich ja nicht in dem Bereich. Wir



Nur zur dienstlichen Verwendung

machen individuelle G-10-Erfassung. Deswegen ist das vielleicht auch nicht so interessant für uns“ und hat das als Auswertungstool getestet, erprobt, und das auf einem Stand-alone-System. Sehe ich das richtig?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die Rolle der Abteilung 6 war in dem Moment zu Ende, wo die Terms of Reference gezeichnet waren und die Arbeitsgruppe, die für die Testphase und den Proof of Concept zuständig war, gegründet war. Soweit ich aber weiß, ist es genau so konzipiert gewesen: einmal unter Gesamtkuratel des G-10-Gesetzes und zum anderen eben als stand-alone ohne Abflussmöglichkeiten in einem entsprechend abgeschotteten Raum, in dem ein einzelner Computer steht, stand.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Das war dann die AG „Poseidon“ ab dann, wenn ich es - -

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und was war dann jetzt noch mal Aufgabe der Abteilung 6? Das habe ich jetzt so schnell nicht verstanden.

(Der Zeuge wendet sich an
MR Torsten Akmann
(BMD))

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Kann ich das in öffentlicher - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie sagten - - Nur noch einmal wiederholen. Ich habe - - weil das war so schnell. Es musste irgendwas gezeichnet werden, und die Zeichnung machte Abteilung 6? Das war mir einfach zu schnell.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Gut. - Also, die Gespräche bis zur Zeichnung der ToR, bis zur Zeichnung der Terms of Reference, sind durch Abteilung 6 geführt worden. Die Verhandlungen über den Inhalt der ToR, daran war Abteilung 6 noch beteiligt. Abteilung 3 als G-10-Abteilung ist dann in der Realisierungsphase zu einem frühen Zeitpunkt - - also in dieser Gesprächsphase zu einem

frühen Zeitpunkt hinzugekommen. Ich war aber nie dabei bei diesen Gesprächen. Also, ich - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wer war denn der Spiritus Rector in Abteilung 6, der so was, die Terms of Reference, verhandelt und - - Wer kann denn so was, wenn es der AL nicht kann?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Der Abteilungsleiter hatte das allererste Gespräch zur Bedarfslage bei Alexander selbst geführt, nämlich ich, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mhm.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Damals.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Klar.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die weitere Realisierung wird in der Regel delegiert auf die Referatsgruppenleiter, weil die - darüber dann gern mehr in nichtöffentlicher Sitzung - nach der Vorschriftenlage auch eine Zuständigkeit dafür haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Gruppenleiter, sind die in der Regel höherer Dienst oder gehobener Dienst?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die Referatsgruppenleiter sind in der Regel Leitende Regierungsdirektoren. Ein Direktor im BfV ist B3 besoldet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Steht im Gesetz; das ist Bundesbesoldungsgesetz.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist die Mehrheit von denen auch mit zwei juristischen Staatsexamen und - -

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die überwiegende Mehrheit derer im Haus, auf das Gesamthaus betrachtet, sind Volljuristen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also die, die da die Terms of Reference verhandelt haben, die waren eher Juristen und nicht Techniker. Für das ganze Haus wollte ich es gar nicht



Nur zur dienstlichen Verwendung

wissen. Das darf ich ja gar nicht fragen im Zweifel; sonst würde ich ja hier den ganzen BfV aushorchen.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Diejenigen, die an diesen Verhandlungen bet- - Es waren hinreichend viele Volljuristen an diesen Verhandlungen beteiligt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist gut. - Und dieses Ergebnis, was die Juristen herausgearbeitet haben, wurde das Ihnen noch mal zur Freigabe dann gegeben oder - -

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ich habe nicht blind gezeichnet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, das will ich gar nicht - -

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Also, die Notwendigkeit der Geltung deutschen Rechts und die Verankerung des Postulats der Geltung deutschen Rechts - bei Anwendung auf deutschem Boden - dieses Tools war natürlich ein zentrales Anliegen meinerseits sowie der damaligen Amtsleitung und ist in diversen Gesprächen, die sicherlich nicht alle in den Akten protokolliert sind - - Aber diese Gespräche wurden geführt, und das war das Verhandlungsmandat für die Kollegen, die in der AG „Poseidon“ nach der ersten Version der ToR die zweite Version der ToR verhandelt haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was waren die Kernknackpunkte? Also, ich will es jetzt nicht inhaltlich und nicht zitieren, wenn Sie sich nachher noch an was erinnern - das meine ich gar nicht -, sondern was waren denn die Hauptknackpunkte bei den Verhandlungen? Wo hat man denn - - Da wird es ja Dinge gegeben haben, die einfach waren, und es wird Dinge gegeben haben, die Streitig waren. Also, wie gesagt, nicht die Ausformulierung in den ToR jetzt irgendwie ansprechen, sondern was war Ihnen wichtig?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ich versuche es jetzt mal so, und vielleicht können wir uns da annähern. - Die Ausgestaltung des deutschen G-10-Rechts in seinen Besonderheiten ist den meisten ausländischen Partnern ein Geheimnis mit sieben Siegeln. Es bedarf intensiver Unterstützung von Fachabteilung 3 bei solchen Gesprächen, um - selbst Jurist seiend - die letzten Spezifikationen und Wendigkeiten² des G-10-Rechts zu verdeutlichen. Das ist auch mit dem Partner NSA erforderlich gewesen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, im Endeffekt ging es darum, deutsche Interessen, aber noch konkreter eigentlich die Einhaltung deutschen Rechts zu sichern oder - - Kann man das so - -

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die Gewinnung von Daten im BfV ist aufgrund entsprechender Erfahrungen in der Vergangenheit ganz eng unter dem Gesichtspunkt des G-10-Rechts - - hat immer stattgefunden und wird, soweit ich das eben für meinen Phänomenbereich betrachten kann, strikt beachtet, weil die Traube-Affäre in der Vergangenheit uns sicherlich Lehre genug war in diesem Kontext.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, im BfV gehe ich sowieso davon aus; aber diese Terms of Reference waren ja keine interne Weisung, wenn ich das richtig sehe. Oder würden Sie sie doch so - -

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die Terms of Reference sind eine bilaterale Überlassungsvereinbarung, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: - in denen, denke ich, die deutsche Rechtsposition hinreichendst deutlich formuliert ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Mag ja sein, dass der US-Amerikaner zur Wahrung seiner Interessen in

2) Richtigstellung des Zeugen: "Wendungen statt Wendigkeiten", siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

dieser Übereinkunft auch formuliert hat - - Sie ist nach wie vor VS; also, in öffentlicher Sitzung kann ich da nicht mehr sagen. Aber wie das halt so ist: Bei solchen Verhandlungen, da muss man eben einen verschrifteten Kompromiss zu Papier bringen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na klar. Deswegen - - Ich meinte ja auch: Intern hätte ich gar keine Zweifel, dass das BfV da ordentlich arbeitet; aber die Terms of Reference beziehen ja einen Zweiten, eine zweite Partei, mit ein. Und da wollte man sicher sein, dass auch unter der Einbeziehung einer zweiten Partei natürlich deutsches Recht gilt und dann nicht plötzlich bei der gesamt sonst guten Arbeit es entgleitet.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die Zusammenarbeit mit den US-Partnerdiensten ist langjährig und vertrauensvoll, und es wäre nicht gut, ohne offene Karten im Hinblick auf die rechtliche Situation eine solche Verabredung zu treffen, um von vornherein falsche Hoffnungen, wo ich gar nicht weiß, ob die existiert haben - - Aber Juristen haben auch Hoffnungen, nicht nur Nichtjuristen - - von vornherein Klarheit zu schaffen, dass - - was geht. Es sollte positiv beschrieben werden, was geht, und es geht eben nur eine Anwendung im Rahmen des geltenden G-10-Rechts.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mhm, okay; verstanden, hoffe ich. - Und jetzt wurde XKeyscore peu à peu - die ganzen Schritte spare ich mir mal - eingesetzt im Wege der Auswertung.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wo spielen die Amerikaner da eine Rolle?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Da spielten die Amerikaner überhaupt gar keine Rolle, sondern - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann hätte man sich doch die Terms of Reference sparen können.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Es gibt eben offensichtlich - - Aber ich bin jetzt kein Experte in US-amerikanischem Recht, nicht? Also, Sie können mich

gern über europäische, andere ausländische Verfassungsordnungen fragen, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich versuche es gleich mal.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: - aber nicht über US-Recht. Es gibt offensichtlich auch dort rechtliche Notwendigkeiten, bei Überlassung solcher Tools eine bestimmte rechtliche Absicherung zu betreiben. Es war aber dem Partner, denke ich, hinreichend klar, dass eine Nutzung dieses Tools einen Proof of Concept und eine Testphase nach sich zieht und im Rahmen dessen ein Abfluss an den Partner nicht vorgesehen ist, und er hat auch nicht stattgefunden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ja; genau. Da geht ja auch meine Frage hin. Was ich nicht so ganz verstehe, ist: Man bekommt ein tolles Tool, XKeyscore, zur Auswertung, und das bekommt man, weil Amerika sagt: Dadurch kriegen wir einen Teil mehr Sicherheit. - Das verstehe ich, und das finde ich gut; da haben wir alle was von.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ja, aber Sie bekommen doch dieses Mehr an Sicherheit nicht unmittelbar, sondern Sie haben doch dieses Mehr an Sicherheit, wenn überhaupt, dann nur mittelbar, indem wir mehr Sicherheit für Deutschland generieren können.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Das war der Grundgedanke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Als dieses Proof of Concept - - Als diese ToR diskutiert wurden, konnten wir ja noch nicht wissen - - Das ist ja eine unterschiedliche Ausgangssituation. Der US-Partner hatte vielleicht eine Vorstellung, was damit möglich ist, selbst wenn man es nur auf Analyse reduziert. Wir hatten keine Vorstellung über Potenz dieses Tools, sodass man letztendlich hinreichende Gewissheit über die Möglichkeiten sich verschaffen wollte und dadurch eben einerseits



Nur zur dienstlichen Verwendung

diese rechtlich bedingte Verschriftung von US-Seite in bestimmten Absätzen hat und andererseits unsere Gegenposition, damit klar ist: Was geht, ist nur G 10. - Also, das waren die beiden - - ja, Pöde und Antipöde, also die beiden Positionen eben in der Verhandlung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn ich einmal noch mal nachfragen darf: Sie sagten: „Was geht, ist nur G 10.“ Was heißt das: „Was geht“?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ein Einsatz des Tools war für uns von Anfang an nur im Rahmen rechtmäßig erworbener Daten möglich, und der übliche Weg des BfV, rechtmäßig Kommunikationsdaten zu erlangen, sind G-10-Maßnahmen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber was interessiert das die Amerikaner? Ich meine, das ist ja schön, dass die darauf Wert legen, dass Sie ordentlich arbeiten im BfV. Aber da hätte ich jetzt als Amerikaner gesagt: Jeder macht so seine Baustelle, und wenn das BfV andere Daten nimmt als G 10, dann werden die schon Ärger kriegen von ihren Leuten. - Also, ich verstehe nicht: Warum legen die Amerikaner Wert darauf - oder Sie Wert darauf, dass die Amerikaner wissen -, dass Sie nur G 10 nehmen? War das den Amerikanern wichtig?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Gehen wir mal - - Nein, das war den Amerikanern - - Das, glaube ich, ist jedem Partner - - Jeder Partner - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vielleicht habe ich irgendwo eine Blockade; dann tut es mir leid.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Jeder Partner, der mit uns arbeitet, lernt eben, dass hier eine Rechtsordnung existiert, zu deren Beachtung wir verpflichtet sind und die wir auch gerne beachten, und der Partner hat seine Rechtsordnung; das ist die Ursprungsposition.

Noch mal: Der Wunsch oder der Grundgedanke, der dann letztendlich in der Überlassung XKey-score gemündet ist - was wir ja von Anfang an so

nicht wissen konnten -, war: Wir haben ein verändertes Kommunikationsverhalten unserer Klientel. Diese Klientel verwendet diverse Internetprotokolle, die zu dem damaligen Zeitpunkt für uns - wir sind immer noch in öffentlicher Sitzung - schwer erschließbar waren. Und wie ich ja erwähnt habe, hat die NSA eine Toolbox offensichtlich von mehreren Möglichkeiten schon damals gehabt und hat letztlich dann erkannt, dass ein Mehrwert für sie darin besteht, uns dieses Tool anzubieten. Und wir haben gesagt: Wir nehmen das Tool gerne; aber wir weisen von Anfang an darauf hin, dass wir mit diesem Tool nur ganz bestimmte, eine sehr reduzierte Verwendung haben. -

Das war eigentlich alles, und das sind eben die durch G 10 erhobenen Kommunikationsdaten. Weitere Möglichkeiten bestehen für uns nicht. Also, letztendlich ist es der Versuch, gegenüber dem ganz großen Partner NSA das BfV nicht kleiner zu machen, als es ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, sprich - mit anderen Worten -: Die NSA gibt Ihnen einen Tesla, und Sie sagen: Ich fahre aber mit dem nur in meinem Wohnzimmer immer im Kreis.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ja, ich glaube, wenn uns die NSA einen Tesla angeboten hätte, hätten wir gesagt: Für mich reicht auch ein Elektro-Smart oder ein 1er-BMW in Elektro. Mit dem wären wir auch ganz stolz. Es ist ein deutsches Produkt, das kann man auch gut verwenden, nicht?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gute Antwort, gefällt mir. Auf jeden Fall haben Sie dem Partner klargemacht: Euer Supertool setzen wir hier nur in einem rechtlich sehr beschränkten Rahmen ein.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ja, so ist es.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann werden die Amerikaner wahrscheinlich gedacht haben: Super Sache, und die nutzen nur einen kleinen Teil, aber muss ja jeder selber wissen. - Oder haben die Amerikaner dann gesagt: „Ihr kriegt hier die Krone der Software von uns, und dann macht



Nur zur dienstlichen Verwendung

ihr nur so ein bisschen damit“? Oder war es denen egal? „Es ist ja unsere Sache, was wir intern damit machen.“

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Herr Vorsitzender, das ist ein bisschen spekulativ, was sich die Amerikaner da so denken.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, total.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Bisher haben sie ihr Auskunftsverhalten in der Gesamtbetrachtung uns gegenüber nicht verändert. Also, so enttäuscht können sie jetzt auch nicht sein von dem, was bei uns mit XKeyscore läuft. Dass sie sicher nicht glücklich sein dürften über den Umstand, dass XKeyscore in der Öffentlichkeit gelandet ist, ist was anderes. Aber das ist eben dem Whistleblower Snowden zu verdanken - oder eben je nachdem, wie man das so sehen mag.

Für uns ändert es aber nichts an der Einsatzfähigkeit und der Nutzbarkeit und den neuen Ermittlungsansätzen, die eben die Sichtbarmachung von Dingen, die wir so noch nicht gesehen haben - immer noch öffentliche Sitzung -, ermöglicht, aber es ist, wie gesagt, keine Wunderwaffe, nicht? Also, es ist eben - - Es mag ja sein, dass es an der reduzierten Verwendung unsererseits liegt; aber es ist für uns keine Wunderwaffe, es ist eine von mehreren Möglichkeiten, die wir haben. Man muss eben mehrere Ansätze haben, um in diesem Kampf gegen die terroristische Bedrohung hinreichende Ansätze zur Identifizierung entsprechender Personen gewinnen zu können. Aber mehr kann ich jetzt leider da noch nicht in der öffentlichen sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie sind ja noch im Testbetrieb, noch nicht im Wirkbetrieb. Haben sich denn in diesem doch sehr lange laufenden Testbetrieb schon erste Erfolge irgendwie gezeitigt? Haben Sie schon mehr Sicherheit herbeiführen können, wo die Amerikaner gesagt haben: „So ein bisschen bringt es ja doch“?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Also, das würde ich dann gern in der nichtöffentlichen Sitzung weiter vertiefen wollen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Wobei der Testbetrieb etwas ist, auf den ich als Fachabteilungsleiter sehr geringen Einfluss habe oder gar keinen Einfluss habe, weil - - Und das ist auch gut so. Ich finde es richtig, dass das BfV mit dieser IT-SiMa-Einheit - Frau Genkova haben Sie ja schon mal als Zeugin, glaube ich, hier gehabt - eine Einheit hat, die Einflüsterungen der Fachabteilungsleiter und deren Begehrlichkeiten relativ autark gegenübersteht. Das mag intern durchaus mal Meinungsverschiedenheiten generieren, aber im Bereich XKeyscore gab es die nicht, ja? Also, wir tun gut daran, die Dinge für uns alle überzeugend so zu gestalten, dass wir nachher keine praktische, fachliche oder gar - noch schlimmer - politische Vorwerfbarkeit generieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Letzte Frage, wahrscheinlich: Wie könnten denn die Amerikaner, jetzt nicht in einer Skala oder in einer Maßeinheit, aber vielleicht messen oder bewerten, ob der Einsatz von XKeyscore im Bereich der Auswertung beim BfV eine erfolgreiche Sache ist? Könnten die sagen: „Mensch, in unseren regelmäßigen Treffen wird berichtet, und da wird berichtet: ‚Wir haben diese und diese Erfolge in Deutschland‘“? Und dann sagen die: Okay, Deutschland ist ein bisschen sicherer geworden. - Oder gucken die sich Ihre generierten Meldungen an und sagen: „Na ja, hausintern hat das BfV dann aber irgendwo einen gewissen Output“? Oder sagen die: „Mensch, lasst uns doch mal eine Meldung teilen“? Also, woran erkennen die, dass das sinnvoll eingesetzt wird? Oder kriegt jeder so ein Tool, der in der westlichen Hemisphäre unterwegs ist?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die letzte Frage ist wiederum spekulativ.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eindeutig, kann ich nicht bestreiten.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die kann ich auch nicht beantworten, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Versuchen Sie - - Die war auch nicht ganz - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Klaus Rogner: - weil die Third Party Rule letztendlich verbietet, dass der französische, britische oder der holländische oder der dänische Partner hier Antworten geben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn es der französische hätte, da würde ich mich wundern.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die Aufzählung war rein zufällig. Sie gibt keinerlei Anlass zu Spekulationen, dass die genannten Dienste womöglich XKeyscore haben. Ich weiß es schlichtweg nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ich frage aber auch nicht, weil ich auch weiß, wenn ich den Kollegen oder die Kollegin fragen würde: Der darf und kann es mir eh nicht beantworten. Und es gibt keinen europäischen Nachrichtendienst. Also, insofern erübrigt sich auch diese Frage nach der Ebene weiter oben.

Die Frage, wie die Amerikaner den Erfolg messen. Ich habe ja bereits gesagt: Die Zusammenarbeit mit der NSA ist mit, oder ³ohne Diskussion um XKeyscore unverändert. Die Kommunikation mit der NSA zum Austausch über relevante Gefährderpersonen ist für uns unverzichtbar und unerlässlich und ist ein absolut wesentlicher Bestandteil. Anders gefragt: Mit welchem SIGINT-Partner sollte ich denn sonst arbeiten, wenn ich nicht mit der NSA arbeiten dürfte? Da gibt es dann nicht mehr viele jenseits der Five Eyes - jetzt mal ausgenommen den deutschen Partner BND. Die anderen sind nicht unsere Alliierten. Wir sind in der NATO. Und damit ist eben der amerikanische Partner der primäre und potenteste Partner in diesem Austausch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Alles klar. Okay. Ich glaube, daran wird sich die eine oder andere Frage anschließen. - Wir kommen jetzt zu den Fragen der Fraktionen. Es beginnt in der ersten Runde die Fraktion Die Linke, und Herr Kollege Hahn beginnt.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Auch von uns ein herzliches Hallo hier. Wir haben eine ganze Reihe von Fragen, wir werden ja gar nicht alles in der ersten Runde logischerweise schaffen.

Aber ich fange mal ein bisschen da an, wo der Vorsitzende jetzt auch noch gefragt hat. Wie würden Sie denn die NSA einschätzen, als Samariter? Oder? Es sind doch keine Samariter. Das würden Sie doch wahrscheinlich auch so festhalten.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die moralischen Kategorien der Nächstenliebe sind im Nachrichtendienstgeschäft nicht ausgeschlossen, aber höchst selten.

(Heiterkeit - Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Satz wird bleiben!)

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das weiß ich gar nicht, ob uns das freut zu hören. Aber Sie wissen sicherlich, worauf ich hinauswill. Wenn die NSA kein Samariter ist, der durch die Welt läuft, teure Technik, Softwaretools verschenkt, um das BfV zu erfreuen oder so, dann steht doch grundsätzlich nach wie vor die Frage - und wir haben ja mehrere Zeugen hier schon gehabt, ohne befriedigende Antwort bekommen zu haben -: Was wollten die Amerikaner als Gegenleistung?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die Amerikaner haben dieses Angebot gemacht in Kenntnis der Aktivitäten der Sauerland-Gruppe, in Kenntnis des Vorfalls am Frankfurter Flughafen, Arid Uka, bei dem ja schließlich amerikanische GIs aus der Luftwaffe ums Leben kamen, und sie haben eben mit uns gemeinsam die Auffassung geteilt, dass die Nutzung sozialer Medien eine neue Herausforderung darstellt, sprich: verändertes Kommunikationsverhalten der Zielpersonen letztlich auch eines veränderten Aufklärungsverhaltens der Nachrichtendienste bedarf.

3) Ergänzung des Zeugen: "oder", siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wir haben den Amerikanern sehr schnell deutlich gemacht, dass wir kein SIGINT-Dienst sind, wir haben den Amerikanern verdeutlicht, dass wir Analyse betreiben, also im Sinne Informationserhebung, Analyse, aber eben nicht mehr, und dass wir nur dafür als Partner in Betracht kommen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also, ich habe Sie jetzt nicht gefragt, was der Anlass war oder wo Sie sich einig waren. Ich habe gefragt: Was haben die Amerikaner als Gegenleistung gewollt, wenn sie keine Samariter sind?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Eine Gegenleistung der Amerikaner ist zu keinem Zeitpunkt formuliert worden. Dennoch aber ist es ein fachlicher Austausch. Also, insofern ist das Bild des Samariters, wie ich ja gesagt habe, nicht so ganz passend, weil wir hier ja nicht um Nächstenliebe reden, sondern wir reden ja darum, dass der Terrorkampf ein globaler Kampf ist und dass jeder einzelne Mosaikstein hilfreich ist und dass eben wir hier in der Betrachtung der Gefährdungslage innerdeutsch eine Ertüchtigung durch die Amerikaner bekommen sollten, die uns zum damaligen Zeitpunkt in dem Umfang so nicht zur Verfügung stand. Das war zumindest unsere Erwartungshaltung und, ich gehe davon aus, auch die amerikanische Erwartungshaltung.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also, die Amerikaner haben zu keinem Zeitpunkt deutlich gemacht, dass sie bestimmte Informationen zusätzlich haben wollen, dass sie Geodaten haben wollen, dass sie möglicherweise Metadaten haben wollen, die das BfV auf bestimmtem Wege erhält, von wem auch immer, und dass sie die Ergebnisse von G-10-Maßnahmen und die dabei entsprechenden Inhalte - Sie haben ja auf die Beschränkung auf G-10-Maßnahmen verwiesen -, dass sie das möglichst alles haben wollen? Das haben die zu keinem Zeitpunkt Ihnen gegenüber oder auch gegenüber dem BfV deutlich gemacht?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Es ist zu unterscheiden zwischen der hier mit XKeyscore behafteten Kooperation und der allgemeinen Kooperation, die unabhängig von XKeyscore vor XKeyscore und nach XKeyscore stattfindet. Aus der Nutzung

von XKeyscore sind aber keinerlei Daten an die US-Amerikaner abgeflossen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das können Sie definitiv ausschließen?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann haben Sie vorhin gesagt, Sie hätten die deutsche Rechtsposition hinreichend deutlich gemacht in den bilateralen Verträgen, und haben dann gesagt, das Postulat der Einhaltung deutschen Rechts - habe ich mir aufgeschrieben - sei zentral, und haben auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit hingewiesen, die es vorher gab. Würden Sie vielleicht noch mal erläutern, wie denn so was geprüft worden ist? Also, da unterschreibt man was: Wir halten uns an deutsches Recht. - Wie haben Sie geprüft, dass das tatsächlich stattfindet, sowohl bei XKeyscore als auch bei der sonstigen Kooperation, von der Sie gesprochen haben?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Wir sind ja jetzt weiterhin in öffentlicher Sitzung. Daher versuche ich, das dann zu umschreiben. Eventuell können Sie die Frage ja noch mal im nichtöffentlichen Teil dann erneut stellen.

Die Einhaltung geschieht primär durch den sogenannten Disclaimer. Dieser Disclaimer macht eben als Vorgabe, dass Informationen, die übermittelt sind, nur zu nachrichtendienstlichen Zwecken zu nutzen sind. „Nachrichtendienstlicher Zweck“ ist hier im Sinne des Bundesverfassungsschutzgesetzes zu lesen, also im Sinne des § 3 Bundesverfassungsschutzgesetz, Aufgabeneröffnung. Damit ist klar, dass „nachrichtendienstlicher Zweck“ im Sinne des deutschen Rechts Informationserhebung und Analyse umfasst, aber eben kein Mehr. Das ist einmal das, was die Geltung deutschen Rechts bedeutet und was auch den Partnerdiensten hinreichend deutlich gemacht wird; zumindest immer dann, wenn Verbindungspersonal wechselt oder aber wenn im Einzelfall Informationen übergeben werden, befindet sich am unteren Ende des Blattes ein Kasten. Und in diesem Kasten ist eben dann dieser Disclaimer, der datenschutzrechtliche Hin-



Nur zur dienstlichen Verwendung

weise und Verwendungshinweise beinhaltet, enthalten. Nähere Inhalte des Disclaimers aber nur in nichtöffentlicher Sitzung.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, nun haben wir ja jetzt hier eine öffentliche Sitzung; Sie haben gerade darauf hingewiesen. Das hört sich alles ganz nett an, dass das so eine Schutzvorkehrung ist. Ich will Sie da auch nach dem Inhalt gar nicht weiter fragen, sondern will versuchen, dass für die Öffentlichkeit auch deutlich wird, was das ist. Also, würde ich es denn etwas falsch beschreiben oder darstellen, wenn ich sage, das sind auf einem Papier, meinetwegen mit 100 Seiten, das Sie weitergeben an die Amerikaner, zwei Sätze am Ende, in denen Sie sagen: „Wir geben euch das alles jetzt zu treuen Händen, macht da bitte nichts Falsches mit, mit herzlichen Grüßen, Bundesamt für Verfassungsschutz“? Ist das irgendetwas Greifbares, irgendetwas Handhabbares, irgendetwas Einklagbares, was dort hinten steht? Das wäre ja dann vielleicht ein Schutz deutscher Interessen. Was also ist der Status von diesem sogenannten Disclaimer?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Also, dieser Disclaimer ist kein völkerrechtliches Nullum nach unserer Auffassung. Dieser Disclaimer hat durchaus Bindungskraft im Sinne einer Verwendungsbeschränkung für den Empfänger. Und es ist gängige Praxis in der nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit, dass solche Disclaimer beinhaltet sind und letztendlich den Empfänger der Information binden, entsprechend die Information zu verwenden. Ein Nachprüfvorbehalt ist in diesem Disclaimer unsererseits gegenüber dem Empfänger enthalten.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Was ist bitte enthalten, ein Nachprüfbereich? Wie prüfen Sie denn?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ein Nachprüfvorbehalt, also der Vorbehalt der Nachprüfung.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wie oft haben Sie denn geprüft, ob das so eingehalten worden ist?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Das, wenn, dann in nichtöffentlicher Sitzung, bitte.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also, das kann ich nun nicht verstehen, wenn ich Sie jetzt frage - - Sie haben eben eingeführt in öffentlicher Sitzung: Es gibt einen Nachprüfvorbehalt. - Und jetzt frage ich Sie, wie oft Sie denn so was geprüft haben. Das ist eine völlig sachliche Frage, die Sie jederzeit aus meiner Sicht in öffentlicher Sitzung beantworten können.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Diese Zusammenarbeit mit den ausländischen Partnerdiensten im Rahmen des Verbindungswesens ist Gegenstand der Zuständigkeit einer anderen Abteilung und nicht meiner Fachabteilung, weil für das ganze Haus der gleiche Disclaimer gilt. Und daher bin ich auch nicht der richtige Ansprechpartner für die Frage, wie oft so was nachgeprüft worden ist.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Kann es sein, dass es überhaupt nie nachgeprüft worden ist?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Das weiß ich nicht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und welche Sanktionsmöglichkeiten haben Sie denn eigentlich? Also, ich meine, da steht so ein Disclaimer, Sie haben einen Nachprüfvorbehalt, von dem wir nicht wissen, ob er jemals gebraucht worden ist. Jetzt frage ich: Was gibt es denn für Sanktionen?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Sie wissen ja auch, welche Sanktionen im völkerrechtlichen Verkehr möglich sind. Das, denke ich, ist doch durchaus bekannt, dass die Möglichkeit der Sanktionen im völkerrechtlichen Austausch recht begrenzt ist. Das heißt, im Endeffekt ist die einzige Sanktion die Nicht-Weiterübermittlung von Informationen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und da die Amerikaner so wichtig sind, stand die ja nie zur Debatte offensichtlich.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Das ist spekulativ, diese Frage. Das möchte ich auch nicht in öffentlicher Sitzung beantworten. Für uns ist die Zusammenarbeit mit dem US-Partner essenziell. Daher ist diese Fragestellung so zwar nachvollziehbar aus Ihrer Sicht, ich kann die Fragestellung auch verstehen; aber sie stellt sich für mich nicht, weil ich keinerlei Anhalt habe, dass der US-Partner



Nur zur dienstlichen Verwendung

von dieser Zweckbindung der Übermittlung, die in dem Disclaimer enthalten ist, abgewichen ist.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Was muss denn passieren, damit Sie tätig werden? Also, das Abhören des Handys der Bundeskanzlerin, was ja nicht einmal mehr von der amerikanischen Regierung bestritten wird, zum Beispiel ist kein Verstoß gegen deutsches Recht, kein Verstoß gegen die Gesetze der Bundesrepublik? Das ist alles okay, und Sie machen immer weiter wie bisher?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Das ist keine Frage, die die Fachabteilung für Islamismus und islamistischen Terrorismus zu beantworten hat, sondern das ist eine Frage, die die Fachabteilung für Spionageabwehr Ihnen beantworten müsste.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das ist die beliebteste Antwort von den Zeugen, immer wenn es unbequem wird. Sie waren ausweislich Ihres Lebenslaufs oder Dienstlaufes auch für die Spionageabwehr zuständig.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich frage Sie jetzt, was noch passieren muss, als dass das Handy der Kanzlerin abgehört wird, bevor man irgendetwas unternimmt, um gegenüber der amerikanischen Seite deutlich zu machen, dass es so nicht weitergeht und dass man irgendwelche tatsächlichen Sanktionen ergreift.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Zu Fragestellungen, wie die Spionageabwehr, wenn sie denn mit dieser Fragestellung umgegangen sein sollte, umgegangen ist, kann ich in öffentlicher Sitzung keine Ausführungen machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir die Fraktion wieder wechseln. - Wir kommen zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek beginnt mit den Fragen.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Rogner, auch von unserer Seite ein Hallo.

Ja, ich frage Sie, weil mich das wirklich interessiert, noch mal auch zu dem Testbetrieb. Ich hatte da heute Vormittag schon Ihren Kollegen Herrn Berfuß zu befragt und habe versucht, dann mal mit ihm zusammen die ja noch andauernde Testphase etwas einzuordnen. Und ich meine, wir haben ja zeitlich die Situation, dass die Lieferung von XKeyscore vor den Snowden-Veröffentlichungen stattgefunden hat, man ja auch mit der Testphase vor den Snowden-Veröffentlichungen begonnen hat, also zu einem Zeitpunkt, wo, ich sage mal, der Begriff XKeyscore sicherlich nicht so publik war, wie es jetzt ist.

Und jetzt haben wir - das ist das, was uns verwundert - seit diesem Zeitpunkt eine Testphase laufen im BfV - es sind jetzt dann bald drei Jahre -, und die Frage steht im Raum: Warum dauert das so lange? Die Zeugen haben bisher vorgetragen, aus dem BfV, dass es vor allen Dingen IT-sicherheitsrelevante Gesichtspunkte sind. Aber niemand konnte auch mal hergehen und sagen: „Wir haben da einen klaren Zeitplan“, was mich wundert. Und jetzt frage ich Sie einfach mal: Kennen Sie einen solchen Zeitplan? Kennen Sie für diese Installation dieses Tools im BfV einen Projektplan, einen Plan mit Meilensteinen, die zeitlich mal konkret machen, wann wir wo sein wollen und, ich sage auch mal, wann dieses Tool aus dem Probetrieb, aus dem Testbetrieb in den Wirkbetrieb übergehen soll?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ja, auch wenn ich Sie jetzt enttäuschen muss, Herr Abgeordneter: Ich kenne einen solchen Zeitplan nicht. Er ist auch nicht im Rahmen meiner Zuständigkeit, sondern in der Zuständigkeit des Kollegen, den Sie schon vernommen haben, auch nicht da, sondern IT-SiMa. Also, wenn, dann vielleicht Kollege Berzen, aber ich weiß nicht, was der genau dazu gesagt hat. Also, ich bin auf jeden Fall nicht derjenige, der über diesen Plan, wenn es denn diesen Plan gibt - selbst das weiß ich nicht -, Kenntnis hat.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Den kennt keiner im BfV!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Ja, die Aussage bisher war: Wir prüfen und testen. - Und es kam natürlich dann die Aussage auch: Wir haben großes Interesse daran, dass wir möglichst zügig in den Wirkbetrieb kommen. - Aber ich sage auch irgendwo: Mir fehlt halt der Glaube, dass das bei drei Jahren so ist. Und ich habe heute Morgen oder heute Vormittag mal grundsätzlich mit ein paar Thesen gearbeitet, die sich, ich sage jetzt mal, mir aufdrängen, zugegebenermaßen spekulativ sind, aber die natürlich ein Versuch sind, sich das zu erklären. Also, eine Möglichkeit wäre: Man hat schlicht und ergreifend, nachdem XKeyscore in der Öffentlichkeit so publik geworden ist, kalte Füße bekommen. Man hat ja immerhin die Testphase auch einmal ausgesetzt. Das ist richtig?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ja, soweit ich mich da erinnere - aber ich war dafür nie federführend zuständig -, kam es wohl zu einer kurzen Unterbrechung der Testphase. Die Fragestellungen, die Sie bewegen, kann ich nachvollziehen. Für mich sind andere Fragen in der alltäglichen Arbeit von viel größerer Bedeutung, dass meine Abteilung, unsere Behörde durch die Partner, aber auch durch eigene Informationsgewinnung, aber eben nicht nur⁴ durch XKeyscore, in der Lage ist, terroristische Bedrohungen hoffentlich wie bisher beizeiten zu erkennen und zu verhindern. Daher war für mich dieses Problem der Testphase oder diese Fragestellung der Testphase von untergeordneter Bedeutung.

Für mich ist entscheidend, dass die Arbeitsabläufe, die Steuerungsabläufe, die Kooperationsbemühungen mit einer Vielzahl von ausländischen Partnern funktionieren. Und solange seitens der NSA keine massiven Beschwerden über zu lang andauernde Testphasen laut werden, würde ich auch nicht beteiligt werden, weil, wie gesagt, diese Testphasen nicht in meiner Verantwortung sich befinden. Ich habe auch keine entsprechenden Nachfragen der NSA zu diesem Punkt gehört.

Christian Flisek (SPD): Das ist mal eine Aussage. Also, Sie haben bisher - - Das wäre ja mal ein

Punkt. Weil das war auch eine These von mir, dass man gesagt hat oder dass wir uns das so erklären: Der Deal ist ja, man kriegt so was wie XKeyscore, und im Gegenzug ist man eben verpflichtet, Daten, Erkenntnisse, Informationen, wie auch immer, zu liefern. Ich sage mal, das ist so der Deal. Und dass man jetzt sagt, eben auch nachdem das Ganze so in der Öffentlichkeit ist, nachdem hier ein Untersuchungsausschuss existiert im Deutschen Bundestag, kommuniziert man beispielsweise gegenüber der NSA: Also, wir sind jetzt hier mal in einer Testphase, und die läuft erst mal auf unbestimmte Zeit und mit offenem Ausgang.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Herr Abgeordneter Flisek, das ist auch spekulativ.

Christian Flisek (SPD): Klar.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ich kann Ihre These weder bestätigen noch dementieren. Es ist mir schlichtweg unbekannt, ob derartige Überlegungen, wo auch immer, im BfV getätigt worden sein könnten. Ich kann dazu eigentlich nichts Sinnstiftendes, Vertiefendes mitteilen.

Christian Flisek (SPD): Akzeptiere ich völlig. Gleichwohl muss ich Sie dazu halt befragen, ob Sie irgendwelche Wahrnehmungen haben, -

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Selbstverständlich, keine Frage.

Christian Flisek (SPD): - die eventuell eine solche zugegebenermaßen spekulative These stützen können.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ich darf allenfalls vielleicht darauf hinweisen, dass unser Präsident selbst die Öffentlichkeit informiert hat, dass dieses Tool im BfV in einer Testphase beschränkt als Analyseinstrument ohne Erfassungsfunktion Anwendung findet, und selbst davon gesprochen hat, dass diese Stand-alone-Lösung gegeben ist. Also, daher, denke ich, war dieses ungewöhnliche Maß an Transparenz durchaus gegeben. Und

4) Ergänzung des Zeugen: "nur", siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

ich darf Sie vielleicht noch mal zu meinem Eingangsstatement zurückführen, wo ich ja gesagt habe, dass XKeyscore bei uns keine Sonderrolle einnimmt, sondern dass es eben eines von mehreren Analyseinstrumenten ist, aus deren Verwendung wir uns neue Ansatzpunkte für Ermittlungen im terroristischen Milieu erhoffen.

Christian Flisek (SPD): Das haben wir auch bisher so verstanden. Aber ich verstehe Sie richtig, also, wenn dazu jemand irgendwelche Angaben machen könnte, dann würden Sie sagen: „Das wäre dann schon der Präsident selber“, weil wenn solche Überlegungen überhaupt im Hause angestellt werden würden, dann ist das eher oben auf der Präsidentenebene angesiedelt?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Unser Präsident wird sich mit Sicherheit fundiert äußern können. Das bin ich von ihm gewöhnt.

Christian Flisek (SPD): Ich auch. - Sie waren ja lange Jahre auch verantwortlich im Bereich der Spionageabwehr, bis 2008. Ich meine, es ist ja auch ein großes Thema bei uns im Untersuchungsausschuss. Im Vergleich zu dieser Zeit - - Oder ich frage Sie jetzt mal so: Man hört jetzt, es gäbe angeblich jetzt einen sogenannten 360-Grad-Blick. Gab es den in Ihrer Zeit auch schon?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die politische Diskussion bezüglich des BfV und seiner partiellen Blindheit sagt ja immer, wir seien auf dem rechten Auge blind. Das weise ich natürlich von mir. Nichtsdestotrotz: Ja, natürlich gab es diesen 360-Grad-Blick schon länger. Seine Intensität ist aber über die Jahre immer höchst unterschiedlich ausgeprägt gewesen. Das Gesetz schließt ja - -

Christian Flisek (SPD): Was heißt das konkret bezogen - -

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Das Gesetz schließt ja im Rahmen der Strafbarkeit einschlägiger Tatbestände, die für die Spionageabwehr von Bedeutung sind, prinzipiell - - Wenn man jetzt diesen Paragraphen „Tätigwerden für eine fremde Macht“ ansieht, ist die fremde Macht ja nicht eine bestimmte, zwei bestimmte, fünf bestimmte

Mächte, sondern es ist eben generell auf den Globus betrachtet im 360-Grad-Blick die Agententätigkeit ein Tätigwerden für eine fremde Macht, das heißt, es könnten höchst verschiedene Mächte hinter solchen Aktivitäten stehen.

Christian Flisek (SPD): Das ist mir klar. Aber diese ganzen Mächte sind ja alle jetzt auch nicht in der Gesamtheit Untersuchungsgegenstand. Mich interessieren insgesamt fünf Länder - das wissen Sie -, insbesondere die USA und Großbritannien. Die Frage ist halt: „Wie ist man mit denen umgegangen?“, also mit Staaten, mit denen man insgesamt auch im Geheimdienstgeschäft sehr eng kooperiert hat.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Das kann ich eigentlich in öffentlicher Sitzung sehr schwer bis gar nicht beantworten. Aber ich versuche vielleicht folgenden Satz: Es gibt für Phänomenbereiche, die das BfV bearbeitet, die Bezüge ins Ausland haben - - Und auch die Bekämpfung von geheimdienstlicher Agententätigkeit macht ja nicht zwingend Schluss an den deutschen Grenzen. Fremde Dienste senden Personal nicht nur nach Deutschland und wechseln auch Personal. Auch da ist also eine Kooperation mit anderen Nachrichtendiensten zur Identifizierung solchen Personals erforderlich. Diese gab es sicherlich auch insbesondere zu der Zeit hier in Berlin, als hier der Viermächtestatus galt, also die Alliierten hier vorhanden waren, und auch im restlichen Bundesgebiet gab es diese Kooperationen. Den Rest, was jenseits von Kooperationen an Auffälligkeiten, wenn Sie das meinen, festgestellt worden ist, entzieht sich meiner Kenntnis, weil ich dafür nie eingesetzt war.

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ich war damals auch lediglich in hierarchisch niederer Funktion tätig. Da werden die Ausschnitte immer kleiner über das vorhandene Wissen. In der Spionageabwehr - -

Christian Flisek (SPD): Sie waren Referatsleiter.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Genau. - In der Spionageabwehr gilt der Grundsatz des „Need to



Nur zur dienstlichen Verwendung

know“, in der Terrorbekämpfung gilt der Grundsatz des „Nice to share“, soll heißen, die Spionageabwehr hat stärkere Abschottungsmomente in den Referaten untereinander, als es in der Terrorbekämpfung der Fall ist.

Christian Flisek (SPD): Aber was würden Sie denn sagen, wenn ich jetzt sage, dass man eventuell über Jahre hinweg - - Ich würde das gar nicht so formulieren, wie Sie das gerade getan haben, dass man da blind ist, dass man aber aus Kapazitätsgründen allein im Bereich der Spionageabwehr eben faktisch, wenn auch nicht auf dem Papier, aber faktisch bestimmte Länder schlicht und ergreifend ausgeblendet hat, weil man mit, ich sage mal, anderen Staaten, wo man vielleicht viel höhere Gefährdungspotenziale gesehen hat, so beschäftigt war, dass das die Kapazitäten eigentlich voll in Anspruch genommen hat.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Also, dazu, wenn überhaupt, in nichtöffentlicher Sitzung.

Christian Flisek (SPD): Gut. Aber das heißt, da können Sie uns dann dazu was sagen, zu der Zeit, in der Sie - bis 2008 - Verantwortung hatten?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Dazu - da bitte ich um Nachsicht - muss ich erst mal mit dem BMI über meine Aussagegenehmigung reden. Ich weiß es nicht, derzeit. In der nichtöffentlichen Sitzung dann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn ich das jetzt richtig verstehe: Über die Aussagegenehmigung können Sie jetzt schon reden. Dann wissen wir, ob wir in nichtöffentlicher Sitzung etwas erfahren werden.

Christian Flisek (SPD): Genau.

(Der Zeuge berät sich mit
MR Torsten Akmann
(BMI))

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Soweit ich dazu Aussagen machen kann und noch Erinnerung habe, werde ich mich dann äußern.

Christian Flisek (SPD): Sehr gut. - Jetzt noch einmal zurück zu Ihrer jetzigen Tätigkeit. Sie sind jetzt Abteilungsleiter 6, und Sie beschäftigen sich mit islamistischem Terrorismus. Das ist ein sehr wichtiges Arbeitsgebiet, das für die innere Sicherheit in Deutschland eine hohe Bedeutung hat. Jetzt haben wir gelernt, dass im Testbetrieb von XKeyscore beim BfV das Ganze eben nicht zur Erfassung, sondern nur zur Auswertung hergenommen wird, aber dass die Auswertung sehr nützlich sei, weil man damit bestimmte Dinge decodieren könnte, richtig?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ja.

Christian Flisek (SPD): Jetzt hatten Sie gerade gesagt, „Nice to share“ ist der Arbeitsgrundsatz in Ihrer Abteilung 6. Ich meine, wir reden über Bedrohungsszenarien, die ja sehr konkret sind, wo, ich sage mal, in dem Bereich des Austausches vielleicht auch jede Stunde zählt, manchmal zumindest, ja? Sie stimmen mir da zu, ja?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Natürlich. Ich habe ja im Eingangsstatement auch ausgeführt, dass die Geschwindigkeit des Informationsaustausches oft genug von höchster Bedeutung ist. So ist es, natürlich.

Christian Flisek (SPD): Gut. Deswegen noch mal meine Frage: Warum - ich versetze mich nur noch mal in die Rolle einer Person, die jetzt in diesem Dienst Verantwortung hätte -, warum steht dann der Übergang in den Wirkbetrieb bei XKeyscore nicht ganz oben auf der Agenda? Warum kommt man da nicht zu Potte?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Weil die Effektivität der Zusammenarbeit mit dem Partner NSA - bei XKeyscore ist es ja die NSA - nicht mit der Aufnahme eines Wirkbetriebs von XKeyscore steht und fällt, weil XKeyscore offensichtlich in seiner Bedeutung - - Ich habe zumindest hier den Eindruck, dass die Bedeutung überhöht empfunden wird. XKeyscore ist eine von vielen Möglichkeiten, auch von Möglichkeiten, die unsere eigene Anlage bietet. Ich muss nicht - - Zur Abwehr terroristischer Gefahren ist es nicht das einzige und Allheilmittel, über XKeyscore tätig zu werden. Es



Nur zur dienstlichen Verwendung

ist etwas, was uns die Nutzung bestimmter Internetprotokolle erkennen lässt. Das heißt aber noch lange nicht, dass ich sie lesen kann. Will heißen: Wir nutzen XKeyscore, aber wir haben eben andere Möglichkeiten des Informationsaustausches, die uns hinreichend Sicherheit geben, dass die Identifizierung und Abwehr terroristischer Gefahren möglich ist.

Christian Flisek (SPD): Wäre XKeyscore aus Ihrer Sicht verzichtbar?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Das ist ja Gegenstand auch des Testbetriebs und einer abschließenden Würdigung nach Abschluss des Testbetriebs. Aus unserer Sicht ist eine Fähigkeit, wie sie XKeyscore für uns ermöglicht, wenn wir die in unserer eigenen Anlage mit eigener Technik nachbauen können, dann ist XKeyscore verzichtbar, selbstverständlich.

Christian Flisek (SPD): Aber dazu ist das Bundesamt ja offensichtlich nicht in der Lage.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Wir reden - -

Christian Flisek (SPD): Ich meine das jetzt nicht negativ, sondern schlicht und ergreifend weil das Tool, scheint es, so komplex ist.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Wir reden doch letztendlich, also eine Ex-tunc-Betrachtung. Die Überlassungszeiträume und die fraglichen Zeiträume waren 2012, 2013. Mittlerweile sind wir im Jahr 2016. So ganz singulär, wie sich XKeyscore zum damaligen Zeitpunkt dargestellt hat, ist es zwischenzeitlich nicht mehr. IT-Technik entwickelt sich weiter.

Christian Flisek (SPD): Auch die im eigenen Haus.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Erfreulicherweise auch die im eigenen Haus, ja.

Christian Flisek (SPD): Aber Sie werden ja auch mit Updates versorgt von XKeyscore, oder?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Da bin ich jetzt ein bisschen überfragt. Ich glaube, mich erinnern zu können, dass einmal ein Update kam, ja. Ist aber nicht meine Zuständigkeit. Das ist eben in der AG „Poseidon“, wie es hier schon eingeführt wurde, und in der anderen Fachabteilung sicherlich ganz bewusst dort angesiedelt, um der Durchsetzung von G-10-Recht in jedem Punkt generell Möglichkeit zu bieten. Diese Frage kann ich so jetzt nicht beantworten. Ich habe nicht irgendwelche Updates gegengezeichnet, Empfangsscheine unterschrieben oder sonstiges.

Christian Flisek (SPD): Über das Thema Datenübermittlung möchte ich mit Ihnen noch sprechen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wollen wir das in der nächsten Runde machen, weil die Zeit jetzt eigentlich um ist, weil das ein neuer Themenblock ist?

Christian Flisek (SPD): Ja, passt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Dann kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion. Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz beginnt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Herr Rogner! Ich will mich zu Beginn mit zwei sozusagen grundsätzlichen Fragen beschäftigen, einmal im Hinblick auf den Einsatz von XKeyscore und was es da für Diskussionen am Anfang gegeben haben mag. Sie haben gesagt, es ginge eben vor allen Dingen oder ausschließlich nach deutschem Recht um die Daten, die aus G-10-Erfassungen kommen. Gibt es denn andere Daten, die das Bundesamt für Verfassungsschutz überhaupt hat, als G-10-Daten?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Im Rahmen der gesetzlichen Aufgabeneröffnung, die im Verfassungsschutzgesetz geregelt ist, wissen Sie ja, welche nachrichtendienstlichen Mittel grundsätzlich das Bundesamt für Verfassungsschutz einsetzen kann. Selbstverständlich ergeben sich auch aus dem Einsatz anderer Mittel jenseits von G 10



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hinweise, Informationen, Verdichtungsmöglichkeiten jenseits der technischen - das ist ja eine technische Überwachung, G 10 - Möglichkeit. Es gibt eben die anderen Möglichkeiten menschlicher Quellen, es gibt die Möglichkeit von Observationen, also verschiedene Möglichkeiten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mir geht es jetzt um Social Media, Metadaten und so was. Hat so was das BfV?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die Methodik der Bearbeitung des Web-Dschihad, wenn wir das mal so nennen wollen, also der dschihadistischen Aktivitäten im Internet, beinhaltet natürlich auch die Auswertung offen zugänglicher Aktivitäten bei Facebook und beinhaltet auch den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel im Sinne der vorbeschriebenen zwei Mittel im Internet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das macht Sinn. Die Frage ist: Wollen die Amerikaner auch an diese Daten ran?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die Fragestellung ist insofern vielleicht so zu verstehen, wenn ich sie vielleicht kurz ausführen darf, weil ich Ihre Frage nicht so ganz verstehe - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann die Frage neu formulieren und fragen: War in dieser Kooperation ein Bedürfnis der Amerikaner, auch an diese Daten heranzukommen?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Bedürfnisse haben alle fremden Nachrichtendienste, auch die Amerikaner.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja - -

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Es ist aber so. Es gibt hier keinen Unterschied.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar, Bedürfnisse haben alle. Wenn Sie sagen, diese Frage ist hypothetisch, dann kann ich nur sagen: Das ist eine blumige Antwort. Also: Gab es das Bedürfnis der Amerikaner, genau an

diese Daten auch heranzukommen? - Denn ich sage Ihnen mal, das Problem ist ja - was man sich fragt als normaler Mensch, der nicht so tief in der Materie ist wie jemand, der jeden Tag da arbeitet -: Aus Sicht der Amerikaner mit, ich sage mal, Mohammed-Atta-Erfahrung, 11. September muss es doch das Bedürfnis geben, gerade auf solche Daten auch zuzugreifen. Deswegen die Frage: Bei der Verhandlung der Terms of Reference, bei diesem ganzen Ding XKeyscore im BfV hat diese Frage eine Rolle gespielt, ja oder nein?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die Erfahrungen der Amerikaner mit 9/11 und mit Mohammed Atta und die Erfahrungen mit dem Anschlag von Arid Uka - der war ja nun zeitlich deutlich näher -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: - auf amerikanische GIs am Flughafen Frankfurt sind natürlich der Hintergrund nachrichtendienstlichen Handelns der Amerikaner; aber sie reihen sich da ein in einen Kreis vieler Nachrichtendienste, die mit uns arbeiten wollen und die auch selbst im Internet arbeiten. Also, natürlich gibt es Austausch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Rogner, Sie beantworten meine Frage nicht.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Natürlich gibt es Austausch über Informationen, die im Internet gesammelt werden - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wollten die Amerikaner an diese Daten ran, ja oder nein?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Es gibt kein gezieltes Wollen der Amerikaner nach diesen Daten, sondern immer dann, wenn ein konkreter Anlass zur Informationsübermittlung besteht, übermitteln wir solche Informationen. Es gibt keinen Generalwunsch: Ich will alles, was - - So funktioniert es nicht, sondern immer dann, wenn wir im Rahmen unserer Bearbeitung erkennen, dass eine Information, die wir gewonnen haben, vertieft werden könnte durch einen Partnerdienst oder zu



Nur zur dienstlichen Verwendung

dessen Sicherheitsinteressen zu übermitteln erforderlich ist, dann treten wir an den heran oder aber der Partner tritt an uns heran. Die Amerikaner unterscheiden sich hier auch nicht von den Russen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist völlig klar. Nur, ich sehe ja das Rechtliche. Sie dürfen ja gar nichts anderes rechtlich.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Natürlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die erste Frage, die wir uns stellen, ist: Darf ich darüber reden?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich weiß, ich weiß. So, und jetzt ist die interessante Frage: An dieses Projekt XKeyscore beim BfV ist irgendwie der Bundesnachrichtendienst angeflanscht, Team Deutschland. So. Jetzt haben Sie vorhin gesagt und es sehr betont - das verstehe ich auch, weil das ja der rechtliche Rahmen ist -, dass Sie nur einzelfall- und anlassbezogen Daten weiterleiten. Jetzt haben Sie es aber mit dem Bundesnachrichtendienst zu tun, der irgendwie Teil dieser Kooperation ist. Der darf nicht im Inland, macht aber massenhaft Metadaten aus dem Netz, auch mit XKeyscore. Da entsteht irgendwie so eine diffuse Gemengelage, die mir schwierig erscheint.

Jetzt frage ich Sie: Was können Sie uns über diese Diskussion im fraglichen Zeitraum erläutern, wie man diese Problematik aufgelöst hat? Ich schicke mal voraus, dass ich davon ausgehe, dass das BfV sich da total korrekt verhalten hat. Ich wäre nur sehr dankbar für eine zutreffende Sachverhaltsbeschreibung, damit man auch mal sehen kann, wie sich Behörden vernünftig verhalten. Also, ich würde um ein offenes Wort in dieser Sache bitten.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Vorneweg: Das Team Germany oder das Team Deutschland ist etwas, an dessen Weiterentwicklung das BfV größtes Interesse hat. Uns ist sicherlich wesentlich - und

das ist dem amerikanischen Partner durchaus bekannt - lieber, SIGINT-Erfassungen und SIGINT-Daten vom BND zu erlangen als von Sonstigen. - Erstens.

Zweitens. Wenn wir mit dem BND arbeiten, dann gibt es im Regelfall eine Kommunikation von uns an den BND, bei der wir, wenn wir davon ausgehen müssen, dass der BND diese Information mit weiteren teilt, wir eine §-19-III-Prüfung ebenfalls durchführen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Korrekt.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Was der BND macht bei der Übermittlung an Partner, kann ich nicht beantworten. Ich bin nicht beim BND.

Wenn wir Informationen des BND erhalten, nehmen wir diese Informationen und überprüfen diese Informationen, ob wir dazu eigene Erkenntnisse vorhalten. Ein Rücklauf an den BND zu ergänzenden Informationen erfolgt erneut unter der §-19-III-Brille. Also, die §-19-III-Bestimmung ist für uns immer dann von Relevanz, wenn wir mit einiger Wahrscheinlichkeit davon ausgehen müssen, dass diese Information mit dritten Partnern geteilt wird. Selbstverständlich ist der BND an Weitergabevorbehalte unsererseits, sollten wir die in diesen Schriftverkehr aufnehmen - „Weitergabe außerhalb Deutschlands nur nach vorheriger Zustimmung BfV“, könnte so etwas heißen -, nach unserer Auffassung gebunden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verstehe ich alles, und ich sehe auch genau das Dilemma. Trotzdem interessiert mich der Kern sozusagen dieser Kooperation, ob man über dieses Konstrukt „XKeyscore beim BfV“ den Versuch gestartet hat vonseiten des Bundesnachrichtendienstes und der NSA oder der CIA oder von wem auch immer, der Amerikaner, endlich eine rechtliche Möglichkeit zu finden, auf in Deutschland erfasste Daten Zugriff zu bekommen. Das kann ja am Ende nicht geklappt haben, vielleicht auch wegen Snowden oder so. Ich weiß es nicht, weil hier niemand mal einen straighten Satz sagt. Aber ich glaube, so könnte es gewesen sein, und es würde einfach helfen, zu verstehen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

wie es zu dieser Kooperation gekommen ist, weil man eben dieses Dilemma, das man jahrelang mit sich herumgeschleppt hat - Sie wissen ja, wir haben uns sehr lange mit dem Bundesnachrichtendienst und „Eikonat“ und „Glotaic“ und was danach kam, 2008, und all den Problemen usw. - - und immer haben die Amerikaner gedrängelt und gesagt: „Wir wollen gerne an die anderen Sachen ran“, und es hat nicht funktioniert.

War dieser Versuch „XKeyscore beim BfV“ ein Versuch, an die Daten in Deutschland ranzukommen? War das beim Einstielen dieser Sache, bei der Verhandlung der Terms of Reference ein Thema?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Erstens. Ich bedauere, Ihnen mitteilen zu müssen, dass ein derartiges Begehren des BND oder der NSA über den BND mir nicht bekannt ist, zu keinem Zeitpunkt bekannt war und ich nicht spekulieren kann und will. Ich weiß es nicht; mir ist es nicht bekannt.

Im Übrigen waren wir oder wären wir nicht in der Lage gewesen, dieses Tool - - Womöglich wären wir in der Lage gewesen, es zu installieren; aber es in der Folge sinnvoll zu nutzen, wären wir offensichtlich nicht in der Lage gewesen. Daher hätte es zwei Möglichkeiten gegeben: einmal eine Schulung durch einen NSA-Techniker, die wir aber nicht wollten, weil wir nicht wollten, dass der NSA-Techniker auf diesen Computer Zugriff hat, auf dem das Tool installiert ist, auch wenn er nur daran schult. Die andere Möglichkeit war eben, einen BND-Techniker für diese Schulung zu gewinnen, weil im BND die Nutzung des Tools offensichtlich - ich kenne keinen Zeitpunkt - schon länger stattgefunden hat und, wie man aufgrund der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses weiß, auch in größerem Umfang stattgefunden hat als bei uns. Daher kann ich in keiner Weise Spekulationen bestätigen, dass, wie auch immer, der BND selbst oder die Amerikaner über den BND versucht haben, hier an unsere Daten heranzukommen. Im Übrigen, denke ich, haben wir das Erforderliche getan, dass solche Absichten, sollten Sie bestanden haben, nicht umsetzbar waren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zu dem letzten Punkt: Haben Sie etwas Konkretes dazu sagen müssen oder argumentieren müssen oder vorbringen müssen, um dieses Begehren zurückzuweisen?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde Ihnen gerne einen Aktenvorhalt machen, wenn ich die Minute noch bekomme.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können wir das in der nächsten Runde machen? Wir sind nämlich jetzt bei elf Minuten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das machen wir in der nächsten Runde. Bitte schön.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion, zur Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Vielen Dank. - Herr Dr. Rogner, grüß Gott auch von unserer Seite! Der Kollege Hahn und auch andere haben Sie vorhin schon gefragt, wie man denn prüfen konnte, dass deutsches Recht eingehalten wird, wie es in den Terms of Reference dann niedergeschrieben wurde, bzw. was denn dann die Folgen wären, wenn es nicht so wäre. Vielleicht können Sie das mal schildern. Wäre dann eine, sage ich mal, vielleicht schwierige Überprüfbarkeit der Einhaltung deutschen Rechts, hätte das dann zur Folge, dass man sagt: „Es kann kein Datenaustausch stattfinden“? Und was hätte das dann wiederum für Konsequenzen auch für die Sicherheit unseres Landes?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die Zusammenarbeit mit den amerikanischen Partnerdiensten, hier in erster Linie NSA, ist, wie gesagt, von essenzieller Bedeutung für die Terrorbekämpfung, was den deutschen Inlandsdienst, das BfV, angeht. Ich habe in den ganzen Jahren, in denen ich in diesem Bereich tätig bin, aber auch in meiner Verwendung keinerlei Anhalt gesehen, daran zu



Nur zur dienstlichen Verwendung

zweifeln, dass Daten, die an den Partner übermittelt worden sind, jenseits der nachrichtendienstlichen Zweckbestimmung Verwendung gefunden haben. Sollte ein solcher Verdacht entstanden sein, wären unsererseits primär die Amtsleitung, die Fachaufsicht und hausintern vermutlich die Abteilung 4 beteiligt gewesen. Das hätte zu einer Eintrübung bis zu einer Einstellung von Informationsübermittlung geführt und wohl auch führen müssen. Dazu gab es aber zu keinem Zeitpunkt in den letzten 20 Jahren, die ich überblicke, Anlass für derartige Sanktionen. Und das ist ja dann auch die einzige Sanktion, die hier im Umgang zwischen völkerrechtlichen Subjekten möglich wäre.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt hatten Sie uns vorhin schon kurz geschildert, welche Vorkehrungen Sie treffen, um die Einhaltung deutschen Rechts sicherzustellen. Jetzt habe ich Sie so verstanden: Wenn einem das jetzt nicht genügen würde, wenn man sagen würde: „Das reicht uns nicht“, dann gäbe es die einzige Konsequenz, dass man es eben nicht tut, mit allen Folgen, die Sie auch vorhin im Eingangsstatement beschrieben haben.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Frau Abgeordnete, mir ist derzeit noch keine rechtliche Möglichkeit eingefallen, mit welchem Mandat ein deutscher Amtsträger, wie auch immer geartet, im Ausland bei einem Partnerdienst sozusagen einmarschieren und ermitteln könnte. Ich denke, das ist im Widerspruch zu jeglicher internationalen Vereinbarung. Und diese Zusammenarbeit beruht auf gegenseitigem Vertrauen und auf der Tatsache der NATO-Kooperation und der bilateralen langjährigen positiven Erfahrungen.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt haben wir hier ja auch schon das Thema besprochen, inwiefern sichergestellt werden kann, dass Daten, die das BfV an die NSA oder andere Dienste übermittelt, nicht für gezielte Tötungen verwendet werden. Können Sie uns noch mal schildern, wie denn die Weisungslage im BfV ist zur Übermittlung von Daten, die dann möglicherweise zur Lokalisierung und gegebenenfalls Tötung verwendet

werden können, und vielleicht ob sich die Weisungslage geändert hat in den letzten Jahren?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die Antwort ist in öffentlicher Sitzung etwas schwierig. Ich hatte aber bereits ausgeführt, dass wir Daten übermitteln einmal mit dem gerade in Fragen schon gegenständlichen Disclaimer mit der Zweckbindung für nachrichtendienstliche Zwecke und dass aus unserer Sicht „nachrichtendienstliche Zwecke“ im Lichte des deutschen Rechts, also des Bundesverfassungsschutzgesetzes zu lesen ist und damit eben zur Informationserhebung und Analyse und zu sonst nichts, insbesondere auch nicht zu exekutiven Maßnahmen wie Verhaftungen und dergleichen.

Es ist internationale Gepflogenheit, dass nachrichtendienstliche Daten eben nicht ohne Zustimmung dessen, der Eigentümer dieser Daten ist, in Strafverfolgung münden dürfen. Da haben alle beteiligten Dienste jedes Mal durchaus überwindbare, aber doch vorhandene Probleme, solche quellengeschützte⁵ Informationen bzw. Informationen, die der Third Party Rule unterliegen, überhaupt einer exekutiven Verwendung zuzuführen. Im Übrigen ist der amerikanische Partner selbst daran interessiert, Informationen, die in der Kooperation zur Terrorabwehr erhoben sind, immer dann in geeigneter Weise für uns freizugeben, wenn Strafverfolgungsnotwendigkeiten bestehen.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt haben Sie beschrieben, dass dieser Disclaimer mit übermittelt wird. Uns ist aus den Akten eine Dienstvorschrift „Ausland“ bekannt - - Jetzt schreitet wahrscheinlich gleich wieder Herr Akmann ein, dass ich hierüber nicht sprechen darf. Es gibt aber auch eine Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke. Dort wird auch auf die Dienstvorschrift Bezug genommen. Deswegen würde ich jetzt schon sagen, dass wir vielleicht abstrakt darüber reden können. - Ist in dieser Dienstvorschrift geregelt - verstehe ich das richtig? -, dass dieser Disclaimer mitzuschicken ist bei Datenübermittlungen?

5) vgl. Anmerkung des Zeugen, Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ja, das ist Gegenstand der Dienstvorschrift.

Nina Warken (CDU/CSU): So wurde es auch in der Anfrage beantwortet.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Es gibt zwei verschiedene Disclaimer: den normalen Disclaimer für Informationen, die nicht nach dem G-10-Gesetz erhoben sind, und einen besonderen Disclaimer, der für Informationen, die nach dem G-10-Gesetz erhoben worden sind - - Da wird dem Partner noch mal verdeutlicht, dass diese Informationen schon gleich gar nicht irgendwo verwandt werden können.

Nina Warken (CDU/CSU): Gibt es darüber hinaus weitere Vorschriften, weitere Weisungen?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die wesentliche Rechtsgrundlage für die Übermittlung ist der § 19 III Bundesverfassungsschutzgesetz, und die geübte Praxis der Abwägung der für die Übermittlung zugrunde liegenden abzuwägenden Interessen auf informationelle Selbstbestimmung, Datenschutzrecht einerseits und Gefahrenabwehr andererseits. Diese werden seit einiger Zeit in Form von Annotationen in den Akten auch verschriftet.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt gab es ja auch schon Presseberichte darüber, inwiefern Daten übermittelt wurden, die dann zur Tötung genutzt werden können bzw. genutzt wurden, zum Beispiel ein Bericht aus der *Süddeutschen Zeitung* vom April 2014. Dort wird Bezug genommen auf einen Erlass des Innenministeriums, wonach für die Zukunft ausgeschlossen werden sollte, wenn ich es jetzt richtig wiedergebe, dass Daten, die geeignet sind, zu lokalisieren, zu töten, übermittelt werden dürfen. Das ist dann aber nicht die Dienstvorschrift „Ausland“, sondern das ist dann eine andere Weisung. Oder gibt es die Weisung überhaupt? Ist das richtig, was da in der *Süddeutschen* steht?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Das Bundesministerium des Innern beglückt uns immer wieder mit einer Vielzahl von Erlassen, was im Rahmen der Wahr-

nehmung der Fachaufsicht selbstverständlich deren Pflicht und gutes Recht ist. Ja, es gab auch einen Erlass, der hier Vorgaben gemacht hat. Details aber in der nichtöffentlichen Sitzung.

Nina Warken (CDU/CSU): Der hat die Übermittlung von Handydaten betroffen, so berichtet es die *Süddeutsche*. Ich weiß nicht: Können Sie dazu sagen, ob das weiterhin möglich ist oder nicht mehr möglich ist oder nicht mehr gemacht wird, dass Handy-Nummern übermittelt werden? Oder können Sie das nur nichtöffentlich sagen?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Nichtöffentlich.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. - Dann hatten Sie ja gerade eben schon gesagt, dass sich die Datenübermittlung ja grundsätzlich nach den Vorschriften von § 19 III Bundesverfassungsschutzgesetz richtet bzw. nach dem G-10-Gesetz, § 4 G-10-Gesetz. Können Sie vielleicht mal den Ablauf schildern, wie genau dann die Datenübermittlung stattfindet? Ich habe in Erinnerung, dass erst die Fachabteilung schaut, ob eine Meldung zur Übermittlung geeignet ist, und dann, wenn es G 10 betrifft, auch die Abteilung 3, meine ich, das prüfen und freigeben muss, und dann übermittelt es wiederum die Fachabteilung tatsächlich ans Ausland. Vielleicht können Sie es noch mal konkret für uns schildern, bitte.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Also, gehen wir mal vom Regelfall aus. Sie haben den Anfang, denke ich, jetzt völlig zutreffend wiedergegeben. Die Information, wenn sie denn geeignet ist zur Übermittlung, also übermittelt werden darf und übermittelt werden muss womöglich zur Gefahrenabwehr beim Partner, diese Information fällt bei uns in der Fachabteilung Islamismus/islamistischer Terrorismus an. Wir prüfen, ob diese Information aus G 10 gewonnen wurde oder nicht. Ist sie aus G 10 gewonnen, ist Abteilung 3, dort eben Volljuristen, Befähigung zum Richteramt, genauso wie für die sonstige Freigabe von Informationen, die aus unseren G-10-Maßnahmen stammen, verpflichtend zu beteiligen. Die müssen dann prüfen und freizeichnen und auch als G-10-Material registrieren.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dann kommt diese Meldung zu uns zurück. Diese Meldung - wir reden also in der Regel von einem PDF-Dokument - geht dann in unsere Abteilung für Auslandsbeziehungen - das ist die Fachabteilung 1 -, dort in das Referat, welches für die Kommunikation mit allen Partnern zuständig ist, wird dort als Auslandspost registriert. Das heißt, es kriegt eine Nummer und eine Jahrgangszahl, in der Regel auch noch eine Fallbezeichnung, weil der Schriftverkehr mit Partnerdiensten unter Fallnamen läuft.

Dann wird es entweder per händischer Übergabe, wenn keine gesicherte elektronische Kommunikation zum Partner entweder vor Ort, hier in Berlin, oder an dessen Hauptquartier besteht, wird es also in Papierform ausgehändigt, oder eben elektronisch. Die Aushändigung als solche ist mit Empfangsschein, das heißt bei Hand-zu-Hand-Übergabe mit einer echten Unterschrift und bei elektronischer Übersendung mit einem entsprechenden Empfangsprotokoll.

So ist sichergestellt, dass der Weg und das Stück und der Inhalt dieses Stücks nachvollziehbar und wieder auffindbar sind, weil der Partner ja unser Aktenzeichen nicht bekommt, sondern eben nur diese Auslandspost-Registriernummer. So können wir dann bei Nachfragen wieder rekonstruieren, auf welche Anfrage von uns oder auf welche Antwort von uns die Folgefrage sich ergeben hat. Der Verkehr ist, je nachdem wie die Zusammenarbeit mit dem Partner geregelt ist, unterschiedlich eingestuft nach der deutschen Verschlusssachenanweisung und wird eben dann auch auf entsprechenden Kanälen, die für Geheim oder VS-Vertraulich zugelassen sind, übermittelt oder eben, wenn dieser Kanal nicht vorhanden ist, händisch übergeben.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt haben Sie gerade von einer Meldung im PDF-Format gesprochen. Also, sind es dann tatsächlich einzelne PDF-Dokumente, die irgendwie elektronisch übermittelt werden oder dann eben ausgedruckt händisch übergeben werden, oder sind es ganze Datensätze, sind es auch Rohdaten vielleicht?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: In der Regel - und so kenne ich es als gängige Praxis - zeichnet der Abteilungsleiter Auslandspost üblicherweise nicht. Die Zeichnung von Auslandspost erfolgt üblicherweise durch die Referatsgruppenleiter, weil es einmal die Dienstvorschrift so regelt und es zum Zweiten der Entlastung, rein quantitativ, des Fachabteilungsleiters dient und auch, denke ich, die Nähe zum Vorgang durch die Gruppenleiter höher ist. Diese Dokumente sind wie andere Vermerke im Haus eben auch mit bestimmten Doc-Vorlagen zu erstellen. Dort ist eben dann der Disclaimer auszusuchen durch den Mitarbeiter der Fachabteilung. Daher sind es in der Regel dann zwecks Verhinderung von Veränderbarkeit, Korruptierbarkeit der Daten in der Regel PDF-Dokumente.

Aber es findet kein Austausch in dem von Ihnen geschilderten höheren Massenumfang statt. Es ist immer in der Regel Case by Case und damit eine Einzelinformation oder eine Sammlung von Einzelinformationen, aber kein Datenabfluss größerer Art, Festplatten oder sonst was. Das ist mir so nie bekannt geworden.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt haben Sie gesagt, dass es auch vorkommt, dass dann per Hand übergeben wird. Ist es auch denkbar, dass es lediglich mündlichen Austausch gibt, zum Beispiel bei, ich weiß nicht, Gelegenheiten, Treffen von Mitarbeitern aus Ihrem Haus mit Mitarbeitern der NSA, dass man dann über einzelne Fälle, über einzelne Gefährder spricht, vielleicht mal sagt: „Wir haben den und den im Visier, ist vielleicht für euch auch interessant“? Gibt es solche Fälle auch, und würde das dann auch dokumentiert werden?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Also, hier ist zu unterscheiden zwischen Fällen bei Besprechungen, Gesprächen, Terminen, wie Sie sie gerade geschildert haben, und Telefonaten. Für Telefonate ist auch eine Regelung vorhanden, wer darf überhaupt; hier bedarf es der bestimmten Ermächtigung. Bei Besprechungen ist es das Gleiche. Also, nicht jeder Mitarbeiter im Haus ist tatsächlich ermächtigt zum Umgang mit Angehörigen fremder Nachrichtendienste.



Nur zur dienstlichen Verwendung

In der Regel gilt hier auch das Vieraugenprinzip. Das heißt, in der Regel sind es zwei Sachbearbeiter, aber nicht immer; Ausnahmen sind hier durchaus möglich, müssen aber dem Referatsleiter in der Regel angezeigt werden. Bei Abteilungsleitern und der Amtsleitung ist es nicht üblich, die Gespräche alleine zu führen. In der Regel sind Mitarbeiter meines Stabs oder des Präsidialbüros bei solchen Gesprächen mit anwesend.

Im Übrigen ist das Referat, das ich erwähnt hatte, das auch für die Registrierung der Auslandspost zuständig ist, die Stelle, die einen Überblick haben muss über alle Kontakte zu ANDs. Also, hier findet dann eine Meldung des Kontakts üblicherweise statt. So was kann immer mal unterbleiben wegen Büroversehens, ist aber dann unverzüglich nachzumelden, wenn es erkannt wird.

Kontakte persönlicher Art bestehen natürlich. Persönlich heißt aber immer dienstlich. Es gibt keine privaten Kontakte zu Mitarbeitern fremder Nachrichtendienste; die sind auch nicht zulässig. Die müssten, wenn sie denn entstünden, unserer hausinternen Sicherheit gemeldet werden und bedürften dann im Nachhinein der Zustimmung der hausinternen Sicherheit.

Die Gesprächsabflüsse bei Gesprächen mit Angehörigen von AND werden im Nachgang in Vermerkform protokolliert und sind natürlich dann im Rahmen des gesprochenen Worts die Anwendung des § 19 III. Die Aktenkundigmachung erfolgt dann eben durch den Vermerk.

Nina Warken (CDU/CSU): Vielen Dank. - Jetzt haben wir ja hier schon viel gehört - das haben Sie vorhin auch schon mit den Kollegen besprochen -, was denn die mögliche Motivation gewesen sein könnte, weshalb die NSA die Software XKeyscore dem BfV überlassen hat. Es wurde auch spekuliert, ob es vielleicht der Wunsch nach einem Informationskanal vom BfV zur NSA gewesen sein könnte, also nicht in Form einer Datenleitung, sondern dass man einen institutionalisierten Austausch von Erkenntnissen hat, regelmäßige Treffen hat und dass es vielleicht in

Zukunft ohne Umwege stattfindet, also ohne einen anderen Dienst oder amerikanische Dienststellen möglich ist.

Wäre das denkbar, vielleicht auch um Verzögerungen zu vermeiden bei Erkenntnissen um terroristische Gefährdungen? Hat es so was vielleicht auch in der Vergangenheit gegeben, wo man dann gesagt hat: „Das hätten wir gerne schneller und direkter“? Wäre das vielleicht auch eine Motivation?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ja, so was gibt es und gab es. Das ist eingerichtet worden, das ist ein E-Mail-Verteiler, der es uns ermöglicht, von uns über die Abteilung TA des BND Post an die NSA zu versenden, also wiederum in der Regel in Form von PDF-Dateien. Das hat mit XKeyscore nichts zu tun, sondern das ist eben für jede Menge von Anfragen, die bei uns geeignet erscheinen, den Partner zu befragen, ob er dazu Erkenntnisse vorliegen hat, immer wenn konkrete Verdachtsmomente bestehen und immer anlassbezogen, keine andere Form der Anfrage.

Das ermöglicht dann über die TA, die keine Prüfkompetenz hat, weil die TA ist ja nur eine Fachunterstützungsabteilung - - Unser Pendant - - Abteilung 6, Pendant, beim BND wäre die Abteilung TE. Die TA ist also eine Durchleitstelle und leitet dann dieses PDF-Dokument unmittelbar nach Fort Meade, also ins NSA-Hauptquartier. Alles andere existiert weiterhin.

Uns ist aber wichtig oder uns war wichtig, diese wenn auch nicht unmittelbare, sondern mittelbare, und die ist eben erforderlich, diese Einschaltung des TA BND, weil NSA als SIGINT-Dienst nur mit SIGINT-Diensten kooperieren darf und nicht direkt mit uns - - das eben eine deutliche Verbesserung der Laufzeiten der Kommunikation ergeben hat. Wie Sie sicher zutreffend erwähnt haben, ist es durchaus fallentscheidend in der Terrorbekämpfung gewesen und wird auch weiterhin genutzt und hat mit XKeyscore nichts zu tun, sondern ist auch nicht für XKeyscore-Ergebnisse genutzt worden, weil aus XKeyscore nichts zu den Amerikanern abgeflossen ist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. Jetzt sagen Sie, es hat nichts mit XKeyscore zu tun. Aber ich habe Sie so verstanden, dass Sie gesagt haben: Das ist eingerichtet worden. - Wann war das, und gab es da einen konkreten Anlass?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Frau Abgeordnete Warken, da bin ich jetzt ein bisschen überfragt, wann dieser Verteiler eingerichtet worden ist. Er ist aber seit meiner Zeit als Abteilungsleiter, also nach dem 01.01.11, eingerichtet worden, und er wird weiterhin genutzt. Ich kann Ihnen jetzt aber kein konkretes Anfangsdatum für die Einrichtung von Butterfly momentan sagen. Vielleicht fällt es mir im Laufe der heutigen Sitzung noch ein.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich hätte dann auch noch mal eine Nachfrage zu den Terms of Reference, bei denen Sie ja auch maßgeblich beteiligt waren. Da wird ja immer auch in der Presse, zum Beispiel bei *Zeit Online*, behauptet bzw. dort werden die angeblichen Inhalte der Terms of Reference ja veröffentlicht. Ich will jetzt gar nicht, dass Sie bestätigen, ob das so auch der richtige Text ist oder nicht. Aber dort wird eben behauptet oder Hauptvorwurf ist, dass die mithilfe von XKeyscore gewonnenen Informationen so weit wie irgend möglich mit der NSA zu teilen sind. Angeblich sei im englischen Text die Rede davon:

To the maximum extent possible share all data relevant to NSA's mission.

Geht es jetzt darum, muss man das so verstehen, dass es um eine Kooperation im Rahmen der Gesetze geht oder um eine Missachtung deutscher Gesetze? Dieses „maximum extent possible“, wie wäre das zu verstehen, wenn das ein Teil der Regelung wäre?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Also, da wir diejenigen sind, die hier jetzt gefragt werden: „Wenn, was hättet ihr gegeben?“, kann ich nur antworten: Hätten wir den Amerikanern was gegeben, was wir aber nicht haben, dann hätten wir natürlich im Rahmen der Geltung deutscher Gesetze und deutschen Rechts agiert und hätten die Formulierung im Lichte dessen interpretiert, was die

Terms of Reference, ohne es jetzt, weil es nach wie vor Verschlussache ist, meinerseits zu zitieren, aber auch beinhalten, nämlich die Geltung deutschen Rechts als oberstes Postulat. Das wäre sozusagen die Linie der Interpretation und der Auslegung für die Abwägung nach § 19 III gewesen, was ich auskehren darf und: Was darf ich nicht auskehren? Also: deutsches Verhalten nach deutschem Recht, amerikanische Wünsche nach amerikanischem Recht, so in etwa.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt noch eine Frage zur Anwendung von XKeyscore. Die Abteilung 6 erhält ja, so habe ich es bislang verstanden, keine Rohdaten aus den G-10-Maßnahmen, sondern Verschriftungen aus der Abteilung 3 in Form von G-10-Vermerken. Ist auf diesen Verschriftungen vermerkt, ob darin Daten enthalten sind, die mit XKeyscore analysiert werden, wurden? Also, ist es Ihnen möglich, zu erkennen, ob Sie eine Zulieferung bekommen, die durch die Analyse mit XKeyscore gewonnen ist?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Da bin ich jetzt gänzlich überfragt. Mit G-10-Vermerken habe ich so gut wie überhaupt nicht mehr zu tun; die kenne ich aber aus alter Zeit in meiner früheren Verwendung. Aber wie das heute sich konkret darstellt, kann ich nicht beantworten.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie hatten vorhin ja auch schon gesagt, dass Sie keinen Einfluss hatten auf die G-10-Bearbeitung, aber dass - ich hatte es so verstanden - der Testbetrieb von XKeyscore mit ausgewählten G-10-Maßnahmen aus dem von Ihrer Abteilung zu bearbeitenden Gefahrenbereich durchgeführt wird; es seien wohl zu Beginn drei Maßnahmen gewesen und dann sieben Maßnahmen. Wie war das jetzt? Wurden die G-10-Maßnahmen von Ihrer Abteilung ausgewählt, und waren das alles Maßnahmen aus dem Bereich islamistischer Terrorismus?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die Maßnahmen, die hier ausgewählt wurden, wurden durch die zuständigen Gruppenleiter und Referatsleiter ausgewählt. Meine Vorgabe war: Es sollen solche Maßnahmen sein, nämlich Maßnahmen aus dem Be-



Nur zur dienstlichen Verwendung

reich des islamistischen Terrorismus. Die Antragstellung von G-10-Maßnahmen aus der Fachabteilung heraus erfolgt regelmäßig unter Beteiligung der Hierarchie, meine Person einschließend, so dass ich also einen Grundüberblick über die G-10-Maßnahmen habe. Die konkreten Einzelmaßnahmen, die da benannt wurden - kann ich mich aber jetzt nicht erinnern, ob die mir vorher zwecks Zustimmung zugelegt, zugeleitet worden sind oder nicht.

Diese Maßnahmen haben Maßnahmennummern. Da kann ich aber jetzt nicht erinnern, ob das vorlag oder nicht. Aber die Vorgabe war klar: Bitte Maßnahmen, bei denen unsererseits eine Erwartungswahrscheinlichkeit, eine Wahrscheinlichkeit besteht, dass diese Maßnahmen im Sinne des Testbetriebs auch die Nützlichkeit des amerikanischen Tools belegen können, und nicht Maßnahmen, wo es von vornherein eher unwahrscheinlich ist.

Durch die intensive Abschottung, stand-alone und den speziellen Raum, in dem der Computer steht, konnten wir durchaus auch relevante Maßnahmen hierfür verwenden. Es gab also keine selbst auferlegte Zurückhaltung, Kernmaßnahmen nicht zu verwenden. Es gab auch keinen Anlass, irgendwo hier misstrauisch zu sein, sondern es sollte wirklich einen Testbetrieb möglich machen, der eine verlässliche Aussage im Anschluss bezogen auf das Phänomen Terrorismus, islamistischer Terrorismus macht. Aber der Testbetrieb ist noch nicht abgeschlossen; da sind wir dann wieder bei dem anderen Thema.

Nina Warken (CDU/CSU): Gab es zudem noch weitere Kriterien, also etwa auch ob die Daten oder die Erkenntnisse dann interessant für die NSA sein könnten, oder sonstige Kriterien?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Es war zu keinem Zeitpunkt Gegenstand einer Vorgabe oder einer entsprechenden Überlegung, sondern wir haben das Tool so nutzen wollen, dass es die für die deutsche Seite bestmöglichen Testergebnisse oder Einblick in die Fähigkeiten ermöglicht. Das hielt ich für ein nicht unbedingt sachdienliches Kriterium, amerikanische Interessen bei so einer Aus-

wahl zu berücksichtigen. Der Terror ist immer international, es gibt keinen nationalen Terror im Islamismus.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt haben Sie gesagt, Sie wollten auch bestmöglich die Nützlichkeit der Software testen. Also, es sollten dann auch Maßnahmen sein, an denen sich das dann zeigt oder nicht. Vielleicht können Sie das noch konkretisieren. Ich meine, dass ich den Zeugen Berfuß so verstanden habe, dass es durchaus auch zeitkritische Sachverhalte betroffen hat.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Da bin ich überfragt. Das kann ich jetzt nicht mehr - - erinnerlich - - habe ich nicht erinnerlich.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. Gut. - Meine Zeit ist jetzt auch um. Vielen Dank.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: So. Dann geht es weiter bei Frau Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Dr. Rogner, ich würde gern zu einer Aussage von Ihnen zurückkommen. Sie haben vorhin gesagt, es sei ein ungewöhnliches Maß an Transparenz gewesen, dass das BfV von sich aus zum Einsatz von XKeyscore informiert hätte.

Möglicherweise habe ich eine falsche Erinnerung, aber aus den Akten ergibt sich, dass am 20.07.2013 der *Spiegel* unter dem Titel „Deutsche Geheimdienste setzen US-Spähprogramme ein“ erstmalig zum Einsatz von XKeyscore beim BfV berichtet hat. Danach setzt dann eine Anfragetätigkeit von Abgeordneten ein, im August 2013. Aber ich sage mal, die wahrheitsgemäße Beantwortung von Kleinen Anfragen ist ja kein ungewöhnliches Maß an Transparenz des BfV. Können Sie mir erklären, wie Sie zu dieser Aussage kommen?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Diese Aussage war so gemeint, dass wir zu keinem Zeitpunkt verdeckt haben, XKeyscore zu nutzen, sondern unser Präsident von Anfang an der Meinung war, dass die Nutzung von XKeyscore im BfV in der Art und Weise, wie es stattfindet - lediglich zur Analyse und zu sonst nichts und unter Beschränkung auf



Nur zur dienstlichen Verwendung

G-10-Daten zur Analyse -, nichts ist, was in irgendeiner Form der Öffentlichkeit vorzuenthalten ist, sondern hier offen und transparent erklärt werden soll, was im BfV damit passiert ist. So war die Äußerung gemeint. Ich meinte damit, wir hatten keinen Grund zur Geheimniskrämerei und zum Hinterm-Berg-Halten, weil hier gibt es nichts aus meiner Sicht, was inkriminiert ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, der Entscheidungsspielraum, ob man eine Kleine Anfrage von Parlamentariern wahrheitsgemäß beantwortet, ja oder nein, ist ja nicht so riesig, dass man dort sagen kann, das legendiert man oder hält man hinterm Berg. Aber ich will da noch mal fragen: Vor dem 20.07.2013, also der erstmaligen Presseerwähnung, hat denn das BfV das PKGr über den Einsatz informiert gehabt?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ich würde die Antwort zweiteilig machen wollen. Ich bitte, nicht so verstanden zu werden, dass ich hier in irgendeiner Form an der wahrheitsgemäßen Beantwortung kleiner parlamentarischer Anfragen gerüttelt habe. Das ist natürlich selbstredend, -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: - das ist überhaupt nicht, -

Martina Renner (DIE LINKE): Nicht erwähnenswert.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: - ist überhaupt nicht Gegenstand irgendeiner Frage und Diskussion. Da, denke ich - ich bin im Schwerpunkt auch Verfassungsrechtler - werden wir hier keinen Diszens generieren.

Ob das PKGr unterrichtet worden ist oder nicht, kann ich jetzt nicht exakt erinnern, weil ich zu dem Zeitpunkt ja auch nicht der federführende Fachabteilungsleiter war, sondern das war Abteilung 3 bzw. sicherlich mit der AG „Poseidon“ Abteilung 3. Da müsste ich Aktenstudium betreiben. Das kann ich Ihnen jetzt aus dem Stand nicht beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Also summarisch gesehen kann man sagen, es war kein ungewöhnliches Maß an Transparenz und auch kein Von-sich-aus-Informieren, sondern es war das übliche Umgehen einer obersten Bundesbehörde mit dem Parlament bei der Beantwortung von Kleinen Anfragen.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Diese Bewertung steht Ihnen natürlich als Mitglied des Hohen Hauses zu. Ich will sie jetzt auch nicht kommentieren.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke schön. - Ich würde gern fragen zu einer Reise, die im Mai 2009 stattgefunden hat. Teilnehmer waren Stab ÖS II, aber auch das BfV. Es ging um die Zusammenarbeit zwischen BMI, BfV, NSA, CIA und anderen. Erinnern Sie sich an diesen Vorgang?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Nein, ich kann mich an den Vorgang nicht erinnern. Ich war auch nicht bei dieser Reise dabei.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist schade, weil da hatten wir gehofft, dass Sie dabei gewesen sind und uns etwas sagen können zu dem Punkt. Aber vielleicht haben Sie trotzdem eine Erinnerung. 2009 könnten Sie ja mit den Vorgängen schon befasst gewesen sein.

Treffen mit der NSA ...

BMI stellte die Projekte und Vorhaben im Bereich der Kommunikationsauswertung und -überwachung vor (insbes. Massendatenauswertung, TKÜ-Bündelung, Bildung der Gruppe 6 E im BfV).

Diese Gruppe 6E im BfV ist was?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Darf ich das Dokument mal sehen?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, gern. - Ich kann das auch noch mal hier für die Ordnung sagen: MAT A BMI-17-2b.pdf. Das ist die Seite 206, 207 f.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er sowie Vertreter der Bundesregierung nehmen Einblick)

Zeuge Dr. Klaus Rogner: So, ich habe jetzt hier einen Ordner, Frau Renner. Wo ungefähr steht das?

Martina Renner (DIE LINKE): Seite 206 oder 207 unten. Da steht „Zusammenarbeit mit der NSA“ und dann ist diese Abteilung 6E erwähnt. Ich habe jetzt die Vorlage nicht mehr und muss es aus dem Kopf sagen. TKÜ-Bündelung, Massendatenauswertung - -

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Okay. - Also, zu dieser Zeit war ich ja, wie Sie wissen, noch nicht Abteilungsleiter 6, war aber bereits in der Abteilung 6 tätig, war zu der Zeit Leiter Aufbaustab der Referatsgruppe 6E.

Martina Renner (DIE LINKE): Deswegen hatte ich ja gehofft, dass Sie dazu was sagen können.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Den Vermerk als solchen kenne ich nicht. Der ist mir natürlich nicht zugeleitet worden. Ich weiß auch nicht, wer da seinerzeit über die Einrichtung der 6E gesprochen hat. Wir waren damals, wie das Wort „Aufbaustab“, denke ich, plastisch macht, noch eine relativ kleine Einheit, die sich mit den Fragestellungen insbesondere dschihadistischer Internetpropaganda, Videoverlautbarungen und ersten Ansätzen zur Beobachtung von dschihadistischen Web-Foren beschäftigt hat. Die Fragestellungen, die hier mit beinhaltet sind, waren damals noch keine Kernaufgabe der Referatsgruppe 6A [sic!]⁶, die es damals noch nicht gab, sondern die im Aufbau befindlich war.

Martina Renner (DIE LINKE): Und es geht ja hier um die Unterstützung, die die NSA möglicherweise geben kann. Da würde ich eben fragen: Um welche Unterstützung handelt es sich, wenn es

darum geht, zur Massendatenauswertung ertüchtigt zu werden bzw. zur TKÜ-Bündelung?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Da das ein Vermerk des BMI ist, würde ich ja doch vorschlagen, dass Sie vielleicht andere Zeugen zu dem befragen. Mir war die Erwartungshaltung, die in dem Vermerk zum Ausdruck kommt, so nicht hinterbracht worden. Ich kenne diese Überlegungen, so wie sie hier stehen, nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay, dann müssen wir noch mal jemanden aus dem zuständigen Bereich des BMI gegebenenfalls dazu hören.

Wie war denn überhaupt die Kooperation mit dem BMI ÖS II 3, was die Frage Einsatz von XKeyscore angeht? Welche Rolle spielte das BMI überhaupt?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ich gehe davon aus, dass das BMI im Rahmen seiner fachaufsichtlichen Aufgabenwahrnehmung über das Angebot der NSA unterrichtet worden ist, kann mich daran aber jetzt nicht unmittelbar erinnern, weil die AG „Poseidon“ nicht durch mich geleitet worden ist und im Vorfeld nicht ich derjenige war, der mit der weiteren Bearbeitung dieses Erstantgebots betraut war, sondern mein damaliger Referatsgruppenleiter 6E, den Sie ja heute schon als Zeugen vernommen haben. Insofern, denke ich, wird er nach bestem Wissen und Gewissen und wahrheitsverpflichtet Ihnen da schon Auskunft gegeben haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Spielte denn bei Beratungen, an denen Sie teilgenommen haben, mit dem BMI die Frage Einsatz von XKeyscore eine Rolle?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ich kann mich daran nicht erinnern.

Martina Renner (DIE LINKE): Spielte das Thema Erwartungshaltung der NSA eine Rolle?

6) Richtigstellung des Zeugen: "Gemeint war nicht die Referatsgruppe 6A, sondern die Referatsgruppe 6E.", siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Da kann ich mich auch nicht erinnern, weil wir ja auch nicht über XKey-score miteinander - -

Martina Renner (DIE LINKE): Die können ja auch sonst noch Erwartungshaltungen gehabt haben.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die Fragestellung, in welcher Art und Weise insgesamt amerikanische Partner mit uns Informationen teilen, wie sich diese Situation verbessert, verschlechtert, welchen Einfluss die Affäre Snowden auf die Gesamtentwicklung des Austausches hat - das ist mir erinnerlich -, war sicherlich Gegenstand von Gesprächen. Aber im Konkreten dazu kann ich mich nicht erinnern.

Martina Renner (DIE LINKE): Es ist ja relativ viel schon zu dem Disclaimer gefragt worden, der bei der Übersendung von Daten an AND angefügt war. Ich würde gerne fragen zu einem Erlass des BMI vom 24. November 2010, der regelt, dass bei der Datenübermittlung keine solche dabei sein dürfen, „die unmittelbar für eine geographische Ortung ... verwendet werden können“. Kennen Sie diesen Erlass?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Können Sie mir den Erlass mal zeigen?

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe den auch nicht. Ich habe nur die Antwort auf eine Kleine Anfrage, in der in der Vorbemerkung der Bundesregierung dieser Erlass erwähnt wird. Sonst hätte ich Ihnen den natürlich gerne gezeigt. Aber er wird nur eingeführt in der Antwort der Bundesregierung. Das ist die Drucksache 17/8088 aus der letzten Legislatur. Ich war halt bis jetzt immer davon ausgegangen, dass Erlasse aus dem BMI natürlich im BfV bekannt sind.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Selbstverständlich sind Erlasse des BMI im BfV bekannt und werden auch zügig nach Eingang abgearbeitet. Ich kann mich aber bei der Vielzahl von Erlassen beim besten Willen nicht an jeden einzelnen Erlass erinnern. Einen solchen von Ihnen erwähnten Erlass habe ich aktuell nicht erinnerlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Das heißt, die Weitergabe von Daten, die zur Ortung geeignet sind, würde lediglich darunter fallen, dass man sie auch mit einem Disclaimer versehen muss. Dass sie grundsätzlich von der Weitergabe gänzlich ausgeschlossen sind, ist Ihnen unbekannt.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die Prüfung der Weitergabe von Informationen erfolgt, wie ich mehrfach ausgeführt habe, nach § 19 III. Hier wägen wir ab. Wir haben keinerlei Anhalt und keinerlei Wissen, dass die Weitergabe der von Ihnen erwähnten Daten in irgendeiner Form zu nicht nachrichtendienstlichen Zwecken hätte verwendet werden sollen oder dürfen, wären sie denn weitergegeben worden. Ich habe da keinen Hintergrund dazu.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, ich kann einfach auch noch mal - das ist vielleicht für das Protokoll ganz sinnvoll - den Titel nennen: „Tötung eines deutschen Staatsangehörigen durch einen US-Drohnenangriff“. Das war eine Kleine Anfrage der Kollegen Neskovic, Gehrcke und anderer, in der dieser Erlass zitiert wird.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Vielleicht kann die Bundesregierung dazu etwas sagen?

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Herr Akmann.

MR Torsten Akmann (BMI): Ich warte darauf, dass Sie mir das Wort erteilen freundlicherweise.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Ja, habe ich.

MR Torsten Akmann (BMI): Vielen Dank. - Wir haben den dabei. Ich biete an, da er eh angefordert worden ist vorhin in der Beratungssitzung, dass wir ihn jetzt übergeben.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann könnten wir den auch dem Zeugen vorhalten. Das wäre ein Traum, Herr Akmann.

MR Torsten Akmann (BMI): Genau.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Können wir kurz Pause machen, dass wir den mal kurz selbst sehen können und dann vielleicht dem Zeugen vorhalten können? - Danke.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Warum ist der eigentlich nicht bei den Akten?)

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann würde ich vorschlagen, dass wir kurz unterbrechen. Er wird kopiert, verteilt, und dann steigen wir wieder in die Sitzung ein. Und so können Sie sich vielleicht auch einen kleinen Moment ausruhen, Herr Rogner. Vielleicht wollen Sie auch mal den Raum verlassen.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Darf man mal auf den Balkon?

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Ja wohl. Da gehen jetzt mehrere hin.

(Unterbrechung von 18.42 bis 18.56 Uhr)

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann steigen wir wieder in die Sitzung ein. - Frau Renner, Sie waren durch mit der Runde.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, nein, nein, wir hatten nur unterbrochen.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wir hatten unterbrochen wegen des Dokuments!)

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann machen wir das noch abschließend zu dem Dokument.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir waren auf jeden Fall auch nicht die ganze Zeit - -

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Okay.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben die Vorlage mittlerweile auch? Dann hätte ich dazu zwei

Fragen oder drei. Ist Ihnen dieses Schreiben bekannt?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Dieses Schreiben ist mir damals, als es gesandt worden ist, nicht bekannt geworden, weil zum fraglichen Zeitpunkt - Datum 24. November 10 - war ich nicht Abteilungsleiter, sondern Referatsgruppenleiter 6E, und das ist keine Thematik, die in meiner Referatsgruppe bearbeitet wurde.

Martina Renner (DIE LINKE): Und als Sie dann Anfang 2011 AL wurden, ist es Ihnen dann bekannt gemacht worden?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Dann ist es mir im Rahmen der Beantwortung parlamentarischer Anfragen bekannt geworden, denke ich. Also jetzt erinnere ich, dass dieser Inhalt enthalten ist:

die unmittelbar für eine geographische Ortung in der in Rede stehenden Region verwendet werden können.

Daran kann ich mich erinnern, das ist aufgetaucht, ja. Aber ob ich das Dokument als solches körperlich mal gesehen habe, daran kann ich mich nach wie vor nicht erinnern.

Ich hätte mich erinnert, denke ich, wenn es zu meiner Zeit eingegangen wäre, dann wäre es auch über meinen Schreibtisch höchstwahrscheinlich gegangen und wäre von mir paraphiert worden, oder es wäre in unserer Domus-Aktenhaltung nachvollziehbar. Aber ich kenne es körperlich nicht. Ich weiß aber, dass diese Vorgabe, die meiner Meinung nach deklaratorisch die Gesetzeslage wiedergibt, nämlich

unmittelbar für eine geographische Ortung in der in Rede stehenden Region verwendet werden können,

dass diese Äußerung dann mir berichtet wurde aus den zuständigen Referaten oder Referatsgruppen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Welche Daten sind denn geeignet, unmittelbar eine geografische Ortung durchzuführen?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Das ist eine sehr schwierig zu beantwortende Frage. Zumindest keine solchen Daten nach unserer festen Überzeugung, die wir übermitteln.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, ich möchte jetzt den Datentyp wissen.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ich gehe mal davon aus, dass hier unter anderem GPS-Daten gemeint sein könnten.

Martina Renner (DIE LINKE): Mobilfunknummern fallen nicht darunter?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Nach meinem Wissensstand fallen bloße Mobilfunknummern da nicht drunter.

Martina Renner (DIE LINKE): Eine Postadresse, eine Wohnanschrift?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Eine Postadresse in Deutschland ist ja wohl nicht gegenständlich. Wo die dann wohnen in AfPak, in welchem Zelt oder in welchem Camp, wissen wir regelmäßig nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Warum ist denn eine Handynummer nicht geeignet?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die Auskunft, über die ich verfüge, ist, dass eine bloße Handynummer nicht geeignet ist. Insbesondere dürfte sich nach meinem Wissensstand eine deutsche Handynummer, die wir regelmäßig haben, dafür sowieso nicht geeignet erweisen.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben aber in Ihren Unterlagen zu den Maßnahmen auch Handynummern übermittelt, die in den Transitländern oder in dem Zielland prepaid gekauft wurden.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Nach meinem Wissensstand ist eine bloße Handynummer nicht geeignet.

Martina Renner (DIE LINKE): War das Ihr damaliger Wissensstand?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Das ist mein heutiger - Ich habe keinen Grund, an diesem Wissensstand irgendwelche Zweifel zu haben, auch heute nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Nun gibt es ja für dieses Schreiben einen Anlass. Da steht ja: Ihr Schreiben vom 22.11.2010, also Ihr Schreiben vom BfV an das BMI, und dann dieses Rückschreiben vom BMI an das BfV. Was war denn der Anlass für dieses Schreiben?

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Das wäre dann die letzte Frage.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ich habe im Eingangstatement die Gefährdungslage in den Jahren 2009 und 2010 dargestellt, unter anderem die beiden Gefährdungsstränge, die hier eine Bedeutung hatten. In diesem Kontext ist seinerzeit im Rahmen der gegründeten Sonderauswertung, hatte ich auch ausgeführt, eine Datenübermittlung auch an die NSA erfolgt, weil die Bedrohungslage dahin gehend vorhanden war, dass Personen in AfPak rekrutiert, nach Deutschland zurückgeschleust worden wären, die hätten hier Anschläge begehen sollen, kurz zusammengefasst.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber das war jetzt sehr allgemein. Hier steht: Aktenzeichen 6D5-272-530514-0001-0089/10. Das heißt, es ist doch ein konkreter Vorgang, Fall, ein möglicherweise getöteter Deutscher nach Drohneneinsatz, der zu diesem Briefwechsel führt. Wir können gern noch einmal ins Feld führen, dass es natürlich 2010, im Herbst, entsprechende Vorfälle gegeben hat. Glauben Sie immer noch: „Das ist die allgemeine Bedrohungslage“, oder gab es nicht für diesen Erlass einen konkreten Ausgangspunkt? Ich kann Ihnen auch sagen, wer im Oktober 2010 getötet wurde.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Diese Aktenzeichen, das hier auf dem Schreiben enthalten ist, ist ein Stück eines Referats, nämlich 6D5 aus 2010, das kenne ich nicht. Ich war zu der Zeit nicht Abtei-



Nur zur dienstlichen Verwendung

lungsleiter. Ich kann Ihnen das nicht beantworten, insbesondere kann ich aus dem bloßen Aktenzeichen nicht erkennen, was hinter diesem Schreiben steht.

Ihre Eingangsspekulation, es könnte sich um ein Schreiben im Kontext einer getöteten, durch Drohneneinsatz getöteten Person handeln, ist spekulativ. Das kann ich heute weder bejahen noch dementieren. Ich weise es einfach zurück als Spekulation. Ich weiß nicht, was in diesem Schreiben steht.

Martina Renner (DIE LINKE): Das klären wir dann in der nächsten Runde, weil das ist, glaube ich, in der Allgemeinheit nicht zurückzuweisen als Spekulation, sondern ich glaube, da müssen wir dann noch mal ins Detail gehen.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: So. - Dann geht es weiter bei der CDU/CSU.

Marian Wendt (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich will noch mal auf den Bereich islamistischer Terror zurückkommen. Wenn ich es richtig verstanden habe, ging es bei dem Testbetrieb von XKey-score darum, dass in der Abteilung 6 entsprechende G-10-Maßnahmen bearbeitet wurden, und es wurden dort drei Maßnahmen - so hat es der Zeuge Berzen gesagt - herausgenommen, und das sollen drei aus sieben Maßnahmen gewesen sein, die im Rahmen des Proof of Concept rausgenommen wurden Ende März.

Da ist meine Frage: Die Maßnahmen, die konkret genutzt wurden, hat es sich bei diesen Maßnahmen, die ja G-10-beschränkt waren, nur um Maßnahmen aus dem Bereich des islamistischen Terrorismus gehandelt? Oder gab es aus allen Bereichen der verschiedenen Bedrohungsarten entsprechende Fälle, die dort für den Testbetrieb genutzt wurden?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Also, bei den von Ihnen fragten Maßnahmen hat es sich meines Wissens um drei bis sieben, nicht drei aus sieben Maßnahmen gehandelt, drei am Anfang, ich glaube, bis zu sieben am Schluss, die aus dem Bereich der Abteilung 6 ausschließlich stammen.

Und das gilt auch für den Zeitraum des Untersuchungsausschuss-Einsatzbeschlusses so.

Marian Wendt (CDU/CSU): Okay. - Dann noch mal ein zweiter Bereich. Sie hatten ja vorhin diesen Fall erwähnt, wie notwendig die Zusammenarbeit der Nachrichtendienste ist auch im Bereich islamistischer Terror, hatten da die Bundestagswahl 2009 erwähnt, auch das Video des Bekkay Harrach, wenn ich es richtig verstanden habe.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Richtig.

Marian Wendt (CDU/CSU): Vielleicht könnten Sie, weil wir nicht jeden Tag so wie Sie natürlich diese Fachleute haben, einmal erläutern: Welche Schlussfolgerungen setzen dann ein, welche Maßnahmen treffen Sie dann als BfV ganz konkret? Das Video wird Ihnen vorgespielt, oder Sie finden es auf Plattformen, auf einschlägigen. Und was setzt dann - - Nehmen Sie das nur zur Kenntnis, oder was erfolgt dann insbesondere im Bereich der Zusammenarbeit und auf welcher Stufe, auf Sachbearbeiterebene, auf Referatsleiterebene? Rufen Sie dann über den BND bei der NSA an: „Habt ihr dazu was?“, oder wie erfolgt so was, die Kooperation insbesondere bei Nachrichtendiensten? Vielleicht kann man das am Beispiel von Bekkay Harrach einfach mal für uns erklären.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Bekkay Harrach ist einer oder war - er ist ja offensichtlich nicht mehr am Leben - einer der zentralen Propagandeaufbauer der al-Qaida gewesen. Bekkay Harrach entstammt der Bonner Islamistszene, hat dann die Ausreise - - Ihm ist die Ausreise ins Kampfgebiet nach Afghanistan/Pakistan geglückt. Er hat dort auch Anschluss finden können an mittlere bis höhere Führungskreise der al-Qaida und war als deutschsprachiger Dschihadist im Rahmen der Propagandaaktivitäten von al-Qaida von besonderer Bedeutung, weil er von einiger Eloquenz und auch Darstellbarkeit in Videoverlautbarungen sich erwiesen hat. Es gab insgesamt mindestens drei Videoverlautbarungen und eben die letzte kurz vor der Bundestagswahl.

Solche Videoverlautbarungen sind ja von den Medienstellen der islamistischen Organisationen



Nur zur dienstlichen Verwendung

in der Regel autorisiert, sie tragen ein Wasserzeichen dieser Organisationen, und sie sind zum damaligen Zeitpunkt überwiegend in dschihadistischen Web-Foren eingestellt worden. Wir dürfen uns jetzt nicht die Zeit vorstellen, die wir heute kennen, von Facebook und YouTube. Das gab es sicherlich in ersten Anfängen, aber die wesentlichen Plattformen für die Verbreitung von Propaganda waren damals dschihadistische Web-Foren.

Diese Beobachtung dschihadistischer Web-Foren war eine Aufgabe, die auch im Aufbaustab der Referatsgruppe 6E, die ich damals geleitet habe, beinhaltet war. Diese Aufgabe ist im gemeinsamen Internetzentrum in Berlin-Treptow - es gibt dort das Gemeinsame Terrorabwehrzentrum, das unlängst die Frau Bundeskanzlerin besucht hat; daneben gibt es aber auch das gemeinsame Internetzentrum - erfolgt. Das heißt, hier ist aufgrund der nicht endlosen sprachlichen Ressourcen die Beobachtung deutschsprachiger, aber auch fremdsprachiger Internet-Foren damals bereits erfolgt, und man hat eben versucht, möglichst zeitnah Verlautbarungen von Osama bin Laden, aber auch später von al-Sawahiri rechtzeitig zu finden und auszuwerten.

Damals waren diese Videoverlautbarungen zentrale Botschaften zur Anleitung der dschihadistischen Klientel, auch in ihren Herkunftsländern, also spricht auch in Deutschland. In der Regel hat man versucht, diese Videos dahin gehend auszuwerten, ob in den Formulierungen insbesondere von Osama bin Laden oder al-Sawahiri oder anderen - aber das waren die beiden exponiertesten Sprecher - verdeckte, versteckte Hinweise enthalten sein könnten auf unmittelbar bevorstehende Großanschlagsszenarien. Wir hatten es ja damals noch weniger mit den dschihadistisch motivierten Einzeltätern zu tun; wir hatten es damals ja noch mit der Kernorganisation al-Qaida zu tun, die sich auf die Fahnen geschrieben hatte, mit besonders spektakulären Anschlägen insbesondere die Vereinigten Staaten von Amerika zu schädigen.

Neu war eben, dass es solche Videoverlautbarungen dann in deutscher Sprache gab. Und damit sind wir bei Bekkay Harrach, der sich sozusagen

zum Kopf, zum Exponenten der deutschsprachigen Dschihadisten im Kampfgebiet AfPak entwickelt hatte.

Diese konkrete Drohung im Hinblick auf die Bundestagswahl war insofern neu, als dass die allgemeinen Äußerungen im Hinblick auf das ISAF-Mandat und die Notwendigkeit des Abzugs deutscher Truppen das Standardrepertoire der Propaganda umfasst haben. Aber eine konkrete Bedrohung - - Auch der Hinweis, den ich im Eingangstatement zitiert hatte, an die muslimische Wohnbevölkerung in Deutschland, in den Tagen nach der Bundestagswahl zu Hause zu bleiben und relevante kritische Infrastruktur, würde man das vielleicht heutzutage übersetzen, zu meiden, war ja eine Drohung, die sich eingefügt hat in eine Gesamtschau von Drohungen in den Web-Foren gegen Kanzlerin Merkel. Da ist ja mehrfach auch die Ermordung der Kanzlerin thematisiert worden, also ein Anschlag auf die Kanzlerin. Und die Wahl zum Deutschen Bundestag ist ja ein besonderes Datum, dessen ordnungsgemäßen Ablauf zu sichern sicherlich auch im Aufgabenportfolio des Verfassungsschutzes insofern liegt, als dass solche Drohungen, wenn sie denn wahr werden sollten - das haben wir ja gesehen kurz vor den Wahlen in Spanien damals beim Anschlag auf den Bahnhof in Atocha -, durchaus Einflussnahmen auf Wahlentscheidungen haben können. Daher war das eine völlig neue Qualität in der Betrachtung.

Dieser Bekkay Harrach ist eine Person, die eine Musterdschihadistenkarriere hingelegt hat von ersten Radikalisierungsanfängen bis hin eben zu Sprecherfunktionen in deutscher Sprache in AfPak. Daneben gab es andere relevante Personen, die sich in Videoverlautbarungen in deutscher Sprache insbesondere für die Islamische Bewegung Usbekistan geäußert hatten, die IBU. Dort sind ja primär in der Öffentlichkeit die Chouka-Brüder bekannt. Aber in diesen Gesamtkontext hat sich das eingeordnet seinerzeit.

Marian Wendt (CDU/CSU): Und worin bestand dann konkret die Zusammenarbeit mit den ausländischen Nachrichtendiensten? Sind das alles



Nur zur dienstlichen Verwendung

nur Ihre eigenen Erkenntnisse, die Sie im GIZ⁷ gesammelt haben? Wo ist dann sozusagen die Frage, dass Sie auf Ihre Partner zugehen und sagen: „Habt ihr zu dem was?“, und wie erfolgt das?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Es war ja davon auszugehen, dass Harrach einer ist, der nicht ins Leere hinein diese Propaganda von sich gibt, weil es ja gepasst hat zu den anderen Gefährdungshinweisen, wonach al-Qaida bereits sogenannte Schläfer in den Westen, auch nach Deutschland, entsandt haben soll und konkrete Anschläge in Deutschland planen soll. Insofern war dann diese 09er-Verlautbarung, die sich dann im Laufe des Jahres 10 weiter konkretisiert hat, für uns ein erster Weckruf.

Noch mal: In der 6E, die ich damals geführt hatte, war die bloße Analyse solcher Verlautbarungen Gegenstand. Die weitere Bearbeitung Harrachs als Zielperson, auch als operative Zielperson, ist in anderen Einheiten der Abteilung erfolgt, außerhalb der Referatsgruppe 6E, wozu ich seinerzeit keinen Einblick bekommen hatte. Die Kooperation mit Partnern ist insbesondere auch in diesen Bereichen damals durchgeführt worden.

Marian Wendt (CDU/CSU): Gut. Vielen Dank.

Nina Warken (CDU/CSU): Dann haben wir momentan im öffentlichen Teil keine Fragen mehr.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann geht es weiter bei Herrn Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich schließe an die Fragen der Kollegin von eben an und frage Sie jetzt ganz klar, Herr Rogner: Hat eine Diskussion stattgefunden 2010 im Bundesnachrichtendienst darüber - von der Sie wissen, natürlich -, dass möglicherweise die Weitergabe von Telefonnummern, insbesondere Handynummern an US-Stellen zur Tötung durch sogenannte Killerdrohnen geführt hat, unter anderem auch eines deutschen Staatsbürgers?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Herr Abgeordneter Ströbele, vielen Dank für die Frage. Ich nehme an, Ihre Frage meint - - Sie haben gefragt, ob im Bundesnachrichtendienst eine solche Diskussion stattgefunden hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bundesamt für Verfassungsschutz. Ich habe Sie gerade verwechselt.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ich wollte Sie jetzt nicht interpretieren. Darum habe ich jetzt nachgefragt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Also im BfV hat eine solche Diskussion nicht stattgefunden, weil zu keinem Zeitpunkt für uns ein Anhalt gegeben war, dass die Weitergabe von Daten, wie sie durch uns erfolgt, zur Drohntötung von Personen im Kampfgebiet in Afghanistan/Pakistan hätte ursächlich sein können.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Sie da ganz sicher?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Da bin ich mir unverändert sicher. - Zur Diskussion oder zur Tötung? Worauf war die Frage gerichtet?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ob eine Diskussion darüber stattgefunden hat, weil es Meldungen gegeben hat. Ich halte Ihnen die gleich auch vor. Ich habe dazu auch parlamentarische Anfragen gemacht.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Gut. - Also ich kenne die Diskussion aus 2010 nicht. Ich war zu dieser Zeit nicht mit diesen Fragen befasst.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich ja jetzt nicht gesagt, sondern ich habe Sie gefragt, ob da eine Diskussion - - Wir haben schon von einer Zeugin gehört, dass dieses Thema mal aufgekommen sei. Deshalb. Ich will

⁷⁾ vgl. Anmerkung des Zeugen, Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie gar nicht in die Irre leiten, sondern irgendwie zur Wahrheit bringen.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ich kann aus eigener Erinnerung bezüglich 2010 über eine solche Diskussion nichts beitragen. Ich weiß es nicht, ich kenne sie nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie denn heute, dass so was gewesen ist damals?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Auch heute kann ich so was nicht beitragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ob Sie davon wissen.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben nie gehört, dass im Bundesnach- - im Bundesamt für Verfassungsschutz darüber diskutiert worden ist, dass möglicherweise die Weitergabe von Informationen an die US-Dienststellen, insbesondere von Handydaten, zur Tötung durch Drohnen genutzt werden kann, und dass man deshalb überlegt hat, dass man Vorkehrungen treffen sollte, damit das nicht der Fall ist.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Eine solche Diskussion ist nicht geführt worden. Ich weiß auch nicht. Ich kann auch nicht erinnern, dass so eine Diskussion geführt worden ist, weil unsererseits immer klar war, dass eine Weitergabe von Handyverbindungsdaten oder von Handynummern nicht zur Tötung eingesetzt werden kann.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht zur Tötung.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die bloße Handyverbindung ist nach unserer Meinung - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine These, die der Chef Ihres Amtes immer vertreten hat, die aber falsch ist; sage ich Ihnen. Ist Ihnen bekannt, dass Bünyamin Erdogan, ein deutscher Staatsangehöriger, in

Waziristan durch einen oder mehrere Drohnen-schläge getötet worden ist?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Bünyamin Erdogan ist uns als dschihadistische Person bekannt, die ausgereist ist, um sich in Afghanistan/Pakistan dem bewaffneten Kampf anzuschließen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte? Was ist der?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Dem bewaffneten Kampf anzuschließen. Ich kann in öffentlicher Sitzung weitere Details dazu jetzt nicht mitteilen, aber gern in nichtöffentlicher Sitzung. Und der angebliche Angriff von US-Drohnen, bei dem Bünyamin Erdogan zu Tode gekommen sein soll, war, wenn er stattgefunden hat, sicherlich nicht ein gezielter Angriff auf Bünyamin Erdogan.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Rogner, seien Sie vorsichtig. Ich kann Ihnen die Fotos vorlegen von den Leichen. Und das ist nicht angeblich, sondern der ist getötet worden. Und die Frage ist, ob vom Bundesamt für Verfassungsschutz Informationen weitergegeben worden sind, die möglicherweise - genau wird man das wahrscheinlich nie rauskriegen - dazu genutzt worden sind, diese Tötung durchzuführen, und dass anlässlich insbesondere dieses Falles, aber auch anderer Fälle dann überprüft worden ist, ob man die Datenweitergabe an die USA, an US-Stellen hier in Berlin, ob man die einschränken soll. Und dieses Schreiben, was hier ist, 24. November, deutet ja auch darauf hin, weil das, die Tötung war, glaube ich, Anfang November.

(Martina Renner (DIE LINKE): Nein, Oktober!)

- Oder im Oktober, ja.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ja. Und welche Frage?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Frage ist, ob Sie da nichts von gehört haben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Davon habe ich nichts gehört.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nie?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ich habe davon nichts gehört.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn - - Sehen Sie einen Grund für dieses Schreiben, dass man da plötzlich, 24. November, sagt, 2010: „Wir schreiben mal einen Brief an das Bundesamt für Verfassungsschutz“? Also, Sie sind zur Wahrheit verpflichtet.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Dieses Schreiben, welches Sie hier anführen, Herr Ströbele, kenne ich nicht, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 24. November.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: - weil ich damals nicht zuständig war.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Nein. Aber wissen Sie vielleicht, wie dieses Schreiben zustande gekommen ist?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Das ist mir auch nicht bekannt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch nicht bekannt. Das sagen Sie ganz fest?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Das ist mir auch nicht bekannt, wie dieses Schreiben zustande gekommen ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch nachträglich nicht?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ja. Ich habe keinen Anlass gesehen, dazu nachzufragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Nein, da hat man drüber diskutiert und hat sich die Frage gestellt im Amt - ich halte Ihnen das vor, ob das stimmt -, im Amt die Frage gestellt: Sind diese Tötungen Mord, oder sind sie gerechtfertigt, legitim? Und man hat dazu Theorien entwickelt und hat auch die Frage erörtert, wenn man dazu beiträgt durch eine Telefonnummernmitteilung, ob man sich dann der Beteiligung am Mord schuldig macht. Diese Diskussion soll im Bundesamt für Verfassungsschutz geführt worden sein. Haben Sie nichts von gehört als Volljurist?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Herr Ströbele, Ihre Ausführungen in Ehren, aber ich halte sie für spekulativ.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Im Übrigen gibt es ja, denke ich, einen klaren Beschluss in der Anzeigenangelegenheit „Verstoß gegen Völkerstrafrecht“, der mit § 170 II zur Einstellung kam, weil damals davon auszugehen war und heute, denke ich, unverändert davon auszugehen ist, dass der inkriminierte völkerrechtliche Straftatbestand⁸ niemals erfüllt war. Diese Diskussion im Rahmen der Pressearbeit und der Medienarbeit, diesen Einstellungsbeschluss des zuständigen Gerichts, den kenne ich natürlich. Aber die von Ihnen jetzt spekulativ vorgebrachte Diskussion im Rahmen des BfV, insbesondere im Hinblick auf mögliche Erfüllung eines Mordtatbestands, ist mir zu keinem Zeitpunkt bekannt gewesen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen denn bekannt, dass anlässlich dieser Entscheidung, was ja auch naheliegend ist, im Bundesamt für Verfassungsschutz erneut intensiv darüber diskutiert worden ist und besprochen worden ist und man sich genauso gut - das haben wir schon von mehreren Zeugen hier gehört - - sich jetzt nachträglich bestätigt. Ich frage ja erst mal den Sachverhalt, und dann könnten

8) Richtigstellung des Zeugen: "Straftatbestand statt Strafbestand", siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie immer noch Ihre Auffassung oder die des Generalbundesanwalts hier darlegen.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Nein, ist mir nicht - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage ja erst mal, ob diese Diskussion da geführt worden ist. Auch nach dieser Entscheidung ist nach Ihrer Kenntnis nie im Bundesamt für Verfassungsschutz darüber diskutiert worden.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Nach meinem Kenntnisstand ist darüber nicht diskutiert worden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nie. Aha. Okay. - Dann habe ich dazu jetzt erst mal keine Fragen mehr an Sie. Das müssen Sie selber beantworten, Herr Zeuge.

Jetzt komme ich zu einem anderen Punkt. Sie sind ja vorhin von der Kollegin gefragt worden - also das war, glaube ich, die Runde vorher schon - nach einer Besprechung am 10. Juni 2009, also vorher, das Jahr vorher. Und da sagen Sie, da wissen Sie nichts von, da waren Sie nicht beteiligt. Stimmt das?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Welche Besprechung meinen Sie, Herr Ströbele?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit Vertretern der NSA, wo es darum gegangen sein soll - unter anderem -: Zusammenarbeit BfV mit der NSA über Massendatenanalyse. Können Sie sich da was drunter vorstellen?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Gut. Also, das ist der vorhin mir vorgelegte BMI-Vermerk.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Den kenne ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kennen Sie nicht?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Natürlich nicht, weil es offensichtlich ein BMI-interner Vermerk ist oder

zumindest mir damals nicht zur Kenntnis gebracht wurde. Und Massendatenanalyse ist ja ein weites Feld, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein sehr weites Feld.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: - ein sehr weites Feld von der Begrifflichkeit her. Und diese Diskussion könnte man ja sehr falsch verstehen. Daher möchte ich gern wissen, was Sie konkret mit der Frage Massendatenanalyse, was Sie mit Massendatenanalysen meinen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich nicht erfunden. Das steht da.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Gut. Also da, denke ich, würde ich spekulieren, wenn ich hier über die Meinungen oder Verschriftungen des BMI mich äußern würde.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Da soll es bei der Besprechung auch darum gegangen sein, dass gewisse Irritationen darüber zu erkennen sind, dass da deutscherseits Vertreter unterschiedlicher Sicherheitsbehörden mit der NSA vergleichbare Themen wiederholt verhandelten, also Irritationen, dass BND, Verfassungsschutz und möglicherweise noch andere - - bei der NSA gegeben hat. Kommt Ihnen da vielleicht eine Erinnerung? Nein?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Nein. Also beim besten Wissen und Gewissen: Ich kann das nicht erinnern. Ich war da auch nicht damit befasst.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. 10. Juni 2009 soll die Besprechung gewesen sein.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ich bin seit - - Ich war seit 01.12.2008 Leiter Aufbaugruppe 6E. Was da diskutiert worden ist, ist mit mir nicht vorbesprochen oder nachbesprochen worden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie dann eine Erklärung dazu, wie Ihre Unterschrift unter ein Schreiben vom 22. Juni 2009 an das Bundesministerium des



Nur zur dienstlichen Verwendung

Innern kommt, wo über diese Besprechung berichtet worden ist?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Darf ich das mal sehen?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, können Sie gerne sehen.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
sowie Vertreter der
Bundesregierung nehmen
Einblick)

Hat die irgendjemand dadrunter geschrieben vielleicht, ohne Ihre Kenntnis?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Das ist spekulativ, Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Sehr.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Herr Ströbele, es wäre danach dann die Runde zu Ende.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da steht auch oben „Betreff“, und da steht „Besprechung“ und auch, wer teilgenommen hat. Alles Fälschung?

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Ich wiederhole noch mal die Fundstelle: MAT A BMI-17/2b, Blatt 217, damit das jeder hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Herr Zeuge, so lang ist der Brief ja nicht.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Gut. Also dieses Schreiben ist offensichtlich dann doch von mir gezeichnet.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ich kenne es aber jetzt nicht mehr aus laufender Bearbeitung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und der Betreff? Finden Sie sich da auch?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Sie meinen den Betreff „Technische Zusammenarbeit“.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Betreff: Besprechung L6, RGL6E mit Vertretern der NSA am 10. Juni 2009.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Gut. Dann: RGL6E war ich zu diesem Zeitpunkt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Waren Sie doch dabei.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von Ihnen selber unterschrieben.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Das kann sein. Da kann ich mich aber jetzt nicht im Einzelnen erinnern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja. - Herr Zeuge, wollen Sie uns hier in die Irre führen?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Liegt mir ferne, Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Wollen Sie vielleicht auch Ihre vorige Aussage, vorhin auf die andere Frage, noch mal korrigieren? Sie haben noch mal Gelegenheit.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Welche Frage meinen Sie damit?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit Herrn Bünyamin Erdogan.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ich habe davon keine Kenntnis.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ich kann mich daran auch nicht erinnern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Wie an den Brief ja auch nicht.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ja. Es gibt viele Schreiben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gibt viele, ja.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Man kann sich nicht über Jahre hinweg - - Es sind ja schließlich hier 2009 - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe leider keine Redezeit mehr oder keine Fragezeit. Aber, Herr Zeuge, gehen Sie in sich!

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Herr Ströbele, aber es war schon jede Menge Fragezeit. - Dann geht es weiter bei der SPD-Fraktion. Jetzt habe ich noch mal eine Frage.

Herr Zeuge, noch mal Bezug nehmend auf das Schreiben, wie Sie gesagt haben, diese Kopie, die vorgelegt worden ist - - und zwar „Daten enthalten, die unmittelbar für eine geographische Ortung in der - - Da hatten Sie so „unmittelbar“ betont. Und da habe ich noch mal ein anderes Gesetz, das Gesetz zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus. Das ist in Bezug auf BKA zu sehen. Das ist 2008 hier im Bundestag verabschiedet worden. Da steht unter § 20 n: Befugnisse zum Einsatz technischer Mittel zur Identifikation und Lokalisierung von Mobilfunkendgeräten. Bei der Vorbereitung und Begehung terroristischer Straftaten werden zunehmend Mobilfunkendgeräte eingesetzt, deren Rufnummer oder Kennung der Endgeräte nicht bekannt ist. - So. Und da ist dann die Forderung nach Befugnis zur Ermittlung der Rufnummern und Endgeräte. Das Gesetz ist von 2008. Also muss zu dem Zeitpunkt ja schon bekannt sein, dass man, sagen wir mal, mit

Rufnummern nicht nur die Identifikation, sondern auch eine Lokalisierung durchführen kann, dass es technisch möglich ist. So. Und jetzt ist die Frage, weil Sie auch gesagt haben „unmittelbar“: Was ist für Sie dann die Definition von „mittelbar“ und „unmittelbar“ hinsichtlich der Lokalisierung? Also es muss dann ja schon, sagen wir mal, im Sicherheitsbereich irgendwo eine Diskussion gegeben haben, in welchem Rahmen was zu lokalisieren ist. Wenn das schon eine Gesetzesgrundlage - - als Gesetz angekommen ist, dann müsste das bei den Sicherheitsbehörden ja schon längst angekommen sein. Also was meinen Sie mit „mittelbar“ und „unmittelbar“? Und der Rahmen von Möglichkeiten von Lokalisierung müsste ja zumindest diskutiert werden bzw. würde ja - - Sagen wir mal: Wie ist die Diskussion gelaufen? Beziehungsweise dann muss es ja auch bekannt gewesen sein, dass es möglich ist.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Also, wie ich schon gesagt habe: Ich kann diese Diskussion nicht mehr erinnern. Ich kenne sie so auch nicht. Ich habe aber beim Lesen dieses Schriftstücks, das ich jetzt das erste Mal nach meiner Erinnerung heute sehe, diese Begrifflichkeit „unmittelbar“ deshalb betont, weil sie für einen Juristen sicherlich von Bedeutung ist. „Unmittelbar“ würde ich im Sinne von „kausal“ hier lesen wollen und nicht andersartig. Übermittlung von Daten, die kausal für eine geographische Ortung sein könnten, so hätte ich „unmittelbar“ gelesen. Ja.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Gut. Dann - -

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Und das BKA-Gesetz ist nicht unser Gesetz. Nichtsdestotrotz ist diese Norm mir auch nicht unbekannt.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Ja. Es ist klar, es ist nicht Ihr Gesetz. Aber, sagen wir mal, die Intention ist Ermittlung von Terrorismus. Das ist ja nicht nur beim BKA, sondern ja auch Ihre Aufgabe, bzw. dass es so was gibt, da tauscht man sich ja unter Sicherheitsbehörden aus. Und das ist doch, sagen wir mal, für Ermittlungen eine tolle Sache, dass es so was gibt. Das wird es ja auch bei - - Die Diskussion gab es ja



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch bei Polizeibehörden und in anderen Behörden. Man freut sich ja über technische Entwicklung. Und als Jurist, wenn Sie es definieren, „mittelbar“ und „unmittelbar“, was ist denn dann in dem Zusammenhang für Sie „kausal“?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Monokausal, ausschließlich kausal.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Monokausal! Jetzt wird es ja immer schlimmer!)

Wie würden Sie es denn interpretieren - -

(Martina Renner (DIE LINKE): Auftrag zum Mord!)

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Moment mal eben, ich frage noch. - Man kann natürlich sich da, sagen wir mal, in Definitionen verstricken. Aber eine Definition erledigt man ja nicht mit einem nächsten Fremdwort, sondern dann wird ja beschrieben. Was ist denn nun „unmittelbar“ oder „mittelbar“? Was ist in Ihrer Ansicht kausal? Wenn man eine Nummer weitergibt? Wenn diese technischen Möglichkeiten offensichtlich schon 2008 in Rede stehen? Oder muss man dann die letzten beiden Ziffern weglassen, verändern? Oder welche Voraussetzungen? Wenn man darüber nachdenkt und das definiert, dann hat man sich ja Gedanken über diesen - - ja, über das Handling gemacht. Also was ist dann in dem Zusammenhang kausal?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Gut. Ich denke, die Unmittelbarkeit oder Kausalität, die hier in Rede steht, meint: wenn die Weitergabe eines Datums eine geografische Ortung ermöglicht, eine unmittelbare geografische Ortung ermöglicht. Die Handynummernweitergabe in Deutschland kann zu einer meiner Meinung nach - das ist mein Wissensstand, den ich erinnere - engeren Lokalisierung genutzt werden als in anderen Gebieten dieser Welt. Funkzellen sind unterschiedlich groß.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Und so haben Sie es auch erörtert?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: So denke ich über diese Bestimmung. Ich habe sie nicht erörtert. So, denke ich, ist diese Bestimmung oder dieser Erlass zu interpretieren, und so war seinerzeit die Umsetzung. Und diese Umsetzung dauert an. Es gibt keinen Grund, daran zu zweifeln, dass es unverändert technisch so ist, wie ich es beschrieben habe, dass unterschiedliche Regionen unterschiedliche Funkzellen haben. Und die Nutzung von Handynummern deutscher Kennung vor Ort halte ich für höchst unwahrscheinlich.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Kennen Sie den Begriff IMSI-Catcher?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ja.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Kennen Sie die Funktion?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ja.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Kennen Sie auch, wo man die überall anwenden kann?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die Anwendung des IMSI-Catchers ist mir insbesondere in dem Bereich bekannt, in dem wir ihn anwenden. Und das würde ich aber dann in nichtöffentlicher Sitzung gerne besprechen wollen.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Wenn man noch mal auf dieses Schreiben hier eingeht, dann - - Sie hatten eben gesagt, das ist die Definition für Sie. Dann muss aber doch über dieses Schreiben auch irgendwann mal gesprochen worden sein, ob das nicht nur Ihre eigene, persönliche, in der Stille des Raumes gefundene Definition ist. Dann müsste man sich doch normalerweise auch darüber unterhalten haben, was denn, sagen wir mal, in der Behörde gemeint ist über „mittelbar“ oder „unmittelbar“. Das macht ja nicht jeder für sich aus.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Was zum Zeitpunkt des Erlasses damit gemeint war, weiß ich nicht. Ich bin da nicht einbezogen gewesen in diese - - Wenn solche Besprechungen stattgefunden haben



Nur zur dienstlichen Verwendung

sollten - - Was in diesen Besprechungen im Detail besprochen wurde, das kenne ich nicht.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Aber Sie haben dann ja sozusagen den Inhalt übernommen. Das war ja dann eine Vorgabe, sich auch danach zu richten.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die Praxis ist fortgesetzt worden, und die Praxis ist in der fortgesetzten Form auch der Fachaufsicht bekannt gewesen.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Aber ja nicht nonverbal. Da muss ja auch mal drüber gesprochen worden sein, was damit gemeint ist.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ich kann mich derzeit nicht erinnern, dass ich darüber mit anderen Personen gesprochen habe.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Sie werden ja nicht einen Zettel bekommen haben, und jetzt definieren Sie für sich alleine, was „mittelbar“ und „unmittelbar“ ist.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ich habe den Zettel ja nicht bekommen. Den Zettel haben diejenigen bekommen, die vor mir in Verantwortung waren.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Wie haben Sie es denn dann bekommen?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Durch die Darstellung der seinerzeit begonnenen und fortgesetzten Praxis.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Das hat dann jemand gesagt?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Es gab keinen Anlass, da Zweifel zu haben, weil diese Prüfung ich auch als rechtlich zutreffend empfunden habe.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Ja.

Also, wenn Sie den Zettel nicht gekriegt haben und Sie haben es übergeben bekommen, entweder Sie haben einen anderen Zettel gekriegt oder

jemand hat es Ihnen gesagt - - Es muss doch irgendwann mal übermittelt worden sein, was man damit meint, mit „mittelbar“ oder „unmittelbar“.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Es ist mir gegenüber kein Zettel, kein Erlass - - Ich kann mich an keinen Erlass erinnern, der mir gegenüber hier gewesen wäre. So was, denke ich, würde ich auch erinnern, wenn es der Fall gewesen wäre. Und ich gehe davon aus, dass diese Praxis, die hier gefunden wurde, durch den § 19 III und die dortige Abwägung in wörtlichem Maße rechtlich abgesichert ist.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Das ist nachvollziehbar. Aber dann wird es ja im Rahmen der Amtsübergabe doch irgendwann mal jemanden gegeben haben, der Ihnen gesagt hat: Das ist übliche Praxis. - Welche Praxis? Das muss ja irgendwie mal definiert worden sein.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Diese Thematik ist ja Gegenstand des Verfahrens in der DV „Ausland“, die wir ja schon mehrfach hier zitiert haben. Und wie ich ja schon erwähnt hatte, sind die Referatsgruppenleiter für die Fertigung solcher Schreiben grundsätzlich zuständig. Hier im Ausnahmefall scheint offensichtlich - aber das ist spekulativ - eine Beteiligung der Fachaufsicht unmittelbarer Art erfolgt zu sein. Und nach Freigabe dieses seinerzeitigen - - Hier in diesem Schreiben steht ja: ... baten Sie „um Zustimmung zur Übermittlung von zwei Auflistungen mit personenbezogenen Daten ...“ Vergleichbare Auflistungen sind dann in der Folge fortgeschrieben worden. Da die einmal genehmigt waren, ist von der Fortdauer der Genehmigung auszugehen, es sei denn, sie wird widerrufen. Ein solcher Widerruf ist auch nicht erfolgt.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Ja.

Das ist alles nur bedingt nachvollziehbar. Am Ende haben Sie eigentlich immer noch nicht beantwortet, in welchem Rahmen Ihnen der Unterschied zwischen „mittelbar“ und „unmittelbar“ im Rahmen der Einweisung in Ihre Stelle, im Rahmen der Amtsübergabe oder im Rahmen von Aktenübergabe oder Verfahrensübergabe mitgeteilt worden ist. Wenn man irgendwas übernimmt und Sie haben keinen Zettel gekriegt,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dann muss man irgendwann mal mit jemandem sprechen - man übernimmt ein Amt, das ist so -, wie das gehandhabt wird. Da wird Ihnen doch irgendwer dann mal gesagt haben: So und so läuft das hier. - Rechtlich abgesichert, mag ja alles sein. Aber es muss irgendwer irgendwann mal mit Ihnen darüber gesprochen haben, was gemeint ist mit „mittelbar“ und „unmittelbar“. Dann kann man ja nicht nur einfach laufende Verfahren übernehmen und sagen: Irgendwie klappt's schon, und wie wir mit den Daten umgehen, das ergibt sich schon. - Dieser Unterschied oder diese eventuelle Problematik, die sich ergeben könnte, muss doch irgendwann mal von einer, ja, sagen wir mal, lebenden Person mit Ihnen definiert worden sein, dass Sie sich irgendwann mal darüber unterhalten haben. Ist eine ganze Weile her, aber es ist ja ein ziemlicher Unterschied hinsichtlich dieser Möglichkeiten der geografischen Ortung, was man jetzt mit „mittelbar“ und „unmittelbar“ meint.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Da die Fachaufsicht und der Erlassgeber in der Folge der gleiche geblieben war, gehe ich davon aus, dass der Erlassgeber mit mir über so was gesprochen hat. Konkret erinnern kann ich mich aber jetzt nicht.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Gut. Da wird ein Schuh draus. Gut. Danke schön. - Dann gebe ich an Herrn Flisek weiter.

Christian Flisek (SPD): Herr Zeuge, jetzt muss ich mich erst mal entschuldigen, weil ich gerade wegen einer Rede im Plenum nicht da war; kann sein, dass vielleicht das eine oder andere, was ich Sie jetzt frage, vielleicht schon beantwortet wurde. - Aber ich habe jetzt auch gerade, als ich reinkam, natürlich hier die Debatte noch mal darüber eingeordnet, welche Qualität sozusagen die übermittelten Daten haben und inwieweit sie geeignet sind, eben für tödliche Einsätze hergenommen zu werden. Ich frage das mal umgekehrt, aus Sicht des Amtes: Was müsste man denn tun, um das mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auszuschließen?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ich denke, das Amt hat alles Erforderliche getan, um diesen Vorwurf

oder diesen im Raum stehenden Anwurf auszuschließen. Wir haben keinen Anlass, dass an unseren Vorgaben bei der Datenübermittlung, bei der nachrichtendienstlichen Zweckbestimmung in irgendeiner Form abgewichen wird und dass die Partnerdienste hier zweckwidrig Daten verwenden. Dazu gibt es überhaupt keinen Anhalt. Dieses Vertrauen zum Partner ist hier ungebrochen.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, man baut auf diese Zweckbestimmung und auf das Vertrauen in der Kooperation. Andere, weitergehende Schritte, die dafür sorgen, dass man das mit Sicherheit tatsächlich ausschließen kann - - Also, ich sage mal so: Die Welt ist böse. - Sie haben ja gerade auch diesen netten Satz - ich kann das jetzt nicht mehr wiedergeben - - Ich glaube, das war, dass es eher selten ist im nachrichtendienstlichen Geschäft: Nächstenliebe. Und irgendwie deckt sich das ja so ein bisschen auch mit unseren Erkenntnissen. Man kooperiert zwar, aber deswegen ist man nicht dicke Freund. Man hat halt eigene Interessen, die zuweilen auch zuwiderlaufen. Das liegt in der Natur der Sache und in der nachrichtendienstlichen Logik. Und deswegen noch mal: Vertrauen ist ja was Gutes. Nur die Frage ist ja auch: Was sind sozusagen die Anforderungen an eine deutsche Stelle, das wirklich mit Sicherheit auszuschließen, unter mal der Prämisse, dass man davon ausgehen zumindest können muss, dass die Gegenseite vielleicht gar nicht so vertrauenswürdig ist, sondern böse ist und sich vielleicht nicht an das hält, was man vereinbart hat.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Gut. Also - -

Christian Flisek (SPD): Worst-Case-Denken.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ja. Ich bin Ihnen ja dankbar, dass Sie zutreffend ausgeführt haben, dass im nachrichtendienstlichen Geschäft man nicht dicke Freunde wird. Es wäre ja auch fatal, dicke Freunde zu sein. Ich habe Ihnen ja - ich weiß nicht, ob Sie zu dem Zeitpunkt hier im Saal waren - noch mal geschildert, dass, sollten Privatkontakte zu AND-Mitarbeitern entstehen, die der Haussicherheit zu melden sind und in der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Regel dann sofort einzustellen und zu unterbinden sind. Das ist eben genau der Versuch, zu vermeiden, dass hier Informationsabflüsse über Privatfreundschaften entstehen. Viele Dienste der Welt haben damit einschlägige negative Erfahrungen.

Welche Anforderungen an eine deutsche Stelle soll es geben, dass man so etwas ausschließen kann? Diese Frage ist mehr als berechtigt, wenn man grundsätzlich unterstellt, dass der amerikanische Partner böse ist, dass der amerikanische Partner sich nicht an die Vorgaben hält, dass der Amerikaner eh macht, was er will, und dass es ihn nichts schert, ob dabei Kollateralschäden oder unmittelbare Schäden entstehen. Das ist dann fast eine Glaubens- und Meinungsfrage. Ich bin nicht dieser Meinung, dass das so dem amerikanischen Partner zuzutrauen ist. Ich gehe davon aus, dass der Partner, der nach seiner Revolution und Verfassungsgebung das „Pursuit of Happiness“ in der Verfassung verankert hat, sehr wohl auch hohe verfassungsrechtliche Grundsätze kennt und sie dort, wo sie durchzusetzen sind, auch durchsetzt. Und es ist dann auch eine Frage derjenigen Kolleginnen und Kollegen der Houses of Congress, also Senat und Repräsentantenhaus, in der parlamentarischen Kontrolle der amerikanischen Nachrichtendienste für die Durchsetzung entsprechender menschenrechtlicher und völkerrechtlicher Bestimmungen zu sorgen, wie es ja auch in unserem PKGr regelmäßig praktiziert wird. Daher, denke ich, ist das in einen Gesamtkontext einzuordnen, wo ich Ihnen keine befriedigende Gesamtantwort geben kann. Solange aber mein Vertrauen nicht erschüttert ist und der Beweis des Gegenteils nicht angetreten ist, sehe ich im Sinne einer effektiven Terrorabwehr und Terrorbekämpfung keine Alternative als eine enge und weiterhin vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Partnerdiensten der USA.

Christian Flisek (SPD): Ja. Sehr eindrucksvoll. Ich sage mal, was wir daran nehmen, ist natürlich, dass in der Wirkung amerikanischer Verfassungsgrundsätze es ein gewisses Gefälle gibt vom Inländer, also aus amerikanischer Sicht, vom US-Bürger hin zum Ausländer. Und da, sage ich mal, haben wir aber natürlich wenig valide Erkenntnisse bisher in diesem Ausschuss, die das, was

Sie da gerade vortragen, in irgendeiner Weise stärker belasten könnten.

Ich würde aber trotzdem jetzt noch mal eine andere Frage stellen wollen: Haben Sie in Ihrer Zeit in Bezug auf Datenübermittlungen zu Five-Eyes-Diensten besondere Vorkommnisse im Sinne eben der Berichts- und Meldepflicht nach oben wahrgenommen? Und wenn ja, welche?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ich habe keine solchen Vorkommnisse wahrgenommen. Insofern kann ich auch keine einzelnen Erkenntnisse hier mitteilen. Five Eyes sind in ihrer Gesamtheit ein wichtiger Partner in der Kooperation, unverändert. Ich kenne solche Vorkommnisse nicht, keine meldepflichtigen und auch sonstige nicht.

Christian Flisek (SPD): Tatsächlich? Also überhaupt nichts? Das wundert mich jetzt. Insofern - -

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Sie sind auch nicht Gegenstand meiner unmittelbaren fachlichen Verantwortung,

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Man redet doch im Haus darüber!)

sondern sie sind Gegenstand der Spionageabwehr. Wenn wir solche Erkenntnisse hätten, würden wir diese Erkenntnisse mit der Abteilung 4, deren Zeugeneinvernahme, denke ich, ja auch noch folgen wird, teilen.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann wäre die Zeit auch rum.

Christian Flisek (SPD): Ja. Dann nächste Runde.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann geht es weiter bei der Fraktion Die Linke. Herr Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich muss zugeben, dass ich mich etwas beherrschen muss, weil ich langsam nicht mehr glauben kann, dass unsere Nachrichtendienste so arbeiten, dass eine Abteilung immer sagt: Ich bin dafür nicht zuständig, das sind die anderen. - Ich dachte, sie reden auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

vielleicht mal miteinander. Es gibt Dienstbesprechungen. Es gibt zwischen den Diensten in Deutschland regelmäßige Kontakte, wo man vielleicht auch über so was redet, wo man sagt: „Was geht denn heute technisch, was kann passieren, wenn wir was weitergeben?“ - Und jeder sagt immer: Ich war da nicht beteiligt. Wenn ein Vorfall ist, der nicht in Ihrem Bereich ist, redet man doch trotzdem im Haus darüber: Da ist eine Panne passiert. Wie können wir das das nächste Mal vermeiden? - Jeder verweist immer auf den anderen. Das ist in höchstem Maße unbefriedigend.

Und ich denke, wenn Sie mit dem BND mal zusammensitzen und es gibt gemeinsame Beratungen und dann sagt der eine: „Wir haben vorgestern Daten an die Amerikaner gegeben. Guckt mal, heute ist der tot“, dann sagen Sie: „Ist mir neulich auch passiert. Wir haben doch auch eine Telefonnummer hingegeben. Die konnte man zwar nicht verwenden, der ist trotzdem tot.“ Und drei Wochen später ist wieder einer tot, wo Sie Daten weitergegeben haben oder der BND. Und das wird alles nie diskutiert? Wollen Sie uns wirklich weismachen, dass über solche Fälle nicht gesprochen wird?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Natürlich gibt es regelmäßig Kontakte auf Abteilungsleiterebene zwischen mir und dem Amtskollegen Abteilungsleiter TI⁹ beim BND. Es gibt auch regelmäßige Besprechungen der Abteilungsleiter in ihrer Gesamtheit mit der Amtsleitung, sowohl bei uns wie beim BND. Aber diese spekulativen Ausführungen, Herr Abgeordneter Hahn, die Sie gerade gemacht haben, die kann ich so nicht bestätigen, noch kann ich mich an solche Gespräche erinnern, weil dann würden Sie ja unterstellen, dass jeder von uns meinen müsste, dass in der Folge von Datenübermittlungen tatsächlich Tötungen erfolgt wären. An solche Gespräche kann ich mich nicht erinnern.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber wir wissen ja aus Gerichtsverfahren und wir wissen aus unse-

ren Akten, die wir hier haben, dass Daten zu bestimmten Personen übermittelt worden sind, die inzwischen tot sind. Das kann überhaupt niemand bestreiten.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Es muss ja oder es besteht deshalb ja kein ursächlicher Zusammenhang zwischen Übermittlung und Tod. Wir wissen auch nicht offiziell, dass Personen zu Tode gekommen sind. Wir können solche Hinweise allenfalls aus Videoverlautbarungen oder sonstigen Erkenntnisquellen ziehen. Diese Frage ist insofern auch wiederum teilspekulativ gewesen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also, ich bin ich auch immer wieder erstaunt über dieses grenzenlose Vertrauen, was Sie haben. Ich habe vorhin mal im Spaß, halb im Spaß gesagt, Sie reden von dem Disclaimer. Sie übermitteln alle möglichen Daten und setzen darauf, dass die Amerikaner schon nichts Böses damit machen. Der Kollege Flisek hat das ja eben auch angesprochen. Ich habe vorhin gesagt: Das ist so etwa, als wenn Sie einem Hund eine Wurst hinlegen und einen Zettel daneben legen: Bitte nicht essen.

(Christian Flisek (SPD): Es gibt Hunde, die das machen!)

Und dann erwarten Sie, dass der Hund sich dran hält.

Sie geben den Amerikanern alles Mögliche und sagen ansonsten: Die werden das schon ordentlich bearbeiten. - Was ist denn das für eine Herangehensweise an Zusammenarbeit mit anderen Ländern, wo Sie wissen, dass dieses andere Land Menschen tötet, bewusst tötet, die es für Terroristen hält, und dabei häufig leider auch daneben trifft und unbescholtene Bürger mit beeinträchtigt? Wenn man das weiß: Kann man dann einfach alle Daten weitergeben, die einem gerade in die Hände fallen?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Also, erstens geben wir nicht alle Daten weiter, die uns gerade in die

9) Richtigstellung des Zeugen: "TE statt TI", siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hände fallen, sondern, wie ich schon mehrfach ausgeführt habe, anlassbezogen und bei konkreten Verdachtsmomenten und im Einzelfall, Case by Case. Also, von einer Weitergabe von Daten, wie sie uns in die Hände fallen, in dieser Form, kann auf keinen Fall die Rede sein.

Zweitens ist der amerikanische Partner mit Sicherheit kein Hund, dem man die Wurst vor die Nase halten muss, weil im Zweifelsfall hat er seinen Hunger längst anderweitig gestillt und wartet nicht auf die deutsche Wurst, wenn er überhaupt ein Hund ist.

Zweitens [sic!]. Er ist, wenn, dann ein Seeadler, und der geht anders vor als ein Hund. Wir wissen um die Potenz und die Möglichkeiten der amerikanischen Partner in ihrer Gesamtheit sehr wohl. Wir haben aber bis heute keinerlei Anlass, davon auszugehen, dass von uns übermittelte Daten ursächlich zur Tötung von Personen, die aus Deutschland nach AfPak ausgereist waren, zum Einsatz gekommen sind.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie haben gesagt, Sie geben nicht alles weiter, was Sie haben. Aber jetzt komme ich noch mal auf das Schreiben zurück. Da ist natürlich ein Punkt, den Frau Mittag schon angesprochen hat. Also, wenn Sie ein Referat übernehmen oder eine Abteilung übernehmen, da steht doch vermutlich ein Ordner, wo die Dienstvorschriften der letzten Monate enthalten sind. Den guckt man sich vielleicht mal an. Und dann stößt man auf eine Dienstvorschrift und fragt: Was bedeutet die eigentlich, und was ist damit gemeint, und was war der Vorgang, um den es hier geht? - Und dann lasse ich mir den Vorgang vielleicht mal kommen. Sie hätten ja noch die Chance gehabt, das wäre nicht geschwärzt gewesen. Wir wissen ja gar nicht, um welchen Vorgang es geht. Das enthält man uns ja vor.

Aber wenn Sie sagen, Sie geben nicht alles weiter, dann ist es doch in diesem Fall so gewesen - und Sie haben das vorhin ausgeführt -, dass im Regelfall die Weitergabe ja in der Verantwortung des BfV erfolgt oder der zuständigen Abteilung, an die NSA oder an andere Nachrichtendienste. Hier ist es doch offensichtlich anders gewesen.

Da gibt es doch einen konkreten Fall, und da ist man selbst im Verfassungsschutz völlig verunsichert, gibt das nicht weiter, sondern will sich absichern beim Ministerium, bei der Dienst- und Fachaufsicht, und schreibt einen Brief: Wir haben hier Listen, ganze Listen von Daten, also nicht irgendwie eine einzelne personenbezogene oder zwei, sondern eine Auflistung, zwei Auflistungen, noch mehrere Listen mit verschiedenen Daten. - Und dann fragen Sie an, nicht Sie persönlich, aber das BfV: Können wir die weitergeben an die USA, an Großbritannien? Weil, könnte ja schiefgehen. - Anders kann man das nicht erklären. Und der, der den Brief geschrieben hat, wollte sich absichern, damit er es weitergeben kann. Und dann antwortet das Ministerium: Grundsätzlich, also in normalen Fällen, kann man weitergeben,; aber wenn man befürchten muss, dass da jemand durch die Bekanntgabe von Geodaten, Adressen, wie auch immer, zu Schaden kommen kann oder getötet werden kann bei der Ortung, dann sollte man das unterlassen. - Das sagt dieses Schreiben. Was kann es denn anderes geben, als dass es im Vorfeld im BfV darüber eine Debatte gegeben hat, die zu diesem Schreiben geführt hat? Hat Sie das nie interessiert, was da läuft in der Abteilung, wo Sie dann später die Leitung übernommen haben?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Gut. Ich denke, ich kann zum Teil zumindest auf meine vorherigen Ausführungen Bezug nehmen. Ich habe ja erwähnt, dass ich mich nicht erinnern kann, dass es im Vorfeld eine Debatte gegeben hat. Im Übrigen ist die Vorgehensweise, die Fachaufsicht zu beteiligen, nicht etwa eine Absicherung, sondern folgt den beamtenrechtlichen Pflichten, die Fachaufsicht in solchen Fragen zu beteiligen, die von grundsätzlicher Bedeutung sind. Die Fachaufsicht wird sicherlich dieses Schreiben, das ich nicht erinnere und nicht kenne, weil es nicht in meiner Amtszeit stattgefunden hat, geprüft haben und dann in einer Gesamtabwägung zu dem Erlass gekommen sein, der Ihnen jetzt hier vorliegt.

Listen, Auflistungen per se sind nichts Ungewöhnliches. Listen stellen eine Zusammenstellung von Einzelfallprüfungen nach § 19 III dar und vermeiden eben die Übergabe von vielen



Nur zur dienstlichen Verwendung

einzelnen Schreiben und bringen das in eine tabellarische Übersicht bei Gleichartigkeit des Gesamtsachverhalts.

Noch mal, in Erinnerung: Die Situation, in der es hier zu dieser Übergabe von Listen kam, war die konkrete, sich konkretisierende Anschlagsgefahr, ausgehend von zwei Handlungs- und Meldesträngen. Einer davon - Sie erinnern sich - hatte ja auch beinhaltet Folgerungen, die dann auch das Hohe Haus in seiner Zugänglichkeit reduziert hatte.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Hier, dieses Haus?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Dieses Hohe Haus. - Diese Gesamtsituation, die von 09 bis 10 entstanden war, war eben von derartiger Konkretisierung, dass die Identifizierung dieser Schläferzellen, die Identifizierung der aus AfPak zurückgekehrten Personen, zwingend erforderlich war, um aus der damaligen Sicht heraus Schaden für Leib und Leben von Personen in Deutschland abzuwenden. In der Gesamtdarstellung, denke ich, ist in der damaligen Zeit diese Listenübermittlung oder die Zustimmungsbite zur Übermittlung von Listen erfolgt.

Wenn Schwärzungen in Ihren Unterlagen sich befinden, denke ich, sind diese Schwärzungen auf die Fragestellung des Untersuchungsausschussesgegenstandes zurückzuführen. Und da will ich auch nicht weiter Stellung nehmen, sondern diese Frage, denke ich, müssten Sie mit dem BMI besprechen.

Die Dienstvorschriften der letzten Monate: Das Haus hat viele Dienstvorschriften. Eine der Dienstvorschriften ist ja schon angesprochen gewesen; das ist die DV „Ausland“. Die gelten ja nicht nur für die Abteilung 6 - das hatte ich schon ausgeführt -, die gelten für das gesamte Haus. Auch die müsste Ihren Unterlagen beigelegt sein. Und den Vorgang als solchen vorlegen - das hatte mich ja schon Frau Abgeordnete, stellvertretende Vorsitzende, Mittag, hier gefragt -, da verweise ich auf die Antwort, die ich da schon gegeben hatte.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie haben vorhin gesagt, Handydaten seien nicht geeignet, und haben auf die Funkmasten verwiesen. Abgesehen mal davon, dass Sie jetzt eben gesagt haben, Sie wollen die Menschen in Deutschland schützen: Die Frage, was Deutsche im Ausland angeht, war dann offenbar nicht so wichtig. - Aber das ist noch ein zweites Thema

Ich möchte noch mal auf die Frage mit den Handydaten zurückkommen. Sie haben die Frage vorhin von Frau Mittag, IMSI-Catcher, beantwortet, dass Sie das wissen, und wollten dann zu näheren Details in der nichtöffentlichen Sitzung was sagen. Es geht mir nicht um die Funktionsweise von IMSI-Catcher und was der Verfassungsschutz damit macht, sondern es geht hier darum, ob Sie wissen, dass ein Drohnenpilot hier als Zeuge geladen war und hier ausgesagt hat und uns unter anderem mitgeteilt hat, dass ein bestimmter Drohrentyp so etwas wie einen IMSI-Catcher an der Drohne hat und mit diesem IMSI-Catcher und darin gespeicherten Rufnummern feststellen kann, wenn er über ein Haus fliegt, wo gerade dieses Telefon sich befindet, und in der Lage ist, dann per Befehl ein entsprechendes Ziel zu erfassen und auch zu liquidieren, wie es ja in der Sprache dort heißt, und dass also sehr wohl nach seinen klaren Aussagen die bloße Rufnummer ausreicht, um Personen, zumindest das Telefon, zu orten. Ob der Betreffende dann da ist oder zufällig das auf dem Tisch seiner Frau liegt, ist noch eine ganz andere Frage.

Haben Sie sich mit solchen Dingen wirklich nie beschäftigt? Ist Ihnen das nicht inzwischen mal klar geworden, dass es da eine weitere technische Entwicklung gab?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die Aussage dieses angeblichen Drohnenpiloten -

(Martina Renner (DIE LINKE): Angeblich?)

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Es ist ja auch völlig unstrittig, dass er das war.

(Martina Renner (DIE LINKE): Sie sind auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht angeblicher BfV-Mitarbeiter!)

Zeuge Dr. Klaus Rogner: - kann ich als mir bekannt bezeichnen. Sie war aber zum damaligen Zeitpunkt, der hier eine Rolle spielt, nicht bekannt. Und sie hat für uns, da sie eine Einzelmeinung ist und auch von keinem Partner bestätigt ist, keine Wirkung entfaltet, die uns zweifeln lässt an der Richtigkeit der bisherigen Vorgehensweise.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Es hat doch niemand diese Aussage in Zweifel gestellt. Und Sie haben heute, vorhin gerade noch, gesagt: Handynummern gehen gar nicht.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Das wäre dann die letzte Frage.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ich habe gesagt, Handynummern reichen nicht für die Lokalisierbarkeit. Gerade sagte ich, der Drohnenpilot ist für mich, der angebliche Drohnenpilot ist für mich eine Einzelmeinung. Ich habe keine bestätigten Hinweise zu diesen Äußerungen, die er gemacht hat.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das ist ziemlich unglaublich.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei so einer Tötung!)

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Dann gebe ich jetzt weiter an die CDU/CSU.

Marian Wendt (CDU/CSU): Wir haben im Moment keine Fragen.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Dann geht es gleich weiter mit Bündnis 90/Die Grünen. Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Herr Zeuge, ich will es noch mal probieren. Ich fange mal ganz hinten an. Sie haben hier die Bedrohung des Hohen Hauses angesprochen. Ist Ihnen bekannt, dass der Urheber

dieser telefonischen Bedrohung derzeit in Frankfurt im Gefängnis sitzt mit einer hohen Freiheitsstrafe, unter anderem, weil er verurteilt worden ist, weil er diese Bedrohung erfunden hat, Vortäuschen einer Straftat? Ist Ihnen das bekannt?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Dass ein Verfahren gegen den damaligen Hinweisgeber eröffnet worden ist und eine Verurteilung erfolgt ist, ist mir bekannt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach. Und auch deshalb, was ich jetzt gerade genannt habe?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die Auswertung des Urteils habe ich nicht vorgenommen. Das weiß ich jetzt nicht unmittelbar.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dann sollten Sie es mal tun. Dann sagen Sie so was vielleicht nicht mehr.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Kann ich ja dann demnächst machen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt komme ich zu dem Nächsten. Sie haben gesagt, hier auf Befragen, wir könnten doch nicht einfach annehmen, dass der Partner macht, was er will. Da sei doch das Vertrauen richtig, und Sie hätten keinen Grund zu Misstrauen. Nun ist dieses Schreiben - das ist Ihnen ja gerade vorgehalten worden - geradezu ein Dokument des Misstrauens, weil dieser Satz, der jetzt schon zwanzigmal vorgehalten worden ist, der ist ja nur so zu verstehen, dass da ein tiefes Misstrauen rausschindet, dieser letzte Satz. Vor einer Übermittlung, ich sage jetzt mal, an USA oder Großbritannien, steht oben,

ist sicherzustellen, dass die Listen keine Daten enthalten, die unmittelbar für die geographische Ortung in der in Rede stehenden Region verwendet werden können.

Da hat doch der Schreiber dieser Zeilen den Verdacht, dass die möglicherweise benutzt werden können, und deshalb sei das sicherzustellen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sonst macht doch dieser Satz überhaupt keinen Sinn. Also haben Sie danach nicht, wo jetzt das Bundesinnenministerium einen Brief geschickt hat, in dem das Misstrauen ja geradezu dokumentiert ist, sozusagen da nichts weiterzugeben, was dazu gebraucht werden könnte, auch ein bisschen Misstrauen, dass da was schiefgehen könnte? Und wenn das nicht reicht: Reicht dann vielleicht, dass diese Institution, auf die Sie so hoch vertrauen, jetzt mindestens in dem erheblichen Verdacht, der sogar vom US-Präsidenten bestätigt worden sein soll, steht, das Handy der Kanzlerin abgehört zu haben? Ist das ein Grund für ein Misstrauen eines Beamten, dessen Behörde unter anderem die Aufgabe hat, solche Spionage zu verhindern, abzuwehren?

Oder ist vielleicht das Misstrauen deshalb gerechtfertigt, weil inzwischen bekannt ist, dass genau dieser Partner, mit dem Sie da in der Diskussion waren und möglicherweise noch sind, dass dieser Partner ganz offensichtlich unzulässigerweise eine Reihe von Selektoren, Tausende von Selektoren in die Datenströme, die der BND angezapft hat, eingegeben hat, die mindestens nicht - - was nicht gerechtfertigt war, das heißt, den Bundesnachrichtendienst so reingelegt hat, dass der Bundesnachrichtendienst, als er das bemerkt hat, die alle rausgenommen hat? Sind das keine Gründe, zu sagen: „Die machen vielleicht doch, jedenfalls in bestimmten Situationen, was sie wollen“? Also hier jetzt sozusagen - -

Ich bin der Letzte, der sagt, man soll die Zusammenarbeit mit NSA oder CIA einstellen. Aber man muss doch sehen, dass das kontrolliert wird und dass es in rechtlichen Bahnen geschieht, in rechtlichen Bahnen, die nach deutschem Gesetz dann Anwendung finden müssen, wenn von Deutschland was kommt, und in rechtlichen Bahnen, die in den USA gelten. Da gelten ja auch welche, und das hat ja Edward Snowden aufgezeigt, dass die in den USA nicht eingehalten worden sind.

Also meine Frage: Gibt es nicht genug Grund oder gab es nicht auch damals auch genug Gründe für Sie, zu misstrauen, dass da möglicherweise was geplant wird, vielleicht auch mit

dem, was ich Ihnen schon vorgehalten habe, Daten, Massendatenanalyse, wo man misstrauisch sein sollte, um das mal ganz vorsichtig auszudrücken?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ja. Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Das ist ja eine Vielzahl von Ausführungen und dann eine abschließende Frage. Ich versuche, das jetzt mal einigermaßen der Reihe nach zu beantworten.

Ob es Grund gibt, genug Grund gibt zu Misstrauen gegenüber den amerikanischen Partnerdiensten aufgrund der von Ihnen erwähnten Punkte: Aus meiner Sicht gibt es dafür unverändert keinen Grund zu Misstrauen, weil ich mich nicht kümmere um die Fragestellung der angeblichen oder wie auch immer gearteten Überwachung des Handys der Frau Bundeskanzlerin. Das ist nicht Gegenstand der Zusammenarbeit im Bereich des Islamismus, des islamistischen Terrorismus. Das sind Fragestellungen, die Sie bitte an geeigneter Stelle dann noch mal diejenigen fragen sollten, die gegebenenfalls sich um diese Fragen hätten kümmern müssen oder gekümmert haben.

Die Fragestellung der Selektoren im Hinblick NSA/BND ist nicht Gegenstand unserer Betrachtung. Das ist Gegenstand dieses Untersuchungsausschusses. Sie haben dazu, denke ich, umfangreich schon Beweis aufgenommen oder befinden sich in der entsprechenden Beweisaufnahme. Das möchte ich nicht kommentieren.

Das tiefe Misstrauen, das von Ihnen in diesem Erlass des BMI gesehen wird, teile ich nicht, sondern für mich ist dieses Schreiben oder dieser Erlass des BMI unverändert eine deklaratorische Wiedergabe der geltenden Rechtslage und nicht mehr und nicht weniger. Und ich sehe keinen Anhalt in der Formulierung, in dem Misstrauen insinuiert werden könnte. Ich kann also Ihrer Bewertung weder beitreten, noch kann ich sie fachlich verdichten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Jetzt habe ich noch zwei Fragen an Sie und hoffe auf eine wahrheitsgemäße Beantwortung. Die erste Frage ist: Ist Ihnen eine interne



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sprachregelung, Anweisung - wie auch immer das gestaltet worden ist -, eine interne Sprachregelung des Bundesamtes für Verfassungsschutz bekannt, wonach die Argumentation und Fragen, zum Beispiel von Parlamentariern, aber auch aus der Öffentlichkeit, also von Medienvertretern, danach, ob Handydaten gegeben worden sind und dann zu Tötungen geführt haben - - dass man da immer antworten soll: „Diese Handydaten, die sind überhaupt nicht geeignet, um eine Drohne oder die Rakete, die von einer Drohne abgefeuert wird, ins Ziel zu führen“? Gibt es dazu - - Gab es zu irgendeinem Zeitpunkt, zum Beispiel als ich parlamentarische Anfragen an den Deutschen Bundestag gerichtet habe, Sprachregelungen, dass man auf diese Art und Weise dazu antworten sollte, diese für mich unwahre Behauptung aufzustellen, dass sie überhaupt nicht geeignet sind, dazu beizutragen, die Ziele zu orten und zu treffen?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Eine im Sinne Ihrer Frage - - Eine Sprachregelung dieser Art ist mir nicht bekannt und nicht erinnerlich.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Trotzdem sagen alle zufällig das Gleiche!)

- Weil es, denke ich, unverändert Hausmeinung des BfV ist. Und das ist keine Sprachregelung, sondern wir haben keinen Grund, an dieser Richtigkeit dieser Aussage zu zweifeln.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Haben Sie noch nie gehört, dass das auch im Parlament von Sachverständigen bestritten worden ist, dass es sehr wohl - Sie haben ja „monokausal“ und „mehrkausal“ genannt - möglicherweise nicht monokausal genutzt werden kann, das heißt als alleinige Information, um ein Ziel zu finden, zu erfassen und zu treffen, aber dass es einen wesentlichen Beitrag dazu leisten kann? Ist Ihnen das bekannt?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Dass es solche Äußerungen von Sachverständigen gegeben haben soll, ist mir bekannt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Das ändert aber nichts an meiner Auffassung, die ich hier vorgetragen habe, weil der Beweis des Gegenteils auch nicht erfolgt ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist erfolgt?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Der Beweis des Gegenteils, dass es geeignet ist, ist nicht erfolgt. Daher ist es für mich nicht geeignet.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie möchten einen Beweis haben, dass es nicht geeignet ist.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Herr Ströbele, wie ich mehrfach ausgeführt habe, mir erlaubt habe auszuführen, ist eine adäquate Antwort auf die terroristische Bedrohungslage schwer zu finden, wenn wir nicht auf das SIGINT-Aufkommen der US-Dienste zurückgreifen können. Daher werden wir die Zusammenarbeit mit den US-Partnerdiensten weiter hoch schätzen und keine Änderung in diesem Verhalten durchführen, solange nicht eindeutig geklärt sein kann, dass die Übermittlung solcher Daten ursächlich für Tötungen ist. Bisher habe ich keinen Grund, von dieser Auffassung abzuweichen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, Sie werden weiter Handydaten liefern.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Wir haben unsere Praxis nicht verändert.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Na, das ist doch mal ein Wort. Das ist ein sehr interessanter Vorgang. Den werden wir, glaube ich, auch noch in anderer Weise zur Sprache bringen.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Und damit wäre die Redezeit auch rum, mit Zuschlag.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die letzte Frage?

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Die letzte Frage.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Die letzte Frage stelle ich: Hat nach Ihrer Kenntnis das Bundesamt für Verfassungsschutz, also irgendwie nicht Sie selber - Sie müssen nicht beteiligt sein -, sondern irgendjemand, Bundesamt für Verfassungsschutz, Handydaten von Herrn Dashti und Herrn Erdogan an US-Behörden weitergegeben?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Das ist mir nicht Erinnerunglich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht Erinnerunglich?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Nicht Erinnerunglich.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Dann geht es weiter an die SPD-Fraktion.

Christian Flisek (SPD): Wir haben in öffentlicher Sitzung keine weiteren Fragen.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Frau Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich würde gerne noch mal auf dieses Schreiben zurückkommen. Das liegt Ihnen ja immer noch vor. Dieses dort aufgeführte Aktenzeichen, 6D5-272 f.: Das bezieht sich auf eine Person?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Das kann ich Ihnen nicht beantworten, weil aus dem bloßen Aktenzeichen nicht erkennbar ist, was Gegenstand des Inhalts sein könnte.

Martina Renner (DIE LINKE): Na, das glaube ich nicht. Diese Aktenzeichen im BfV sind nach einer bestimmten Art und Weise aufgebaut, und Sie werden an den ersten sechs Buchstaben und Zahlen erkennen, ob das ein allgemeiner Vorgang ist oder einer zu einer Person. Ich frage Sie deswegen noch mal. Wir können das ja auch notfalls

in den Akten noch mal vergleichen. Ich meine auch, dass es sehr naheliegt, dass es sich um eine Person handelt.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ich kann das weder bestätigen noch dementieren. Ich bin da überfragt. Der Aktenplan ist umfangreich.

Martina Renner (DIE LINKE): Was meint denn 6D5?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Das würde ich gern in nichtöffentlicher Sitzung beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Wieso?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Aufbau und Organisationsstruktur des BfV als solche sind Verschlussache.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber die Frage, ob sich hinter dem Aktenzeichen eine Person befindet, könnten Sie hier beantworten.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die Frage kann ich nicht beantworten, weil der Aktenplan sehr umfangreich ist. Ich kann Ihnen aber gerne ausführen, was meiner Erinnerung nach damals das Referat 6D5 an inhaltlicher Zuständigkeit hatte, aber nur in nichtöffentlicher Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben vorhin ausgeführt, dass das BfV keine Anhaltspunkte gesehen hat nach der Tötung von Bünyamin Erdogan, die Übermittlungspraxis zu verändern bzw. in Betracht zu ziehen, dass die eigene Datenweitergabe ursächlich auch für die Zielerfassung war, dass er ja nicht gezielt durch die Rakete getroffen wurde. Woher nehmen Sie diese Erkenntnis, die Sie hier in öffentlicher Sitzung kundgetan haben?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ich habe diese Äußerung, soweit ich mich erinnere, im Konjunktiv getätigt. Ich habe gesagt, es wäre dann eine gezielte Tötung erforderlich. Ich kann mich nicht erinnern, dass ich jemals von einer gezielter Tötung in irgendeiner Form unterrichtet worden wäre. Ich gehe davon aus, dass der angeblich zu



Nur zur dienstlichen Verwendung

Tode Gekommene mit anderen Personen gemeinsam vor Ort war und es nicht sein muss, dass ein Drohnenangriff zwingend ihm persönlich gegolten haben muss.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie denn zu den Umständen des Drohneinsatzes Kenntnis?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Zu den örtlichen Gegebenheiten und zu den Personen, mit denen sich Bünyamin Erdogan aufgehalten hat?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Zu den örtlichen Gegebenheiten im Speziellen habe ich keine Kenntnis. Wir sind Inlandsdienst und nicht Auslandsdienst. Zu den Personen habe ich jetzt keine Namen in Erinnerung, aber eine größere Personengruppe kann ich mich erinnern, aber das nicht in öffentlicher Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Es war eine größere Personengruppe vor Ort, auch die Frauen des Getöteten, auch hochrangige Al-Qaida-Anführer, und diese wurden nicht getroffen, auch nicht die Frauen, sondern Bünyamin Erdogan und sein Begleiter.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Dazu in nichtöffentlicher Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn man das in Betracht zieht, dass nicht das Gelände an sich, sondern Personen gezielt auf dem Gelände getroffen wurden, könnte es doch Anhaltspunkte für eine gezielte Tötung gegeben haben.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Letzteres ist Spekulation. Ich habe dafür keinerlei verdichtete Erkenntnisse.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat das BfV denn nach dem Vorfall im Oktober 2010 dazu Informationen eingeholt, vielleicht auch im Rahmen der Notwendigkeit von Beantwortung von Kleinen Anfragen, schriftlichen Fragen?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Im Oktober 2010 war ich dafür noch nicht zuständig. Ansonsten müssten Sie mir entsprechende Dokumente vorlegen. Ich kann mich nicht erinnern.

Martina Renner (DIE LINKE): Das können wir in eingestufte Sitzung tun. Ich hatte die Hoffnung, dass Sie sich schon jetzt erinnern können.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ja, nicht aktiv jetzt. Also, ich weiß es jetzt nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sagten eben „angeblichen Drohnenpiloten Brandon Bryant“, zweimal. Wie kommen Sie dazu, seine Tätigkeit als Drohnenpilot in Zweifel zu ziehen?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ich habe keine Bestätigung, weder eingeholt noch bekommen vom Partner, dass er in dieser Funktion tätig gewesen sei soll.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat eine
Urkunde!)

Ich sehe da keine Bestätigung vorliegen.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, wissen Sie, hier kommen Mitarbeiter des BfV unter Tarnidentität, deren Lebenslauf wir nur zur Hälfte ergründen können und denen wir Informationen zu ihrer vormaligen Verwendung mehr oder minder aus der Nase ziehen müssen, wo wir manchmal tatsächlich nicht wissen, wer vor uns sitzt. Und dann vernehmen wir Zeugen, die also so irgendwie blitzblank ihren beruflichen Werdegang hier schildern, von der Ausbildung bis zum Ausscheiden aus dem Dienst, dass ich finde, irgendwie jetzt: Es besteht kein Anlass, hier den Zeugen Brandon Bryant, der ja hier auch unter Wahrheitspflicht ausgesagt hat wie Sie, in so einer Form abzuqualifizieren, wie Sie es getan haben.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ich habe keinerlei Absicht, diese Person abzuqualifizieren. Ich habe aber auch - - Mir selbst ist kein Dokument vorgelegen, aus dem sich diese Tätigkeit ergeben hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe auch kein Dokument vorliegen, das mir sagt, dass Sie Dr. Rogner sind.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Na ja, also das, denke ich, wird ja wohl im Rahmen der beamteneidlichen Pflichten richtig sein, nicht?

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sind ja im Grunde einen Monat nach diesem Erlass dann in die Verwendung als Abteilungsleiter gekommen. Ist das richtig? So Pi mal Daumen.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Zum 01.01.11, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Ich finde es nach wie vor sehr unwahrscheinlich, dass Sie dann im November hierzu keine Kenntnis hatten. Ich nehme an, dass dieser ganze Bezugsrahmen durchaus Gegenstand von Besprechungen in der Abteilung und im Referat gewesen ist. Bleiben Sie dabei, dass Sie vor der Kenntnisnahme zu diesem Erlass - im Rahmen der Beantwortung von Kleinen Anfragen, habe ich jetzt vorhin vernommen - zu diesem ganzen Vorgang Bünyamin Erdogan und den Folgen; Erlass usw. - nichts wussten?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ich kann mich nicht an diesen Erlass erinnern. Ich kann mich auch nicht mehr exakt an das Datum des Auswahlverfahrens für die Nachfolge des Abteilungsleiters 6 erinnern, ob das jetzt nun vor oder nach diesem Erlass war. Auf jeden Fall - - Und ich weiß auch nicht mehr, wann der zustimmende Erlass zu meiner Verwendung als Abteilungsleiter 6 ins Haus gekommen ist. Üblicherweise gehen solche Erlasse vom Büro des Abteilungsleiters in die Referatsgruppen, die ursächlich sind. Und wie Sie an dem Bezugsaktenzeichen hier erkennen können - Sie hatten es ja selbst erwähnt: 6D5 -, war es eben nicht meine Referatsgruppe 6E, für die ich damals zuständig war. Insofern ist es zum damaligen Zeitpunkt mit Sicherheit nicht, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht in meine Referatsgruppe gesteuert worden, weil Eingänge mit Bezug immer dorthin gesteuert werden - ich denke, das ist in der gesamten Verwaltung so -, wo der Ursprung herkommt - zumindest sollten sie da irgendwann mal ankommen -,

sodass sie damals zumindest nicht bei mir waren. Und in der Folge - habe ich ja gesagt - ist mir im Rahmen der Beantwortung von parlamentarischen Anfragen die Rechtsmeinung des BMI erklärt worden. Ob ich in der Folge mit der Fachaufsicht über diese Rechtsmeinung im Einzelnen gesprochen habe oder ob die Fachaufsicht das Gespräch hier mit mir gesucht hat, kann ich mich jetzt nicht mehr erinnern.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe eine Frage: Im Vorfeld Ihrer Zeugenvernehmung fanden Besprechungen mit Ihrem zuständigen - - mit der Hausspitze des BfV statt?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es Besprechungen mit dem BMI im Vorfeld?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Nein. Nicht mit der Fachaufsicht, nicht mit ÖS II.

Martina Renner (DIE LINKE): Bitte?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Nicht mit Personen aus diesem untersuchungsgegenständlichen Umfeld.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe jetzt nur das BMI allgemein angesprochen. Gab es denn im Vorfeld der heutigen Zeugeneinvernahme Besprechungen mit dem BMI?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Gar nicht?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ja, wie so ein Ausschuss abläuft, was das Ausschussgesetz ist, die Formalien des Ausschusses, die Verpflichtung, die Wahrheit zu sagen. Ja, das gab es natürlich. Aber, ich meine, das kann ich auch durch Lektüre des Gesetzes leicht selbst erkennen.

Martina Renner (DIE LINKE): Mit Herrn Dr. Maaßen haben Sie im Vorfeld nicht gesprochen?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Nicht über meine heutige Zeugeneinvernahme.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Zu den Themen der Zeugeneinvernahme?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): XKeyscore oder „Geheimer Krieg“?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe noch eine Frage an die Bundesregierung. Der Erlass hat oben noch einen handschriftlichen Vermerk „Anlage 7“. Wir hätten dann gerne noch Anlagen 1 bis 6, wenn die sich zufällig auch auf diesen Fall, der geschwärzt ist, beziehen und für uns Erhellung bringen, weil es sieht ja nun im Wesentlichen so aus, dass das ein Schriftwechsel ist und nicht ein einzelnes Dokument, weil es ist ja die Antwort auf ein anderes Schreiben. Und das Ursprungsschreiben hätten wir natürlich auch gerne vom 22.11.2010, damit wir überhaupt verstehen können, was Anlass war für diesen ganzen Vorgang. Ansonsten müssten wir gegebenenfalls auch noch mal zur nächsten Sitzung dann Herrn Romann als präsenten Zeugen hinzubitten.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Das war die letzte Frage.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Aber dazu jetzt Herr Akmann.

MR Torsten Akmann (BMI): Es gibt dazu ja einen Beweisbeschluss von heute. Den werden wir natürlich erfüllen. Und wir werden natürlich prüfen, ob diese Anlagen, die Sie gerade erwähnt haben, unter den Untersuchungsgegenstand fallen. Wenn ja, dann bekommen Sie das. Das ist klar.

Martina Renner (DIE LINKE): Und das Ursprungsschreiben brauchen wir auch und vielleicht Herrn Dr. Romann.

MR Torsten Akmann (BMI): Herrn Dr. Romann müssen Sie dann, glaube ich, beantragen.

Martina Renner (DIE LINKE): Klar.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Gut. - Dann geht es weiter bei der CDU/CSU-Fraktion.

Marian Wendt (CDU/CSU): Die CDU/CSU-Fraktion hat keine Fragen mehr in öffentlicher Anhörung. - Und da wir, glaube ich, dann schließen werden - habe ich nur die Vermutung -, wollte ich noch mal für Ihr Kommen danken und auch für Ihre Arbeit, die Sie leisten. Nicht, dass Sie den Eindruck haben, Sie verlassen den Deutschen Bundestag mit einem Gefühl, dass wir nicht hinter Ihnen stehen. Zumindest für die Unionsfraktion kann ich das tun. Wir sind dankbar für Ihre Aufgaben, für Ihre Arbeit.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Gut. - Dann geht es weiter bei Bündnis 90/Die Grünen. Herr von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Rogner, ich kann jetzt - - Also, ich würde mir jetzt Sorgen machen, wenn Herr Wendt gesagt hat, dass er hinter Ihnen steht. Bei der Union und Sicherheitsbehörden ist das ein wackliger Punkt im Augenblick.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ich hätte nichts einzuwenden gegen eine gleichlautende Äußerung Ihrerseits.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann Ihnen versichern, Herr Rogner, dass ich grundsätzlich die Arbeit Ihrer Behörde und sozusagen die Ziele Ihrer Behörde sehr schätze und sozusagen auch richtig finde. Und das kann ich Ihnen im Hinblick auf Ihren Eingangsvortrag auch noch mal sagen. Und wir haben das, glaube ich, an anderer Stelle auch schon mal ausgetauscht, dass hier niemand bestreitet - - Also, nur weil Herr Wendt das ja irgendwie so suggestiv in den Raum stellt: Niemand bestreitet, dass Sie mit Ihrer Behörde wichtige Arbeit machen. Und dass im Bereich vor allen Dingen des islamistischen Terrorismus und des Rechtsterrorismus in Deutschland im Augenblick die Lage ernst ist und wir gut funktionierende Sicherheitsbehörden brauchen, das sage ich Ihnen gerne fest zu, dass auch wir das als Fraktion und, ich glaube, auch als Opposition so sehen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nur, das ist ja nicht das, was wir hier verhandeln. Wir sitzen hier, weil wir versuchen, zu verstehen, ob die Dinge, die teilweise passieren, nach Recht und Gesetz ablaufen. Und das gehört eben zu einem großartigen Land wie der Bundesrepublik Deutschland auch dazu, dass es eine Form von parlamentarischer Kontrolle gibt. Die ist keine grundsätzliche Infragestellung einer Behörde, schon gar nicht einer Person, aber es ist eben Teil unserer demokratischen Selbstorganisation. Es ist schön, dass Herr Wendt mir die Gelegenheit gegeben hat, das mal grundsätzlich auszuführen.

Ich wollte Ihnen aber, Herr Rogner, sozusagen noch mal eine Akte vorhalten, die leider Geheim ist, aber im Hinblick auf die letzte Frage des Kollegen Ströbele uns vielleicht weiterhilft, welche Daten vom Bundesamt für Verfassungsschutz an die JIS gingen. Und zwar gibt es da die schöne Akte MAT A BfV-17, Tagebuchnummer 231/16, und da die Seite 135. Ich hoffe, das wird Ihnen jetzt gezeigt. Genau. Das ist nett.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
sowie Vertreter der
Bundesregierung nehmen
Einblick)

Da ist viel schwarz, aber manches eben auch nicht. Ich kann Ihnen das jetzt nicht vorlesen. Aber es geht um eine Person. Das kann ich vielleicht sagen, um welche Person es geht - das steht im Beweisbeschluss -, den Dashti Sineh Sar. Das ist die Seite 135. Und dann gibt es noch die Seite 393. Und da geht es um Daten von Bünyamin Erdogan, verschiedene Daten, die weitergegeben worden sind an die JIS. So. Jetzt guckt man auf das Datum. Herr Rogner, und was würden Sie sagen zu dem Datum?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Vor meiner Zeit als Abteilungsleiter.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig, vor Ihrer Zeit. Das habe ich mir gedacht, dass Sie das sagen. Aber jetzt ist der Erdogan getötet worden, und dann kommt so ein Erlass am 24. November 2010. Und dann gibt es

doch Diskussionen im BfV: Mensch, was ist da gewesen? Warum kriegen wir jetzt so einen Erlass? - Und da haben Sie ja dann die Position bekleidet, in der wir Sie hier heute vorgeladen haben. Deswegen die Frage: Ist dann im Zusammenhang mit diesen Diskussionen diese Akte Ihnen mal begegnet, und haben Sie festgestellt: „Mensch, gibt es doch gar nicht, wir haben diese Daten weitergeleitet an die Amerikaner“? Und wenn man die Daten anguckt - das kann ich jetzt alles hier nicht so intensiv machen, weil das alles Geheim ist -, aber das ist teilweise einen Tag vor dem Tod von Bünyamin E. Also war das Gegenstand von Diskussionen im BfV?

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Herr Akmann.

MR Torsten Akmann (BfV): Ich will mal sagen: Das Schreiben ist eingestuft, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

MR Torsten Akmann (BfV): - und wir können über die Inhalte dieses Schreibens hier nicht reden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

MR Torsten Akmann (BfV): Das ist so.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also in einem zeitlichen Zusammenhang mit - - Also irgendwie muss man es doch thematisieren können.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ob das stimmt, was da steht, kann man doch fragen! - Dr. André Hahn
(DIE LINKE): Das soll ja alles nicht rauskommen! Da ist ja der Punkt!)

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Herr Akmann noch mal.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Stimmt es, was da steht? Das ist die Frage, die ich stellen darf? Oder was soll ich fragen? Herr Akmann, helfen Sie mir.

MR Torsten Akmann (BMI): Das Entscheidende ist, dass die Inhalte, die nach wie vor eingestuft sind, hier sozusagen nicht offenbar werden. Und Sie verknüpfen hier verschiedene - - Sie nehmen hier das Datum, Sie nehmen hier die Person. Sie verknüpfen das miteinander, und das sind letztlich eingestufte Sachverhalte. Und das geht hier nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Problem ist doch, Herr Akmann, dass - - Also Sie können jetzt sagen, dass Ihr Beamter lügt. Das wäre schlecht, finde ich, ja? Und deswegen versuche ich, Brücken zu bauen.

MR Torsten Akmann (BMI): In Ihrem Sinne.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Okay. Es tut mir leid.

MR Torsten Akmann (BMI): Sie möchten Brücken bauen in Ihrem Sinne.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

MR Torsten Akmann (BMI): Aber der Beamte soll hier nicht lügen, der soll in nichtöffentlicher Sitzung dazu Stellung nehmen. Das wird er auch tun. Sie bekommen Ihre Information, Herr Dr. von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Akmann, er hat gesagt: Die Dinge sind nicht ursächlich; es gibt da keinen Zusammenhang; es gab keine Diskussion im BfV. - Das sind alles wenig schlüssige Thesen. Und wir haben Akten. Das liegt einfach nahe, dass das anders ist. Und jetzt können Sie sagen: „Am besten ist immer bestreiten im öffentlichen Teil“, und dann immer nachher bei Aktenvorlage im nicht-öffentlichen Teil: „Ja doch, da haben Sie recht, jetzt erinnere ich mich“, und so. Aber das entspricht ja nicht, wie dieser Ausschuss arbeiten soll. Wir haben einen Öffentlichkeitsgrundsatz.

Okay, jetzt mit den Daten, das muss man - - Da stehen ganz viele Daten. Die wären sehr interessant alle vorzulesen. Darf ich nicht machen. Aber ich darf vielleicht abstrahiert sagen: Es gibt einen zeitlichen Zusammenhang, und der muss doch im BfV, als diese Weisung hier - ist es ein Erlass oder eine Weisung? - gekommen ist, Gegenstand der Diskussion gewesen sein. Und ich finde, dazu sollte der Zeuge etwas sagen können und eben nicht nur im - - weil er es bestritten hat im öffentlichen Teil. Er sagt ja nicht: „Nein, dazu kann ich nichts sagen“, sondern er sagt: „Nein, habe ich keine Erinnerung, weiß ich nicht.“ Und das erweckt einfach einen falschen Eindruck. Darum geht es mir.

MR Torsten Akmann (BMI): Dann können Sie die Frage, die vorhin schon mehrmals gestellt worden ist an den Zeugen und die er mehrmals beantwortet hat, gerne noch mal stellen. Ich denke nicht, dass er was anderes sagen wird, aber das muss ich ihm überlassen.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat gesagt, er weiß nichts, er kann nichts dazu sagen, ob Handydaten übermittelt worden sind!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und es muss doch so sein - - Herr Rogner, ich stelle Ihnen die Frage: Sind Ihnen diese Akten begegnet in Ihrer Zeit als Abteilungsleiter?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Noch mal was ganz anderes. Sie haben gesagt vorhin, auch bei der Einleitung, zu Misstrauen gäbe es keinen Grund im Hinblick auf den Partner. Jetzt will ich gar nicht anfangen mit diesen ganzen Geschichten da beim Bundesnachrichtendienst, bei dem ich mich dann frage: Wird das eigentlich kommuniziert, dass es da auch Vertrauensprobleme gibt und warum man Operationen, gemeinsame, abbricht und so?

Aber jetzt nehmen wir mal den Fall von Markus R. Der ist ja ein starkes Stück. Also jetzt auch für den Laien, der da von außen draufguckt: Der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Markus R. hat acht Jahre bekommen und so. Das ist eine krasse Geschichte. Ein amerikanischer Spion, der, ich glaube - ich muss jetzt immer innerlich überlegen: Ist das eine geheime Information? aber ich glaube, es stand in der Zeitung -, 3 500 Klarnamen des Bundesnachrichtendienstes irgendwie in die USA geschickt hat. Wie ist das, also im Hinblick auf das Vertrauen und die Kooperation? Oder das Handy von Frau Merkel. Ich meine, hat das dazu geführt, dass man im BfV das irgendwie kritisch diskutiert hat? Oder sagt man - ich spitze jetzt zu -, was Sie eben Herr Ströbele im Grunde gesagt haben, was ja eine Linie wäre, die ich vielleicht sogar bis zu einem gewissen Grade verstehe: „Der Partner USA ist so wichtig, und wir kriegen so wichtige Informationen von ihm, wir wollen es gar nicht so genau wissen“?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Das ist jetzt die Frage?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist die Frage.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: In der Zuspitzung, wie Sie es zuletzt formuliert haben - der Partner ist so wichtig; wir wollen es gar nicht so genau wissen -, kann ich nicht mitgehen. Nichtsdestotrotz ist unverändert zutreffend, dass die Informationen, die der Partner USA liefert, von höchster Bedeutung für die Gefahrenabwehr in der Bundesrepublik Deutschland sind und ich keine Alternative sehe, wie wir vergleichbar wertige Informationen durch Zusammenarbeit mit anderen Partnern erlangen wollen. Und im Übrigen ist diese Zusammenarbeit mit dem US-Partner über Jahrzehnte gewachsen. Und Vertrauen - das wissen Sie ja auch - in der politischen Arbeit -¹⁰wächst auch nicht von einem Tag auf den anderen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Und ich kenne zumindest vom Hören den Spruch: Freund, Parteifreund, Todfeind. - Vielleicht ist es in Nachrichtendiensten so ähnlich. Will heißen: Ich muss

letztlich dort die Informationen versuchen abzuholen, wo ich diese Informationen erlangen kann, um meinem gesetzlichen Auftrag gerecht werden zu können. Sorry. Was soll ich denn sonst dazu sagen?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Ich verstehe.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Der Markus-R.-Fall ist nicht mein Fall. Das ist ein Fall der Spionageabwehr. Bitte fragen Sie genau diese Fragen dann den Zeugen, der dazu kompetent, hoffentlich auch in Ihrer Sicht kompetent, sich äußern wird. Und im Sinne von Frau Merkels Handy habe ich ja schon zurückliegend darauf hingewiesen, dass für mich die Fragestellungen der Abwehr islamistischer Gefahren von Bedeutung sind und ich, wenn diese Behauptung zutreffend ist, dass US-Dienste diese Maßnahmen getroffen haben, das natürlich in keiner Weise unterstützen kann - selbstverständlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es sind zwei unterschiedliche US-Bürger.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Aber ich bin hier in erster Linie als Abteilungsleiter für Islamismus und Bekämpfung islamistischen Terrorismus. Und, bei aller Liebe, das ist dann für mich eben andere Baustelle. Meine Baustelle ist meine, und die andere ist eine andere.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da haben Sie einen Punkt, Herr Rogner. Das stimmt. - Trotzdem noch mal zu der Frage, auch noch mal auf Ihr Eingangsstatement bezogen. Sie haben vorhin gesagt, im Hinblick auf die Datenweiterleitung - ich weiß gar nicht, ob schon antizipiert das BKA-Urteil -, aber die Rechtslage sei in den USA - - nach Ihren Auffassungen sozusagen würde man vertrauen dass, da der Datenschutz geachtet würde und die Dinge da grundsätzlich in Ordnung sind. - Ich gebe jetzt wieder, wie ich es in Erinnerung habe. - Und da frage ich mich eben im Hinblick auf diesen Datenaustausch, der da stattfindet: Der EuGH hat ja

¹⁰) vgl. Anmerkung des Zeugen, Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

nun gerade ein Urteil im Hinblick auf Safe Harbor gefällt, was eben das genau nicht bestätigt, ja? Wird das denn in Ihrer Behörde diskutiert, und sagt man: „Vielleicht gibt es da doch ganz ernste Probleme, und wenn der Europäische Gerichtshof das schon für den Datenaustausch von Wirtschaftsunternehmen sagt, haben wir vielleicht auch bei Geheimdiensten ein grundsätzliches Problem bei der Datenweitergabe“?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Wir lesen genauso wie Sie Zeitungen, Printmedien, Onlinemedien, und natürlich sind entsprechende Urteile auch dienstlich und privat bekannt. Auch Debatten um FISA Act sind durchaus bekannt. Dennoch frage ich Sie, auch wenn mir das jetzt nicht zusteht, aber ich frage jetzt einfach mal rhetorisch, nicht direkt: Welche Alternativen sehen Sie denn, um Deutschland im Bereich SIGINT so zu ertüchtigen, dass derartige Kooperationen nicht erforderlich sind? Ich sehe keine Alternative zur derzeit geübten Praxis, weil ich befürchte, dass wir uns vor ähnlichen Gremien als BfV wiederfinden - was wir wahrscheinlich sowieso werden, wenn der erste Anschlag passiert ist - und dann die Frage bekommen: Haben Sie denn nicht intensiv genug zusammengearbeitet?

Ich erinnere an die Ausführungen in den Medien nach den Anschlägen von Paris und Brüssel, wo der Vorwurf erhoben wurde, dass die Zusammenarbeit der Nachrichtendienste nicht intensiv genug sei. Manchmal bleibt mir dann bei aller Bescheidenheit, weniger dann in meiner Funktion als Abteilungsleiter denn als Staatsbürger, die Frage über: Was ist denn jetzt richtig? Das heißt nicht, dass das eine das andere rechtfertigt. Es heißt aber nur: Bei einer vernünftigen, verstandgesteuerten Analyse ist diese Zwickmühle nicht auflösbar. Ich muss, solange wir hier in Deutschland, wie auch immer strukturiert, den BND aufstellen und ihn nicht im SIGINT-Bereich international handlungsfähig ausgestalten, Partner finden, und diese Partner gibt es dann nur im Ausland, und die Zahl der Partner, die hier in Betracht kommt, ist sehr begrenzt. Und bei aller Liebe, dann wende ich mich an NATO-Partner, die diese Kompetenz haben, weil andere, die die auch hätten, kommen für mich nicht in Betracht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sehe ich, und ich teile vielleicht sogar eine ganze Reihe der Argumente, will aber trotzdem auf Ihre Frage antworten. Ich glaube, eines der Probleme ist eben, dass sozusagen die Länder, die sich irgendwie Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit verschrieben haben und das auch moralisch vor sich her tragen - und in vielen Fällen auch meiner Ansicht nach zu Recht, wenn man sich in der Welt umguckt -, eben in dem Bereich - - Ja, wenn man einen völkerrechtswidrigen Drohnenkrieg führt, das ist halt nicht gut, ja. Wenn man Menschen umbringt und nicht vor Gericht stellt, ist das nicht gut. Und wenn man mit denen kooperiert, kommt man eben einfach rechtlich in die Bredouille. Ich glaube, das ist tatsächlich das Problem.

Und vielleicht darf ich den Gedanken noch anfügen: In den USA hat man ja nach Snowden was verändert rechtlich. Da hat man die parlamentarische Kontrolle scharfgestellt. Und wenn ich mit Sicherheitsbehörden hier in Deutschland rede oder mit der Bundesregierung und es darum geht, das BKA-Gesetz irgendwie - - das BND-Gesetz zu reformieren, da ist das alles unmöglich und aus der Welt und völlig verrückt und „Jetzt hört’s aber mal auf“ und Kernbereich usw. Und das ist halt ein bisschen die schiefe Diskussion, die wir in Deutschland führen, dass eben andere durchaus in der Lage sind, zumindest partiell Konsequenzen zu ziehen, und bei uns ist das eben so tabuisiert. Da würde ich mir einen besseren Dialog wünschen. Jetzt ist es etwas allgemeiner geworden zum Schluss, aber ich wollte darauf noch antworten. - Vielen Dank.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Damit wäre die Runde auch zu Ende. - Die SPD-Fraktion hat weiter keine Fragen. - Dann geht es weiter bei der Fraktion Die Linke. Wer möchte? - Herr Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, ich werde kein Glaubensbekenntnis irgendeiner Art abgeben, wie andere das gemacht haben, aber vielleicht die Bundesregierung mal anregen, darüber nachzudenken, wie denn verschiedene Beamte hier aussagen, die immer sagen, sie sind für ihren Bereich - - „Ich bin für Islamismus zuständig, nicht



Nur zur dienstlichen Verwendung

für Spionageabwehr“, und Ähnliches. Ich dachte, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz insgesamt mit all seinen Mitarbeitern einen Auftrag hat. Und wenn jeder immer sagt: „Dafür bin ich nicht zuständig, und das ist nicht meine Aufgabe, und das interessiert mich nicht, und darüber habe ich mich nicht kundig gemacht, und ich bin Zeitungsleser“, dann stimmt irgendetwas grundsätzlich nicht in der Behörde. Denn wenn ich Abteilungsleiter bin und regelmäßig mit dem Präsidenten und den anderen Abteilungsleitern zusammensitze, dann muss über solche Vorgänge gesprochen werden, und dann findet man gemeinsame Lösungen, gemeinsame Entscheidungen, die dann auch durchgesetzt werden oder die man gegenüber dem Ministerium vorschlägt, aber nicht dass man immer sagt: „Ich bin für Islamismus zuständig, und alles andere, da habe ich nichts mit zu tun.“ Das kann ich von einem Abteilungsleiter so nicht akzeptieren.

Aber in dem Zusammenhang will ich dann vielleicht doch noch mal weiterfragen, weil der Name Snowden auch fiel. Vielleicht sagen Sie ja dann auch, der angebliche Snowden. Also ich frage Sie jetzt mal tatsächlich: Nachdem die Vorwürfe aufgekomen sind, was hat man im BfV da an der Spitze gemacht? Welche Auswertungen hat man vorgenommen? Welche Konsequenzen hat man gezogen? Oder waren Sie da wieder nicht beteiligt, weil Islamismus stand gerade nicht auf der Tagesordnung?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die Fragestellung „Was ist nach Snowden gemacht worden?“, denke ich, ist ja Gegenstand von Beweiserhebungen, die im Ausschuss noch erfolgen werden, und die dafür gefundenen Sonderorganisationsformen werden Sie ja mit Sicherheit abfragen. Dazu kommt auch, denke ich, einer meiner weiteren Abteilungsleiterkollegen, der Ihnen dann zu diesem Gebiet, zu dieser Frage Rede und Antwort stehen wird.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich habe Sie ja gefragt. Sie sind Abteilungsleiter. Sie sitzen mit dem Präsidenten an einem Tisch. Und dann frage ich Sie, was da passiert ist, was man da diskutiert hat und was Sie für Konsequenzen gezogen haben. Da können Sie nicht wieder verweisen auf

jemanden, den wir irgendwann noch mal vernehmen vielleicht.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ich habe ja schon ausgeführt, dass eine Sonderauswertung für dieses Themenfeld eingerichtet wurde, zu der die fraglichen Abteilungen, auch meine, zugeliefert haben.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und was haben Sie zugeliefert?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Fragestellungen, die im Rahmen dieser Sonderauswertung besprochen wurden. Das ist aber nichts für die öffentliche Sitzung.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich muss auch noch zwei andere Fragen - - oder eine Sache muss noch geklärt werden. Sie haben vorhin ausgesagt, Sie haben an dieser Sitzung oder an dieser Beratung dort nicht teilgenommen, an dem Expertentreffen mit der NSA. Sie haben ja dann das Dokument vorgehalten bekommen, erstens dass Sie unter den Teilnehmern stehen. Nur noch mal, dass wir das hier festhalten. Da war also die Unwahrheit gesagt worden. Sie haben dann zweitens gesagt, dass Sie auch nicht wussten, dass Sie das unterschrieben haben. Das haben Sie dann auch gesehen. Und Sie hatten vorher geantwortet auf die Frage, die gestellt worden ist, was denn Massendatenanalyse ist, das sollten wir Ihnen erklären, weil Sie hätten mit dem Schreiben nichts zu tun. Würden Sie uns vielleicht noch mal, nachdem Sie das Schreiben jetzt kennen, sagen, was in dem Schreiben, das Sie verfasst haben, „Massendatenanalyse“ bedeutet.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Darf ich dieses Schreiben noch mal sehen, bitte?

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Also, dieses Schreiben, wo ich die konkreten Anlässe so nicht mehr erinnern kann, dieses Schreiben ist offensichtlich eine Art Vermerk über eine Besprechung, deren Ergebnis zu unserer Fachaufsicht gemittelt wurde. Und dieses Schreiben scheint sich nach meiner ersten Sicht, ohne dass



Nur zur dienstlichen Verwendung

ich jetzt hier vertieft habe die Akten prüfen können, primär um Fragestellungen weiterer Tools jenseits von XKeyscore zu handeln, die im Zuge der sogenannte Projektgruppe „Neue Analysemethoden“, PG NAM, eine Rolle gespielt haben, wo es darum ging, Ertüchtigungen unsererseits zu diskutieren, um im Bereich von Analyse von Daten, die im Rahmen von G-10-Maßnahmen gefunden sind, voranzubringen. Wir hatten damals keine entsprechenden Tools. Wenn ich mich richtig erinnere, sind diese Dinge aber nicht weiter verfolgt worden, weil wir eigene technische Lösungen im BfV gefunden haben.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber Sie haben doch betont, Sie sind keine SIGINT-Behörde. Das ist mehrmals gesagt worden.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ja. Wir sind auch keine SIGINT-Behörde. Wir kümmern uns um die Daten aus G 10.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber wo kommen denn die Massendaten her? Bei G 10 können ja nicht diese Massendaten allein anfallen, von denen die Rede ist.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Der Begriff „Massendaten“ ist wahrscheinlich im Sprachgebrauch unterschiedlich verwandt. Massendaten können zum Beispiel in unserer Begrifflichkeit auch Hausabklärungen sein, die dann sortiert werden müssen nach Betroffenen im Sinne des konkreten Verdachts und anderen Personen, und die anderen sind zu löschen. Auch das wäre ein Massendatum, wenn ein größeres Wohnobjekt abgefragt wird.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Von mir noch zwei abschließende Fragen zu der Testphase. Sie sind ja jetzt wirklich zuständig für islamistischen Terror oder Islamismus. Waren alle G-10-Maßnahmen, die in XKeyscore zur Anwendung kamen, ausschließlich aus diesem Bereich?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Im untersuchungsausschussgegenständlichen Zeitraum, soweit ich mich erinnere, ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Warum - das haben Sie vorhin schon mal betont -, wieso im untersuchungsgegenständlichen Zeitraum? Ich frage das ja aus einem besonderen Grund.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Weil nur der hier Gegenstand Ihrer Überprüfung ist.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Na, wir reden ja jetzt im Moment gerade über eine Erweiterung. Die Frage von XKeyscore und der Bedeutung hat uns bis jetzt noch kaum einer erklären können. Deshalb frage ich in dem Zusammenhang: Kann es also sein, dass zum Beispiel auch im Rahmen der Spionageabwehr Sie eine Botschaft - ich meine jetzt mal die russische - nehmen, haben eine ordentliche G-10-Maßnahme, und das wird dann da auch reingesteckt und anschließend an die Amerikaner weitergegeben? Das ist dann aber aus Ihrer Sicht kein Untersuchungsgegenstand? Oder wie ist das zu sehen?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Nein. Das ist spekulativ, was Sie jetzt hier bilden. Dazu kann ich Ihnen auch nichts sagen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Deswegen frage ich Sie ja, ob es ausschließlich Islamismus ist, was Sie dort in XKeyscore reinpumpen.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Also, die drei bis sieben G-10-Maßnahmen waren ausschließlich Islamismus.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und andere, die da jetzt noch drin sind oder waren zu einem gewissen Zeitpunkt, hatten auch nichts mit Islamismus zu tun?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ich habe aus meiner Verantwortung diese drei bis später sieben G-10-Maßnahmen für XKeyscore als geeignete Maßnahmen in Erinnerung. Ich hatte ja gebeten, wie ich erklärt habe, Maßnahmen, bei denen auch das deutsche Interesse im Vordergrund steht, und keine Maßnahmen zu nehmen, wo man vermeintlich meint, den Amerikanern was Gutes tun zu können. Weil wir eben keine Ausleitung aus XKeyscore für die Amerikaner produziert haben und produzieren wollen, solange die Testphase



Nur zur dienstlichen Verwendung

besteht, sind solche Maßnahmen aus Islamismus verwandt worden. Und das sind eben diese fraglichen drei anfänglich, sieben am Schluss.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nur wir haben ja hier gefragt, uns gefragt und immer keine Antwort gekriegt, was denn für die Amerikaner rauspringt bei XKeyscore. Und die lange Testphase - - Und jetzt sagen Sie, die läuft ja immer noch, diese Testphase. Über die reden wir ja. Und wenn da jetzt zum Beispiel die russische Botschaft in einer ordentlichen G-10-Maßnahme drin wäre mit mehreren Anschlüssen, dann ist ja etwas, was die Amerikaner durchaus interessieren könnte, weil sie da ja nicht rankommen. Und es ist für uns die Frage: Was ist die Gegenleistung gewesen? Und das gehört zum Untersuchungsgegenstand; denn dafür ist es ja irgendwann mal eingerichtet worden.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Also in dem Zeitraum, -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das habe ich jetzt nicht gefragt.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: - der dem Einsetzungs-

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich habe Sie gefragt, ob es eine Gegenleistung jetzt gibt, eine Gegenleistung in Form, die nichts mit dem Islamismus zu tun hat.

(Zuruf eines Vertreters der
Bundesregierung: Das
können Sie so nicht
fragen!)

- Natürlich darf ich das fragen. Wir haben zu Beginn - - Ich sehe ja, dass Sie unruhig werden. - Wir haben zu Beginn die Frage gestellt: Was war die Gegenleistung? Immer wieder. Und die Gegenleistung kann man auch später erbringen, wenn man ein solches Tool kriegt. Und deshalb geht es jetzt darum, zu erfahren, was man jetzt möglicherweise an die Amerikaner weiterleitet.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Also, ich habe ja schon mehrfach ausgeführt, dass die Überhöhung von XKeyscore in den Medien und womöglich jetzt auch durch Sie betrieben wird als ein Tool ganz

besonderer Art und Güte. XKeyscore ist eines von vielen Analysetools, die wir einsetzen und wo wir die Testphase deshalb so lange laufen haben, weil wir abschließend geklärt haben wollen, ob unsere Anlage das nicht auch selbst kann und ob wir XKeyscore dauerhaft brauchen oder nicht, neben den IT-Sicherheitsfragestellungen, die natürlich prioritär sind. Aber aus meiner Sicht ist von Bedeutung: Kann unsere Anlage dahin gehend ertüchtigt werden, dass sie Funktionalitäten von XKeyscore auch selbst abbildet, sodass ich dann eine weitere Nutzung von XKeyscore nicht benötigen würde? Das würde uns sicherlich viele Folgefragen ... (akustisch unverständlich)

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie haben das jetzt aber nicht dementiert - das kann man ja auch mal festhalten -, dass es solche anderen Gegenleistungen jetzt im Nachhinein gibt.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Es gab keine Gegenleistungen für die Überlassung von XKeyscore. XKeyscore ist eine der Maßnahmen, die die Amerikaner uns angeboten haben. Und es ist in der Gesamtschau der Informationsfluss zu sehen. Und noch mal: Auch eine längere Testphase hat bisher keine Veränderung des amerikanischen Partners im Informationsfluss zur Folge gehabt. Insofern scheint sein besonderes Interesse auch an diesem möglichen Informationsfluss gar nicht mehr gegeben zu sein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Frau Warken hat vorhin die Frage gestellt - ganz am Anfang; auf die will ich noch mal zurückkommen -, in der Testphase von XKeyscore, ob dort schon Erfolge erzielt worden sind, konkrete nachvollziehbare Erfolge. Da haben Sie gesagt, das können Sie in nichtöffentlicher Sitzung sagen.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja oder nein, das können Sie aber sagen, oder?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: In nicht - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Moment. Jetzt lassen Sie mich bitte meine Frage stellen. - Oder soll ich daraus schließen, wenn Sie öffentlich nicht



Nur zur dienstlichen Verwendung

antworten und Nein sagen müssten, dass Sie dann zugestehen müssten, dass in der gesamten Testphase es überhaupt keinen einzigen greifbaren Erfolg gegeben hat durch die Anwendung von XKeyscore? Welchen anderen Grund kann es geben, wenn Sie die Frage von Frau Warken „Hat es Erfolge gegeben?“, nicht einfach mit Ja oder Nein beantworten? Die Details können Sie dann meinetwegen immer noch in nichtöffentlicher Sitzung sagen, aber beantworten können Sie die Frage aus meiner Sicht auch hier.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die Fragestellung ist spekulativ.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Die ist doch ganz klar.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ich kann es in öffentlicher Sitzung nicht beantworten. Ich kann kein Methodikwissen des BfV in öffentlicher Sitzung preisgeben.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Da ist kein Methodikwissen. Ich frage Sie: Hat es Erfolge durch XKeyscore, greifbare, nachweisbare Erfolge gegeben, ja oder nein? Das hat nichts mit Methoden zu tun.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Der Einsatz von XKeyscore hat neue Ansätze für Ermittlungen produziert, deren Art und Weise ich in öffentlicher Sitzung nicht darstellen kann.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also keine Erfolge. - Danke schön.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Damit wäre die Runde um. - Die CDU/CSU hat weiter keine Fragen. - Dann geht es weiter - -

MR Torsten Akmann (BMI): Ich will nur feststellen: Das hat der Zeuge nicht gesagt, die letzte Bemerkung von Herrn Dr. Hahn.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Er hat aber auch nichts anderes gesagt! Kein Erfolg!)

- Nein, das hat er nicht gesagt.

(Nina Warken (CDU/CSU):
Er hat gesagt, es hat neue
Ansätze gegeben!)

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Dann geht es weiter bei Bündnis 90/Die Grünen.
Sind dort noch Fragen?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber nicht so schlimm. - Also, ich habe zur Kenntnis genommen, Herr Zeuge - ich sage das jetzt mit meinen Worten -: Die Kanzlerin soll sich nicht so anstellen, wenn ihr Handy mal abgehört wird. Das passiert jedem mal, oder auch ein paar Monate oder Jahre. - Also das ist, glaube ich, eine etwas eigenartige Sicht der Dinge für jemand, der in einer Behörde arbeitet, die für Spionageabwehr zuständig ist. Aber gut. Können wir auch an anderer Stelle noch mal erörtern.

Das Zweite, was ich Ihnen mitgeben wollte, weil immer von diesem angeblichen Drohnenpiloten die Rede ist, damit Sie nicht immer „angeblich“ sagen: Das Wörtchen können Sie sich sparen, weil dieser Drohnenpilot hat mehr als 1 600 Einsätze geflogen, hat dafür eine Urkunde bekommen, eine Anerkennungsurkunde der US-Luftwaffe. Und ich kann Ihnen jetzt meine eigenen Erkenntnisse dazu mitteilen. Ich habe nach diesem Drohnenpiloten einen maßgeblichen General in Ramstein gefragt, und auch der hat nicht bestritten, dass es sich da um einen echten Drohnenpiloten handelt. Also vielleicht beruhigt Sie das. Wenn wir das immer sagen, brauchen Sie nicht immer „angeblich“ zu sagen.

Aber meine Frage, die ich jetzt hier noch mal habe im Anschluss an das, was Ihnen der Kollege Hahn gerade vorgehalten hat: Es kann ja sein, Massendaten, das kann alles Mögliche sein. Aber das kommt hier in einem Schreiben vor. Und wenn Sie da weiter behaupten, dass da gemeint



Nur zur dienstlichen Verwendung

sein könnte, dass man irgendwo ein Haus überwacht und da kommen verschiedene Daten zusammen oder irgend so was heißen kann, dann glaube ich Ihnen überhaupt nichts mehr. Weil dieses Schreiben, wo dieses Wort „Massendaten“ vorkommt - - Ich lese Ihnen - - Hatten Sie ja vorhin auch da liegen; vielleicht haben Sie es immer noch da liegen. Das ist ja ein Schreiben, was zu einem bestimmten Auftrag führen sollte. Und ich lese Ihnen das noch mal vor. Da geht es um die Frage, ob man in diesen Bereichen mit der NSA zusammenarbeiten soll. Ich nehme an, da haben die nicht gemeint, irgendein Haus wird überwacht und wie man jetzt die verschiedenen Bewohner da vielleicht sortieren kann, sondern da steht, erster Punkt:

Aus Sicht des BfV hat eine fruchtbare und gewinnbringende Zusammenarbeit mit der NSA zwei Voraussetzungen:

Jetzt kommt der Satz mit den Massendaten.

Themen für eine Zusammenarbeit mit NSA ergeben sich - nach ggf. erforderlichen Rechtsänderungen - z. B. in den Bereichen Data-Mining bzw. Massendatenanalyse.

Behaupten Sie immer noch, dass hier mit „Massendatenanalyse“ gemeint sein könnte auch das Sortieren oder das Analysieren von Daten von einer Wohnung oder einem Haus, das überwacht wird und das verschiedene Besucher hat? Das ist doch ganz eindeutig, der Zusammenhang da. Es geht dann weiter; kann ich Ihnen auch weiter vorlesen, können Sie auch noch weiter lesen. Der Bericht aus einer Besprechung, an der Sie teilgenommen haben, darf ich Sie noch mal dran erinnern, haben Sie ja auch eingeräumt. Da ging es doch nicht darum, dass man die Besucher einer Wohnung irgendwie sortieren wollte, sondern da ging es darum, wie man mit Massendaten umgehen kann und wie man die Voraussetzungen dazu schaffen kann. Und dass die Voraussetzung - - Das kommt nämlich dann in dem nächsten Satz: Diese Themenbereiche kommen „frühestens mit Arbeitsaufnahme von Referat

6E5“. Die waren auch nicht dafür da, nun die Besucher eines Hauses oder einer Wohnung zu sortieren. Voraussichtlich im Spätsommer oder im Herbst - da mussten offenbar große Voraussetzungen geschaffen werden - könnte diese Arbeit überhaupt erst aufgenommen werden. Das heißt, wenn Sie weiter behaupten, dieses Wort „Massendatenanalyse“ sei irgendwie so ein normaler Begriff, dass man irgendwann mal viele Daten hat, die man jetzt sortieren müsse, dann glaube ich Ihnen überhaupt nichts mehr, weil dann versuchen Sie ganz offensichtlich, indem Sie ein einzelnes Wort da rausnehmen, das völlig aus dem Zusammenhang zu sehen, aus einer Besprechung, an der Sie teilgenommen haben, wo Sie genau wissen, was da Thema gewesen ist, inzwischen mindestens sich erinnern müssen. Also wollen Sie das immer noch behaupten, dass das irgendeine harmlose Massen- - oder vielleicht von einer Demonstration oder weiß ich was Daten sind? Oder geht es hier nicht ganz klar um Massendaten, die elektronisch irgendwie erhoben werden sollen?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Gut. Also die - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Data Mining.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die Begrifflichkeit „Data-Mining“ ist im BfV zur damaligen Zeit, 2009/10, höchst unstrukturiert verwandt worden. Es gab ja in einem früheren Reformprozess des BfV ein sogenanntes Projekt THIEL¹¹ eine Vielzahl von Arbeitsgruppen, auch eine, die zum Ziel hatte, die Gesamtdatenmenge, über die das BfV rechtmäßig verfügt, so zu strukturieren, dass analytische Ansätze aus den vorhandenen Daten gewonnen werden können. Das war mit „Data-Mining“ gemeint und keine Erfassung von Daten von außen oder nach außen.

„Massendatenanalyse“ ist damals, soweit ich mich erinnere, häufig synonym zu „Data-Mining“ verwandt worden, und beides sollte für den Bereich Islamismus/Islamistischer Terrorismus nach Umzug des Referates 6E5 von Köln nach Berlin - - Sie erinnern sich sicherlich aufgrund

11) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ihrer PKGr-Zeit. Die Abteilung Islamismus/Islamistischer Terrorismus ist ja im Laufe des Jahres 2009 - Teile früher, Teile später - von Köln nach Berlin umgezogen. Und das meint „Arbeitsaufnahme des Referates 6E5“. Die Struktur 6E5 ist im Rahmen des Aufbaustabes der Referatsgruppe 6E neu geschaffen worden und sollte sich dann mit solchen grundsätzlichen Überlegungen - - Was können wir mit den Daten, die unser System, unser Speichersystem hat, so aufbereitet anstellen, dass wir daraus weitere analytische, zur Identifizierung von Gefährdern geeignete Daten generieren können? - Das ist eigentlich das, was sich hinter den Begrifflichkeiten, bezogen auf meine Abteilung, „Data-Mining“ und „Massendaten“ verborgen hat.

Und „Arbeitsaufnahme“ heißt in der Tat: Dieses Referat ist aus anderen Einheiten im Zuge des Umzugs neu aufgebaut und gegründet worden. Daher gab es das vorher nicht. Das heißt, wir waren also in einem Gesprächsprozess mit der NSA: Wo sehen wir technischen Ertüchtigungsbedarf des BfV? - Und wir haben zu dem Zeitpunkt über vieles überlegt; aber letztlich hat sich das auf das Tool XKeyscore reduziert. Und das ist meines Wissens nach das einzige NSA-Tool, das dann in diesen - nach dem Proof of Concept - Testbetrieb eingeführt worden ist bislang, soweit ich mich jetzt da erinnere. Soll heißen: Data Mining in diesem sehr weiten Sinn ist nicht betrieben worden. Massendatenanalyse war ein Synonym für die Projektgruppe „Neue Analysemethoden“, die eben Bedarfslagen der Islamismusbekämpfung abgebildet hat, Dinge, die im BfV in der traditionellen Arbeitsweise so gar nicht möglich waren.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, dass Sie sich jetzt erinnern haben.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ja. Ich habe dieses Schreiben - Herr Ströbele, wenn Sie ehrlich sind, sehen Sie es ja auch - „i. V.“ unterzeichnet. Also, ich kann mich jetzt langsam wieder erinnern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Geht mir auch manchmal so.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Aber es ist kein zentrales Stück, das eine prägende Wirkung in der Folgezeit in der Bearbeitung meiner Abteilung oder meiner Referatsgruppe hatte.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Dann wäre das fast eine Punktlandung. - Sie sind ja gleich eh wieder dran. - CDU/CSU und SPD haben weiterhin keine Fragen. - Dann fangen wir an bei Frau Renner wieder.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Dr. Rogner, nachdem Sie Abteilungsleiter wurden, waren Sie mit Fragen der Beantwortung von Kleinen Anfragen von Parlamentariern aus Ihrem Arbeitsbereich befasst. Sind die über Ihren Schreibtisch gegangen?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Dann gehe ich davon aus, dass Sie an der Beantwortung der Kleinen Anfrage 17/9533 beteiligt waren, die am 08.05.2012 gestellt wurde. Da waren Sie ja da mitten im Geschäft.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Darf ich die dann sehen, wenn Sie aus der jetzt weiter zitieren wollen?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Da ging es um die Frage „Getöteter deutscher Staatsbürger bei einem US-Drohnenangriff in Pakistan im Oktober 2010“, eine Kleine Anfrage der Abgeordneten meiner Fraktion Jelpke, Buchholz und andere.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ja. Ich würde gerne aber das Stück sehen dürfen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Das ist jetzt meine eigene, aber das kann ich trotzdem hergeben.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er nimmt Einblick)

Weil Sie ja vorhin sagten, die Unterlagen, die Ihnen vorgehalten wurden im stillen Vorhalt durch den Kollegen von Notz zu Bünyamin Erdo-



Nur zur dienstlichen Verwendung

gan, der Telefonnummernweitergabe und Ähnlichem, seien Ihnen nicht bekannt. Wenn Sie mit der Beantwortung dieser Kleinen Anfrage betraut waren in 2012, die intensiv zu diesem Vorgang fragt, erneut, nachdem es auch schon in 2011 Anfragen gab - - Das kann ich einräumen, aber das ist eine weitere Anfrage. Es gab eine ganze Vielzahl. Zur Beantwortung dieser Kleinen Anfrage, ziehen Sie da Unterlagen bei?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Die Beantwortung kleiner parlamentarischer Anfragen wird vorbereitet in den Fachreferaten, die sachlich zuständig sind für die entsprechenden Fragen, und werden dann über die zuständigen Referatsgruppenleiter mir zur Zeichnung vorgelegt. Dort, wo ich Anhalt für Nachfragen sehe oder wo ich Nachfragebedarf habe, tue ich das. Ansonsten werden diese Anfragen unserer Amtsleitung vorgelegt in der Fassung, die die Abteilung für richtig findet.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich bräuchte die jetzt leider noch mal zurück. - Zu dieser Beantwortung, haben Sie dort Nachfragen gehabt, Unterlagen beigezogen?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Das kann ich nicht erinnern.

Martina Renner (DIE LINKE): Bleiben Sie dabei, dass Sie die Akte BfV-17/1, diese Schriftstücke zur Weitergabe von Daten an die JIS, nicht kennen, auch vor dem Hintergrund, dass Sie sie möglicherweise im Zusammenhang mit der Beantwortung dieser Kleinen Anfrage beigezogen haben?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ich habe diese nicht beigezogen. Ich kenne sie so auch nicht, genauso wie ich es vorher gesagt habe. Ich kann mich nicht erinnern, sie beigezogen zu haben, sage ich mal. Also ich weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie wissen, dass wir die Bearbeitungsvorgänge zu den Kleinen Anfragen haben, oder?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Nein, weiß ich nicht, was Sie im Einzelnen haben. Aber ich kann mich nicht erinnern, die beigezogen zu haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist es denn eher unüblich, dazu Akten beizuziehen, oder üblich, dazu Akten beizuziehen?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Das ist höchst unterschiedlich, je nach Qualität, die die Beantwortung im Entwurfsstadium genommen hat. Es ist eine Fragestellung, die nicht verallgemeinert beantwortet werden kann.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Dann - -

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Also es ist nicht Aufgabe des Fachabteilungsleiters, alles bis ins letzte Komma zu kontrollieren. Dafür gibt es Juristen als Referatsleiter, Juristen als Gruppenleiter. Und man muss bestimmte Bereiche, wenn man keinen Anhalt hat dafür, dass hier Dinge schief laufen, denke ich, auch nicht jeden Tag aufs Neue kontrollieren. So weit reicht Dienst- und Fachaufsicht dann doch nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Dann hätten auch wir nur noch Fragen in eingestufte Sitzung.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann geht es weiter, denke ich mal, bei Bündnis 90/Die Grünen. Herr von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Ich habe noch mal einen ganz anderen Bereich. Sagt Ihnen die Operation „Glo“ etwas?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Nein. - Ja, „Klo“ als Toilette. Oder was meinen Sie jetzt?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit „G“, weich. Es kann sein, dass es auch eine Operation „Klo“ gibt. Aber die ist bisher - -

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Nein. So einen Fallnamen würde ich nicht freizeichnen, wenn ich gefragt bin. Also ich dachte, Sie meinen die in den Medien berichtete, die dann weitergeht. Das sind die ersten drei Buchstaben. Nein, das sagt mir nichts.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben schon mal davon gehört. Sie hat auch mehr als drei Buchstaben. Aber - -

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ja. Die ersten drei sind aber „Glo“.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Damit hatten Sie beruflich nie zu tun?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe den Akten entnommen, dass Sie - jetzt muss ich ganz kurz zeitlich gucken; hier sind wir - vom 02.08.2010 bis zum 31.12.2010 bei der Beschaffung bzw. internetgestütztem Support für die Referatsgruppe 6B6 waren. Stimmt das?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Ja. Das war eine zusätzlich mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragte Funktion, weil der damalige Referatsgruppenleiter 6B eine neue Verwendung als Abteilungsleiter angetreten hatte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Und die war vakant, und Sie haben das in der Zeit übernommen.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Neben meiner 6E-Aufgabe -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: - diese Aufgabe mit übernommen und die Zuordnung des Referats 6B6 deshalb, weil mein Vorgänger als 6B auch zugleich Referatsleiter 6B6 war. Also, ich habe exakt dessen Portfolio übernommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil der Themenbereich auch was mit Ihrem Themenbereich zu tun hat?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Nein, sondern weil, wenn ein Gruppenleiterposten vakant ist, es üblich ist, dass ein anderer Gruppenleiter diese Aufgaben mit wahrnimmt, und weil man womöglich aus meiner früheren Verwendung in der anderen Abteilung gemeint hatte, ich könnte Beschaffung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil dieses Projekt 6, das da ja reinfällt - - Finden Sie nicht auch - ich will es so formulieren -, dass das in unseren Untersuchungsauftrag fällt?

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Nein, finde ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist schade.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Das ist Ihre Bewertung, Herr Abgeordneter.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber eigentlich geht es doch genau um diese Frage, Analyse und das Sammeln von Daten und das Erstellen von Rastern und Mustern, um dann Dinge zu erkennen, die - - Ich darf das ja hier gar nicht so genau sagen. Warum fällt das nicht unter den Untersuchungsauftrag? Ich sage Ihnen mal: Wir haben dazu Akten bekommen. Herr Akmann hat eine Idee, aber er hat uns Akten übersandt, in denen das Projekt 6 sehr intensiv beschrieben wird. Deswegen, irgendwann hatten Sie ja auch mal den Gedanken, dass das vielleicht doch zu uns gehören könnte.

(MR Torsten Akmann
(BMI): Das war offenbar ein
Büroversehen!)

- Was haben Sie gesagt? Ich verstehe es nicht.

MR Torsten Akmann (BMI): Das war ein Büroversehen offenbar.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah.



Nur zur dienstlichen Verwendung

MR Torsten Akmann (BMI): Wir haben hier schon darüber gesprochen, dass P6 nicht Untersuchungsgegenstand ist, und ich habe das hier auch schon begründet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber - -

MR Torsten Akmann (BMI): Das ist ein Operationsprojekt. Da geht es um eine Einzelfallbearbeitung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nicht so klar.

MR Torsten Akmann (BMI): Das kann Ihnen Herr Dr. Rogner ja gleich noch bestätigen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage doch - - Ich meine, wenn man sich die Zahlen anguckt, dann könnte man das anders argumentieren. Aber um das vernünftig vorzuhalten, müssen wir, glaube ich, wirklich in den nichtöffentlichen Teil kommen. Dann kann ich konkretere Fragen stellen. Das werde ich dann machen. - Von unserer Seite aus keine weiteren Fragen. - Ich danke Ihnen.

Zeuge Dr. Klaus Rogner: Gerne.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Danke. - Wie ich das jetzt hier so überblicke, gibt es im öffentlichen Teil keine weiteren Fragen. Dann kommen wir erst mal zum Ende des öffentlichen Teils, Herr Dr. Rogner. - Ich schlage dann in diesem Rahmen folgenden Beschluss vor:

Für die weitere Vernehmung des Zeugen Dr. Rogner am heutigen Tage wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 2 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Macht die Opposition auch ein bisschen mit? - Nichtöffentlicher Teil.

(Nina Warken (CDU/CSU):
Öffentlichkeit wird ausgeschlossen! - Zuruf des Abg.
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Ja. Aber nichtöffentlich, oder?

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nichtöffentlich!)

- Ja. Das Handzeichen. - Na, geht doch. - Gut, dann ist das so beschlossen. Dann schließe ich den öffentlichen Teil.

(Schluss des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, öffentlich:
21.08 Uhr - Folgt
Sitzungsteil Zeugenvernehmung, Geheim)

ANLAGE 1



Bundesamt für
Verfassungsschutz

6012531

Dr. Klaus M. Rogner
Abteilungsleiter 6

POSTANSCHRIFT Bundesamt für Verfassungsschutz, Postfach 91 02 49, 12414 Berlin

Per E-Mail extern
Deutscher Bundestag
z. Hd.
Herrn Leiter Sekretariat PA 25
1. Untersuchungsausschuss der 18. Wahlperiode
Platz der Republik 1
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Am Treptower Park 5-8, 12435 Berlin

POSTANSCHRIFT Postfach 91 02 49, 12414 Berlin

TEL +49 (0)30-18 792- [REDACTED]

FAX +49 (0)30-18 792- [REDACTED] (IVBB)

E-MAIL poststelle@bfv.bund.de

INTERNET www.verfassungsschutz.de

DATUM Berlin, 26.05.2016

BETREFF Stenografisches Protokoll der 96. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode am 28. April 2016
BEZUG Ihr Schreiben vom 4. Mai 2016, Geschäftszeichen: PA 25 – 5503
AZ **6_Abteilung - 396-510001-0000-0008/16 S**

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Protokoll meiner Zeugenvernehmung am 28. April 2016 durch den 1. Untersuchungsausschuss der 18. Wahlperiode (in öffentlicher Sitzung) habe ich geprüft. Wie folgt möchte ich hierzu eine Rückmeldung geben.

I.

Zur Frage der Korrektur bzw. Ergänzung meiner Aussage merke ich Folgendes an:

- S. 103, rechte Spalte, Zeile 37:
Gemeint war nicht die Referatsgruppe 6A, sondern die Referatsgruppe 6E.
- S. 131, rechte Spalte, Zeile 20:
Gedankenstrich erst nach dem Passus „politische Arbeit“ setzen, also: „Und Vertrauen – das wissen Sie ja auch in der politischen Arbeit – wächst auch nicht“

II.

Zur Frage der korrekten Wiedergabe meiner Aussage möchte ich Folgendes vermerken:



- S. 78, linke Spalte, Zeile 1:
„da“ statt „dass“, also: „lediglich spekuliert werden, *da* sich US-amerikanische Nachrichtendienste“
- S. 82, rechte Spalte, Zeile 1:
„Wendungen“ statt „Wendigkeiten“, also: „und *Wendungen* des G10-Rechts zu verdeutlichen“
- S. 86, linke Spalte, Zeile 15:
Ergänzung des Wortes „oder“, also: „Die Zusammenarbeit mit der NSA ist, mit *oder* ohne Diskussion um XKeyscore unverändert.“
- S. 90, linke Spalte, Zeile 12:
Ergänzung des Wortes „nur“, also: „aber auch durch eigene Informationsgewinnung, aber eben nicht *nur* durch XKeyscore, in der Lage ist“
- S. 97, linke Spalte, Zeile 42:
„quellengeschützte“ statt „quellengeschützten“, also: „solche *quellengeschützte* Informationen“
- Seite 109, linke Spalte, Zeile 46:
Streichung des Fragezeichens, also: „die Sie im GIZ ~~(?)~~ gesammelt“
- S. 112, linke Spalte, Zeile 20:
„Straftatbestand“ statt „Strafbestand“, also „der inkriminierte völkerrechtliche *Straftatbestand*“
- S. 119, rechte Spalte, Zeile 23:
„TE“ statt „TI“, also: „und dem Amtskollegen Abteilungsleiter *TE* beim BND“
- S. 138, linke Spalte, Zeile 8:
„THIEL“ statt „TIL“, also: „ein sogenanntes Projekt *THIEL*“

Die Durchsicht des Protokolls meiner Zeugenvernehmung in nichtöffentlicher Sitzung ist noch nicht abgeschlossen. Eine Rückmeldung hierzu erfolgt zeitnah.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

gez. Dr. Rogner